



Landtag von Baden-Württemberg

118. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 6. Mai 2020 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr

Mittagspause: 14:13 bis 15:17 Uhr

Schluss: 19:55 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin.	7201	Abg. Stephen Brauer FDP/DVP.	7209
		Ministerin Edith Sitzmann	7210
Abstimmung über den Einspruch gegen die Ordnungsmaßnahmen gegen Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos).	7201	Beschluss	7213
Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses zur Verkürzung der Redezeiten für Sonderrederechte	7201	2. Aktuelle Debatte – Den Standort Baden-Württemberg gut durch die Krise bringen – der Wirtschaft Perspektiven geben! – beantragt von der Fraktion der CDU.	7213
Abg. Anton Baron AfD (zur Geschäftsordnung)	7201	Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU.	7214
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) (zur Geschäftsordnung).	7202	Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	7215
Beschluss.	7203	Abg. Andreas Stoch SPD	7218
Wahl der Vertreter/-innen des Landtags in den Beirat des Linden-Museums Stuttgart	7203, 7288	Abg. Carola Wolle AfD	7220
Wahl von Vertreterinnen und Vertretern in die Vertreterversammlung des Versorgungswerks der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg.	7203, 7289, 7290, 7291, 7292, 7293	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP.	7222
Abg. Dr. Christina Baum AfD (zur Geschäftsordnung).	7201, 7204	Abg. Peter Hofelich SPD (persönliche Erklärung)	7224
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) (zur Geschäftsordnung).	7204	Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos).	7224
Beschluss.	7204	Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut.	7225
1. Antrag der Fraktion der AfD – Sicherung des Landeshaushalts in der Corona-Krise – Drucksache 16/7987.	7204	3. Aktuelle Debatte – Leben in Zeiten von Corona – welche Perspektive bietet die Kultusministerin Eltern und Kindern in Baden-Württemberg? – beantragt von der Fraktion der SPD.	7228
Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD.	7204, 7213	Abg. Andreas Stoch SPD	7228
Abg. Thekla Walker GRÜNE.	7205	Abg. Sandra Boser GRÜNE.	7230
Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU.	7206	Abg. Raimund Haser CDU	7232
Abg. Peter Hofelich SPD	7208	Abg. Dr. Rainer Balzer AfD.	7234
		Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP.	7236
		Ministerin Dr. Susanne Eisenmann	7238
		Abg. Andreas Stoch SPD (zur Geschäftsordnung)	7241
		Abg. Andreas Schwarz GRÜNE (zur Geschäftsordnung).	7242, 7244
		Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP (zur Geschäftsordnung)	7242, 7245
		Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU (zur Geschäftsordnung)	7243
		Abg. Bernd Gögel AfD (zur Geschäftsordnung)	7243
		Staatsministerin Theresa Schopper	7244
		Beschluss	7245

4. Regierungsbefragung

4.1 Wir versorgen unser Land. 7245

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU	7245
Minister Peter Hauk	7245, 7247, 7248, 7249
Abg. Jonas Weber SPD	7247, 7249
Abg. Klaus Burger CDU	7248
Abg. Udo Stein AfD	7248
Abg. Konrad Eppler CDU	7249
Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP	7249

4.2 Verantwortungsvolle Gastgeber und mündige Gäste als Garant der Wiedereröffnung von Hotels, der Gastronomie und des Tourismussektors 7250

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP	7250
Minister Guido Wolf.	7250, 7252, 7253, 7254
Abg. Reinhold Pix GRÜNE	7251
Abg. Dr. Patrick Rapp CDU	7252
Abg. Sabine Wölfler SPD	7253
Abg. Carola Wolle AfD	7254
Abg. Jürgen Keck FDP/DVP	7254
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) (zur Geschäftsordnung)	7255

5. Regierungsinformation – Bericht des Ministerpräsidenten zu den Ergebnissen der Ministerpräsidentenkonferenz und Aussprache 7257

Ministerpräsident Winfried Kretschmann	7257, 7273
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	7260
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	7262
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	7264
Abg. Andreas Stoch SPD	7266
Abg. Bernd Gögel AfD	7269
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	7272

6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 16/7462

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/8033.	7255, 7276
Abg. Thekla Walker GRÜNE.	7255
Abg. Tobias Wald CDU	7256
Abg. Peter Hofelich SPD	7276
Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD	7277
Abg. Stephen Brauer FDP/DVP.	7278
Ministerin Edith Sitzmann	7279
Beschluss	7280

7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz zur Änderung des Waldgesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 16/7696

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Drucksache 16/7988	7280
Beschluss	7280

8. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landeswohnraumförderungsgesetzes – Drucksache 16/7895 (Berichtigte Fassung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau – Drucksache 16/7997.	7281
Abg. Susanne Bay GRÜNE	7281
Abg. Tobias Wald CDU	7282
Abg. Daniel Born SPD	7282
Abg. Anton Baron AfD	7283
Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP	7284
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	7285
Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut	7285
Beschluss	7286

9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu dem Volksantrag und der Stellungnahme der Landesregierung – Gemeinsam unsere Umwelt schützen in Baden-Württemberg; hier: Zulassung des Volksantrags – Drucksachen 16/7908, 16/8029. 7287

Beschluss	7287
---------------------	------

Nächste Sitzung 7287

Anlage 1 Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU – Wahl der Vertreter/-innen des Landtags in den Beirat des Linden-Museums Stuttgart 7288

Anlage 2 Vorschlagsliste der Fraktion GRÜNE – Wahl von Vertreterinnen und Vertretern in die Vertreterversammlung des Versorgungswerks der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg 7289

Anlage 3

Vorschlagsliste der Fraktion der CDU – Wahl von Vertreterinnen und Vertretern in die Vertreterversammlung des Versorgungswerks der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg 7290

Anlage 4

Vorschlagsliste der Fraktion der SPD – Wahl von Vertreterinnen und Vertretern in die Vertreterversammlung des Versorgungswerks der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg 7291

Anlage 5

Vorschlagsliste der Fraktion der AfD – Wahl von Vertreterinnen und Vertretern in die Vertreterversammlung des Versorgungswerks der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg 7292

Anlage 6

Vorschlagsliste der Fraktion der FDP/DVP – Wahl von Vertreterinnen und Vertretern in die Vertreterversammlung des Versorgungswerks der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg 7293

Protokoll

über die 118. Sitzung vom 6. Mai 2020

Beginn: 10:02 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 118. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Halder, Frau Abg. Lindlohr, Herr Abg. Dr. Murschel, Herr Abg. Palka, Herr Abg. Dr. Rösler sowie Herr Abg. Stächele.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztägig Herr Ministerpräsident Kretschmann und Frau Staatssekretärin Olschowski sowie ab 16 Uhr Herr Minister Lucha.

Meine Damen und Herren, wir haben über den gestern per E-Mail eingelegten Einspruch von Herrn Abg. Dr. Fiechtner gegen die ihm in der 117. Plenarsitzung am 29. April 2020 erteilten Ordnungsmaßnahmen abzustimmen. Der Einspruch liegt auf Ihren Tischen aus.

Nach § 93 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung entscheidet über diesen Einspruch der Landtag ohne Beratung. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung über den Einspruch.

Wer den Einspruch des Herrn Abg. Dr. Fiechtner für begründet hält und die Aufhebung der Ordnungsmaßnahmen fordert, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Mehrheit des Landtags hält den Einspruch des Herrn Abg. Dr. Fiechtner nicht für begründet und lehnt daher die Aufhebung der Ordnungsmaßnahmen ab.

Der Ständige Ausschuss hat sich in seiner Sitzung am 30. April 2020 nochmals mit dem Thema „Redezeit für alle Sonderrechte“ befasst und unter Drucksache 16/8045 eine Beschlussempfehlung abgegeben, die auf Ihren Tischen liegt.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD meldet sich.)

– Ich habe Sie gesehen, Frau Abg. Dr. Baum. Gleich.

Nach dieser Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses sollen in Abweichung von der Geschäftsordnung für diesen Sitzungszyklus – bis einschließlich der Plenarsitzung am 20. Mai 2020 – die Redeweiten für alle Sonderrechte, also Bemerkungen zur Geschäftsordnung, persönliche Erklärungen, sachliche Richtigstellungen, Erklärungen zur Abstimmung, Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen, auf eine Minute begrenzt werden.

Jetzt gibt es hierzu einen Geschäftsordnungsantrag. – Frau Abg. Dr. Baum, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich stelle den Antrag, als neuen Tagesordnungspunkt 1 für diese Sitzung aufzunehmen: Die Feststellung der Dringlichkeit nach § 57 – –

Präsidentin Muhterem Aras: Moment, Moment, Frau Abg. Dr. Baum!

(Zurufe)

Wir sind jetzt erst einmal bei einem anderen Punkt. Sie haben sich zu etwas anderem gemeldet.

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Zur Tagesordnung.

Präsidentin Muhterem Aras: Wir sind – –

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Aber das hat damit zu tun. Das hängt damit zusammen.

(Abg. Anton Baron AfD: Frau Präsidentin, laut Geschäftsordnung darf man jederzeit einen Antrag stellen!)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment, Herr Abg. Baron, Frau Abg. Dr. Baum. Moment.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, jetzt geht es erst einmal um das Thema „Reduzierung der Redeweiten bei – –“ Herr Abg. Baron, lassen Sie mich – – Ich habe Ihren Geschäftsordnungsantrag gesehen.

(Unruhe)

Jetzt lassen wir bitte – – Jetzt geht es zunächst um die Beschlussempfehlung – –

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

– Zu diesem Punkt, also zu Redeweiten, Geschäftsordnung usw.? – Bitte, Herr Abg. Baron.

(Zurufe)

Abg. Anton Baron AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir fassen den von der Präsidentin unterbreiteten Vorschlag zur Einschränkung der parlamentarischen Redeweiten als Antrag zur Abweichung von der Geschäftsordnung nach § 105 der Geschäftsordnung auf.

(Anton Baron)

Diesem Ansinnen werden wir, die AfD-Fraktion, nicht zustimmen. Unsere Ablehnung begründe ich als Bemerkung zur Geschäftsordnung gemäß § 84 der Geschäftsordnung. Dafür – das wissen Sie ja sicherlich, Frau Präsidentin – stehen mir fünf Minuten Redezeit zur Verfügung.

Bei den parlamentarischen Sonderrederechten – namentlich die persönliche Erklärung, die sachliche Richtigstellung, die Erklärung zur Abstimmung und die Antragstellung zur Geschäftsordnung – handelt es sich um Grundlagen zur Absicherung der Freiheit der Debatte im Landtag. Denn nur wenn ein Abgeordneter die Möglichkeit hat, sachgemäß und, wenn erforderlich, auch kurzfristig flexibel auf den Gang der Aussprache im Parlament zu reagieren, nur dann ist er auch in der Lage zum offenen Meinungskampf und zur Sachauseinandersetzung.

(Zuruf)

Ohne Wortergreifung – da können Sie auch noch etwas dazu lernen – ist eine demokratische Auseinandersetzung schlicht undenkbar, weil einfach unmöglich.

(Beifall)

Ausnahmsweise ist eine Regulierung der Sonderrechte möglich, die das Rederecht begleiten. Keinesfalls aber dürfen sie so weit zusammengestrichen werden, dass sie faktisch entfallen. Darauf jedoch läuft Ihr Vorschlag auf eine pauschale Kürzung auf maximal eine Minute hinaus.

Als wir uns am 19. März 2020 zur 115. Sitzung zusammengefunden haben, taten wir das unter außergewöhnlichen Umständen. Wir handelten im Bewusstsein wichtiger und eiliger Entscheidungen. Wir stellten eine Naturkatastrophe nach der Landeshaushaltsordnung fest und bewilligten auch einen milliardenschweren Nachtragshaushalt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sie haben doch gar nicht mitgemacht!)

Das hielten wir für erforderlich – selbstverständlich haben wir da mitgemacht, Herr Schwarz, das wissen Sie selbst –, weil wir zu dem Zeitpunkt nicht absehen konnten, welche Tragweite das Covid-19-Virus haben würde und in welcher Weise es sich möglicherweise ausbreitet.

Vor diesem Hintergrund haben wir daher im Interesse der Gesundheitssorge oder, wie es die Präsidentin in der 115. Sitzung am 19. März ausdrückte, „der ganz konkreten Verantwortung, im Plenarsaal Ansteckungsrisiken zu vermeiden“, einmalig für die Sitzung Einverständnis erklärt mit der vorübergehenden Verkürzung der Sonderrechte.

Diese Situation hat sich nun grundlegend gewandelt. Die Fallzahlen von Covid-19 sind im Griff, und die Ansteckungsraten gehen bereits seit Mitte März zurück. Die allgemeinen Hygienemaßnahmen verhindern zuverlässig eine Weiterverbreitung. Für eine Einschränkung der Rederechte besteht dabei also keine Veranlassung mehr.

(Beifall)

Wir haben Sie, sehr geehrte Vertreter der grün-schwarz-gelb-roten Mehrheit, im Ständigen Ausschuss gefragt, ob denn überhaupt medizinische Erkenntnisse eingeholt worden sind

und vorliegen, die eine Verringerung des Ansteckungsrisikos durch Streichen der Redezeit um vier Minuten belegen. Nichts da! Es liegen keinerlei Erkenntnisse vor.

Von der vorgeschobenen Sorge um die Gesundheit ist auch keine Rede mehr. Mit dem Gesundheitsschutz lassen sich Redezeitbeschränkungen weder sachlich noch rechtlich nachvollziehbar begründen. Die Redezeitkürzung ist nicht erforderlich, um den Gesundheitsschutz im Parlament herzustellen. Die Verkrüppelung der Redezeit auf eine Minute ist noch nicht einmal geeignet, um den Gesundheitsschutz zu erhöhen, wenn gleichzeitig Regierungsbeiträge ohne Redezeitbegrenzung erfolgen.

(Beifall – Zuruf: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, übrigens sollte nach der damaligen Intention des Paragrafen die Abweichung von der Geschäftsordnung nur in absoluten Ausnahmefällen mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Und Sie missbrauchen jetzt genau diesen Paragrafen für mehrere Sitzungen und Wochen, weil Sie einen unangenehmen Abgeordneten nicht ertragen können. Das ist doch eine absolute Schwäche, was Sie an den Tag legen.

(Beifall)

Da wundert es mich, ehrlich gesagt, nicht, dass Sie auch deshalb nicht ernst genommen werden.

(Zurufe)

Wir wissen heute, dass die größte Gefahr von Corona nicht in der Erkrankung liegt, sondern in den ausufernden Maßnahmen zu seiner Eindämmung, in den Gefahren einer politisch verordneten Medizin, die unsere Wirtschaft, unser Volk und den Landtag als Hort unseres Staates ohne Not erdrosseln.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Baron, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Anton Baron AfD: Ja, Frau Präsidentin. – Den Antrag werden wir daher ablehnen.

Danke.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Es gibt weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung, zum einen von Frau Abg. Razavi und danach –

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

– Ach so. Okay.

Ich habe noch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung, und zwar von Herrn Abg. Dr. Gedeon. – Sie haben das Wort. Bitte.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Meine Damen und Herren! Das ist die Stunde des Parlaments, die Stunde des Parlamentarismus, und das ist die Stunde des Länderparlaments. Noch nie hatten wir so viele Möglichkeiten wie heute in dieser Stunde. Und noch nie war es so notwendig, diese Möglichkeiten auszunutzen.

(Dr. Wolfgang Gedeon)

Die Exekutive läuft in manchen Bereichen Amok. Es ist die Aufgabe des Parlaments, die Exekutive hier zu bremsen. Es kann nicht sein, dass die Coronakrise jetzt als Begründung genommen wird. Im Gegenteil! Es müsste so sein, dass das Rederecht in der Coronakrise eher erweitert und nicht verkürzt wird.

(Vereinzelt Beifall)

Denn das ist unsere Entscheidung; das Länderparlament kann in diesem Fall mehr machen als der Bundestag. Das müssen wir uns hier erst mal ins Bewusstsein führen. Das Parlament kann jede Maßnahme der Regierung ausbremsen. Das müssen wir uns auch bewusst machen. Das bitte ich Sie jetzt zu berücksichtigen und nicht anzufangen, Corona als Begründung zu nehmen, sich parlamentarisch zu kastrieren.

Daher: Bitte stimmen Sie nicht für diesen Antrag. Stimmen Sie dafür, dass wir hier alle Punkte, vor allem die Punkte, die Corona betreffen, voll und ganz ausdiskutieren können, bis zum letzten Komma.

(Vereinzelt Beifall)

Das sind wir den Wählern schuldig, meine Damen und Herren.

(Beifall – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Bravo!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, wir kommen gleich zur Abstimmung. Aber ich möchte noch einmal klarstellen: Es geht nicht um eine allgemeine Einschränkung der Rederechte. Das möchte ich schon ganz klar sagen. Es geht nur um Zwischenfragen, für die die Redezeiten von bisher zwei Minuten auf eine Minute reduziert werden sollen. Die allgemeinen Rederechte sind davon unberührt.

(Zurufe, u. a. des Abg. Anton Baron AfD)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung, und zwar zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, die Redezeiten bei persönlichen Erklärungen, sachlichen Richtigstellungen, Bemerkungen zur Geschäftsordnung auf eine Minute zu reduzieren. Wer der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Vielen Dank. Damit ist der Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt.

(Zurufe)

Wir kommen nun zur Wahl der Vertreterinnen bzw. – –

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren! Herr Abg. Baron! Die Abstimmung ist jetzt um, und es gehört auch zum Parlamentarismus, dass man Abstimmungsergebnisse zu akzeptieren hat.

(Beifall – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir kommen nun zur Wahl der Vertreterinnen bzw. Vertreter des Landtags in den Beirat des Linden-Museums Stuttgart.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Unruhe)

– Ja, es kommt doch. Ich habe Sie gesehen, Frau Abg. Dr. Baum. Sie haben das ja gemeldet. Ich habe es wohl gesehen. Wir sind noch nicht in der Tagesordnung. Deshalb keine Sorge.

Also Beirat Linden-Museum: Meine Damen und Herren, mit Schreiben des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 10. Februar 2020 hat Frau Staatssekretärin Olshowski um die Benennung von zwei Mitgliedern des Landtags für die Mitwirkung im Beirat des Linden-Museums Stuttgart gebeten. Die beiden Abgeordneten verteilen sich nach dem Höchstzahlverfahren jeweils auf eine Person der Fraktion GRÜNE und eine Person der Fraktion der CDU.

Auf Ihren Tischen liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU (*Anlage 1*). Sind Sie damit einverstanden, über diesen Wahlvorschlag offen abzustimmen? – Das ist der Fall. Wer diesem Wahlvorschlag zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Wahlvorschlag ist damit mehrheitlich zugestimmt und die in dem Wahlvorschlag genannten Abgeordneten sind in den Beirat des Linden-Museums Stuttgart gewählt.

Meine Damen und Herren, nach dem Beitritt des Landtags von Baden-Württemberg zum Abgeordnetenversorgungswerk in Nordrhein-Westfalen steht nun die erste Vertreterversammlung des Versorgungswerks an, der Vertreterinnen und Vertreter aus Baden-Württemberg angehören. Hierfür haben die Fraktionen in den letzten Wochen Vorschlagslisten beim Versorgungswerk eingereicht.

Der Vorstand des Versorgungswerks hat nun mitgeteilt, dass nicht mehr Bewerberinnen und Bewerber benannt worden sind, als Vertreterinnen und Vertreter zu wählen sind. Deshalb ist die Durchführung der an sich vorgesehenen Briefwahl entbehrlich. Vielmehr gelten die Vorgeschlagenen nach der Wahlordnung des Versorgungswerks als gewählt, wenn der Landtag die Vorschlagslisten bestätigt.

Auf Ihren Tischen finden Sie deshalb die Vorschlagslisten aller fünf Fraktionen, über deren Bestätigung wir zu beschließen haben (*Anlagen 2 bis 6*).

Sind Sie damit einverstanden, dass wir über alle Vorschlagslisten gemeinsam beschließen? – Das ist der Fall. Wer der Bestätigung der Vorschlagslisten zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Frau Präsidentin, dort oben sitzen auch noch Leute! Sie müssen auch dort hin schauen!)

– Ich werde jetzt öfter nach oben schauen. Vielen Dank für diesen netten Hinweis.

Damit sind die Vorschlagslisten mehrheitlich bestätigt. Vielen Dank, auch an die Abgeordneten oben auf der Besuchertribüne.

(Zurufe)

Bevor wir nun in die Tagesordnung eintreten, verweise ich auf den Antrag der Fraktion der AfD – Neubewertung der Lage hinsichtlich der Coronakrise –, Drucksache 16/8067, der auf

(Präsidentin Muhterem Aras)

Ihren Tischen liegt. Die AfD-Fraktion hat hierfür die Dringlicherklärung beantragt. Dazu erteile ich das Wort Frau Abg. Dr. Baum. – Es geht nur um die Stellungnahme zur Dringlichkeit, nicht um den Antrag als solchen, bitte.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Nur die Begründung der Dringlichkeit?)

– Nur zur Dringlichkeit.

(Widerspruch der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

– Nein, es geht nur um die Begründung der Dringlichkeit.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

– Genau. Es geht nur um die Dringlichkeitsbegründung.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Eine Minute.

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Dringlichkeit des Antrags der AfD-Fraktion zur Neubewertung der Lage hinsichtlich der Coronakrise begründe ich wie folgt: Die aktuelle Entwicklung der Infektionszahlen, der Sterberate sowie der Zahl der erfreulicherweise Genesenen deutet an, dass die anfänglich befürchtete epidemische Lage von nationaler Tragweite wohl nicht zutrifft und damit die Basis der getroffenen Verordnungen, nämlich das aktuell gültige Infektionsschutzgesetz, zumindest infrage zu stellen ist.

Im Gegensatz dazu führt jeder weitere Tag der Grundrechtseinschränkungen, der Sozialkontaktsverbote, der Besuchsverbote, des Unterrichtsausfalls und der Schließung von Betrieben zu schwerwiegenden wirtschaftlichen und nicht zuletzt psychischen Folgen, die den Nutzen einer Aufrechterhaltung all dieser Maßnahmen bei Weitem übersteigen und noch in keinster Weise abzusehen oder zu beziffern sind.

Unser Volk leidet. Sie können das ändern. Deshalb bitte ich Sie alle, diesem Antrag zuzustimmen. Jeder Tag zählt.

Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Wortmeldungen dazu? – Bitte, Herr Abg. Dr. Gedeon.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Corona ist zu 90 % ein Phantom und zu 10 % vielleicht eine Gefährdung. Da ist die Dringlichkeit gar keine Frage. Diese ist ohne Zweifel gegeben. Nehmen Sie einmal die Situation eines Hoteliers, der jeden Tag mehrere Tausend Euro Verluste hat. Das verkraftet er nicht. Für den ist jeder Tag eine entsetzliche Herausforderung.

Was die Demokratieeinschränkung anlangt, die Aushebelung der Grundrechte: Meine Damen und Herren, für eine Demokratie, die sich ernst nimmt, ist jede Minute, in der das nicht gerechtfertigt ist, ein Dringlichkeitsgebot. Das müssen wir uns vor Augen halten. Es geht hier nicht um Killefit und Klimbim, es geht um die Grundfragen unserer Gesellschaft, um die Grundfragen der Demokratie.

(Vereinzelt Beifall)

Da ist Dringlichkeit in höchstem Maß angesagt. Jede Minute, in der wir diese Diktatur länger aufrechterhalten, ist eine Schande für unser Volk. Deswegen jetzt Dringlichkeit!

(Vereinzelt Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Daher kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit dieses Antrags. Wer der Dringlicherklärung dieses Antrags der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Dringlicherklärung des Antrags ist damit nicht zugestimmt.

Nun treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der AfD – Sicherung des Landeshaushalts in der Corona-Krise – Drucksache 16/7987

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich für die Fraktion der AfD Herrn Abg. Dr. Podeswa.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! 250 000 Menschen waren im April in Baden-Württemberg arbeitslos. Das ist ein Anstieg um über 61 000 im Vergleich zum März. Jeder Einzelne von diesen Menschen steht vor vielen Fragen und Problemen. Jeder einzelne Arbeitslose ist ein Arbeitsloser zu viel.

(Beifall)

Die Familien müssen ihre Ausgaben einschränken, geplante Anschaffungen überdenken. Die Politiker und der Landtag müssen hier vorbildlich und vor allem dringlich handeln. Bei den Baden-Württembergern verbreitet sich Unsicherheit. Seit Jahrzehnten waren nicht so viele Baden-Württemberger in Kurzarbeit. 1,7 Millionen Baden-Württemberger leiden an Kurzarbeit. Zehntausende von Unternehmen in Baden-Württemberg stehen vor der Insolvenz.

Nur ein Beispiel, stellvertretend für viele Unternehmen: Zwei Drittel aller Reisebüros im Ländle stehen vor dem Nichts und werden aufgeben müssen. Alle diese Unternehmen werden aufgeben müssen, wenn ihnen die Politik nicht hilft, und zwar nicht mit Krediten zu 9 % Zinsen, sondern mit nicht rückzahlbaren Hilfen und – genauso wichtig – mit einer planbaren Perspektive. Das wird kosten. Das wird viele Milliarden Euro kosten, sehr viele Milliarden Euro.

Die Politik muss handeln, sie muss – das füge ich hinzu – endlich handeln. Wir sind die Politik. Reden ohne handeln ist falsch. Wir, die AfD-Fraktion im Landtag, tun das: Wir handeln. Die AfD-Fraktion hat deshalb schon am 18. März 2020 einen Rettungsschirm in Höhe von 7 Milliarden € für die Wirtschaft, für Kleinunternehmen und für Soloselbstständige eingebracht.

(Beifall)

(Dr. Rainer Podeswa)

Da ging die Landesregierung und da gingen Sie, meine Damen und Herren von der CDU – von den Grünen erwarte ich nichts anderes –,

(Vereinzelt Heiterkeit)

noch mit einem Hilfsfonds von gerade einmal 850 Millionen € in die Sitzung am Folgetag. Wahrlich, da haben Sie die Auswirkungen der Coronakrise aber drastisch unterschätzt. Als Ihnen das dämmerte, mussten Sie schnell in der Mittagspause den AfD-Gesetzentwurf kopieren und haben dann in einer Sondersitzung des Landtags, wie es sie auch in Baden-Württemberg noch nie gab, diesen Antrag der AfD durchgewunken.

Nun zur heutigen Debatte: Die AfD hat schon vor drei Wochen eine Haushaltssperre beantragt, welche Sie – und zwar alle anderen Parteien im Landtag – abgelehnt haben. Wie können Sie nur so völlig abwegig, so unverständlich, so – ich gehe so weit, das zu sagen – verantwortungslos handeln? Sie tragen die Verantwortung für die Menschen in unserem Land.

(Beifall)

Die Ausgabenseite explodiert, weil wir – ich hoffe, da darf ich für alle Kollegen hier in diesem Hohen Haus sprechen – den Bürgern helfen wollen. Über die Ausgabenseite erstattet uns das Finanzministerium wöchentlich eine Übersicht, einen Bericht. Die Einnahmeseite erodiert dramatisch. Es gibt keine, wirklich keine einzige Prognose, welche nicht von einem historischen Wirtschaftsabschwung ausgeht, einem historischen Wirtschaftsabschwung, welcher das Land Baden-Württemberg gerade wegen seiner wirtschaftlichen Stärke doppelt so stark treffen wird wie den Durchschnitt der Republik.

Wir von der AfD-Fraktion fordern vom Finanzministerium auf der Einnahmeseite – genauso wie auf der Ausgabenseite – mindestens auch monatliche Steuerschätzungen, damit wir unserer Kontrollfunktion überhaupt nachgehen können.

(Beifall)

Das Finanzministerium geht davon aus, dass die Steuereinnahmen in diesem Jahr um bis zu 4 Milliarden € sinken könnten. Die Finanzministerin sagt aber in demselben Satz auch sofort, sie kenne auch deutlich pessimistischere Szenarien.

Unzählige Gemeinden führen Haushaltssperren ein – Heilbronn, Pforzheim, Rottweil, Heidelberg, Rheinfelden, Ettlingen usw. Die Liste ließe sich geradezu beliebig fortsetzen. Es gibt kein Unternehmen im Land, wirklich kein Unternehmen, welches nicht überlegt, seine Ausgaben zu prüfen und nur unabhkömmliche Ausgaben zu tätigen und andere aufzuschieben.

Die Landesregierung, die Regierungsfaktionen GRÜNE und CDU sowie die Oppositionsfaktionen SPD und FDP/DVP verweigern sich in dieser Situation einer Haushaltsrevision. Ich bin wirklich fassungslos.

(Beifall)

Die AfD-Fraktion fordert eine Überprüfung aller Haushaltspositionen hinsichtlich verzichtbarer Ausgaben.

Die für zwingend notwendige Hilfen erforderlichen Mittel werden wir an anderen Stellen frei machen müssen. Das kann

leider, wie wir alle hier wissen, nicht vollständig gelingen, ist aber kein Freifahrtschein für unbegrenztes Schuldenmachen.

(Vereinzelt Beifall)

Für einen schamlosen Schuldenhaushalt zulasten unserer Kinder steht die AfD-Fraktion nicht zur Verfügung.

(Beifall)

Die AfD-Fraktion fordert einen Einstellungsstopp bei Beamten mit Ausnahme von Polizeidienst und krisenrelevanten Stellen. Die AfD-Fraktion fordert konsequent natürlich auch einen Beförderungsstopp bei allen Landesbeamten und natürlich eine Aussetzung der Gehaltsanpassungen

(Zuruf)

voraussichtlich zunächst bis zum Jahresende. Die AfD-Fraktion fordert zudem konsequent einen Verzicht auf mindestens 10 % der Bezüge bei allen Abgeordneten, Staatssekretären und Ministern.

(Beifall – Zurufe)

Wir wollen den Bürgern ein Zeichen für gemeinsames Einstehen in der Krise setzen. Wir haben diesen Antrag zum letzten Plenum auf die Tagesordnung gebracht. Sie haben einmütig Einsparungen bei Ihnen selbst abgelehnt.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Podeswa, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Lorek zu?

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Nein, jetzt nicht.

(Zurufe)

Ja, die AfD-Fraktion bedauert, diese harten Forderungen für die Landesbeamten aufstellen zu müssen. Ja, die Steuereinnahmen des Landes brechen zusammen. Ja, wir haben eine riesige Welle von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Ja, wir alle werden in diesen Zeiten den Gürtel enger schnallen müssen. Die Kürzung der Abgeordnetendiäten haben Sie, wie ich schon erwähnte, bereits abgelehnt.

Die AfD-Fraktion ist sehr gespannt darauf, zu erfahren, wie Sie die Haushaltssperre und die Haushaltsrevision, die alternativlos sind, nun ablehnen werden und wie Sie das den Bürgern, den Menschen in Baden-Württemberg erklären wollen.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Walker das Wort.

Abg. Thekla Walker GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist unser Ziel in der Pandemie, hier die Opfer sowie die sozialen und ökonomischen Folgen so gering wie möglich zu halten und selbstverständlich auch einen Zusammenbruch, der bei einer solch großen Pandemie durchaus im Raum steht, so weit wie möglich zu verhindern. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind tief greifend. Sie werden uns noch lange beschäftigen – vor allem auch in der Haushaltspolitik.

Unternehmen, Selbstständige, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen jetzt Unterstützung, um die Krise wirt-

(Thekla Walker)

schaftlich zu überstehen. Es ist Aufgabe der Politik, den Folgewirkungen dieser Pandemie entgegenzuwirken. Das haben wir getan, und das werden wir auch weiterhin tun, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Was haben wir haushaltswirtschaftlich gemacht? Wir haben ein umfangreiches Soforthilfeprogramm gestartet. Wir haben einen finanziellen Rettungsschirm in Höhe von bis zu 6,2 Milliarden € gespannt. Wir haben einen Nachtragshaushalt aufgestellt, und wir, der Landtag, haben die Landesregierung ermächtigt, falls erforderlich, Kredite bis zu einer Höhe von 5 Milliarden € aufzunehmen.

Das konnten wir auch tun, weil wir in den vergangenen Jahren eine solide Haushaltspolitik betrieben haben. Wir konnten über die entsprechenden Rücklagen verfügen. Wir sind finanziell voll handlungsfähig, und deswegen konnten wir eben auch die Landesregierung ermächtigen, in der genannten Höhe Kredite aufzunehmen, ohne gegen die Schuldenbremse zu verstoßen.

Und was tut die AfD? Als es am 19. März 2020 hier darum ging, die notwendige Kreditermächtigung für den Rettungsschirm zu verabschieden, wollten Sie die Sondersitzung des Landtags mit allen Mitteln verhindern.

(Zurufe)

Und heute beantragen Sie eine weitgehende allgemeine Haushaltssperre, von der nur Stellenbesetzungen bei der Polizei und in Bereichen der Landesverwaltung, die direkt in die Pandemiebekämpfung involviert sind, ausgenommen werden sollen. Politisch will die AfD also mitten in einer hochgefährlichen Pandemie, mitten in einem nie da gewesenen wirtschaftlichen Lockdown,

(Zurufe)

zu Beginn einer der größten Rezessionen der Nachkriegszeit den Landeshaushalt einfrieren. Die Ausnahmen von der Haushaltssperre sollen auf Titel begrenzt werden, die wegen gesetzlicher oder vertraglicher Auflagen in voller Höhe ausgezahlt werden müssen.

(Zuruf)

Jetzt will ich Ihnen einmal sagen, was das ganz konkret bedeutet: Eine Haushaltssperre bedeutet, dass Beschaffungen von Schutzkleidungen, Beatmungsgeräten, medizinisch notwendigen Materialien für die Pandemie nicht mehr getätigt werden können. Eine allgemeine Haushaltssperre, so wie Sie sie gefordert haben,

(Zurufe)

bedeutet, dass hier Soforthilfen für Unternehmen, Selbstständige, Hilfspakete für Kommunen, Familien usw. nicht verabschiedet werden könnten. Dazu würde Ihr Antrag führen.

(Beifall – Zurufe)

Ganz nebenbei würde das Land in einer massiven Abwärtsbewegung der Wirtschaft eine verheerende wirtschaftspolitische Botschaft aussenden, nämlich:

(Zurufe)

„Jetzt ist brutalste Sparpolitik angesagt.“ Das wollen wir nicht. Das wird es mit uns nicht geben. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall)

Um es klar zu sagen: Selbstverständlich wird es notwendig sein, haushaltswirtschaftlich und politisch auf die einbrechenden Einnahmen zu reagieren. Wir werden den Doppelhaushalt natürlich punktuell auch auf den Prüfstand stellen. Dabei muss man mit Maß und Mitte vorgehen, und dies natürlich auf einer soliden Zahlenbasis. Diese haben wir erst mit der Mai-Steuerschätzung; sie liegt uns jetzt gar nicht vor. Deswegen sind Ihre Forderungen jetzt auch nicht mit Zahlen unterlegt.

(Beifall – Zurufe)

Ich will es noch einmal ganz klar sagen – das ist für mich auch das stärkste Argument –: In einer massiven Rezession ist wirtschaftspolitisch das Gegenteil eines rigiden Sparprogramms angesagt. Wir werden hier in den nächsten Wochen und Monaten intensive Debatten über Konjunktur- und Investitionsimpulse führen müssen. Das ist eine Herausforderung, der sich natürlich alle politischen Ebenen stellen müssen, von den Ländern über den Bund

(Zuruf)

bis hin zur Europäischen Union.

Ich möchte an dieser Stelle jetzt nicht auf einzelne Forderungen in diesem Zusammenhang eingehen, aber zwei Punkte sind mir an dieser Stelle wichtig, wenn es um Konjunkturprogramme geht, die unseren Haushalt und auch nachfolgende Generationen enorm und sehr massiv belasten werden. Da geht es mir um zwei Kriterien.

Das erste Kriterium heißt: Jedes Konjunkturprogramm, das wir heute auflegen, muss die Wirtschaft nachhaltiger machen und aktiv zur Bewältigung der zentralen Menschheitsherausforderung der Klimakrise beitragen. Das ist der erste Punkt.

(Lachen – Beifall – Zuruf: Oje!)

Zweitens: Der Weg aus der Krise muss europäischer sein als der Weg in die Krise. Wir werden wirtschaftliche Rezessionen nur dann erfolgreich überwinden, wenn Europa zusammenhält.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Schütte das Wort.

Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Antrag möchte die AfD-Fraktion die Landesausgaben so weit wie möglich einschränken und in der Konsequenz unsere Konjunktur endgültig abwürgen. Da die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik der Dreißigerjahre bekannt sind, frage ich mich: Haben Sie im Geschichtsunterricht überhaupt nicht aufgepasst, oder ist das Absicht?

(Lebhafter Beifall – Abg. Bernd Gögel AfD: Fragen Sie mal die Kommunen im Land, fragen Sie mal die Bürgermeister im Land!)

(Dr. Albrecht Schütte)

Bisher ist Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern, in denen seit Wochen doppelt so viele Menschen sterben wie üblich, glimpflich durch diese Krise durchgekommen. Dafür danke ich unserem medizinischen Personal. Wir können stolz auf unser Gesundheitssystem sein.

Wir haben aber auch rechtzeitig einschränkende Maßnahmen ergriffen. Auch wenn es deutlich weniger Maßnahmen waren als in anderen Ländern – rufen Sie einfach einmal in Italien an –, weiß jeder, der das beschließt, welche konjunkturellen Folgen das hat.

Man kann auf solch eine Sache auch völlig falsch reagieren. 1930 hat man das getan. Die Reichsregierung Müller, gefolgt von der Reichsregierung Brüning, hat Sparprogramm nach Sparprogramm aufgelegt – genau so, wie Sie es vorschlugen. Es wurden Gehälter gekürzt, Investitionen zusammengestrichen, Gehälter nur noch halbmonatlich ausgezahlt. Das Land Baden hat die Lehrerstellen nicht nachbesetzt – genau so, wie Sie das wollen. Die Kommunen haben die Unterstützung der Wohlfahrtsempfänger gekürzt usw.

Was war das Ergebnis? Der Umsatz in den Geschäften ging zurück. Die Steuereinnahmen nahmen rapide ab. Die Abwärtsspirale setzte sich unaufhaltsam in Gang. Neben den wirtschaftlichen Folgen hat man den jungen Menschen die Zukunft geklaut. Ein junger Lehrer aus meiner Gemeinde schrieb über diese Zeit:

Wir wurden von Jahr zu Jahr vertröstet. Sofern möglich, arbeitete man in der Fabrik. So war es jedenfalls bei mir. Die Aussicht auf Anstellung als Lehrer wurde von Jahr zu Jahr ungewisser.

Genau das wollen wir nicht.

(Zurufe von der AfD)

Die Sparmaßnahmen ab 1930 – wenn Sie es nirgendwo sonst gelernt haben – kosteten in der Konsequenz einen Haufen Geld und führten in die größte Katastrophe der deutschen Geschichte. Noch einmal: Denken Sie nach – oder ich muss Ihnen wirklich Vorsatz unterstellen.

(Beifall)

Richtig ist jetzt also, möglichst viele Unternehmen und Arbeitsplätze zu erhalten und die Konjunktur zu stützen. Nach der Soforthilfe, die wir gemeinsam mit der Landesregierung beschlossen haben, wird es weitere Unterstützung insbesondere für stark betroffene Unternehmen geben. Das Land investiert weiter auch in Sanierung und Ausbau der Infrastruktur, und in Partnerschaft mit den Kommunen wird die CDU-Fraktion dafür sorgen, deren Investitionskraft und -tätigkeit zu erhalten und so die Konjunktur zu stabilisieren. Das geht übrigens nur, wenn man keine Haushaltssperre hat. Sonst kann man nämlich der Kommune keinen einzigen Euro geben.

(Beifall)

Zudem setzen gerade die Länder und insbesondere wir, das Land Baden-Württemberg, mit ihren Haushalten auf Zukunft. Oder sollen wir gemäß Ihrem Antrag tatsächlich keinen Informatikunterricht mehr einführen, die Lehrervertretungsreserve kappen, die Forschung bei der Wasserstofftechnologie strei-

chen und den Breitbandausbau nicht weiter fördern? Das steht in Ihrem Antrag.

(Zurufe)

– Alle Ausnahmen. Lesen Sie den eigenen Antrag!

(Beifall)

Da gilt der Satz von König Christian VIII. von Dänemark.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Schütte, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Klos zu?

Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Erst kommt das Zitat. – Der König hat gesagt:

Arm und elend sind wir ..., wenn wir jetzt auch noch dumm werden, können wir aufhören, ein Staat zu sein.

(Beifall – Zurufe)

Natürlich ist klar, dass wir uns bei der einen oder anderen unnötigen Bürokratie – § 2 b des Umsatzsteuergesetzes – überlegen müssen, ob wir das alles brauchen. Darüber wird man reden müssen.

Aber es bleibt die Frage: Wer bezahlt eigentlich die Überlebenshilfe, die Unterstützung der Kommunen und die Investitionen in die Zukunft? Die Antwort sehen wir in den letzten zehn Jahren. Statt einer langjährigen Depression folgte auf die Finanzkrise von 2008 bis 2010 ein Aufschwung, und die Verschuldungsquote wurde von über 80 % auf unter 60 % reduziert.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Zu welchem Preis?)

– Der Preis war, dass es uns heute viel besser geht als früher.

(Unruhe)

Und wir haben eine zurückhaltende Haushaltspolitik gemacht. Aber eine Bemerkung kann man machen: Wenn wir in Zukunft wieder bessere Zeiten haben, können wir an heute denken und vielleicht für 100 Millionen € Zusatzeinnahmen nicht 100 Millionen € Ausgaben zusätzlich beschließen.

(Zurufe)

Ich bin mir sicher: Wenn wir in die Zukunft investieren und die Wirtschaft nicht jetzt komplett kaputtsparen, dann wird auch die Generation, die jetzt in den Schulen ist, im Jahr 2035 vielleicht die nächste Krise bewältigen können, weil wir sie gut ausgebildet haben, ihnen eine bessere Infrastruktur zur Verfügung gestellt haben und weil wir ihnen Zukunftshoffnung und Zukunftschancen gegeben haben. Das ist unsere Aufgabe und nicht, die Fehler von 1930 zu wiederholen und das Land kaputt zu machen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall – Zurufe: Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Hofelich.

Abg. Peter Hofelich SPD: Werte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich das taktische Kalkül der AfD einmal weglasse, reden wir natürlich über ein ernstes Thema: Wie weit kann unser Landeshaushalt die vielfältigen Corona-Abwehrlasten tragen? Müssen wir uns im Haushalt Raum für unsere Hilfen an Wirtschaft und Gesellschaft schaffen, und wie tun wir das, durch Umschichtungen oder eben durch weitere Kreditaufnahmen? Das wird uns in der nächsten Zeit natürlich beschäftigen.

Ich denke auch, dass es richtig ist, dass in den Städten und Gemeinden auch drastische Maßnahmen in diesen aufgrund der schwankenden Gewerbesteuererinnahmen volatilen Haushalten ergriffen werden. Das ist völlig klar.

Tatsache ist aber auch, dass die Liquidität unseres Landeshaushalts, von der wir uns in diesem Parlament überzeugen, bei der wir Bescheid wissen, derzeit ausreicht, dass wir diesem AfD-Antrag nicht zuzustimmen brauchen. Wir werden ihm auch nicht zustimmen, weil wir in einer Situation sind, in der wir als Haushaltsgesetzgeber und als Parlament hier den Überblick haben. Wir werden uns diesen Überblick auch erkämpfen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ob die AfD mit dem Thema ernsthaft umgeht, daran haben wir sowieso erhebliche Zweifel. Der Justizvollzug braucht mehr Personal, die Finanzverwaltung braucht bessere Kontrolle, um Einnahmen erzielen zu können.

(Zurufe)

Das Handwerk braucht mehr Meister. Und es ist auch so, dass wir, wenn wir über die Bildung reden, noch viel weiter gehen können. Haushaltssperren, meine Damen und Herren, dürfen nicht dem Handlungsfähigen die Handlung abschneiden. Das ist der Punkt.

(Beifall)

Das steht ja hinter Ihrem Antrag.

Im Übrigen will ich Ihnen nur einmal eines sagen: Wenn Sie schon Ihr Gedankengebäude hier aufrichten, dann sage ich Ihnen: Wenn Sie bei diesem Thema sagen, der Polizeivollzugsdienst solle ausgenommen werden, dann würde ich mich freuen, wenn Sie dann konsequenterweise auch gesagt hätten: Lasst uns, das Land, in dieser besonderen Situation unserer Familien zurückkehren zu einer offenen und realistischen Finanzierung wie der Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit. Denn das ist in diesen Zeiten notwendig, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Hofelich, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Klos zu?

Abg. Peter Hofelich SPD: Nein, bitte nicht, Frau Präsidentin. Es sind nur fünf Minuten Redezeit.

Ich habe einfach den Eindruck: Sie kommen nicht mehr aus Ihrer Groll- und Schmollecke heraus. Deswegen sagen Sie: Damals hatten wir eine gute Idee, und jetzt sind wir sauer, dass Regierung und Oppositionsfaktionen die richtigen Dinge machen.

Ich möchte mich von der AfD abwenden und zur Haushaltslage kommen. Wir haben eine außergewöhnliche Situation: Niemand hätte bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts vor Weihnachten gedacht, dass wir schon wenige Monate später eine 5-Milliarden-€-Kreditlinie haben würden. Möglich wurde sie übrigens durch die Regelung der Schuldenbremse bei Naturkatastrophen und Notsituationen. 1 Milliarde € haben wir bisher aufgenommen. Niemand hat daran gedacht, dass aus den gut gefüllten Quellen des Bundeshaushalts, derer wir uns bedienen dürfen, zwischenzeitlich sicherlich ungefähr 1,4 Milliarden € – Stand letzter Donnerstag – auf die Landeskontoen überwiesen wurden – übrigens ohne Subsidiaritätsbedenken des Landes, aber mit Olaf Scholz.

(Beifall)

Kaum jemand hat daran gedacht, dass sich die Haushaltsrücklage für Unvorhergesehenes mit den Zuzahlungen dieses Jahres auf ca. 1,5 Milliarden € aufsummiert und nicht zur grünscharzen Kür vor der Landtagswahl, sondern zur parteiübergreifenden und fraktionsübergreifenden Pflicht in der Coronakrise wird, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Auch nicht viele denken daran, dass von dem für 2019 derzeit festgestellten kassenmäßigen Überschuss von 3,7 Milliarden € nach Verrechnung der Reste wohl sehr ansehnliche rund 1,8 Milliarden € Jahresüberschuss übrig bleiben werden und diese auch dringend für Coronamaßnahmen und Investitionen gebraucht werden, meine Damen und Herren.

Wir danken dem Finanzministerium und der Finanzministerin für die wöchentliche Information des Finanzausschusses zu den Zu- und Abflüssen, die wir in dieser Situation haben. Klar ist aber auch – das will ich hier sagen –, dass wir, der Finanzausschuss und das Parlament insgesamt, auch wenn die Liquidität gegeben ist, ab jetzt genauer auf die Programme und auf die Schirme werden schauen müssen. Es ist die Pflicht des Parlaments, dass wir hier jetzt wieder eine funktionsfähige Kontrolle haben, die wir, der Finanzausschuss, ausüben wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich möchte in dieser Zeit schon noch einmal sagen, für wen wir hier treuhänderisch stehen: Es sind nicht die Philosophen, sondern die Steuerzahler, Selbstständigen und Arbeitnehmer, die in den Jahren 2016 bis 2019 mit dem Überschuss im Landeshaushalt die Regierung Kretschmann bislang über die Hürden gebracht haben, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Das Fazit: Die Parlamente und Regierungen in Berlin und Stuttgart haben bislang vieles richtig gemacht. Austerität war nicht nötig, Mitgefühl und Solidarität schon. Ökonomisch war es im Kern keynesianisches Gegenhalten – die Pferde zum Saufen bringen. Wir erwarten jetzt aber, meine Damen und Herren, eine Strategie. Das ist der wichtige Punkt, der vor uns steht: Keine Haushaltssperre, aber eine Haushaltsstrategie. Beenden Sie die Aufblähung im Personalbereich der Leitungsebenen der Ministerien. Wir haben Sie harsch kritisiert, und Sie haben einfach weitergemacht. Frau Finanzministerin und

(Peter Hofelich)

Herr Ministerpräsident, stoppen Sie endlich die grün-schwarze Vermehrung der Messdiener in diesem Land.

(Beifall)

Wir können uns das nicht mehr leisten. Sorgen Sie dafür, dass es in den Ministerien zu Umschichtungen kommt. Das ist in einem Landratsamt ganz normal beim Personal – ich komme zum Ende, Frau Präsidentin –, menschlich nicht leicht, aber sachlich leistbar. Die Differenz heißt eben Verwaltungsführung. Vielleicht kann die Regierung Kretschmann beweisen, ob sie es tatsächlich kann, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Was das Geld angeht – letzter Satz –: Jetzt kommt es darauf an. Dort, wo es wirklich notwendig ist, brauchen wir tatsächlich auch Handlungen. Das gilt vor allem für die Städte und Gemeinden. Ihre Funktionsfähigkeit muss unter allen Umständen gewahrt werden. Die kommunale Ebene ist für uns wichtig. Deswegen kommt es darauf an, dass dort, wo der Kittel brennt, jetzt auch etwas getan wird. Nach den beiden Abschlagszahlungen muss jetzt der kommunale Rettungsschirm kommen. Machen Sie das ohne Taktik, Frau Finanzministerin und Herr Ministerpräsident, und machen Sie es in Solidarität mit den Kommunen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Brauer.

(Minister Manfred Lucha zur SPD: Schafft einmal was! – Gegenruf des Abg. Peter Hofelich SPD: Jetzt wird es aber beleidigend! – Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, der Minister entgleist ein bisschen!)

– Was war jetzt?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Der Minister beschimpft Parlamentarier!)

Moment, Moment!

(Abg. Andreas Stoch SPD: Der Satz: „Schafft doch erst mal was“ geht so nicht! – Gegenruf: Wer hat das gesagt?)

– Ich habe das nicht gehört, Herr Abg. Stoch. – Herr Minister, sollte es zutreffend sein, dann bitte ich Sie, ab sofort – –

(Minister Manfred Lucha: Entschuldigung! – Vereinzelt Beifall)

– Sehr gut. Vielen Dank. Ihnen ist bekannt, dass Sie von der Regierungsbank keine Meinungsäußerungen kundtun dürfen. Vielen Dank.

Jetzt hat Herr Abg. Brauer das Wort.

(Zurufe)

Abg. Stephen Brauer FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD-Fraktion beantragt eine allgemeine Haushaltssperre. Das klingt hart.

Der Begriff „Sperre“ soll konsequent erscheinen und soll den Eindruck radikalen Durchgreifens vermitteln.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Nein, das ist ein feststehender Begriff!)

Das ist der Hauruckstil der AfD, den wir kennen und den Sie sich bei Ihren Vorbildern Putin, Trump und Co. abgeschaut haben.

(Lachen)

Sicher ist ein Nachsteuern aufgrund der durch die Coronakrise verursachten Mehrausgaben und der zu erwartenden Mindereinnahmen unerlässlich. Ob eine allgemeine Haushaltssperre in dieser Situation hilfreich ist, möchte ich, ebenso wie meine Vorredner, bezweifeln.

(Beifall – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

„Haushaltssperre“ würde bedeuten, dass alle Ausgaben, für die noch keine rechtlichen Verpflichtungen eingegangen wurden, automatisch obsolet sind,

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

mit Ausnahme der Stellenbesetzungen im Bereich des Polizeivollzugsdienstes und mit Ausnahme der Bereiche, die direkt mit der Lösung der Coronapandemie betraut sind –

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

so die AfD in ihrem Antrag.

(Zurufe)

Das von Ihnen präsentierte Rezept einer Haushaltssperre ist aber nur eine Scheinlösung. Wenn man sich die Posten im Landeshaushalt anschaut, die zur kurzfristigen Konsolidierung herangezogen werden können, sind das sehr überschaubare Beträge. Wollen Sie allen Ernstes den Landeshaushalt retten, indem Sie Beförderungen im öffentlichen Dienst ausschließen und Stellen für Grundschullehrer streichen – für die man vielleicht mit Mühe und Not geeignete Bewerber gefunden hat? Ist es Ihre Art von Politik, Infrastrukturprojekte im Keim zu ersticken, indem Sie fordern, nur Maßnahmen auszunehmen, für die vertraglich oder gesetzlich der volle Betrag gezahlt werden muss? Das sind übrigens die meisten.

Ich schaue in Ihre Gesichter und stelle fest: Ja, Sie meinen das ernst. Und ja, das ist Ihre Art von Politik. Diese Politik ist nämlich rückwärtsgewandt; sie ist so rückwärtsgewandt wie die ganze AfD.

(Beifall – Zurufe)

Wenn wir jetzt Bildungsinvestitionen kappen oder Infrastrukturprojekte einstellen würden, um den Haushalt zu konsolidieren, wäre das viel zu kurzfristig gedacht. Die Zeche würden wir alle durch Wohlstandsverluste in der Zukunft bezahlen.

Richtig ist: Wir stehen vor immensen finanziellen Herausforderungen: Mindereinnahmen auf der einen Seite, Ausgabensteigerungen auf der anderen. Durch die dringend erforderlichen steuerlichen Erleichterungen für Unternehmen werden mindestens 6 Milliarden € weniger in den Landeshaushalt flie-

(Stephen Brauer)

ßen; aufgrund der nachlassenden Konjunktur ist mit weiteren 4 Milliarden € Steuermindereinnahmen zu rechnen. Diesen Mindereinnahmen stehen Mehrausgaben in Höhe von derzeit 2,3 Milliarden € entgegen, wobei rund 1,5 Milliarden € vom Bund getragen werden – das ist in der öffentlichen Kommunikation auch noch nicht so deutlich herausgekommen.

Aber hier ist das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht. Weitere Soforthilfen müssen schnell auf den Weg gebracht werden; insbesondere den Gaststätten, Restaurants und Hotels geht bald die Luft aus.

In der Analyse der prekären Situation sind wir uns also einig; der Schluss allerdings, den die AfD aus dieser Situation zieht, ist falsch. Eine generelle Haushaltssperre ist nicht der richtige Weg, um aus der Krise zu finden. Noch nicht einmal die kurzfristige Konsolidierung des Haushalts lässt sich so erreichen. Dazu sind die Einsparpotenziale, die man dadurch realisieren kann, einfach zu gering.

Noch viel weniger ist die geforderte Haushaltssperre dazu geeignet, die Weichen für die Zukunft, für die Zeit nach Corona zu stellen. Bei Zukunftsprojekten eine Kontinuität in der Finanzierung sicherzustellen ist das Gebot der Stunde. Hier Investitionen zu kappen und Unterbrechungen zu riskieren würde bedeuten, dass uns das Virus nicht nur verletzt, sondern geschlagen hat. Und das darf nicht sein.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Dieses fiese Ding!)

Eine seriöse Einordnung der Mittelabflüsse im Hinblick auf die zu erwartenden Mindereinnahmen ist erst nach der Steuerschätzung Mitte Mai möglich. Dann ist es auch die Zeit, auf einen Nachtragshaushalt hinzuarbeiten, der der neuen Realität gerecht wird. Denn nicht alles – da gebe ich Ihnen recht –, was im Dezember für manche wünschenswert erschien, ist heute noch bezahlbar. Der Stellenaufwuchs – Herr Hofelich hat es bereits angesprochen – in den Ministerien, den wir bereits bei der Aufstellung des Doppelhaushalts kritisiert hatten, muss erneut auf den Prüfstand. Prestigeprojekte, die in dieser Sondersituation gar nicht mehr diskussionswürdig sind, müssen auf den Prüfstand. Wie wollen Sie denn erklären, dass das Land für alle Kommunen zusammen bislang 200 Millionen € bereitgestellt hat, wenn allein der Beitrag der Stadt Stuttgart zur Opersanierung 500 Millionen € beträgt und die restlichen 500 Millionen € dann vom Land kommen sollen? Das ist nicht darstellbar; das ist nicht vermittelbar.

Dringende Infrastrukturmaßnahmen wie Straßen- und Brückenbau oder die Digitalisierung im ländlichen Raum zu vernachlässigen, um einer kleinen Minderheit Kulturgenuss zu ermöglichen, das wäre in der jetzigen Situation schlicht und ergreifend nicht angebracht und erscheint dekadent.

Wir sagen Ja zu einer Überprüfung aller Positionen – Revisi- on: ja –

(Zuruf: Aha!)

und zu einer Aufstellung eines Nachtragshaushalts im Lichte von Corona. Eine allgemeine Haushaltssperre, wie sie die AfD fordert, lehnen wir dennoch ab.

Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Finanzministerin Sitzmann.

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal herzlichen Dank an die Beschäftigten hier im Landtag, die immer dafür sorgen, dass wir unsere Sitzungen so hygienisch wie möglich abhalten können. Vielen Dank dafür. Auch das ist ein Zeichen der Coronapandemie, dass wir die Hygienemaßnahmen deutlich anheben mussten.

Ja, diese unerwartete Pandemie betrifft alle Bereiche unseres persönlichen, privaten, gesellschaftlichen Lebens, unseres Gesundheitssystems, unserer Wirtschaft und vieles mehr. Sie stellt natürlich das Land Baden-Württemberg, Deutschland, aber auch die ganze Welt vor enorme Herausforderungen. Uns alle treiben die konkreten Auswirkungen natürlich um. Ich kann sagen: Auf allen Ebenen wird alles getan, werden alle möglichen Maßnahmen ergriffen, um gegenzusteuern.

Die finanziellen Grundlagen hierfür sind da. Zum einen hilft uns die solide Haushaltspolitik der vergangenen Jahre. Wir haben nämlich die guten Zeiten genutzt, um Schulden zurückzuzahlen, zu tilgen, in Infrastruktur zu investieren, aber eben auch, um mit dem Doppelhaushalt 2020/2021, den wir hier in diesem Haus im Dezember letzten Jahres verabschiedet haben, eine Rücklage zu schaffen. Diese Rücklage ist auf jeden Fall ein gutes Polster, um die notwendigen Maßnahmen zu finanzieren.

Hierzu gehört natürlich in erster Linie – und zwar sehr schnell und sehr eilig – alles, was mit Schutzausrüstung, Schutzkleidung, Atemmasken, Beatmungsgeräten, Ausbau der Intensivmedizin usw. zu tun hatte. Der Haushaltsgesetzgeber, der Landtag, hat am 19. März einen Nachtragshaushalt verabschiedet und damit die finanziellen Voraussetzungen geschaffen, dass wir sowohl im Bereich des Gesundheitsschutzes als auch für die Wirtschaft entschlossen handeln konnten.

Es war richtig, dass wir die guten Zeiten genutzt haben, um eine Rücklage für Haushaltsrisiken aufzubauen. Auf diese konnten wir, als klar war, wir müssen insbesondere bei den hygienischen und medizinischen Maßnahmen aktiv werden, dann auch sehr schnell zurückgreifen.

Es ist angesprochen worden, dass wir, das Finanzministerium, den Finanzausschuss jede Woche darüber informieren, welche Einwilligungen in Entnahmen aus dieser Rücklage in der jeweils vergangenen Woche erteilt worden sind. Dies geht allen Abgeordneten zu. Wir waren – Stand gestern Abend – bei dieser Liste bei Ausgaben von 2,084 Milliarden € seit dem 24. März. Wir haben außerdem weitere Ausgaben, die aber vom Bund erstattet werden. Das sind die 1,45 Milliarden €, über die der Kollege Brauer auch gerade gesprochen hat.

Diese Beträge sind nicht voneinander abzuziehen. Es ist nicht so, dass wir 2,084 Milliarden € minus 1,45 Milliarden € ausgegeben haben, sondern wir haben beide Beträge ausgegeben. Die Bundesmittel fließen in den Haushalt als Einnahme und werden dann über die Rücklage sofort an die jeweiligen Fachministerien wieder ausbezahlt. Das sind im Wesentlichen das Sozialministerium für den gesamten Krankenhausbereich und das Wirtschaftsministerium für den Bereich der wirtschaftlichen Unterstützung, insbesondere auch der Soforthilfen.

(Ministerin Edith Sitzmann)

Für den Gesundheitsschutz haben wir bereits fast 300 Millionen € ausgegeben. Über das Krankenhausentlastungsgesetz sind aktuell 370 Millionen € in Baden-Württemberg angekommen. Sie kennen die Debatte, dass die Mittel, die der Bund für freie Betten zur Verfügung stellt, nämlich 560 € am Tag laut Krankenhausentlastungsgesetz, vielerorts nicht ausreichen. Dass wir freie Betten haben, ist natürlich auf der einen Seite ein gutes Zeichen, weil das zeigt, dass die Krankheitsverläufe und auch die Anzahl der schweren Erkrankungen durch die vielfältigen Maßnahmen von Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen und weitere Maßnahmen doch deutlich reduziert werden konnten.

Nichtsdestotrotz stellt das natürlich auch die Universitätsklinik als Krankenhäuser der Maximalversorgung vor große Herausforderungen. Deshalb haben wir den Universitätsklinik 600 Millionen € zugebilligt, um den laufenden Betrieb und die notwendigen Umrüstungen zu finanzieren. Wir werden selbstverständlich auf Bundesebene weiter darauf drängen, dass das, was der Bund pro Intensivbett zahlt, und das, was der Bund pro Tag an freien Betten zahlt, deutlich erhöht werden muss, weil – das zeigt sich schon jetzt – das einfach nicht auskömmlich ist.

Auf der anderen Seite können wir sagen, dass es gut und wunderbar gelungen ist, in Baden-Württemberg die notwendigen Kapazitäten bereitzustellen, sodass wir zu keinem Zeitpunkt in einer krisenhaften Situation in dem Sinn waren, dass wir mehr Erkrankte, mehr behandlungsbedürftige Personen als Kapazitäten hatten, sondern ganz im Gegenteil. Daran sieht man auch, dass sich diese Investitionen und diese wichtigen Weichenstellungen auf jeden Fall gelohnt haben.

(Beifall)

Dass das gelungen ist, liegt natürlich an der Politik, aber es liegt vor allem auch an den Beschäftigten im medizinischen Bereich. Deshalb möchte ich nicht versäumen, all denen, die sich in den vergangenen Wochen intensiv gekümmert haben, ein herzliches Dankeschön zu sagen. Sie sind die essenzielle Stütze des Landes, wenn es um die Bewältigung der Pandemie geht.

(Beifall)

Herr Podeswa hat zur wirtschaftlichen Situation ein sehr düsteres Bild gezeichnet. Ja, die Arbeitslosenzahlen sind nach oben gegangen.

(Zuruf)

Ja, die Zahl der Kurzarbeiter ist deutlich angestiegen. Deshalb ist es gut, dass auf Bundesebene das Kurzarbeitergeld entsprechend reformiert wurde und jetzt wohl aufgestockt wird. Das hat es ermöglicht, schnell und unbürokratisch zu helfen. Auch das Land hat im Bereich der Soforthilfen sehr, sehr schnell reagiert.

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Wir haben, wie ich finde, Frau Ministerin Hoffmeister-Kraut, die Bundesförderung mit der Landesförderung klug ergänzt und verzahnt, sodass wir weiterreichen können, was im Bundesprogramm vorgesehen ist. Wir haben es ergänzt um den Faktor Lebensunterhalt für Selbstständige mit der Pfändungsgrenze von 1 180 €. Das ist ein sehr wichtiger Baustein.

Wir kämpfen noch immer darum, dass der Bund das auch so sieht und nicht bei Selbstständigen sofort auf die Grundsicherung verweist, sondern auch den Lebensunterhalt mit anerkennt.

Der zweite relevante Punkt ist, dass in Baden-Württemberg auch Unternehmen von der Soforthilfe profitieren können, die mehr als zehn und bis zu 49 Beschäftigte haben. Damit konnten wir sehr schnell und sehr unbürokratisch sehr vielen Unternehmen und Selbstständigen im Land helfen. Bei den verschiedenen Bausteinen haben wir die Soforthilfe des Bundes um die baden-württembergischen Faktoren ergänzt. Wir haben das Kurzarbeitergeld, und wir haben sehr viele Angebote, was Liquiditätshilfen über die KfW betrifft,

(Abg. Anton Baron AfD: Sie waren doch die Bremse bei dem Rettungsschirm, Frau Ministerin!)

aber auch über die L-Bank. Wir haben den Bürgschaftsrahmen deutlich erhöht. Sie sehen: Das ist ein ganzer Strauß von Maßnahmen, mit dem wir Unternehmen unter die Arme greifen, um eine Perspektive für die Zukunft zu bieten.

Wir haben für den Bereich der Wirtschaftshilfen bislang Bundesmittel in Höhe von 1,1 Milliarden € erhalten und zusätzlich – also on top – Landesmittel von knapp unter 1 Milliarde € für die bereits genannten Ergänzungen ausgegeben. Das ist ein gutes, ein richtiges und wichtiges Signal.

Im Rahmen der Regierungserklärung der letzten Woche und der Aussprache darüber wurde ja auch über einige Personengruppen, Branchen diskutiert, die in einer besonderen Situation sind, bei denen eine wirtschaftliche Perspektive vielleicht auch in der nahen Zukunft noch nicht gegeben ist, die besondere Finanzierungsformen haben. Über all das wird noch zu sprechen sein.

Entscheidend ist meines Erachtens, dass wir zielgenau, effektiv und wirksam agieren und dass wir natürlich auch immer die Belastungen, die eine staatliche Unterstützung für die Zukunft bedeutet, mit bedenken.

Weil wir natürlich auch wissen, dass die Kommunen in einer schwierigen Situation sind, haben wir in zwei Tranchen insgesamt bereits 200 Millionen € als Soforthilfe zur Verfügung gestellt. Ich glaube, es gibt kein anderes Bundesland, Herr Kollege Hofelich, wo dies so schnell und so umfassend passiert ist. Uns war in diesem Bereich insbesondere die Entlastung der Eltern von den Gebühren der Kinderbetreuung, die ja nur für Notfälle stattfinden konnte, ein wichtiges Anliegen, aber auch, dass Volkshochschulen, Musikschulen und andere kommunale Einrichtungen auch in Zukunft existieren werden. Auch das ist uns wichtig.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schweickert zu?

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Ja, bitte.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Frau Ministerin, vielen Dank. – Sie hatten erwähnt, es gebe Branchen, die keine Perspektive hätten, bei denen die Finanzierungssituation ganz besonders sei. Das war mir etwas zu kryptisch. An welche Branchen haben Sie denn da gedacht?

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Es sind ja hier auch schon in der letzten Woche verschiedene Branchen genannt worden. Denken wir z. B. mal an Messen und all diejenigen, die mit der Veranstaltung oder der Ausstattung von Messen zu tun haben. Es ist ja jetzt noch unklar, wie dort die zeitlichen Perspektiven sein können.

Oder wenn es um Großveranstaltungen geht, wenn das Oktoberfest, wenn der Cannstatter Wasen abgesagt werden, dann werden sicherlich die Schausteller ein besonderes Problem haben. Ich will hier jetzt nicht über einzelne Branchen spekulieren. Aber das ist letzte Woche auch hier genannt worden.

Denken wir z. B. auch an den Bereich der Kultur. Gerade für diejenigen, die einen hohen Eigenanteil erwirtschaften durch internationale Tourneen, bestehen besondere Probleme, wenn diese Veranstaltungen jetzt alle über einen längeren Zeitraum abgesagt werden.

Denken wir an den Bereich der Gastronomie und Hotellerie. Da werden demnächst Entscheidungen über schrittweise Öffnungen kommen. Da muss man dann sehen, wie dann die Entwicklung ist.

(Abg. Anton Baron AfD: Was heißt denn „demnächst“?)

Ich war bei den Kommunen. Es ist mir wichtig, dass wir da sehr schnell gehandelt haben und die Liquidität vorerst sichern konnten. Dass wir mit den Kommunen weiter sprechen und verhandeln müssen, ist vollkommen klar. Ich kann Ihnen übrigens sagen, Herr Kollege Hofelich, dass in Baden-Württemberg jede Woche eine Lenkungsgruppensitzung mit den Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen stattfindet. Ich habe mir von den kommunalen Vertretern berichten lassen, dass das bei Weitem nicht üblich ist.

(Abg. Anton Baron AfD: Was ist mit den Kindergartenbeiträgen?)

Dass es in Baden-Württemberg so ist, liegt an einer besonders intensiven Zusammenarbeit, die uns auch wichtig ist. Selbstverständlich werden wir nach der Mai-Steuerschätzung weiterverhandeln.

Damit komme ich auch noch mal zur Frage: Wann müssen wir denn über den Haushalt des Landes Baden-Württemberg intensiv sprechen? Heute eine Haushaltssperre zu verhängen wäre meines Erachtens tatsächlich viel zu früh. Wir müssen die Mai-Steuerschätzung auf jeden Fall abwarten. Sie alle haben in der Zeitung gelesen, dass z. B. die Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute unterschiedlich sind. Wir hatten in der letzten Woche eine Frühjahrsprognose vonseiten der Bundesregierung. In dieser Frühjahrsprognose hat sie vorausgesagt, dass das BIP, das Bruttoinlandsprodukt, in diesem Jahr voraussichtlich minus 6,3 % betragen werde. Diese Prognose ist sicherlich ein Baustein, den jetzt auch die Steuerschätzer mit einbeziehen werden.

Wir haben ganz aktuelle Zahlen vom Statistischen Landesamt. Laut einer Pressemitteilung von heute beträgt das Auftragsminus 9,2 %, das Produktionsminus 12,6 %, das Umsatzminus real 11,9 % im Vergleich zum Februar des Vorjahres.

Meine Damen und Herren, daran sehen Sie: Soweit wir das heute abschätzen können, haben wir deutlich rückläufige Ent-

wicklungen. Aber wir wissen eben noch nicht, wie sich die Entwicklung in Zukunft gestalten wird.

Im Gegensatz zur Finanzkrise vor über zehn Jahren ist es aber wohl so, dass die Rückgänge mehr oder weniger gleich über die Bundesländer verteilt sind. Bei der Finanzmarktkrise war Baden-Württemberg deutlich stärker betroffen. Das scheint nach Einschätzung von Experten diesmal nicht so zu sein. Die Verteilung über die Bundesländer ist einigermaßen gleich.

Dass die Ursachen der wirtschaftlich schwierigen Lage, in der derzeit viele Unternehmen sind, ganz andere sind als vor zehn Jahren, dürfte ja allen bekannt sein.

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Klos zu?

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Bitte schön.

Abg. Rüdiger Klos AfD: Frau Ministerin, danke für das Zulassen einer Zwischenfrage. – Sie haben eben eine interessante Formulierung gewählt. Sie sagten, im Moment sei nicht der Zeitpunkt, eine Haushaltssperre zu verhängen. Heißt das, Sie können sich sehr wohl vorstellen, in dieser Legislaturperiode diese notwendige Maßnahme zu ergreifen?

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Na ja, wann diese Maßnahme notwendig ist, darüber lässt sich jetzt wunderbar diskutieren. Sie sind offensichtlich der Ansicht, dass sie jetzt notwendig ist. Wir sind nicht der Ansicht, dass sie jetzt notwendig ist.

Ob sie jemals notwendig wird, das hängt davon ab, wie sich die Konjunktur, wie sich die Steuereinnahmen und die notwendigen Ausgaben, die wir tätigen müssen, entwickeln. Aber von Vorrednern ist ja auch schon darauf hingewiesen worden: Es ist eine sehr harte Maßnahme, und die kann durchaus auch kontraproduktiv sein, wenn sie nicht ausgewogen ist. Wir haben in Baden-Württemberg auch einen sehr hohen Anteil an fixen Kosten.

All denen, die meinen, man könnte jetzt relevante Summen einsparen, wenn man in den Ministerien ein paar Stellen streichen würde, denen kann und muss ich diese Hoffnung nehmen. Ich kann sagen, dass in dieser krisenhaften Situation alle Ministerien deutlich mehr belastet sind als normalerweise. Es sind nicht nur Tausende von Bürgeranfragen, die die Ministerien zu bewältigen haben, sondern es gibt auch ständig Sitzungen. Das Sozialministerium ist von früh bis spät mit allen Beschäftigten im Einsatz. Dort sind eher zu wenige als zu viele im Einsatz. Für das Wirtschaftsministerium und das Verkehrsministerium trifft das genauso zu.

Also zum jetzigen Zeitpunkt zu sagen, wir begnügen uns mit weniger Stellen in den Ministerien, würde die Leistung, die wir erbringen, nämlich schnell und pragmatisch nach Lösungen zu suchen, konterkarieren.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben von Ihnen, dem Haushaltsgesetzgeber, 5 Milliarden € an Kreditemächtigungen erhalten. Wir werden diese selbstverständlich soweit notwendig peu à peu abrufen. Sie müssen sich über die Liquidität des Landes keine Sorgen machen. Die finanzielle Situation, die Mittel, die wir benötigen werden, haben wir gut im Griff.

(Ministerin Edith Sitzmann)

Ich kann allen nur dringend dazu raten, die Mai-Steuerschätzung abzuwarten und sich dann auch die Zeit zu nehmen, darüber intensiv zu diskutieren. Trotzdem gibt es, wenn die Mai-Steuerschätzung da ist, keine Garantie, dass es im Verlauf des Jahres 2020 und vor allem auch im Verlauf des Jahres 2021 exakt so kommen wird.

Erfreulicherweise gibt es viele Prognosen, die davon ausgehen, dass wir zwar einen tiefen Einschnitt in diesem Jahr haben werden, dass wir aber – ich hoffe sehr, dass das der Fall ist – im nächsten Jahr wieder eine Aufwärtsentwicklung haben werden. Auch das ist sicherlich wichtig, um die weiteren Maßnahmen für den Haushalt von Baden-Württemberg gut abzuwägen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eines richtigstellen. In der Begründung Ihres Landtagsantrags haben Sie von der AfD Befürchtungen in Bezug auf das Rating von Baden-Württemberg ausgesprochen. Richtigerweise hat Baden-Württemberg das Rating AAA.

(Zuruf: Noch!)

Das zeigt, dass die Haushaltspolitik in den letzten Jahren solide war. Es gibt derzeit keine Anzeichen, dass die Pandemie und die Maßnahmen, die wir ergreifen, zu einer Verschlechterung des Ratings führen werden. Was auf jeden Fall nicht korrekt ist – –

(Unruhe)

– Vielleicht hören Sie einfach einmal zu. Es ist nämlich Ihre Debatte. Wenn Sie keine Aussprache wollen, dann sagen Sie das. Dann kann ich meine Rede sofort beenden. Ich erwarte schon, dass Sie zuhören.

(Beifall)

In Ihrem Antrag steht, dass Baden-Württemberg im Zeitraum von 2008 bis 2009 niedriger bewertet wurde, nämlich mit B+. Von 2004 bis 2012 war Baden-Württemberg zwar etwas schlechter geratet als jetzt. Es hatte aber AA+. Von B+ kann gar keine Rede sein. Reden Sie also auch die Vergangenheit nicht schlecht. Schauen Sie sich die Fakten lieber genau an.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen versichern, dass sich die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen in dieser schwierigen Zeit in jeder Hinsicht ihrer Verantwortung bewusst sind und dass wir alles Notwendige, Wichtige und Richtige zur Krisenbewältigung, aber auch für eine gute Zukunftsvorsorge leisten werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die AfD-Fraktion Herrn Abg. Dr. Podeswa.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Frau Walker stellt sich hier hin und spricht von solider Haushaltspolitik. Die grün-rote und die grün-schwarze Regierung haben in den letzten knapp zehn Jahren die Schulden des Landes ausgeweitet – vergleiche die Seite des Finanzministeriums.

Herr Schütte stellt sich hier hin und sagt, mit einer Haushaltssperre könnten alle, die Dutzenden von Gemeinden in Baden-Württemberg, keine Schutzausrüstungen mehr kaufen, und weiß nichts über Einzelermächtigungen, die in einer Haushaltssperre selbstverständlich das Mittel zur Steuerung der notwendigen und sinnvollen Maßnahmen sind.

(Beifall)

Herr Hofelich stellt sich hier hin, hat den finanziellen Überblick und sagt im zweiten Satz, er werde ihn sich hier im Parlament erkämpfen. Was denn nun? Haben Sie ihn, oder haben Sie ihn nicht?

(Heiterkeit und Beifall)

Die Frau Finanzministerin ist beruhigt, weil sie die Ausgabenseite kennt und wöchentlich darüber berichtet. Jeder Unternehmer wird nicht sehr beruhigt sein, wenn er zwar seine Kosten, die Ausgaben, genau kennt, aber keinen Schimmer darüber hat, wie die Einnahmeseite aussehen wird. In jedem gut geführten mittelständischen Unternehmen – wir sprechen gar nicht mal von Daimler – steht die Einnahmeseite tagesaktuell im Managementinformationssystem – und wir warten auf eine Mai-Steuerschätzung und dann auf eine Herbst-Steuerschätzung. Das Parlament braucht mindestens monatlich eine Information über die Einnahmen.

(Beifall)

Einen Plan, einen Finanzplan habe ich hier von niemandem – mit Ausnahme andeutungsweise von der FDP/DVP – auch nur in Ansätzen gehört.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/7987. Abschnitt I des Antrags ist ein Berichtsteil und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu. Vielen Dank.

Abschnitt II des Antrags ist ein Beschlussteil, der mehrere Handlungsersuchen an die Regierung enthält. Sind Sie damit einverstanden, dass ich Abschnitt II insgesamt zur Abstimmung stelle? – Auch das ist der Fall. Vielen Dank. Wer Abschnitt II des Antrags zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Vielen Dank. Damit ist Abschnitt II mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Den Standort Baden-Württemberg gut durch die Krise bringen – der Wirtschaft Perspektiven geben! – beantragt von der Fraktion der CDU

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart das Wort.

(Abg. Anton Baron AfD: Tourismus! Gastronomie! Schausteller! Künstler!)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Infektionskurve gibt uns inzwischen erfreulicherweise guten Grund zur Hoffnung. Die Infektionskurve sinkt weiter. Seit gut einem Monat liegt die Reproduktionszahl in Baden-Württemberg konstant deutlich unter 1. Damit ist die Lage stabil, und das Geschehen ist im Griff. Eine zweite Welle ist auch nicht in Sicht. Auch die Aussicht auf einen Antikörpertest gibt uns im Kampf gegen die Pandemie sicherlich neue Freiräume.

Deshalb können und müssen wir jetzt auch über weitere Schritte der Öffnung sprechen und diese Schritte auch gehen. Deshalb gilt jetzt – heute Morgen hat es der Bundesgesundheitsminister noch einmal betont –: So viel Normalisierung wie möglich und nur noch so viele Einschränkungen wie nötig. Das ist vertretbar, und wo es vertretbar ist, da ist es auch geboten. Denn nach unserer Rechtsordnung ist nicht die Öffnung begründungspflichtig, sondern die Beschränkungen sind es. Darum muss es gehen.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Hört, hört!)

Deshalb geht es auch darum, dass wir die Strukturschäden am Standort Baden-Württemberg begrenzen.

Die neuen Arbeitsmarktzahlen wurden angesprochen. Sie zeigen: Der Arbeitsmarkt reagiert schnell und auch spürbar. Im April hatten wir den höchsten Anstieg der Arbeitslosenzahl seit 2009; der Shutdown kostet damit Jobs. Im Land sind momentan 1,6 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit, im Bund sogar über zehn Millionen. Vor einem Jahr waren es gerade einmal 7 000. Baden-Württemberg verliert 20 Milliarden € Wirtschaftsleistung im Monat. Wir dürfen deshalb die Kipppunkte nicht verpassen. Wir brauchen Perspektiven für Unternehmer und vor allem auch für die Arbeitnehmer für einen Weg aus der Krise und auch für die Zeit nach Corona.

(Beifall)

Deshalb müssen wir jetzt die Rückkehr ins Wirtschaftsleben klug und verantwortlich gestalten. Wir müssen der Konjunktur wieder Schub geben. Vor allem müssen wir Arbeitsplätze sichern und dafür sorgen, dass die Wirtschaft und die Beschäftigung schnell wieder aus eigener Stärke Fahrt bekommen, damit es wieder aufwärts- und weitergeht.

Es ist klar: Die Lage war und ist ernst. Das Virus fordert uns heraus, und es bleibt auch eine Gefahr. Gesundheit steht weiterhin an erster Stelle. Deshalb war der Lockdown richtig und auch gerechtfertigt. Aber wir können dabei jetzt nicht stehen bleiben. Wir müssen vor allem jetzt schnell weiterkommen.

Wir haben beherzt geholfen. Wir haben viel Geld mobilisiert und eingesetzt. Die Zahlen wurden von der Finanzministerin eben genannt. Wir haben Tausende Betriebe vor dem plötzlichen Aus bewahrt. Land und Bund haben gemeinsam eine breite und starke Brücke über die Talsohle gebaut. Das haben auch die Kultus- und die Wirtschaftsministerin sehr früh gefordert. Und wir werden weiter mit einem Sofortprogramm II

gezielt stützen und stabilisieren, damit wir die ökonomische Substanz des Landes schützen und vor allem erhalten –

(Beifall)

für Selbstständige, für den Mittelstand und die Arbeitnehmer in unserem Land.

Aber das Ziel in der sozialen Marktwirtschaft sind ja nicht möglichst große staatliche Ausfall- und Ersatzprogramme. Das Beste ist, wenn die Menschen zurück an die Arbeit können, wenn die Betriebe wieder öffnen, das heißt, wenn der Laden wieder läuft und wieder gutes Geld verdient wird. Darum muss es jetzt gehen. Dafür müssen wir jetzt die Bedingungen schaffen – mit aller Vorsicht und Vernunft, aber auch mit einem ganz bewussten Blick nach vorn. Wir müssen vor allem auch Wege beschreiben und beschreiten, wie wir Gesundheitsschutz und – das füge ich hinzu – wirtschaftliche Aktivität gleichzeitig möglich machen.

Wir haben inzwischen gut gelernt, mit Abstands- und Hygieneregeln umzugehen – selbst mit Masken. Das müssen wir jetzt flächendeckend einsetzen. Das, was auf Spielplätzen machbar ist, geht, denke ich, auch im Biergarten.

(Zuruf: Aha! Und wann?)

Wir haben ja jetzt zum 20. April die ersten Öffnungen erlebt. Es gab keine neuen Ausschläge.

Die Leitlinie muss jetzt heißen: Dort, wo der Infektionsschutz sicher ist, muss auch eine Öffnung möglich sein. Heute standen Überschriften in Medien: „Deutschland, öffne dich!“ Heute ist zumindest der Tag, an dem die Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin sprechen. Aber wir haben ja schon gehört, wie weit in Deutschland auch die Länder unterwegs sind.

Nur das kann letztlich auch der Maßstab für die heutigen Beratungen sein: Wir müssen handeln, wir müssen vorangehen. Deshalb erwarten wir heute auch klare Entscheidungen für mehr Freiheit in Verantwortung. Darum muss es gehen.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Niedersachsen macht es doch vor!)

Das heißt, wir müssen vom Krisenpaternalismus wieder zurück und zur Eigenverantwortung finden. Wir müssen statt starrer Beschränkungen zu klugen Lösungen kommen. Deshalb war es übrigens auch richtig, dass die Landesregierung die 800-m²-Regel im Einzelhandel schnell und restlos abgeräumt hat.

(Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Nach dem Gerichtsurteil!)

– Ja, natürlich. – Das war richtig, und das war auch wichtig. Deshalb ist es dringlich, dass wir jetzt auch Gastronomie, Tourismus und Eventbranche vor allem die Aussicht auf eine Startfreigabe geben. Wir sind dankbar, dass dafür ein gut durchdachtes Stufenkonzept des Tourismusministers, der Wirtschaftsministerin und der Kultusministerin auf dem Tisch liegt. Dieses Konzept müssen wir jetzt umsetzen. Da müssen wir jetzt vorankommen.

In der Tat hat Mecklenburg-Vorpommern jetzt die Strände geöffnet,

(Vereinzelt Beifall)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Bayern hat gestern ein Gesamtkonzept für Lockerungen vorgelegt. Und das, was Niedersachsen in der Gastronomie ab dem 11. Mai kann, das schaffen wir, sage ich heute einmal, in Baden-Württemberg auch.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Reinhart, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schweickert zu?

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Am Ende meiner Rede gern.

Präsidentin Muhterem Aras: Wenn Sie dann noch Redezeit haben.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Aber wir brauchen im nächsten Schritt auch aktive wirtschaftspolitische Impulse, um das Wachstum sowohl auf der Nachfrage- als auch auf der Angebotsseite wieder anzukurbeln.

Wir hatten gestern in der Fraktion Herrn Professor Lars Feld, den Chef des Sachverständigenrats, zu Gast. Er hat uns auch hier intensiv dargelegt: Wir müssen den Aufbruch nach der Krise nutzen, um auch als Standort besser, schneller, agiler, wettbewerbsfähiger, dynamischer, innovativer zu werden. Darum muss es gehen. Das heißt, wir brauchen Investitionen in Technologie, in Forschung, in Innovation, in die Digitalisierung, in moderne Infrastruktur. Deshalb wäre natürlich eine Haushaltssperre, über die wir vorhin diskutiert haben, kontraproduktiv.

(Beifall)

Es muss um Investitionen gehen. Da müssen wir Voraussetzungen schaffen.

(Beifall)

Deshalb müssen wir auch ein neues Zukunftsinvestitionsprogramm schaffen, darüber sprechen. Ich begrüße die Diskussion um Konjunkturprogramme sowohl des Landes wie des Bundes. Einen Einbruch bei den öffentlichen Aufträgen darf es gerade jetzt nicht geben, sonst droht nämlich die nächste Krisenwelle, eventuell gar im Bau oder im Handwerk. Das müssen wir vermeiden.

Wir brauchen eine Entlastung auch in der Bürokratie, bei Vorgaben, bei regulatorischen Bremsen – die müssen wir lösen. Dafür kann auch das Land viel tun. Dazu gehören auch Impulse bei den Steuern. Dazu gehört übrigens auch die Abschaffung des Solidaritätszuschlags, und zwar sofort und für alle, in toto

(Beifall – Zurufe, u. a.: Aha!)

– ja, natürlich –, weil gerade Personenunternehmen und Selbstständige davon besonders betroffen sind.

Der Bundesfinanzminister hat jetzt außerdem Maßnahmen zur Verlustverrechnung vorgeschlagen; diese müssen wir ausweiten. Die 4,5 Milliarden €, die Minister Scholz zugestanden hat, können nur ein erster Schritt sein; da muss noch mehr kommen. Wir brauchen auch eine Unternehmensteuerreform, wie die Mittelstandsstrategie von Bundeswirtschaftsminister

Altmaier sie darstellt. Er macht da einen wichtigen und auch einen guten Job zusammen mit dem Bundesfinanzminister.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das habe ich bisher von niemandem gehört! – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Das muss Sie doch freuen! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Beim Wirtschaftsminister spricht man von einem Totalausfall!)

Wir brauchen natürlich auch das Gespräch über Kaufanreize. Aber wenn wir über Kaufanreize sprechen, auch über Kaufprämien für Autos – dazu kann man ordnungspolitisch natürlich geteilter Meinung sein; gestern fand ja ein Gipfel statt –, will ich schon sagen: Wichtig ist, dass wir hier alle in den Blick nehmen – neben der E-Mobilität und der Brennstoffzelle auch Plug-in oder 6d-Diesel. Ich teile nicht die Meinung – das gestatte man mir – z. B. des Kollegen Özdemir, der gestern von „Betrug“ gesprochen hat, wenn man über Plug-in-Hybride spricht. Ich glaube, das ist die falsche Diskussion.

(Zuruf)

Wir müssen die Autoindustrie in diesem Land sehr, sehr ernst nehmen. Deshalb ist es, wie ich glaube, auch wichtig, dass der Ministerpräsident die Grüne Jugend aufklärt, worum es wirklich geht.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir waren immer für Technologieoffenheit. Wir wissen auch, dass wir noch lange auf den Verbrenner angewiesen sein werden. Ziel ist es, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass wir unsere Schlüsselindustrie auf den Beinen halten, möglichst viele Jobs sichern und nicht mit dem Coronahebel politische Ideologievorgaben durchsetzen.

Dazu gehören jetzt natürlich Hilfen für die Gastronomie, für die angesprochenen Messen, Caterer und vieles mehr, für alle Branchen. Wir brauchen auch dieses Programm II, das sich anschließen muss an das, was wir bisher haben.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Konkretes Datum!)

Es geht darum, nach der Krise nicht eine Wunschwirtschaft vom Reißbrett hochzuziehen – das wird nicht funktionieren.

(Zuruf)

Wir wollen eine starke soziale Marktwirtschaft mit sicheren Arbeitsplätzen, Wohlstand für alle, Innovation durch Wettbewerb, Freiheit in Verantwortung. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, darauf kommt es an. Dafür stehen wir, und so werden wir den Weg aus der Krise erfolgreich gehen können.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz das Wort.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ziel der grünen Landtagsfraktion ist ganz klar: Wir wollen den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg gut durch diese Krise bringen.

(Andreas Schwarz)

Nach der ersten Phase der Soforthilfe brauchen wir nun weitere Maßnahmen, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Darum geht es heute; denn in Baden-Württemberg ist doch eines klar: Wir werden niemanden im Stich lassen.

(Beifall – Zuruf: Bravo!)

Wichtige Eckpunkte, wie wir der Wirtschaft eine Perspektive bieten können, hat der Ministerpräsident in der vergangenen Woche in der Regierungserklärung vorgestellt. Ich möchte drei Phasen unterscheiden: erstens die Phase des Schutzschirms im ersten Moment der Krise, zweitens die Überbrückungsphase, in der wir uns jetzt befinden, und drittens das Wiederingangbringen der Wirtschaft, also die Phase der Konjunktur-, Innovations- und Investitionsimpulse.

Als eines der ersten Bundesländer hat Baden-Württemberg einen Härtefallfonds mit Direktzahlungen aufgelegt; der Empfängerkreis reicht von den Soloselbstständigen bis zu kleinen und mittleren Unternehmen. Darüber hinaus haben wir steuerliche Erleichterungen beschlossen. So konnten wir eine Welle von Insolvenzen verhindern. Das war und ist gut für die Wirtschaft in unserem Land, sowohl für den Buchladen um die Ecke als auch für den Maschinen- und Anlagenbau. Damit haben wir klar zum Ausdruck gebracht: Wir lassen niemanden im Stich. Ich bin der Landesregierung, der Finanzministerin und der Wirtschaftsministerin sehr dankbar, dass wir diese Maßnahmen sehr schnell aufgelegt haben.

(Beifall)

Wir sind jetzt in der zweiten Phase der Soforthilfe. Allmählich läuft das öffentliche Leben wieder stärker an, immer unter dem Vorbehalt des Gesundheitsschutzes. Die Maßnahmen der Soforthilfe müssen in dieser Überbrückungsphase angepasst werden. Was wir jetzt brauchen, sind passgenaue Instrumente für die einzelnen Branchen. Das reicht von den Künstlerinnen und Künstlern, die eben nicht auftreten können, bis hin zum Messebau, den Schaustellern, der Gastronomie, dem Tourismus, dem Busverkehr mit der Ausflugs- und Touristik und den Veranstaltungen.

Ich bin der festen Überzeugung: Diese von den Folgen der Krise besonders betroffenen Branchen müssen wir gezielt unterstützen. Wir, das Land, gehen hier voran. Wir nehmen Geld in die Hand. Der Ministerpräsident hat in der vergangenen Woche ein Hilfsprogramm in dreistelliger Millionenhöhe angekündigt. Das zeigt: Wir kümmern uns aktiv um die Wirtschaft in unserem Land. Das ist das richtige Vorgehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Ich möchte das an einem Beispiel auf den Punkt bringen, nämlich am Beispiel Nahverkehr und Busunternehmen. Busunternehmen spielen gerade im ländlichen Raum eine tragende Rolle für den öffentlichen Nahverkehr. Aber diesen Unternehmen sind jetzt die Einnahmen aus der Schülerbeförderung und aus den touristischen Fahrten weggebrochen. Da muss etwas getan werden. Denn eine nachhaltige, eine moderne Mobilität im ländlichen Raum sowie leistungsfähige Busunternehmen sind auch nach der Krise wichtig. Deswegen begrüße ich, dass die Regierung hier an einem passgenauen Rettungsschirm ar-

beitet. Das ist das richtige Vorgehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Wichtig ist meiner Fraktion, dass wir die Arbeitsplätze in der Gastronomie und im Tourismus erhalten, dass wir den Betrieben eine Perspektive bieten.

(Zuruf: 11. Mai, Herr Schwarz!)

Hier erscheint ein stufenweises Vorgehen sinnvoll. Wenn sich die Zahlen weiterhin so positiv entwickeln, kann ich mir gut vorstellen, dass wir die Gastronomie vor Pfingsten wieder öffnen können.

(Zuruf: Was?)

Dann können wir sowohl die Außengastronomie als auch die Speisegastronomie vor Pfingsten wieder öffnen. Das ist, glaube ich, eine sehr wichtige Perspektive für die Betriebe.

Klar ist: In dieser schwierigen Situation müssen wir der Gastronomie unter die Arme greifen. Uns geht es um eine gezielte Unterstützung, z. B. passgenaue Investitionszuschüsse für notwendige Umbauten, Hilfen für notwendige Anschaffungen in den Betrieben, Unterstützung der Gastwirte bei den Infektionsschutzmaßnahmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch hier gilt: Wir lassen niemanden im Stich. Dort, wo es notwendig ist, werden wir gezielt helfen und unterstützen. Das ist wichtig.

(Beifall – Zuruf: Die brauchen Einnahmen, Herr Schwarz!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Schwarz, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schweickert und des Herrn Abg. Karrais zu?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich lasse die Fragen gleich zu.

Zunächst will ich Ihnen ein paar Informationen zu den anderen Branchen geben. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen darüber reden, ob wir branchenunabhängige Instrumente zum Einsatz kommen lassen. Branchennunabhängige Instrumente haben den Vorteil, dass dann niemand durch das eng gespannte Netz der Förderprogramme fällt. Branchennunabhängige Förderprogramme haben den großen Vorteil, dass wir alle berücksichtigen können.

Beispielsweise geht es darum, Unternehmen bei ihrer Liquidität unter die Arme zu greifen. Auch nach dem Auslaufen der Hilfsprogramme wird das notwendig sein, damit niemand in Insolvenz gehen muss. Ein Instrument dafür können Tilgungszuschüsse sein. Das mindert die finanzielle Belastung, die durch die Rückzahlung der Kredite entsteht, und öffnet den Unternehmen weitere finanzielle Spielräume.

So bauen wir schnell und unbürokratisch eine Brücke in die Zeit nach der Krise. Das gibt den Unternehmen eine Perspektive, und das sichert Arbeitsplätze in unserem Land.

(Beifall)

(Andreas Schwarz)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in dieser zweiten Phase lassen wir in der Koalition gemeinsam ein großes Schiff in See stechen, ein großes Schiff namens Beteiligungsfonds Baden-Württemberg.

(Zurufe, u. a.: Die grüne Arche Noah! – Titanic!)

Die Einrichtung dieses Fonds steht kurz bevor. Der Beteiligungsfonds ergänzt das bestehende Instrumentarium an Unterstützungsmaßnahmen. Ziel des Beteiligungsfonds ist es, die Eigenkapitalbasis im Mittelstand zu stärken. Das ist notwendig, da der Fonds des Bundes nur die größeren Unternehmen im Fokus hat. Unser Fonds richtet sich an die Unternehmen der Realwirtschaft, die bislang wirtschaftlich gesund waren und eine besondere Bedeutung für den Wirtschaftsstandort haben. Mit einem Volumen bis zu 1 Milliarde € wird sich das Land an diesen Unternehmen beteiligen. Mit diesem Schiff kommen wir gut durch schwere Wasser. Daher ist dieser Beteiligungsfonds aus Sicht der grünen Landtagsfraktion ein sehr wichtiges Instrument in dieser Krise.

(Beifall – Vereinzelt Lachen)

Weil hier teilweise Gelächter war, will ich es einfach noch einmal auf den Punkt bringen: Der Beteiligungsfonds ist wichtig, um Arbeitsplätze für die Menschen in Baden-Württemberg zu sichern. Er ist wichtig, um den Kapitalmarktzugang für Unternehmen zu stärken. Er ist wichtig, um Liquiditätsengpässe zu beseitigen, damit Unternehmen wieder finanzielle Spielräume haben. Er ist ein gutes Instrument, um die wirtschaftliche Basis in unserem Land zu stärken. Wir begrüßen ihn daher ausdrücklich. Wir finden, das ist ein gutes Werk, was die Regierung hier vorgelegt hat.

Deswegen kann ich überhaupt nicht verstehen, wenn Herr Hofelich Beamte in den Ministerien mit Messdienern vergleicht oder von einem Messdieneraufwuchs spricht. Ich finde: Gerade bei diesem Beteiligungsfonds und in der aktuellen Krise haben Beamtinnen und Beamte, Menschen im Gesundheitsministerium,

(Zurufe, u. a. Abg. Reinhold Gall SPD: Von denen reden wir auch nicht!)

im Wirtschaftsministerium, im Finanzministerium und in den anderen Ressorts einen Bombenjob gemacht, eine richtig tolle Leistung gebracht. Dieser Beteiligungsfonds ist richtig, und wir unterstützen ihn, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall – Abg. Peter Hofelich SPD meldet sich.)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Schwarz, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hofelich zu?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich lasse nachher die Zwischenfragen zu,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn die Redezeit abgelaufen ist!)

aber ich habe noch drei Seiten Text, die ich gern vortragen möchte.

(Zurufe)

Denn ich habe ja vorher von drei Phasen gesprochen. Deswegen möchte ich noch die dritte Phase ansprechen.

(Anhaltende Zurufe)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, ich darf um etwas mehr Ruhe bitten, vor allem in der ersten Reihe. – Herr Kollege Dr. Rülke und Herr Kollege Dr. Reinhart, vielen Dank.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich habe von der ersten Phase des Schutzschirms gesprochen, von der zweiten Phase der Überbrückungshilfen und von der dritten Phase, einen Weg aus der konjunkturellen Krise zu finden.

Jetzt geht es nämlich darum – Frau Walker hat es heute Morgen richtigerweise angesprochen –, die Klimakrise zum einen und die Coronakrise zum anderen zusammen zu sehen

(Zuruf: Prioritäten setzen!)

und zu begreifen, dass die anderen Themen – künstliche Intelligenz, Digitalisierung, Transformation unseres Wirtschaftsstandorts – weiterlaufen.

(Zurufe)

Deswegen müssen wir die Weichen richtig stellen. Ich spreche mich ganz klar für ein intelligentes Konjunktur- und Investitionsprogramm aus, ein Konjunkturprogramm, das Wohlstand und Prosperität, Innovation und digitalen Wandel und die ökologische Transformation zusammenbringt. Das heißt auch für uns im Land: Wir müssen die Weichen richtig stellen, um das Wiederanlaufen der Wirtschaft dazu zu nutzen, Anstöße für Innovation, Digitalisierung, Forschung und Entwicklung zu geben, das umzusetzen, was wir aus der Krise gelernt haben, etwa mit Blick auf das Gesundheitswesen und die Sozialwirtschaft, und besonders betroffene Branchen gezielt zu unterstützen.

Daher ist in meinen Augen ein kluges Konjunktur- und Investitionsprogramm ein Programm, das die ökologische Transformation der Wirtschaft voranbringt. Dann hätten wir eine Win-win-Situation in Baden-Württemberg für die Umwelt und für die Menschen in unserem Land.

(Beifall – Zuruf: Sehr gut!)

Ich möchte gern noch ein paar Punkte erwähnen, wie ich mir ein solches Impulsprogramm für das Land Baden-Württemberg gut vorstellen kann.

(Abg. Anton Baron AfD: Was steht denn auf den letzten zwei Seiten?)

Ich meine, wir müssen hier gezielt die Stärke, die wir mit den kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land haben, nutzen. Deswegen kann ich mir gut vorstellen, dass wir ein Programm zur Förderung von Forschung und Entwicklung, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, auflegen, dass wir Anreize für die Kooperation von Forschungseinrichtungen mit mittelständischen Unternehmen ausbauen, um den Wissenstransfer von der Forschung in den Mittelstand zu unterstützen.

(Andreas Schwarz)

Für mich gehören dazu Wagniskapitalinstrumente für mittelständische Unternehmen; denn gerade dort ist die Technologieintensität oft hoch, und Kredite sind dann kein geeignetes Finanzierungsinstrument.

Wir brauchen, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine umfassende Weiterbildungsstrategie in Baden-Württemberg, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von kleinen und mittleren Unternehmen auf die Herausforderungen der Digitalisierung, der künstlichen Intelligenz und der anstehenden Transformationsprozesse vorzubereiten.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Machen Sie lieber da gar nichts und senken Steuern!)

Ich bin der festen Überzeugung: Mit diesem gezielten Impulsprogramm können wir die Wirtschaft wieder gut in Fahrt bringen. Lassen Sie uns gemeinsam und beherzt anpacken in der Phase der Soforthilfe, in der Phase des Brückenbaus, um damit die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und zugleich mit Konjunkturimpulsen die notwendige Transformation zu gestalten.

Ich bin der festen Überzeugung: Mit einem solchen Plan werden wir Baden-Württemberg gut aus der Krise bringen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall – Zurufe)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Schwarz, es tut mir leid, Zwischenfragen sind jetzt nicht mehr zulässig, weil Sie keine Redezeit mehr haben.

(Zurufe, u. a.: Unglaublich! – Das war doch seine Absicht! – Unruhe)

– Wie bitte? Eine Zwischenfrage?

(Zuruf: Eine persönliche Erklärung!)

– Eine persönliche Erklärung wollen Sie abgeben? Ach so.

(Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Aber nur eine Minute, Herr Hofelich! Sie haben sich ja selbst beschnitten!)

– Moment! – Dann wird es am Ende Gelegenheit für eine persönliche Erklärung geben.

Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst möchte ich der CDU-Fraktion ganz herzlich für die Beantragung der Aktuellen Debatte danken. Ich denke, wir haben in diesem Bereich – „Den Standort Baden-Württemberg gut durch die Krise bringen – der Wirtschaft Perspektiven geben!“ – eines der wichtigsten Handlungsfelder für unsere Politik im Land und im Bund. Deswegen wird dieser Themenbereich die Debatten für uns auch weiterhin hauptsächlich prägen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin mir sicher, ich brauche hier nicht noch einmal auf die Ausgangslage einzugehen. Bei vielen Unternehmen, bei kleinen Selbstständigen, bei Soloselbstständigen, bei Unternehmen aus ganz vie-

len Bereichen, sind durch die Coronakrise und teilweise auch durch die politischen Maßnahmen ganz erhebliche Einnahmeausfälle entstanden. Dort sind Menschen heute in einer existenziellen Krise.

Deswegen werden wir – Entsprechendes haben wir vor einigen Wochen hier im Landtag übereinstimmend beschlossen – in diesem Land Geld brauchen; wir werden sehr viel Geld brauchen. Wir werden einen handlungsfähigen Staat und ein Entgegenkommen des Staates, wir werden gute Politik für die Menschen in diesem Land brauchen.

(Beifall)

Aber was die Menschen in diesem Land mit am wichtigsten brauchen und was vor allem auch Unternehmerinnen und Unternehmer brauchen, was Firmen, aber auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen, sind Verlässlichkeit und Planbarkeit. Verlässlichkeit und Planbarkeit aber sind in diesen Tagen, zumindest im Land Baden-Württemberg, Mangelware.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Genau deswegen zeigt sich nun das Problem, dass Ihre Politik noch zusätzliche Verwirrung stiftet. Das darf nicht sein. Es war sicher richtig, dass Mitte März viele Geschäfte schließen mussten. Aber wichtig wäre eben auch gewesen, bei der Wiedereröffnung im Handel nachvollziehbare Entscheidungen zu treffen, die gerecht sind und die rechtlich auch standhalten.

(Beifall)

In anderen Bundesländern – 13 an der Zahl – war es eben möglich, dass die Verkaufsfläche verringert wird. Doch das wurde vom hiesigen Ministerpräsidenten abgelehnt. Das Ergebnis haben wir dann erleben dürfen: Ein Gericht musste sagen, was geht und was nicht geht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir darüber reden, was Politik geben muss, nämlich Verlässlichkeit und Planbarkeit, dann kann man an dieser Stelle sagen: So jedenfalls geht es nicht.

(Beifall)

Es geht im Moment ja genau in dieser Weise weiter. Bis vor wenigen Tagen noch – bei manchen vielleicht bis vor wenigen Stunden – wurde gesagt: „Wir können in der Gastronomie noch nichts tun.“ Ich höre jetzt, dass Ministerpräsidenten anderer Länder wie Mecklenburg-Vorpommern, wie Niedersachsen – Stephan Weil –, aber auch der von Ihnen, Frau Eisenmann, so gelobte Herr Söder bereits einen Plan beschlossen haben, welche Stufen möglich sind für Gastronomie – Außengastronomie, Innengastronomie – und Hotels.

Was werden wir erleben? Wir werden heute eine Runde der Ministerpräsidenten erleben, und Baden-Württemberg wird eines der Länder sein, in denen es keinen solchen Plan gibt. Das ist zu wenig.

(Beifall)

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, fordern wir seit Wochen einen Stufenplan. Wir brauchen einen Stu-

(Andreas Stoch)

fenplan für Baden-Württemberg, der die Sorgen der Menschen ernst nimmt und der vor allem auch dafür sorgt, dass nicht unnötig Existenzen von Firmen, von Unternehmen, dass aber vor allem auch keine Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt werden.

Deswegen wird es auch diesmal nicht reichen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir im Nachgang zum heutigen Mittwoch wieder Freitagabend oder Samstagfrüh eine Verordnung bekommen, die ab Montag wirken soll. So können Firmen nicht arbeiten.

(Beifall)

Sie wollen Perspektiven bieten. Wir haben jetzt viel, viel Rhetorik, auch Poesiealbenrhetorik, von Herrn Reinhart und Herrn Schwarz gehört.

(Zuruf: Standard!)

Sie wollen Perspektiven bieten; Sie können das, indem Sie Pläne und Strategien entwickeln.

Ich bleibe beim praktischen Alltag. Die Soforthilfen von Bund und Ländern waren und sind richtig. Aber wir werden in den nächsten Wochen genau hinschauen müssen, wo wir den Menschen durch Öffnungsperspektiven wieder ein Stück weit Normalität zurückgeben können. Dort muss dann auch die Wirtschaft so schnell wie möglich wieder auf eigenen Beinen stehen. Aber in den Bereichen, in denen wir auf absehbare Zeit keine Möglichkeit haben werden – Herr Reinhart, ich nehme Ihr Wort „Sofortprogramm II“ auf –, im Bereich der Großveranstaltungen, im Bereich der Kleinbetriebe, der Selbstständigen, der Solokünstler und Ähnlichen, aber auch in Bereichen wie z. B. dem Messebau müssen weitere staatliche Hilfen möglich sein, wenn wir nicht erleben wollen, dass hier Arbeitsplätze und Firmen kaputtgehen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Dann muss ich auch ansprechen, dass es falsch und schlecht ist, wenn Firmen über Kammern und IHKs ihre Anträge bei der L-Bank einreichen, die Bearbeitung zwar bei Kammern und IHKs relativ schnell geht, aber dann über Wochen bei der L-Bank keine Anträge bearbeitet werden.

(Zurufe, u. a.: Das stimmt doch nicht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht nicht, dass durch diese Untätigkeit Unternehmen in die Krise geraten, es geht nicht, dass in diesem Fall Arbeitsplätze gefährdet werden. Frau Ministerin, kümmern Sie sich um eine solche Problematik.

(Beifall)

Ich möchte, wenn wir über Wirtschaftspolitik reden – das passiert leider allzu selten –, über den zentralen Punkt, nämlich den Erhalt von Arbeitsplätzen sprechen.

(Zuruf)

Die Sichtweise der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist in dieser Situation ebenso wichtig. Wir dürfen nicht nur über die Firmen sprechen und damit die Gewinne und Umsätze

meinen, sondern wir müssen auch das Schicksal der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Blick nehmen.

(Zuruf)

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat dankenswerterweise erreicht, dass der Zugang zu Kurzarbeit erleichtert wurde. Das ist enorm wichtig.

(Zuruf)

Über 100 000 Unternehmen in Baden-Württemberg haben in der Zwischenzeit das Instrument der Kurzarbeit genutzt. Die Alternative können Sie sehen, wenn Sie über den Großen Teich in die USA schauen. In den USA werden im Moment Massenentlassungen vollzogen. Dort sind Menschen arbeitslos, jeder wirtschaftlichen Perspektive beraubt, die in Deutschland in Kurzarbeit wären.

Wir könnten diese Kurzarbeit auch sinnvoll für Weiterbildung und Weiterqualifizierung – nur mal so – nutzen. Wir haben in Baden-Württemberg und in Deutschland die Chance, über die Kurzarbeit qualifizierte Arbeitsplätze zu erhalten und den Menschen eine Perspektive zu geben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Aber dann, Herr Reinhart, gehört jenseits der Rhetorik auch dazu, dass es in Baden-Württemberg in manchen Städten, vielleicht auch in der Fläche des Landes, schwierig ist, mit nur 60 % des Gehalts über die Runden zu kommen. Die CDU im Bund hat sich leider verweigert. Wir wollten eine Anhebung auf 80 %, und zwar vom ersten Monat an. Die CDU hat dies verhindert.

(Widerspruch)

Sie hat erst ab dem vierten Monat das erhöhte Kurzarbeitergeld möglich gemacht. Das muss man eben auch sagen. Ihnen scheint das Schicksal der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht so wichtig zu sein, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Neben dem Thema „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ möchte ich einen zweiten Grundsatz aufwerfen. Wir erleben jetzt und werden es weiter erleben, dass die Wirtschaft nach der öffentlichen Hand ruft. Wir sind auch bereit, entsprechend zu agieren. Aber wenn der Staat in einer nie gekannten Weise in die Wirtschaft eingreift, um zu helfen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann ist es auch legitim, dass die Politik ein Wörtchen mitredet, wenn es um die Frage „Wofür eigentlich?“ geht.

Es darf nicht sein, dass Firmen, die jetzt Millionen oder gar Milliarden Euro an Hilfen vom Staat in Anspruch nehmen, nachher Dividenden oder Boni für Vorstände auszahlen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Denn das ist der falsche Umgang mit Steuergeld. Wenn wir über eine Kaufprämie für Autos reden, muss eines klar sein: Diese Kaufprämie muss, wenn wir sie beschließen, geeignet

(Andreas Stoch)

sein, Arbeitsplätze in Deutschland, in Baden-Württemberg zu erhalten, und ist nicht dazu da, Dividenden von Aktionären oder Boni zu sichern.

(Beifall – Zuruf)

Genau deswegen, lieber Herr Reinhart, halten wir es für falsch, dass jetzt versucht wird, angesichts der Krise die Probleme, die unbestritten da sind, mit pauschalen Forderungen nach Steuersenkungen oder pauschalen Geschenken ohne Gegenleistungen zu verbinden. Ich glaube, wir brauchen jetzt eine sehr intelligente Politik, die die begrenzten Mittel, die dem Staat zur Verfügung stehen – das ist Geld des Steuerzahlers –, genau dort hingibt, wo es am dringendsten benötigt wird.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sachverständigengutachten!)

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist doch klar: Der Markt richtet es im Moment eben nicht allein. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, vor allem brauchen wir einen finanziell handlungsfähigen Staat, der nicht ausgetrocknet wird.

(Beifall)

Wir werden auch in der Phase zur Bewältigung der Krise öffentliche Investitionen und Investitionsanreize für privates Kapital brauchen. Ein sinnvolles Verständnis von sozialer Marktwirtschaft verbindet nämlich beides: einen handlungsfähigen Staat und privates Kapital.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie uns die Frage stellen, wie wir diese Krise am besten meistern können. Wir sollten mit guten und sicheren Arbeitsplätzen und funktionierenden Firmen aus dieser Krise herauskommen. Aber lassen Sie uns die Chance auch nutzen, dass wir nach der Krise nicht da stehen, wo wir vor der Krise standen, nämlich in vielen Bereichen vor großen Umbauprozessen. Wir müssen versuchen, in der Lösung der Krise auch ein Stück weiter in die Zukunft zu kommen. Ich glaube, Baden-Württemberg als Land der Tüftler und Arbeiter und Denker kann das schaffen.

Herzlichen Dank.

(Beifall – Abg. Karl Zimmermann CDU: Gut gerollt, Löwe!)

Präsidentin Muhterem Aras: Bevor ich Frau Abg. Wolle das Wort erteile: Frau Abg. Dr. Baum und Herr Abg. Räßle, ich darf Sie bitten, den Abstand einzuhalten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Auch wenn es schwerfällt!)

Das hat schon seinen Sinn. Ich finde, wir sollten hier vorbildlich mit solchen Maßnahmen umgehen. Wenn Sie schon unzertrennlich sind, dann nehmen Sie doch bitte eine Mundschutzmaske. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

– Herr Abg. Räßle, es geht nicht nur um Sie, sondern es geht auch um den Schutz der Kolleginnen und Kollegen und auch unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Vielen Dank.

Jetzt hat Frau Abg. Wolle das Wort für die AfD-Fraktion.

Abg. Carola Wolle AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Im Titel der aktuellen Debatte schwingt Optimismus mit, für den es keinen Anlass gibt. Das Land steht vor einer riesigen Pleitewelle. Die Zahl der Kurzarbeiter und Arbeitslosen steigt rasant. Um den Standort Baden-Württemberg gut durch die Krise zu bringen, ist es leider schon zu spät. Der kürzlich veröffentlichte Brandbrief des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft spricht dazu Bände.

Um den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg war es aber bereits vor dem Auftreten des Coronavirus nicht mehr gut bestellt. Im allgemeinen Jubel über steigende Steuereinnahmen und verdeckt durch eine immer hysterischer werdende Klimadebatte ging völlig unter, dass das Land bereits im zweiten Halbjahr 2019 in eine Industrierezession gerutscht ist. Das reale Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg sank um 0,1 %. Ich möchte daher festhalten: Die heimische Wirtschaft ging bereits angeschlagen in diese Krise.

Pandemien begleiten die Menschheit seit Jahrtausenden. Die Pest im Mittelalter, die Spanische Grippe Anfang des 20. Jahrhunderts sind gute Beispiele dafür. Daher warnten Epidemiologen schon seit Jahrzehnten vor dem Auftreten einer Pandemie. Es stellte sich also nicht die Frage, ob eine Pandemie kommt, sondern lediglich wann.

Daher hat das Robert Koch-Institut bereits 2012 dem Bundestag einen Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz vorgelegt. Dieser liest sich über weite Strecken hinweg wie die Chronologie der aktuellen Coronakrise. Sogar von möglichen Versorgungsengpässen bei Arzneimitteln, Medizinprodukten, persönlichen Schutzausrüstungen und Desinfektionsmitteln ist dort die Rede.

Ich frage Sie: Wo waren die Vorbereitungen vom Bund und insbesondere in diesem Land dazu?

(Beifall)

Dezember 2019: erste Meldung zu Covid-19 in China. 27. Januar 2020: erster Fall in Deutschland, in Bayern. 25. Februar 2020: erste Infektion mit dem Coronavirus in Baden-Württemberg.

Zu diesem Zeitpunkt gab es schon viele Tote in Italien. Jedem Verantwortlichen hier in dieser Landesregierung muss daher zu diesem Zeitpunkt klar gewesen sein, dass das Coronavirus nicht auf die leichte Schulter zu nehmen ist. Doch mit Helau und Alaaf ging es landab, landauf in den Karneval. Regionale Feste fanden noch im März statt, wie z. B. der Schriesheimer Mathaisemarkt mit über 26 000 Besuchern. Das haben Sie zugelassen.

Hätte man bereits zu diesem Zeitpunkt besonnen reagiert, Großveranstaltungen untersagt, Abstandsregelungen vorgegeben und Hygienemaßnahmen eingeleitet, und hätte man vor allem über ausreichend Schutzausrüstung und Desinfektionsmittel verfügt, so würden wir heute nicht über Rettungsmaßnahmen für die Wirtschaft in diesem Ausmaß diskutieren müssen.

(Beifall)

(Carola Wolle)

Als dann die Infektionszahlen explodierten, kam die 180-Grad-Wende: Der Sorglosigkeit folgte der Lockdown. Mangels Vorbereitung gab es kein differenziertes Vorgehen. Fast die gesamte Wirtschaft wurde alternativlos heruntergefahren. Über Wochen sind seitdem insbesondere Beratung und Vertrieb der heimischen Wirtschaft zur Auftragsgenerierung im Stillstand. Ganze Branchen, vor allem Gastronomie und Tourismus, sind bis heute noch komplett lahmgelegt.

Der Dilettantismus in Bund und Land fügt mit einer Mischung aus Sorglosigkeit und panischer Überreaktion der baden-württembergischen Industrie nachhaltigen Schaden zu. Die Folgen werden die Bürger im Land bis hin in die Städte und Gemeinden noch über Jahre hinaus belasten.

In der Plenarsitzung am 19. März hat sich die AfD-Fraktion mit ihrem Änderungsantrag für Soforthilfe für Freiberufler und Selbstständige sowie für die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen eingesetzt. Die Landesregierung hat diese kleinen und mittleren Unternehmen und Freiberufler unbegreiflicherweise total vergessen. Hektisch wurde noch am selben Tag unter Kopie unseres AfD-Antrags nachgebessert. Jeder, der sich das angeschaut hat, hat ein Regierungsschauspiel gesehen, das seinesgleichen sucht, das er noch nie gesehen hat.

(Beifall)

Nicht das Coronavirus trägt die Schuld an der sich abzeichnenden Wirtschaftskrise, sondern die Unfähigkeit dieser Landesregierung.

(Beifall)

So viel zum Thema „Den Standort Baden-Württemberg gut durch die Krise bringen“.

Eine erste Perspektive vor allem für die Gastronomie, die Hotellerie und für den Tourismus ist die Wiedereröffnung aller Betriebe, und zwar sofort, jetzt und heute.

(Beifall – Zuruf: Bravo!)

Nur so ist zu retten, was überhaupt noch zu retten ist. Vorschläge liegen Ihnen aus dem Hotel- und Gaststättenbereich schon lange zuhauf vor. Jetzt, da die Fallzahlen deutlich sinken, fehlt jede Rechtfertigung für einen derartigen Eingriff in die Eigentumsrechte der Unternehmer.

Benötigt wird eine weitere Perspektive für die Rücknahme aller Belastungen, die allen Unternehmen in den letzten Jahren auferlegt wurden. Dazu gehört vor allem die Belastung im Zuge der sogenannten Energiewende. In Zeiten einer scharfen Rezession ist keinerlei Spielraum mehr für teure grüne Steckenpferde. Die Strompreise müssen runter auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau.

(Beifall – Zuruf: Jawohl!)

Hierzu muss umgehend Schluss gemacht werden mit dem Windenergiewahn und ähnlichen grünen Fantastereien. Günstige und vor allem verlässliche Energie ist für den Standort Baden-Württemberg zwingend notwendig.

(Beifall)

Das heißt: Schluss mit der EEG-Umlage.

(Beifall)

Dasselbe gilt für die Belastung der Automobilindustrie und deren Zulieferern. Auch hier muss die rein ideologisch bedingte Fixierung auf die batteriebetriebene Elektromobilität beendet werden. Die Hersteller müssen wieder die Fahrzeuge herstellen können, die günstig, umweltfreundlich und vor allem von den Kunden gewünscht sind. Das sind eben keine Elektroautos. Das heißt, anstelle dieser hoch subventionierten Spielzeuge der „Bionaden-Bourgeoisie“ müssen wieder Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor treten, selbstverständlich auch solche mit Wasserstoffantrieb.

Die Gelder für den Ausbau der Ladestationen werden ab sofort sowieso für etwas anderes gebraucht. Wenn jetzt wieder von Kaufprämien zur Unterstützung der Automobilindustrie die Rede ist und dabei gefordert wird – wie schon zu hören ist –, dass gerade Verbrennungsmotoren auszuschließen sind, dann wurde wohl der Schuss noch nicht gehört.

(Beifall)

Herr Dr. Reinhart, Sie haben sich dazu ja klar positioniert.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Er hat den Schuss gehört!)

Wie die Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxide muss auch die CO₂-Bepreisung zurück ins Gruselkabinett grüner Schönwetterfantasien.

(Vereinzelt Beifall)

Fahrverbote müssen umgehend aufgehoben werden.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl!)

Die Coronakrise hat deren Sinnlosigkeit am Beispiel des Neckartors in Stuttgart deutlich zutage gebracht.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau! Bravo!)

Wer es ernst meint mit den Perspektiven für die heimische Wirtschaft, der sollte sich auch dafür einsetzen, dass der Green Deal der EU-Kommission auf dem Müllhaufen der Geschichte landet, bevor er auch nur ansatzweise umgesetzt wird. Dafür müssen Sie sich dann auch einsetzen, Herr Dr. Reinhart.

(Beifall)

Deutschlands Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen beläuft sich gerade einmal auf 2 %. Selbst dann, wenn es möglich wäre, würden wir mit der Energiewende in Deutschland mit Sicherheit nicht das Weltklima retten. Wohl aber können wir die heimische Wirtschaft hier im Ländle retten. Um weiteren Schaden bei den Unternehmen zu verhindern und um die Arbeitsplätze in Baden-Württemberg zu sichern, müssen die Unternehmen in unserem Land weiterhin finanziell unterstützt werden.

Obwohl diese Maßnahmen für die Unternehmen nur einen Tropfen auf den heißen Stein darstellen, reißen sie übergroße Löcher in den Staatshaushalt und auch in die Haushalte der Gemeinden. Da weder Bund noch Land über eine Gelddruck-

(Carola Wolle)

maschine im Keller verfügen, verschulden wir uns dadurch in einem bis dahin nicht da gewesenen Umfang. Daher wird es Zeit, sich darüber Gedanken zu machen, woher das Geld überhaupt kommt.

Die Erhöhung von Steuern und Abgaben darf hier keine Alternative sein. Sonst werden die Bürger in unserem Land davon erdrückt, und der dadurch fehlende Inlandskonsum schadet der heimischen Wirtschaft. Stattdessen kommt neben dem bereits erwähnten Ende der Energiewende eine strikte Migrationspolitik infrage. Bei korrekter Anwendung des Asylrechts, einer fortgesetzten konsequenten Grenzkontrolle und strikter Abschiebung abgelehnter Asylbewerber können erhebliche Mittel freigesetzt werden,

(Beifall)

und zwar ohne den Schutz wirklich Verfolgter einzuschränken.

Meine Damen und Herren, wir stehen am Beginn einer wahrscheinlich beispiellosen Rezession in der Nachkriegszeit. Schuld daran ist nicht das Coronavirus, sondern die Unfähigkeit der Bundesregierung und der Landesregierung, damit umzugehen.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist Zeit, sich von teuren Luxusprojekten der letzten Jahre zu befreien ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abg. Wolle, kommen Sie jetzt bitte zum Schluss.

Abg. Carola Wolle AfD: ... und der heimischen Wirtschaft wieder Luft zum Atmen zu geben. Dies wäre eine Perspektive, die weit über die aktuelle Krise hinwegreichen würde.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt hat für die FDP/DVP-Fraktion Herr Abg. Dr. Rülke das Wort.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Erst putzen!
– Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Gründlich!)

– Ach so, ja.

(Zuruf – Das Redepult wird desinfiziert.)

– Gut, dass Sie aufpassen. – Jetzt dürfen Sie aber schon einmal aufstehen.

(Abg. Anton Baron AfD: Die CDU hat drei Minuten überzogen, die Grünen haben zwei Minuten überzogen! Frau Präsidentin, da sollten Sie schon fair sein! Schauen Sie sich mal die anderen Zeiten an!)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst herzlichen Dank, Herr Kollege Reinhart, für diese Aktuelle Debatte. Ich habe vorhin schon gesagt: Da bleibt mir ja kaum mehr etwas zu sagen,

(Zuruf)

weil fast alles, was Sie gesagt haben, unseren vollen Beifall findet.

(Beifall)

Schade nur, dass der Ministerpräsident nicht hier ist, um das zu hören, was Sie am heutigen Tag gesagt haben.

(Beifall)

Denn innerhalb der Landesregierung und insbesondere beim Ministerpräsidenten erkenne ich dann doch deutliche Differenzen zu Ihren heutigen Aussagen.

(Zuruf: Der war stets bemüht!)

In der vergangenen Woche habe ich mir erlaubt, in der Debatte über Zahlen zu reden, über die Entwicklung von Infektionszahlen auch in Baden-Württemberg, über die Frage, inwieweit die an Corona Erkrankten unser Gesundheitssystem an die Grenzen der Belastung bringen. Das Ergebnis war schon in der vergangenen Woche, dass die ursprüngliche Begründung für den Shutdown zumindest mittlerweile entfallen ist, dass es eben nicht mehr notwendig ist, mit diesen Maßnahmen erhebliche wirtschaftliche – Sie haben das erwähnt – und auch – das füge ich jetzt hinzu – soziale Kosten – um nur von Kindern zu reden, die wochenlang zu Hause eingesperrt sind und nicht in die Schulen oder in die Kindertagesstätten können – in Kauf zu nehmen.

Also muss man sich immer wieder die Frage stellen: Ist es gerechtfertigt, Freiheitsrechte zu beschränken und diese wirtschaftlichen und sozialen Kosten in Kauf zu nehmen? Ich sagte letzte Woche schon – das haben Sie zitiert oder von sich aus gesagt –: Das ist mir egal; derjenige, der Freiheitsrechte einschränkt, muss dies begründen, nicht derjenige, der sie fordert.

(Beifall)

Jetzt sind wir also an dieser Stelle. Aber die Landesregierung tut sich schwer, zu handeln. Der Ministerpräsident kritisiert andere Ministerpräsidenten, die es wagen, in ihrem Land strategisch eine raschere Öffnung als Baden-Württemberg umzusetzen – beispielsweise Sachsen-Anhalt. Ich kann nur sagen: Ich habe vollstes Verständnis für den Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt. Wenn man feststellt, dass es an einem Tag im ganzen Land Sachsen-Anhalt keine Neuinfektion gegeben hat, dann ist doch der Shutdown nicht mehr gerechtfertigt. Dafür muss man doch Verständnis haben, auch in Baden-Württemberg,

(Beifall)

es sei denn – diesen Eindruck habe ich –, dass manche in der Landesregierung die wirtschaftlichen und sozialen Kosten des Shutdowns nicht im Blick haben.

Selbst im Klub der Umsichtigen, Kretschmann und Schröder

(Heiterkeit – Zuruf: Söder! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Schröder ist im Ruhestand!)

– Kretschmann und Söder; das war ein freudscher Versprecher; wenn ich manchmal Söder sehe, sehne ich mich nach Schröder zurück –,

(Heiterkeit und Beifall)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

selbst in diesem Klub der Umsichtigen bleibt Ministerpräsident Kretschmann immer wieder auf der Strecke.

(Abg. Andreas Stoch SPD: So ist es!)

Das erste Mal haben wir das bei den Schulen erlebt. Da wird dann erzählt: „Mein Freund Markus und ich sind die Umsichtigen, die ganz besonders Vorsichtigen.“ Dann öffnet Söder die Schulen, und Kretschmann bekommt es nicht mit.

(Heiterkeit)

Dasselbe erleben wir jetzt bei der Gastronomie. Da erzählt er: „Wir sind die Umsichtigen, und die Gastronomie bleibt zu.“ Plötzlich kommt Söder mit einem Konzept, und Kretschmann bekommt es nicht mit.

(Beifall)

Wir haben diesen Stufenplan offensichtlich nicht.

(Zuruf)

Wenn es so weitergeht, dann stellen wir fest, dass unser Ministerpräsident Kretschmann in die Geschichte der Corona-Krise als letzter Mohikaner des Shutdowns eingeht. Das ist nicht das, was wir im Land Baden-Württemberg brauchen, um mit dieser Krise umzugehen.

(Beifall)

Jetzt kommen wir zur Wirtschaft. Welche Folgen hat das Ganze für die Wirtschaft? Die wirtschaftlichen Folgen werden dramatisch.

(Zuruf: Ja!)

Das zeichnet sich jetzt schon in vielen Bereichen ab. Dabei bewundere ich Wirtschaftsweise, die zur Stunde in der Lage sind, die Einbrüche des Bruttoinlandsprodukts aufs Komma genau auszurechnen. Aber gut, vielleicht gibt es ja Magier, die das können.

Klar ist aber, dass die Einbrüche sehr deutlich ausfallen werden. Das Land ist in vielen Bereichen schlecht vorbereitet. Steuerpolitisch haben Sie einiges angesprochen. Ich füge hinzu: im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, der Infrastrukturpolitik. In vielen Bereichen gab es zu wenige Investitionen. Das merken wir jetzt in der Krise. Das haben wir bei den Schulen im Land Baden-Württemberg gemerkt. Diese Krise hat deutlich gemacht, dass wir bei der Digitalisierung nicht da sind, wo wir sein müssten. Das hat diese Krise deutlich gemacht.

(Beifall)

Jetzt wird das Ganze noch verschärft durch eine Strategie der zu langsamen und zu vorsichtigen Öffnung. Zu einem Zeitpunkt, zu dem diese Maßnahmen nicht mehr angemessen sind, steht unsere Landesregierung auf der Bremse und verschärft absehbar die Krise. Das ist das Ergebnis, das wir haben werden.

Deshalb kann man dem Kollegen Reinhart nur beipflichten: Es ist in vielen Bereichen höchste Zeit für Pläne – im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Tourismus und auch in vielen anderen Bereichen; vielleicht, was ich durchaus einräumen will,

abgesehen von Großveranstaltungen –, um wieder zur Normalität zurückzukehren.

Ich glaube auch – ich möchte das Thema Regionalisierung nochmals aufgreifen –, dass es durchaus ein kluger Plan sein kann, zu sagen: Wir schauen auf die Regionen, schauen uns an, wie dort das Infektionsgeschehen ist, und können möglicherweise regionale Maßnahmen ergreifen, wenn das Infektionsgeschehen irgendwo wieder ansteigt. Das ist durchaus eine sinnvollere Politik, als zu sagen: Wir brauchen für ganz Deutschland eine Shutdown-Politik, wenn sich in einem bestimmten Bundesland das Infektionsgeschehen entsprechend entwickelt.

(Beifall)

Wir brauchen – Sie haben einiges davon angesprochen – ordnungspolitisch wirksame Maßnahmen. Jawohl, Herr Kollege Reinhart, Sie haben natürlich völlig recht: Der Solidaritätszuschlag muss vollständig und so schnell wie möglich abgeschafft werden.

(Beifall)

Denn der Solidaritätszuschlag wirkt gerade auch für die kleinen Unternehmen, für die Personengesellschaften vollständig als Unternehmensteuer. Wir schlagen auch das Instrument der negativen Gewinnsteuer vor, beispielsweise nicht rückzahlbare Soforthilfen in der Größenordnung der im Vorjahr gezahlten Gewinnsteuer. Wir müssen auch an die Innovation denken, die steuerliche Forschungsförderung. Das Instrument der Innovationsgutscheine, Frau Ministerin, sollten wir in dieser Phase ausbauen, um nicht nur für die Innovationspolitik, sondern auch für Existenzgründer in diesem Bereich etwas zu tun.

(Beifall)

Wir sollten die Gelegenheit auch zum Bürokratieabbau nutzen. Denn unser Ziel sollte es sein, dass wir nach der Corona-Krise nicht dieselbe baden-württembergische Wirtschaft vorfinden wie vor der Krise, sondern eine bessere. Diese Chancen kann man durchaus nutzen.

(Beifall)

Ich unterstreiche ausdrücklich das, was Sie zu Infrastrukturinvestitionen gesagt haben. Es ist ein wenig durchdachter Plan, zu sagen: Wir treten jetzt auf die Bremse, wir machen eine Haushaltssperre, wir investieren nicht mehr.

(Zuruf)

Das Gegenteil ist richtig: Wir müssen in die Infrastruktur investieren, damit wir diese Krise ausgleichen und das Land wieder in die Spur bringen.

(Beifall)

Ein letztes Wort noch zum Thema Abwrackprämie: Es ist für eine Partei wie die FDP mit ordnungspolitischen Prinzipien nun nicht der Stein der Weisen, zu sagen, wir kommen zu branchenspezifischen Subventionen. Das ist völlig klar. Aber wenn man schon zu diesen branchenspezifischen Subventionen kommt, dann gilt natürlich, dass es nicht ausreicht, die

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Subventionen für die batterieelektrische Mobilität weiter zu erhöhen. Das Söder-Prinzip: Bisher haben wir 6 000 € Subventionen pro Fahrzeug, jetzt hauen wir noch einmal 4 000 € drauf, vielleicht kaufen die Menschen bei 10 000 € endlich die Dinger.

In dem Landkreis, aus dem ich komme, sind 0,8 % der zugelassenen Fahrzeuge batterieelektrisch. Damit werden Sie die Wirtschaft nicht in Schwung bringen. Das hat nun auch unser grüner Ministerpräsident verstanden und wehrt sich nicht, sondern fordert das sogar, nämlich zusammen mit Herrn Weil und Herrn Söder als Ministerpräsidenten der Autoländer. Ich freue mich schon auf die ganzen Debatten innerhalb der Grünen, nicht nur mit der Grünen Jugend,

(Vereinzelt Heiterkeit)

sondern auch mit Leuten wie Herrn Hofreiter, wenn Herr Kretschmann ihnen dann erklärt, warum es jetzt Subventionen für den Verbrennungsmotor gibt. Aber es ist klar: Wenn Sie etwas tun wollen und den Wirtschaftszweig nach oben bringen wollen, dann führt kein Weg am Verbrennungsmotor vorbei.

(Beifall)

Wir begrüßen, dass unser Ministerpräsident in dieser Realität angekommen ist.

Abschließend, Herr Kollege Reinhart, dann doch noch ein kritischer Punkt: Sie haben das Hohelied des Plug-in-Hybrids gesungen. Ich empfehle Ihnen die aktuelle Ausgabe der „Wirtschaftswoche“, in der es eine Titelgeschichte über den Plug-in gibt.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Rülke, für diese Geschichte ist jetzt keine Zeit mehr.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja. – Aber vielleicht noch die Literaturangabe, damit Kollege Reinhart das findet: „Wirtschaftswoche“.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Der Kollege Özdemir hat es Betrug genannt!)

Bei der Lektüre stellt er dann fest: Die Leute kaufen dann diesen Plug-in. Özdemir hat sogar recht, wenn er sagt: Betrug; die kaufen das, weil es steuerlich attraktiv ist; aber das Ladekabel ist, nachdem sie drei Jahre lang die schwere Batterie durch die Gegend gefahren haben und das Auto nach drei Jahren Leasing wieder abgegeben haben, noch originalverpackt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Denn die Leute wollen mit der Batterie halt nicht fahren, auch dann nicht, wenn man sie subventioniert.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Kommen Sie jetzt bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herzlichen Dank.

(Beifall – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Die Redezeit ist aufgebraucht. – Mir liegt noch eine Wortmeldung von Herrn Kollegen Hofelich für eine persönliche Erklärung vor. Die schließen wir jetzt hier an.

(Abg. Anton Baron AfD: Herr Hofelich, nur eine Minute, weil Sie sich vorhin selbst beschnitten haben!)

– Das brauchen Sie ihm nicht zu sagen.

Abg. Peter Hofelich SPD: Herr Kollege Schwarz hat vorhin eine Passage aus meiner Rede aufgegriffen, bei der es darum ging, dass wir auf die Stellenvermehrungen im Leitungsbereich von Ministerien rekurriert haben. Dies hat in dem, was ich für die SPD-Fraktion vertreten habe, auch bereits im Rahmen von zwei Doppelhaushaltsberatungen in dieser Legislaturperiode seinen Niederschlag gefunden.

Es ist völlig klar, dass es ein kritischer Punkt war, dass wir insbesondere im Staatsministerium und im Innenministerium Stellenvermehrungen hatten, die nicht wirklich begründbar waren und bei denen wir davon ausgehen mussten, dass sie im Leitungsbereich vor allem zur Stützung von PR und von anderen Maßnahmen notwendig sind. Das war der politische Punkt, und darauf hat sich – ich habe den Text noch einmal durchgelesen – auch meine Bemerkung bezogen.

Deswegen, Herr Kollege Schwarz, ist es grob falsch, wenn Sie auch noch den emotionalen Ausbruch des Kollegen Lucha jetzt sozusagen nutzen, um mir zu sagen, ich würde mich gegen die Beschäftigten in den Ministerien stellen. Das Gegenteil ist der Fall. Wir schätzen die Arbeit in den Ministerien. Das brauchen Sie mir ohnehin nicht zu sagen.

Deswegen sage ich Ihnen: Es war ziemlich schwach, sich in Wirklichkeit hinter den Ministerialmitarbeitern zu verstecken und nicht wirklich zu akzeptieren, dass Sie damals eine klare parlamentarische Kontroverse mit uns hatten, auf die ich diesmal auch wieder eingegangen bin. Ich erwarte, dass Sie dies auch zurücknehmen.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gut, vielen Dank. – Jetzt haben Sie, Herr Abg. Dr. Gedeon, sich in dieser ersten Ausspracherunde doch noch gemeldet.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

– Wie bitte?

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Das war bei Frau Aras angemeldet!)

– Gut. Dann ist das dem Wechsel geschuldet.

(Zuruf)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Problem ist jetzt vorwiegend noch ein psychologisches. Bald ist es ein wirtschaftliches Problem, dann ein politisches und dann gnade uns Gott.

Was heißt „psychologisch“? Psychologisch heißt: Wir haben die Menschen verunsichert, wir haben sie verängstigt, wir haben sie neurotisiert.

(Dr. Wolfgang Gedeon)

Hygiene ist gut, meine Damen und Herren, aber zu viel Hygiene ist genauso schlecht wie zu wenig. Menschen, die ständig der Auseinandersetzung mit Bakterien und Viren aus dem Weg gehen, können kein Immunsystem entwickeln, werden anfälliger als andere Menschen. Das fängt schon beim Hände-Desinfizieren an. Sie machen sich die Haut damit kaputt, sie zerstören die harmlosen Keime und züchten die gefährlichen.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Vereinzelt Heiterkeit)

– Ich habe diesen witzigen Zwischenruf leider nicht verstanden, sonst würde ich darauf eingehen.

Meine Damen und Herren, wir haben die Menschen neurotisiert und die Wirtschaft in eine Lähmungsstarre versetzt. Wir brauchen jetzt nicht eine Überprüfung der Maßnahmen, wir brauchen nicht ein Stufenprogramm, Herr Reinhart. Wir brauchen vielmehr ein klares Wort. Wir brauchen einen Exit mit einem Paukenschlag, der die unternehmerischen Kräfte, die Gestaltungskräfte wieder freisetzt, die wir jetzt brauchen, um aus der Krise herauszukommen.

Wir brauchen einen Befreiungsschlag, der den Wahn zerstört, den wir, die Politik, hier selbst erzeugt haben.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist die Sache. Vor allem müssen wir jetzt wieder auf Freiwilligkeit und auf Aufklärung setzen – statt auf Dekrete, Verbote und Gebote. Wir müssen es so machen, wie es die Schweden von Anfang an gemacht haben.

Meine Damen und Herren, hören wir auf, hier herumzuschwafeln. Es ist nicht mehr die Zeit, zu schwafeln.

(Zuruf: Sie schwafeln!)

Es ist die Zeit, zu handeln. Stellen wir uns vor die Menschen. Wir haben die Macht dazu, zu sagen: Der Wahn ist vorbei, es läuft alles wieder normal – nicht irgendwann, sondern ab morgen. Das ist jetzt unsere Aufgabe.

(Vereinzelt Beifall)

Stelly. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun darf ich Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut für die Regierung ans Redepult bitten – wenn wir es noch einmal gereinigt haben.

(Abg. Anton Baron AfD: Wir möchten ein Datum, Frau Ministerin! 11. Mai!)

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir heute über die Zukunft Baden-Württembergs, über die Zukunft der Wirtschaft und die Perspektiven in unserem Land diskutieren.

Die schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgewirkungen der Coronapandemie treten immer deutlicher zutage. Die Mehrzahl der Branchen – das macht eben die Dimension dieser Krise aus – und so gut wie alle Länder sind davon betroffen. Das hat es in der Nachkriegszeit so noch nie gegeben.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Die Gefahr plötzlich eintretender Kettenreaktionen und internationaler Schockwellen ist noch lange nicht ausgestanden – wir erleben das ja schon jetzt in der Realität –, allein schon deshalb, weil die meisten Länder über weniger Reserven und weniger gut ausgebaute wirtschaftlich-soziale Auffanginstrumente verfügen als wir hier bei uns in Baden-Württemberg, in Deutschland.

Lassen Sie mich eines voranstellen: Der Umstand, dass wir in Deutschland die gesundheitlichen Schäden der Pandemie

(Abg. Stefan Räßle AfD: Der Idiotie!)

mit relativ niedrigen Todeszahlen einigermaßen gut begrenzen und dadurch eine gefährliche Überlastung des Gesundheitssystems vermeiden konnten,

(Abg. Stefan Räßle AfD: So ein Blödsinn!)

wird uns auch wirtschaftlich helfen und den Weg zu einem Wiederaufstieg leichter und vermutlich auch kürzer machen,

(Abg. Stefan Räßle AfD: Ist das Märchenstunde?)

als dies woanders, in anderen Ländern möglich sein wird.

(Beifall – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Ich möchte hier auf Studien verweisen, etwa auf einen interessanten Beitrag des Tübinger Ökonomeprofessors und IAW-Direktors Wilhelm Kohler, der auf internationale Studien zu den Folgewirkungen der Spanischen Grippe vor rund hundert Jahren verweist. Diese empirischen Studien, die auf die USA bezogen waren, zeigen, dass die Regionen, die beim Schutz der Bevölkerung am erfolgreichsten waren, sich auch wirtschaftlich wieder am schnellsten erholen konnten.

Was folgt daraus? Wir dürfen die Erfolge, die wir bei der Eindämmung der Infektionszahlen und beim Gesundheitsschutz erzielt haben, nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

(Beifall)

Der Weg zurück zur Normalität wird folglich nicht von heute auf morgen möglich sein, aber er hat begonnen. Das Corona-Infektionsgeschehen hat sich gut entwickelt. Wir sollten diesen Weg jetzt in wohlüberlegten Schritten gehen und fortsetzen.

(Abg. Anton Baron AfD: 11. Mai!)

Deshalb sind weitere Öffnungen – bei einer Ladenfläche über 800 m² im Einzelhandel, bei Friseuren und in der Fußpflege – seit Montag dieser Woche richtig.

Die schrittweise Öffnung von Schulen und Kinderbetreuung, die von unserer Kultusministerin konsequent, aber mit Augenmaß vorangetrieben wird, damit die Menschen zur Arbeit gehen können, ist auch für die Wirtschaft von enormer Bedeutung.

Ebenso ist die jetzt möglich gewordene stufenweise Öffnung von Einrichtungen der außerschulischen beruflichen Bildung ein wichtiges Signal. Damit können die Prüfungsvorbereitungskurse wieder anlaufen, können sich die Auszubildenden auf ihren Abschluss vorbereiten.

(Beifall)

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

Das sind wichtige Schritte, aber uns allen ist klar: Es bleibt noch einiges zu tun. Auch Unternehmen in den von Einschränkungen weiterhin stark betroffenen Branchen, etwa in der Gastronomie und der Hotellerie, brauchen eine klare Perspektive.

Zusammen mit Tourismusminister Guido Wolf und den Wirtschaftsministern von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen habe ich in der Wirtschaftsministerkonferenz ein Stufenkonzept vorgestellt, für das wir in Baden-Württemberg auch schon Abstands- und Hygieneregeln entwickelt haben.

(Abg. Anton Baron AfD: Wo ist dieser Plan?)

Ich erwarte – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schweickert zu?

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Ich würde das am Ende meines Beitrags tun; dann kann ich meine Ausführungen entsprechend mit Ihnen teilen, und wir können dann in die Diskussion gehen.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der Trick mit der Redezeit funktioniert aber nicht!)

Ich erwarte, dass die Regierungschefs von Bund und Ländern, die gerade tagen, heute den Weg für solche Öffnungskonzepte frei machen, die in den Ländern in eigener Verantwortung und unter Berücksichtigung der jeweiligen Infektionslage umgesetzt werden können. Der bayerische Ministerpräsident ist hier wieder einmal vorausgegangen.

(Zurufe)

Normalität heißt in Zeiten von Corona, dass wir Wirtschaft und Infektionsschutz so gut wie irgend möglich zusammen denken. Es darf kein Entweder-oder geben, sondern es muss ein Sowohl-als-auch geben.

(Beifall)

Dennoch ist uns allen klar: Es wird auf absehbare Zeit kein Zurück zum Status quo ante geben. Es bleiben gewisse Einschränkungen bestehen. Es wird viele Unternehmen geben, deren laufende Einnahmen unter den laufenden Kosten sind. Dabei bleibt die Liquiditätsfrage akut.

Unsere mittlerweile mit dem Bundesprogramm zusammengeführte Soforthilfe für Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten ist sehr erfolgreich, auch im Vergleich dazu, was es in anderen Ländern an Schwierigkeiten gab. Mittlerweile sind rund 240 000 Anträge gestellt und Auszahlungen in Höhe von 1,6 Milliarden € vorgenommen worden. Noch nie hat es ein Förderprogramm in dieser Größenordnung gegeben. Mein herzlicher Dank geht an dieser Stelle sowohl an die Industrie- und Handelskammern, an die Handwerkskammern für die erste Prüfung und die Annahme der Anträge als auch an die L-Bank für die weitere Prüfung und Auszahlung.

(Beifall)

Das Programm läuft noch bis Ende Mai. Natürlich müssen wir auch hier Wege aufzeigen: Wie soll es denn weitergehen?

Angesichts der beispiellosen Auswirkungen der Coronakrise auf die Wirtschaft in unserem Land müssen wir die Soforthilfe auch über das Ende dieses Monats hinaus fortsetzen, und zwar branchenübergreifend für alle Unternehmen, die weiterhin stark betroffen sind. Denn diese Betriebe tun sich schwer, Kredite in Anspruch zu nehmen, Kredite bewilligt zu bekommen, und deshalb müssen wir diesen Betrieben, wenn wir sie erhalten wollen, zur Seite stehen.

(Beifall)

Deshalb werden wir die Soforthilfe für Unternehmen von bisher 50 auf bis zu 100 Mitarbeiter und einen Direktzuschuss von bis zu 50 000 € erweitern. Hier sind wir natürlich auch in Gesprächen mit dem Bund, um eine Harmonisierung der Programmkulisse frühzeitig anzulegen. Doch auch hier warten wir nicht, bis der Bund in die Umsetzung geht, sondern wir gehen erneut voran.

Akuter Unterstützungsbedarf herrscht insbesondere in der ganzen Breite und Vielfalt der Hotels und Gaststätten in unserem Land. In dieser Situation wollen wir ihnen mit einem von Herrn Minister Wolf bereits angekündigten und auf den speziellen Bedarf der Branche abgestimmten Nothilfeprogramm zur Seite stehen. Geplant ist eine einmalige Liquiditätshilfe in Höhe von 3 000 € für betroffene Betriebe des Gastgewerbes, die um jeweils 2 000 € für jeden Beschäftigten – in Vollzeitäquivalenten – erhöht wird.

(Beifall)

Abhängig vom tatsächlichen Liquiditätsbedarf und analog zum Verfahren bei der bisherigen Soforthilfe soll die Antragstellung über die Industrie- und Handelskammern und die Auszahlung durch die L-Bank erfolgen. Das ist bundesweit ein einmaliges Signal der Solidarität und Hilfe für eine durch Corona besonders gebeutelte Branche, die mehr bedeutet als Essen und Trinken, sondern die für Kultur und Lebensqualität bei uns im Südwesten steht.

Gleichzeitig sehe ich weitere Wirtschaftsbereiche mit besonderem Liquiditätsbedarf, beispielsweise die Schausteller in unserem Land. Ich werde deshalb noch in dieser Woche Gespräche mit Vertretern des Schaustellergewerbes führen, um die Probleme, die dort entstehen, zu besprechen. Wir alle wissen: Der Cannstatter Wasen ist abgesagt, das Oktoberfest ist abgesagt, Feste in dieser Art werden über längere Zeit nicht stattfinden. Das bedeutet für diese Bereiche quasi ein Berufsverbot.

Kurzfristig werde ich zudem weitere Gespräche mit Vertretern besonders krisenbelasteter Branchen führen, die weiter mit Liquiditätsengpässen zu kämpfen haben.

Eine bundesweite Regelung wäre dabei natürlich wünschenswert; wir werden aber auch ohne den Bund vorangehen und hier eine eigene Konzeption entwickeln, um jederzeit Handlungsfähigkeit zu zeigen und diese dann auch zu nutzen und umzusetzen.

Ich freue mich über die guten Rückmeldungen aus den Fraktionen zu unserem Beteiligungsfonds; denn auch der Beteiligungsfonds wird ein wichtiges Instrument sein, um Betriebe in dieser Coronakrise zu unterstützen, Betriebe, die durch

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

Überschuldung in ihrer Existenz bedroht sind, die Eigenkapital benötigten.

Denn eines ist klar: Wir werden die kleineren und mittleren Betriebe in unserem Land nicht im Stich lassen, und wir wollen unsere mittelständische Wirtschaftsstruktur möglichst unbeschadet durch diese schwere Krise bringen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir müssen über die Abwendung einer unmittelbaren Insolvenzwellen hinaus den Blick aber natürlich noch weiter nach vorn richten, also auf die Frage, wie die Konjunktur wieder zum Laufen gebracht und wie der Standort Baden-Württemberg langfristig gestärkt werden kann. Es wird die eine durchschlagende und alles entscheidende Maßnahme nicht geben, sondern es wird auf einen intelligenten Mix aus angebots- und nachfrageorientierten Instrumenten auf Bundes- und auf Landesebene ankommen, angefangen bei der Steuerpolitik, die ja auch heute schon in der Debatte angesprochen wurde, über neue Weichenstellungen der Technologie- und Innovationspolitik bis hin zur Frage, wie wir generell Investitionen am Standort Baden-Württemberg attraktiver machen können. Um dieses weite Feld zu diskutieren, wird es noch einiger Aktueller Debatten bedürfen.

Aber lassen Sie mich schon mal einen für Baden-Württemberg ganz zentralen Punkt herausgreifen: Die Automobilindustrie ist unsere Schlüsselbranche, natürlich einschließlich der Zulieferindustrie und vieler Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus, die wiederum von den Aufträgen der Autohersteller und der Zulieferer abhängen. Solange die Produktion dieses Schlüsselbereichs nicht durchgreifend wieder in Gang kommt, wird es keinen Aufschwung in Baden-Württemberg geben.

Es stellt sich die Frage: Wie lassen sich möglichst viele Arbeitsplätze im Fahrzeugbau sichern?

(Abg. Anton Baron AfD: EU-Flottenverordnung!)

Deshalb brauchen wir eine nachfragestimulierende Maßnahme, egal, ob wir sie jetzt Kaufprämie oder Innovationsprämie nennen, die schnell wirkt. Diese Prämie sollte, um einen durchgreifenden Effekt zu erzielen, so gestaltet sein, dass sie Neufahrzeuge, aber auch Gebrauchtwagen

(Vereinzelt Beifall)

mit modernster Benzin- und Dieseltechnologie mit umfasst.

(Zuruf: Hört, hört!)

Sie sollte nach CO₂-Ausstoß gestaffelt sein, denn selbstverständlich wollen wir damit den Käufern und den Herstellern auch Anreize in Richtung umweltfreundlicher Antriebstechnologien geben und unsere klimapolitischen Ziele voranbringen.

(Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Nur für deutsche Produzenten, Frau Ministerin! – Gegenruf des Abg. Bernd Gögel AfD: Nein, nur für in Deutschland produzierte Fahrzeuge!)

Dahin gingen ja auch die konkreten Vorschläge der drei Ministerpräsidenten der Autoländer. Ich halte diese Vorschläge für richtig, und ich fände es auch gut, wenn wir uns in Berlin zusammen dafür einsetzen, denn wir müssen unserer Wirtschaft eine Perspektive bieten, und wir müssen schnell damit anfangen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Lassen Sie jetzt die Frage des Herrn Abg. Dr. Schweickert noch zu?

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Ja, gern.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Frau Ministerin, vielen Dank. Sie haben ja eine längere Redezeit im Gegensatz zu den vorigen Kollegen.

Die Debatte heißt: „Den Standort Baden-Württemberg gut durch die Krise bringen – der Wirtschaft Perspektiven geben!“, von der CDU, von Ihrer Fraktion, beantragt. Ich habe jetzt von allen Rednern gehört: Finanzielle Hilfen sind wichtig, aber auch die Öffnungsperspektive, konkrete Öffnungsperspektiven. Alle haben gesagt, dass dies wichtig ist.

Ich habe aber in den letzten anderthalb Stunden von vier Personen, die entweder der Regierung oder den Regierungsfractionen angehören, zum Thema Tourismus jeweils unterschiedliche Positionen gehört. Frau Sitzmann hat subsumiert: Schausteller, Messebauer und Gastronomen ohne Perspektive. Sie, Frau Ministerin, haben gerade gesagt: Es gibt einen Stufenplan, der vorliegt. Herr Reinhart hat in seiner „Oppositionsrede“ gesagt, was Niedersachsen schaffe, könne Baden-Württemberg auch. In Niedersachsen – das sollte man wissen – wird darüber diskutiert, ab Montag zu öffnen.

(Abg. Anton Baron AfD: 11. Mai!)

Und dann hat sich Herr Schwarz kraftvoll hingestellt und gesagt: vor Pfingsten.

Frau Ministerin, meine Frage an Sie: Wann wird denn jetzt die Öffnung der Gastronomie in Baden-Württemberg erfolgen? Ist es nicht ein Armutszeugnis, dass das Genießer- und Tourismusland Baden-Württemberg hier keine klare Position hat?

(Beifall)

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Ich habe eine klare Position. Wir haben gestern auch im Rahmen der Wirtschaftsministerkonferenz der Länder einen Zeitrahmen für die Gastronomie definiert: 9. bis 22. Mai. Für Hotels haben wir als Zeitrahmen Ende Mai definiert. Wir haben uns also klar positioniert, und hinter dieser Positionierung stehe ich auch. Ich habe dies auch im Vorfeld schon deutlich geäußert.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir können die Aktuelle Debatte unter Punkt 2 der Tagesordnung beenden.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Leben in Zeiten von Corona – welche Perspektive bietet die Kultusministerin Eltern und Kindern in Baden-Württemberg? – beantragt von der Fraktion der SPD

Das Präsidium hat für diese Aktuelle Debatte ebenfalls eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Hierauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht je Fraktion eine Redezeit von zehn Minuten zur Verfügung. Ich bitte die Mitglieder der Landesregierung, sich ebenfalls an diesen Zeitrahmen zu halten.

Zunächst erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch für die Fraktion der SPD das Wort.

Abg. Andreas Stoch SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn dieses Land eine Schulklasse wäre, dann könnte man sagen: Es steht „Corona“ auf dem Stundenplan, jeden Tag, quer durch alle Fächer. Wir diskutieren eine Gratwanderung – das haben wir heute Morgen ja bei mehreren Themenbereichen schon erlebt – zwischen notwendigen Einschränkungen und möglichen Lockerungen; denn wir wollen unsere Gesundheit schützen und dieses Land gleichzeitig am Laufen halten.

(Zuruf: So ist es!)

Wir wollen irgendwie weitermachen; wir müssen weitermachen. Wie wir aber weitermachen, ist zurzeit die allerwichtigste Fragestellung in der Politik.

Umso mehr ärgert es mich, dass ein ganz wichtiger Bereich unserer Gesellschaft bei diesen Debatten – aus meiner Sicht – viel zu weit hinten stehen muss. Ich übertreibe sicher nicht, wenn ich sage, dass in den vergangenen zwei Wochen in der Öffentlichkeit mehr über die Möglichkeiten für den Profifußball gesprochen wurde als über Unterricht und Betreuung für die Kinder in unserem Land. Und das ist falsch, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Bei aller Liebe zum Fußball – Frau Eisenmann hat ja heute ein Interview in der „Stuttgarter Zeitung“ zum Thema Sport und vor allem auch zum Thema Profifußball gegeben –: Frau Eisenmann, was wir seit Wochenbeginn an den Schulen erleben, ist ein Notbetrieb auf dem absolut kleinsten Nenner. Weniger kann Baden-Württemberg gar nicht machen, ohne sich aus dem Konzert der übrigen Bundesländer zu verabschieden.

Für Hunderttausende von Kindern in diesem Land geht dieser Notbetrieb eben weiter. Sie haben auch gesagt – Sie haben dies den Eltern zumindest angedeutet –: Es wird noch sehr lange dauern, möglicherweise bis zu den Sommerferien; Kitakinder und Grundschulkindern können bis dahin nicht sonderlich viel erwarten.

An diesem Notbetrieb, der die Kinder und die Eltern, der aber auch die Lehrerinnen und Lehrer enorm fordert und der den-

noch nicht auch nur ansatzweise die Qualität eines normalen Schulbetriebs erreichen kann, arbeiten sich Lehrer und Familien im Moment ab; vor allem betroffen sind aber die Kinder. Viele scheitern daran. Die Coronakrise unterstreicht viele Probleme, die wir Sozialdemokraten seit jeher beklagt haben. Aufgrund dieser Probleme haben wir – gegen viel Kritik und Widerstände – Konzepte wie die Ganztagsbetreuung, die Gemeinschaftsschulen, individuelles Lernen und vor allem auch eine zeitgemäße digitale Ausstattung vorgebracht.

Die Coronakrise zeigt jetzt in aller Deutlichkeit – und noch mehr –, dass eine funktionierende digitale Bildungsplattform sehr wichtig wäre. Eine solche Bildungsplattform aber haben Sie, Frau Eisenmann, in Ihrer Regierungszeit vermässelt, und zwar durch schlechte Beauftragung und dadurch, dass dieses Projekt nicht gut nach vorn gebracht wurde.

(Beifall)

Wir brauchen eine Bildungsplattform, und wir brauchen in Baden-Württemberg digitale Möglichkeiten.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Erzählen Sie doch nicht immer den gleichen Mist, Herr Röhm! Lesen Sie das Gutachten des Rechnungshofs, dann können Sie – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Stoch, hier im Haus redet doch niemand Mist.

(Abg. Anton Baron AfD: Also wirklich!)

Abg. Andreas Stoch SPD: Danke, ich nehme es zurück. – Erzählen Sie doch nicht immer die gleichen falschen Tatsachen.

(Zurufe – Unruhe)

Ich möchte an dieser Stelle den Vorsitzenden des Landeselternbeirats zitieren, der die Situation eindrücklich schildert:

Wir haben keine Möglichkeiten, auf digitale Bildungsangebote auszuweichen, weil wir nach wie vor in der Steinzeit sind. ... Nachdem die Bildungsplattform elli zusammengebrochen ist, stehen wir saublöd da.

Meine sehr geehrten Damen und Herren – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nicht noch einmal, bitte!

Abg. Andreas Stoch SPD: Das war ein Zitat. Ich darf doch wohl noch zitieren.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ein Zitat werde ich schon noch als Zitat bringen dürfen.

(Zurufe)

Das Wichtigste bei der Frage der digitalen Ausstattung sind nämlich die Bildungschancen für die Kinder in unserem Land. Faire Bildungschancen bieten wir nur dann, wenn wir es eben nicht vom Elternhaus und der sozialen Stellung der Familie abhängig machen, wie gut ein Kind lernen kann. Faire Bildungschancen heißt, diese Kinder gerade jetzt nicht allein zu lassen. Aber leider werden viel zu viele Kinder im Moment mit dieser Situation alleingelassen.

(Andreas Stoch)

Wir lassen zu, dass sie die großen Verlierer dieser Krise werden könnten. So kann das nicht bleiben, schon gar nicht, wenn wir damit rechnen müssen, dass uns dieses Virus noch lange Zeit beschäftigen wird. Wir brauchen eine Perspektive, wir brauchen Ideen für die Kinder in unserem Land. Genau das bleibt unsere Kultusministerin schuldig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Denn während überall in der Politik, in allen Bereichen der Gesellschaft ein sinnvolles Weitermachen trotz Corona auf dem Stundenplan steht, ist die Kultusministerin bis heute nicht aus der ersten Alarmphase herausgekommen. „So wie früher geht es nicht, und wann es wieder so wie früher geht, wissen wir nicht.“ Sehr viel mehr hat man von Frau Eisenmann in all diesen Wochen nicht gehört – zumindest nicht zum Thema Schule. Ansonsten äußert sich Frau Eisenmann gern. Sie findet z. B., Herr Söder sei ein geeigneter Kanzlerkandidat – wahrscheinlich findet sie in der CDU niemanden, der geeignet wäre –,

(Zuruf)

sie hätte gern eine frühere Öffnung der Gastronomiebetriebe, sie schlägt eine Senkung der Mehrwertsteuer vor.

Frau Eisenmann hat für alles und jedes Zeit, aber bezahlt wird sie im Moment als Kultusministerin. In diesem Amt wäre zurzeit sehr viel Arbeit gefordert. Es müsste „Corona“ auf dem Stundenplan stehen, nicht Parteipolitik.

(Beifall – Zurufe)

Um es einmal klar zu sagen: An den Schulen und in den Kitas wird trotz Notbetriebs viel geleistet. Wir erleben Schulen, in denen die Direktoren und Lehrer in Eigenregie und mit viel privater Technik digitale Lösungen umgesetzt haben. Wir erleben Kommunen, die weit über das ihnen zumutbare Maß hinaus für eine Ausstattung sorgen. Es gibt die guten Beispiele, es gibt sogar viele davon. Aber sie sind eben nicht die Regel, und es gibt sie nicht wegen der Kultusministerin, sondern trotz dieser Kultusministerin, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Es gibt auch die Familien, in denen es gute Voraussetzungen für das Lernen zu Hause gibt. Das will ich gar nicht bestreiten. Ein stabiles Netz, genügend Laptops und Tablets, Eltern mit flexiblen Arbeitszeiten – aber auch das ist nicht die Regel.

Was ist mit denen, bei denen das eben nicht klappt? Die haben das Nachsehen, und zwar auf Dauer; denn so wie früher wird es ja so schnell nicht wieder sein – das wiederholt die Kultusministerin wieder und wieder, wenn es um ihre eigentliche Aufgabe geht.

Was mich ärgert, ist die grundsätzliche Herangehensweise: Schulverwaltung dient den Schulen, und die Schulen dienen den Kindern. Eine gute Kultuspolitik muss immer vom Kind her denken.

(Zuruf)

Damit meine ich von allen Kindern her – von allen Kindern!

(Zurufe)

Wir haben, wenn es um den Bildungserfolg geht, jahrelang dafür gekämpft, die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen. Was in den letzten Wochen stattgefunden hat, bleibt genau dieses Denken schuldig. Es sind Ideen aus einer Wahrnehmungsblase, in der wohl situierte Familien es schon irgendwie schaffen, zu Hause ein bisschen Lernstoff zu vermitteln. Die Bedeutung der Schule als Ort sozialen Lernens und von Bildungsgerechtigkeit bleibt dabei völlig auf der Strecke, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Wenn es um Kitas geht, bricht eben auch die erzkonservative Schwärze durch. In der Argumentation und auch im Handeln geht es bei den Kitas nur darum, systemrelevant tätige Eltern arbeiten zu lassen. Kitas bleiben für Sie damit Indoorspielplätze, „nice to have“. Die immense Bedeutung der frühkindlichen Bildung, die Begegnung von Kindern mit Erzieherinnen und Erziehern, die Begegnung der Kinder untereinander spielt in dieser Betrachtung keine Rolle. Deswegen muss schnellstmöglich für faire Bildungschancen auch wieder ein Betrieb an den Kitas in diesem Land möglich sein.

(Beifall)

Deswegen, Frau Ministerin, dürfen die Eltern, Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher und vor allem die Kinder mehr von Ihnen erwarten als bisher. Sie dürfen erwarten, dass auch Sie endlich einen Betrieb in Coronazeiten auf den Stundenplan schreiben, dass Sie Ihre Hausaufgaben machen. Dazu gehört es eben auch, die Eltern, Lehrer und Schulleiter rechtzeitig zu informieren.

Ich darf aus einem Brief des Landeselternbeirats zitieren, in dem steht:

(Zuruf)

Noch viel stärker nachgelassen hat sie, die Kultusministerin unseres Landes, in den letzten vier Wochen. Von den oben beschriebenen Vorsätzen ist rein gar nichts übrig geblieben!

Von Abstimmung mit den Betroffenen kann nicht einmal ansatzweise die Rede sein. Das letzte Gespräch mit der Ministerin hatte der LEB

– der Landeselternbeirat –

... vor ca. vier Wochen. Vorschläge, die der LEB notgedrungen über die Presse lanciert, werden allenfalls ohne Begründung kurz abgefertigt; ...

(Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Die Informationspolitik des Kultusministeriums kann man allenfalls als Desaster bezeichnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so geht man mit dem Thema Bildung und den Eltern in diesem Land nicht um.

(Beifall – Zuruf)

(Andreas Stoch)

Eltern, Lehrer und Schüler dürfen erwarten, dass wir, genau wie in der Wirtschaft, genau wie in der Kultur und überall im öffentlichen Leben, nicht jammern am Boden sitzen und beklagen, was nicht geht, sondern nach Lösungen suchen, nach dem, was eben gehen kann und gehen muss.

Überall wird von Schutzschirmen geredet. Wir sagen, wir brauchen auch einen Schutzschirm für Schülerinnen und Schüler, einen Schutzschirm für Lehrerinnen und Lehrer und für Erzieherinnen und Erzieher. Wir brauchen finanzielle Mittel, um den enormen Mehraufwand zu bestreiten. Wir brauchen endlich eine verlässliche digitale Ausstattung, und zwar auch in Vorbereitung des nächsten Schuljahrs, denn auch da wird noch kein Normalbetrieb möglich sein. Wir brauchen daher eine effektive Verzahnung von Präsenzunterricht und digitalem Lernen zu Hause. Das ist die Notwendigkeit der Stunde, Frau Ministerin.

(Beifall)

Wir brauchen diese Konzepte; wir brauchen sie dringend und schnell. Wir brauchen eine Mischung aus Präsenzunterricht und dem digitalen Lernen für Kleingruppen in einem Schichtmodell. Wir werden noch lange nicht alle Schüler gleichzeitig an der Schule haben können. Aber Schulen brauchen jetzt endlich Orientierung. Schulen brauchen Konzepte und brauchen nicht Vertröstungen. Wir brauchen einen Fahrplan mit absehbaren Stufen, wie wir es vorhin schon besprochen haben: Wie geht es weiter, wenn es weitergehen kann?

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Es wird nachher heißen, man entwickle doch Szenarien und arbeite an Plänen. Das ist schön. Aber genau das heißt es aus Ihrem Mund bereits seit über einem Monat. Vorgelegt wurde bisher nichts, und als sich die Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin auf erste Lockerungen verständigt haben, kam von Ihnen ein entschlossenes „Ich weiß ja nicht so richtig“, sodass ich meine Zweifel habe, dass Sie auch nur halb fertige Szenarien in der Schublade haben.

Was bleibt, ist eine enorme Unsicherheit für Hunderttausende Familien, für Schulen, Lehrer und die Schüler und Kinder, eine Unplanbarkeit ohne Perspektive.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das hat nicht die Kultusministerin ausgelöst, sondern das Virus, gewiss; aber die Kultusministerin hat nichts unternommen, um diese Unsicherheit zu mindern. Corona gibt es in jedem Bundesland, aber in anderen Bundesländern gibt es klarere Pläne, wie dieser Wiedereinstieg stattfinden soll. Wir wollen unseren Kindern im Moment sagen: Macht trotz Corona eure Hausaufgaben! Wir sagen der Kultusministerin: Machen Sie endlich gerade wegen Corona Ihre Hausaufgaben, Frau Kultusministerin!

Herzlichen Dank.

(Beifall – Das Redepult wird desinfiziert.)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun hat das Wort für die Fraktion GRÜNE Frau Abg. Boser.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Das hat jetzt keinen Bezug zu meinem Vorredner, aber das Pult ist ganz nass. Daran muss man sich erst gewöhnen. Da klebt alles.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Coronakrise bedeutet für uns alle und vor allem auch für Kinder und Familien tiefe Einschnitte. Dies müssen wir natürlich in all unseren Entscheidungen mit berücksichtigen. Ich bin daher der SPD auch sehr dankbar, dass wir heute an dieser Stelle nicht nur über Wirtschaft diskutieren, sondern auch über Bildung und die Chancen für Familien in der Coronazeit. Denn je länger diese Coronakrise andauert, umso nötiger ist Entlastung für die Familien, für die Kinder in unserem Land, und zwar in finanzieller und in sozialer Hinsicht.

(Beifall)

Viele Familien haben sowieso schon einen großen Spagat zwischen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit Homeoffice, Homeschooling wird das Ganze nicht einfacher, sondern viel schwieriger, und insbesondere für Alleinerziehende und Frauen bedeutet die Situation ein großes Maß an Herausforderung, dies bestmöglich zu managen.

Unsere Fraktion hat daher ebenfalls Vorschläge erarbeitet, wie wir in dieser Situation Familien und Kinder entlasten und ihnen helfen können. Es hat übrigens jede Fraktion ebenfalls die Möglichkeit, anstatt zu kritisieren auch Vorschläge zu erarbeiten,

(Abg. Raimund Haser CDU: Sehr gut!)

denn ich glaube, an dieser Stelle sind wir alle gemeinsam gefragt, das Bestmögliche zu erarbeiten, um unsere Situation insgesamt zu verbessern.

(Beifall)

Ich komme auch gleich auf diese Vorschläge, was wir Grünen uns da noch über das hinausgehend vorstellen, was das Kultusministerium schon erarbeitet hat. Aber – das will ich an dieser Stelle auch sagen – wir sind nach wie vor mitten in der Krise. Ich finde, sämtliche Visionen, die ein Stück weit auch beinhalten, wir wären am Ende und es könne jetzt schnell alles wieder losgehen, halte ich für brandgefährlich. Ich glaube, wir müssen uns immer auch bewusst sein, dass wir in der aktuellen Situation vorsichtig und schrittweise vorgehen müssen. Denn es zeigt sich: Solange das Virus nicht in allgemeiner Form bekannt ist, solange es keine wirksamen Medikamente gibt, solange wir keinen Impfstoff haben, wird es nur schrittweise vorangehen. Das müssen wir bei all unseren Entscheidungen auch berücksichtigen.

Ich finde es wichtig, dass beispielsweise das Sozialministerium die Tests ausweitet, dass das Wissenschaftsministerium die Studien für Kinder in Auftrag gegeben hat, weil beides dann auch Möglichkeiten bietet, daran abgeleitet weitere Entscheidungen und Lockerungen auf den Weg zu bringen.

Ich finde wirklich auch schwierig, was hier immer wieder angeprangert wurde. Wir haben die Kinder nicht eingesperrt. Kinder können raus in die Natur gehen. Wir haben sehr schöne Naturräume.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

Sie haben die Möglichkeit, sich auch mit einem Freund draußen zu treffen, im Haus können sie sich sogar mit mehreren

(Sandra Boser)

Personen treffen. Ich halte es wirklich für ein fatales Signal, nach außen zu geben, wir hätten die Kinder eingesperrt. Das ist nicht so. Es ist natürlich für viele eine angespannte Situation, aber Kinder haben bei uns schon immer die Möglichkeit gehabt, rauszugehen.

(Beifall – Abg. Raimund Haser CDU: Sehr gut!)

Wir wissen natürlich alle. Die sozialen Kontakte sind für Kinder und Jugendliche wichtig. Gerade auch die Kitaschließungen und die Schulschließungen haben einen besonderen Verlust des sozialen Kontakts zur Folge. Die Notfallbetreuung, wie wir sie in Baden-Württemberg eingerichtet haben, ist bereits jetzt eine große Entlastung, denn wir stellen bereits 50 % der Plätze für die Notfallbetreuung zur Verfügung. Bayern zieht da jetzt erst nach. Dessen muss man sich einfach auch bewusst sein. Wir haben die Kindertagespflege bereits seit Wochen geöffnet. Auch da zieht Bayern jetzt erst nach. Das muss man auch immer im Bewusstsein haben.

Wir haben damit auch den Familien und den Kindern im Land bereits weitreichende Möglichkeiten gegeben, damit mit einer Notfallbetreuung auch die Kinder die Unterstützung bekommen, die sie brauchen,

(Abg. Raimund Haser CDU: Und das funktioniert!)

zum einen, wenn die Eltern präsenzpflichtig arbeiten gehen, aber darüber hinausgehend auch für Alleinerziehende. Auch Kinder, die von der Jugendhilfe mit begleitet werden, haben hier die Möglichkeit, in die Notfallbetreuung zu gehen. Das möchte ich an dieser Stelle wirklich betonen.

(Beifall)

Man muss dabei, aber auch bei allen weiteren Schritten, über die wir nachdenken, wirklich berücksichtigen: Es gibt zwei wesentliche Rückmeldungen zu der Notfallbetreuung, und zwar egal, ob im Kindergarten oder in der Schule.

Zum einen haben wir an vielen Stellen überhaupt nicht das Personal, das die Notfallbetreuung umsetzen kann, weil Erzieherinnen und Erzieher oder Lehrerinnen und Lehrer aufgrund von vulnerablen Gruppen nicht die Möglichkeit haben, ihrer Arbeit nachzugehen. Es gibt zum anderen aber auch an vielen Stellen eine große Zurückhaltung bei Eltern, weil sie sagen: In dieser Betreuungssituation will ich meine Kinder überhaupt nicht betreuen lassen, wenn ich mit Abstandsregeln, mit kontaktarmer Betreuung zu tun habe. Diese zwei Punkte müssen wir berücksichtigen.

Deswegen wäre für uns, die Grünen, beispielsweise vorstellbar, dass wir Eltern-Kind-Gruppen ermöglichen, bei denen sich mehrere Familien zusammentun, um gemeinsam zu spielen, um rauszugehen – eingetragene Eltern-Kind-Gruppen, in denen auch der Infektionsverlauf nachvollziehbar ist. Bayern hat diese Eltern-Kind-Gruppen bereits vor zwei Wochen ermöglicht. Das wäre eine Möglichkeit, über die Notfallbetreuung hinaus nochmals Angebote für Familien zu machen.

Auch die Öffnung von Spielplätzen wird jetzt erst mal ein wichtiger Beitrag für die Kinder sein. Aber ich bin mir ganz sicher: Es wird natürlich auch zu Frustsituationen führen, wenn man sich anschaut, dass eben nur eine begrenzte Anzahl von Kindern die Spielplätze nutzen kann. Da müssen sich die

Kommunen auch Gedanken machen, ob man beispielsweise öffentliche Parks und Grünflächen – die in manchen Städten wohl gesperrt sind – für Familien öffnet, damit Kinder auch dort die Möglichkeit haben, zu toben und zu spielen. Ein wesentlicher Bestandteil von Kindheit besteht in Bewegung, und entsprechende Möglichkeiten müssen wir den Kindern auch an dieser Stelle zur Verfügung stellen.

(Beifall)

Ich will an dieser Stelle auch die Öffnung der Bibliotheken und Mediatheken mit in die Betrachtung hineinnehmen. Auch hier gibt es zusätzliche Möglichkeiten für Familien, sich beispielsweise Lesestoff zu holen. Auch dort können unserer Ansicht nach kleine Angebote gestaltet werden, wie beispielsweise Vorleseangebote mit einer begrenzten Anzahl von Kindern, wo man den Abstand einhalten kann. Solche Möglichkeiten vor Ort zu prüfen und zu ermöglichen wäre einfach ein Vorschlag, den wir gern mit in die Diskussion nehmen.

Aber wir alle wissen: Es wird für uns noch für lange Zeit kein normaler Lebensabschnitt in dieser Coronakrise sein. Deswegen müssen wir auch immer berücksichtigen, welche Maßnahmen wir in allen Bereichen hinzuziehen können.

Ich finde es wirklich beeindruckend, wie die Schulen in den vergangenen Wochen ihr Homeschooling aufgebaut haben, welche enormen Schritte da im Bereich der Digitalisierung geleistet wurden. Auch die Webinare beispielsweise, die für Lehrerinnen und Lehrer im Bereich der Digitalisierung zur Verfügung gestellt wurden, halte ich für ein sehr gutes Angebot. Der Messengerdienst Threema, den wir jetzt haben, die Plug-in-Version von BigBlueButton – worüber es ja eine große Diskussion im Zusammenhang mit Zoom gab –, stellen eine große Möglichkeit für die Schulen dar.

Denn eines haben wir leider festgestellt: Der Kontakt zwischen Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern hat in den letzten Wochen an vielen Stellen nicht so optimal funktioniert. Da muss es einfach jetzt noch mal mit den neuen Möglichkeiten Angebote geben, damit Lehrerinnen und Lehrer in Kontakt mit ihren Schülerinnen und Schülern gehen, damit diese auch wieder besser in das Unterrichtsgeschehen einbezogen werden.

Es bleibt daher eine große Aufgabe, das Homeschooling weiter zu verbessern. Wir haben bei uns in Baden-Württemberg das IBBW. Das könnte auch noch einmal Beispiele an die Schulen geben, wie das Homeschooling über Best Practice und andere Angebote verbessert werden kann. Da wäre einfach die Möglichkeit, nochmals zu prüfen, was das IBBW da leisten kann.

Aber – das ist ein großer Punkt, den wir immer wieder feststellen müssen – erfolgreicher Unterricht hängt derzeit stark von der technischen Ausstattung ab, und nicht jedes Kind hat zu Hause die technische Ausstattung, um diesen digitalen Unterricht wirklich optimal bestreiten zu können. Es fehlen zu Hause das Laptop, das Tablet. Eltern sind im Homeoffice, müssen selbst auf Geräte zurückgreifen oder es gibt überhaupt keine.

Hier müssen wir auch kurzfristig prüfen, ob Mittel aus dem Digitalpakt für die Schulen zur Verfügung gestellt werden, da-

(Sandra Boser)

mit dort Leihgeräte für Schülerinnen und Schüler vorgehalten werden, die nicht über die technischen Voraussetzungen verfügen. Der Digitalpakt gibt im Moment noch vor: Man braucht dafür den Medienentwicklungsplan. Aber vielleicht gibt es doch die Möglichkeit, in begrenztem Maß Mittel zur Verfügung zu stellen, um Leihgeräte an die Schulen zu bringen.

(Beifall – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Trotz all dieser digitalen Möglichkeiten werden sich die Schülerinnen und Schüler in unserem Land den Lernstoff nicht komplett erarbeiten können. Wir werden deshalb auch – wie es das Kultusministerium schon angekündigt hat – freiwillige Ferienangebote unterstützen. Ich glaube, dass diese freiwilligen Ferienangebote nicht nur den Lernstoff beinhalten müssen. Denn für viele Schülerinnen und Schüler brechen derzeit Kreativzeit, Bewegungszeit komplett weg. Die Schulen konzentrieren sich natürlich auf die Inhalte in den naturwissenschaftlichen Fächern, in den sprachlichen Fächern. Aber was bleibt davon übrig im Bereich Musik, im Bereich Kunst, im Bereich Sport?

Auch darauf müssen wir in den Ferien den Blick lenken: Was können unsere Kommunen gemeinsam mit dem Land den Schülerinnen und Schülern in Baden-Württemberg zur Verfügung stellen, damit sie Kreativzeit, damit sie Bewegungszeit bekommen? Wir haben die Möglichkeit, dazu über Musikschulen, über Künstler, über Vereine Angebote zu schaffen. Denn wir wissen ja auch: Nicht alle Kinder sind in Vereinen, wenn jetzt auch das Vereinsleben wieder zurückkommt. Viele Kinder haben einfach nur an den Schulen – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abg. Boser, jetzt muss ich Sie zwischendrin einfach einmal unterbrechen, weil es seit einer Weile eine Wortmeldung von der Kollegin Wölflé gibt, und fragen, ob Sie eine Zwischenfrage zulassen.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Nein, nein. Das geht mir von der Redezeit weg. Ich habe noch einiges zu sagen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das wundert nicht.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Ich habe noch ein bisschen.

(Zuruf: Einfach ein bisschen schneller reden!)

Mir wäre es wirklich wichtig – ich kann auch noch ein bisschen schneller sprechen; das weiß ja jeder hier im Haus –, diese Ferienprogramme auch mit Angeboten, die über den Lernstoff hinausgehen, in den Blick zu nehmen.

(Beifall)

Wir haben jetzt in der Krise viel gelernt, und ich glaube, wir können daraus auch für die Zeit nach Corona viel mitnehmen, was den Bereich der Digitalisierung und den Zusammenhalt in der Gesellschaft angeht.

Zum Schluss – ich bin gleich am Ende – möchte ich an dieser Stelle einfach allen engagierten Lehrerinnen und Lehrern danken,

(Abg. Raimund Haser CDU: Ganz wichtig!)

die mit neuen Konzepten die Lernumgebung geschaffen haben, allen Erzieherinnen und Erziehern, die für die Kinder ei-

ne bestmögliche Betreuungssituation geschaffen haben, allen Schülerinnen und Schülern, die unter diesen Bedingungen an der Schule dranbleiben, und allen Eltern, die den Spagat zwischen Homeoffice, präsenzpflichtigem Arbeiten und Homeschooling machen. Allen vielen Dank. Sie sind unersetzlich.

(Vereinzelt Beifall)

Ich freue mich, dass wir im nächsten Jahr vielleicht wieder über erfreulichere Dinge diskutieren können.

Herzlichen Dank.

(Beifall – Zuruf: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Als Nächstem darf ich Herrn Kollegen Haser für die CDU-Fraktion das Wort erteilen.

Abg. Raimund Haser CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine E-Mail eines Freundes von mir, vor ein paar Tagen geschickt, hat mit den Worten geendet: „Jetzt wird es persönlich. Das bin ich. Ich pack das fast nicht.“

Ich glaube, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das ist das, was in uns sehr stark rumort. Mit „uns“ meine ich jetzt nicht nur uns Parlamentarier, sondern – das, glaube ich, darf ich sagen – uns junge Väter, die schulpflichtige Kinder zu Hause haben. Das teilen wir natürlich auch mit Hunderttausenden, mit Millionen Haushalten draußen vor unserer Tür. Ich glaube, dass dieses Gefühl „Ich pack das nicht mehr“ auch ein Stück weit der Boden für die Diskussionen ist, die uns in den letzten Tagen erreichen, die auch an Aggressivität zugenommen haben, die plötzlich in E-Mails auftauchen, die wir inhaltlich vielleicht nicht verstehen, die drei Minuten später womöglich schon ganz anders ausfallen.

Ich glaube, dieses „Ich pack's nicht“, diese Situation müssen wir auch greifen. Ich habe das Gefühl, das liegt ein Stück weit auch daran, dass wir immer davon ausgegangen sind: Wir machen die Schulen zu. Dann kommen die drei Wochen. Dann kommen die Osterferien, und irgendwann, etwa am 19. April, nach den Osterferien ist es dann sicher auch mal wieder vorbei.

(Zuruf von der SPD)

Irgendwann in dieser Zeit hat man dann gemerkt – außer der SPD; alle anderen haben es vorher nicht gewusst –, dass es nicht wieder normal wurde und dass es ein sehr langer und mühsamer Weg wird.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Szenarien!)

Ich glaube, dass die Szenarien schon da waren. Aber zumindest bei den Menschen auf der Straße gab es das Szenario, dass es schneller geht, als es jetzt gegangen ist. Wir alle haben noch die V- und U-Kurven usw. im Kopf. Ich glaube, das führt ein Stück weit auch zu der Unzufriedenheit, die draußen herrscht und die nachvollziehbar ist. Auch die Fragen: „Wann öffnen die Schulen wieder? Wann öffnen die Kindergärten?“ lassen sich nicht immer beantworten. Die Unzufriedenheit kann ich nachvollziehen. Es wird gesagt: Wir möchten auf Sicht fahren. Wir möchten ein Stück weit ein fixes Datum ha-

(Raimund Haser)

ben. Wir möchten auch wissen, ob die alle wiederkommen. Wir möchten sozusagen ein Stück weit Verlässlichkeit haben.

Aber auf Sicht fahren und eine Verlässlichkeit, die auf der Nennung eines Datums basiert, widersprechen sich nun einmal. Das Ministerium, die Frau Ministerin, wird uns daher ein schlüssiges Konzept des Kultusministeriums vorstellen – das zur Frage von Ihnen, Herr Stoch. Die Schlüssigkeit besteht dann aber eben nicht darin, immer Daten zu nennen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das hat niemand gesagt!)

Vielmehr besteht die Schlüssigkeit darin, dass das Konzept in sich schlüssig ist,

(Abg. Andreas Stoch SPD: So sieht es aus!)

dass Infektionsschutz und Bildung gleichermaßen gewährleistet werden.

(Beifall – Abg. Andreas Stoch SPD: Wenn wir so etwas hätten, wären wir schon viel weiter! – Weitere Zurufe)

Ich möchte unterstreichen, was Frau Boser gesagt hat, nämlich dass wir, was das Leben, auch der Kinder, betrifft, keinen Shutdown hatten. Das muss man wirklich unterstreichen, wenn man sich die Bilder aus Frankreich, Spanien, New York usw. anschaut. Wir haben da wirklich einen guten Weg gefunden, der trotzdem nicht zu höheren Infektionsraten geführt hat. Da darf man auch ein bisschen stolz sein, nicht nur auf das, was die Politik getan hat, sondern insbesondere auch auf die Art und Weise, wie die Menschen reagiert haben. Dafür ein großes Dankeschön für die Solidarität, die diese Gesellschaft in den letzten Wochen und Monaten gezeigt hat.

(Beifall)

Mit Normalität hat das alles aber nichts zu tun. Normal war eben gestern. Vielleicht wird es irgendwann wieder normal sein. Wir wissen aber noch nicht, wann das sein wird.

Ich möchte mich bei den Lehrerinnen und Lehrern, den Rektorinnen und Rektoren, den Sekretärinnen und Hausmeistern und den Eltern bedanken, die alle zusammen einen great Job machen. Liebe Frau Ministerin, geben Sie unseren Dank dafür, dass sehr viele in der Kultusverwaltung Tag und Nacht für uns und die Menschen arbeiten, bitte auch in Ihr Haus weiter. Auch Ihnen persönlich, Frau Ministerin, gebührt Dank. Denn die vielen E-Mails und die vielen SMS, die nicht alle lustig sind, müssen auch Sie verkraften. Vielen Dank für die Arbeit in den letzten Wochen.

(Beifall)

An einem Punkt möchte ich aber noch etwas konkreter werden, als das bislang der Fall war. Das ist der digitale Bereich. Eine Gruppe möchte ich besonders herausstellen. Es gibt Menschen, die z. B. in Tag- und Nacharbeit dafür gesorgt haben, dass Moodle auf BelWü nach einem anfänglichen Zusammenbruch dann nach zwei oder drei Tagen funktioniert hat. Ein Serverumzug ist sehr anstrengend. Das hat funktioniert. Wir haben mittlerweile auch Threema mit dabei – Frau Boser hat es gesagt –, und haben auch die Möglichkeit, Videochats zu machen – nicht über unsichere, sondern über sichere Kanäle.

Herr Stoch, Sie haben vorhin gesagt, wir hätten halbfertige Konzepte in der Schublade.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Nicht mal!)

Das würde ich jetzt eher einmal auf den Bereich „ella“ beziehen als auf das, worauf Sie es bezogen haben. Während wir hier noch debattieren – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Kollege Haser, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei zu?

Abg. Raimund Haser CDU: Natürlich.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Kollege Haser, vielen herzlichen Dank. – Das Thema „ella“ wurde vorhin auch in der Debatte schon angesprochen. Würden Sie mir zustimmen, dass im Rechnungshofbericht – ich weiß, dass Sie den Rechnungshofbericht gelesen haben; darüber haben wir intensiv gesprochen – ausdrücklich steht, dass die Verantwortung des Projekts „ella“ mit dem Jahr 2017 beginnt, das voll in Ihrer Regierungszeit liegt,

(Zurufe, u. a. Abg. Nicole Razavi CDU: Nice try!)

und dass dort klar definiert wurde, dass es nicht in Vorgängerzeiten begründet ist, dass „ella“ an die Wand gefahren wurde, sondern dass dies auf der Grundlage eines völlig unzureichenden Projektmanagements geschah?

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wenn die Jacke im ersten Knopf verknöpft ist!)

Die Umsetzung – das hat der Rechnungshof Ihnen auf 87 Seiten belegbar dargelegt – war völlig dilettantisch. Das können Sie hier heute nicht wegreden. Würden Sie mir da zustimmen?

(Lachen – Zurufe, u. a.: Nein!)

Abg. Raimund Haser CDU: Wie Sie schon erwartet haben, kann ich Ihnen natürlich nicht zustimmen. Dem Gelächter im Hintergrund kann ich entnehmen, dass die Frau Ministerin darauf nachher noch näher eingehen wird.

(Beifall)

Während wir hier debattieren, sind 600 000 Lehrer und Schüler auf Moodle aktiv. Es können mehr als 5 000 User gleichzeitig über das Videotool BigBlueButton online kommunizieren. 925 Lehrer können bislang gleichzeitig Liveunterricht machen. Diese Zahlen steigen sukzessive mit jeder Stunde. Für den Messengerdienst Threema gibt es bisher 3 000 Lizenzen – da geht noch mehr, aber das ist angesichts der Kürze der Zeit eine sehr ordentliche Zahl.

Das zeigt, dass die Coronazeit auch der Wertstellung der Digitalisierung insgesamt einen Schub gegeben hat.

Die Übertragungsrate ist natürlich nicht überall auf dem Niveau, auf dem sie sein sollte. Auch wenn wir dort Milliarden investiert haben, gibt es schwarze Löcher; das wollen wir nicht in Abrede stellen.

Ich komme vom Land, aus einem Dorf mit 300 Einwohnern, und muss ehrlich sagen: Selbst an unserer Schule ist es möglich, mit Threema und mit Moodle zu arbeiten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

(Raimund Haser)

Auch wenn es viele Dörfer gibt, die vielleicht nicht in der Geschwindigkeit, die man haben muss, angeschlossen sind, darf man bei dieser Gelegenheit auch einmal darauf verweisen, dass es sehr, sehr viele Häuser gibt, die über die Breitbandausstattung verfügen, die für Homeschooling reicht.

Die Coronazeit hat auch bewiesen, dass die Digitalisierung funktioniert, wenn man sie braucht und wenn man den Fokus darauf richtet. Damit meine ich jetzt nicht nur die Politik, sondern auch Lehrerinnen und Lehrer sowie Rektorinnen und Rektoren. Auch im Elternhaus ist jetzt klar, dass ein Handy allein wahrscheinlich gar nicht ausreicht. Ergo ist nun endgültig bewiesen: Digitalisierung beginnt vielleicht doch nicht am Kabel, sondern wahrscheinlich im Kopf.

Mehr denn je wird deutlich, dass es zwingend notwendig ist, strategische Investitionen in die Digitalisierung der Bildung zu tätigen. Aber welche Digitalisierung wollen wir denn? Stellen wir uns jetzt dauerhaft auf Homeschooling ein, stellen wir uns dauerhaft darauf ein, dass die Kinder zu Hause sind und nicht mehr in die Schule gehen? Oder müssen wir an unserem Weg festhalten, der heißt: Digitalisierung nicht als Ersatz, sondern als Add-on auf die Bildung in der Schule?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Ich möchte ausdrücklich dafür werben, dass wir Digitalisierung in diesen Coronazeiten nicht umdeuten, als ob der Computer alles leisten könnte. Denn auch der VBE, der Verband Bildung und Erziehung, hat geschrieben:

Qualität und Umfang des Präsenzunterrichts an der Schule erreichen wir im Fernunterricht mitnichten.

Weil Bildung und Erziehung eben auch das Ergebnis einer Bildungs- und Erziehungsgemeinschaft sind, möchte ich den Menschen aus dieser Geschichte nicht ganz draußen haben. Früher hat man gesagt: „Wer es nicht im rechten Oberarm hat, der hat es vielleicht im linken.“ Heute gilt: „Wer es nicht im Kopf hat, hat es wahrscheinlich nirgends.“

Natürlich sind es die haptischen Voraussetzungen im Bildungserfolg, die an den Geldbeutel gekoppelt sind. Das sehen wir leider. Aber sie sind nicht unbedingt systemimmanent. Denn hinter der Frage, ob ein Kind in der Bildung auch z. B. in dieser Zeit erfolgreich ist, steht die Frage: Welche Stellung hat Bildung in der Familie, welche Stellung hat Bildung in unserer Gesellschaft, also auch im Umfeld, und wie ist das richtige Verhältnis zwischen dem, was der Staat leisten kann, und dem, was der Einzelne in dieser Zeit leisten muss?

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abg. Wölflé würde ihre Zwischenfrage gern jetzt stellen. Lassen Sie sie zu?

Abg. Raimund Haser CDU: Nein.

(Zurufe von der SPD)

Denn auch das ist eine Lehre aus Coronazeiten: Der Unterricht wurde aus den Klassen in die heimischen Wohn- oder Kinderzimmer verlagert. Damit das klappt, braucht man aber nicht nur digitale Infrastruktur. Man braucht die Eigendisziplin der Schüler, die wiederum das Ergebnis einer klaren Struk-

tur ist, die wiederum hohe Aufmerksamkeit erfordert und die das Ergebnis einer positiven Lernbeziehung ist. Merken Sie etwas? So funktioniert auch eine gute Schule.

Deswegen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, bei allem Verständnis für Prüfungsstress in Coronazeiten, unkonventionelle Lösungen, Unterschiede in der Lehrerschaft, was die Versorgung mit Materialien angeht: Wir müssen aufpassen, dass wir nicht jedem und jeder in diesem System eine Ausrede liefern, warum dies oder das jetzt gerade nicht klappen kann, warum der eine sich weiterhin der Digitalisierung seiner Schule verweigern kann,

(Zuruf)

warum der andere Moodle nicht nutzen will, warum die eine keine Prüfung schreiben will und warum der andere seine Hausaufgaben nicht rechtzeitig macht. Bei allem Verständnis: Auch wenn das Leben nicht den gewohnten Gang geht, heißt das nicht, dass Bildung stehen bleibt.

Corona erinnert mich deshalb manchmal an einen Betriebsrundgang bei einem Mittelständler bei mir um die Ecke. Über dem Schreibtisch des Lageristen hing ein verstaubtes Schild. Auf diesem Schild stand: Sorry, aber wir sind hier nicht bei „Wünsch dir was“, sondern bei „So ist es“.

Danke schön.

(Beifall – Das Redepult wird desinfiziert.)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun hat Herr Abg. Dr. Balzer für die AfD das Wort.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Wünsch dir was! Ein trockenes Redepult. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! Die Landesregierung handelte spät, zu spät. Und wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Das hat einmal Gorbatschow zu Honecker gesagt, als dieser Ewiggestrige des Kommunismus 1989 die Zeichen der Zeit nicht zu deuten wusste.

Und genau darum geht es leider auch in der Coronakrise. Die Regierungen – und zwar sowohl die Bundes- als auch die Landesregierung – haben zu spät reagiert. Sie haben keine Vorsorge getroffen, und sie haben nun, um diese Versäumnisse wieder wettzumachen, mit ihren Maßnahmen überreagiert.

Nach neueren Veröffentlichungen soll Gorbatschow den Satz, den ich eingangs zitierte, gar nicht so gesagt haben. Er soll gesagt haben: „Ich glaube, Gefahren lauern auf diejenigen, die nicht auf das Leben reagieren.“ Das passt dann noch besser. Die Gefahren lauern gerade durch die Covid-19-Krankheit auf diejenigen, die nicht oder nicht schnell genug reagieren.

Deutschland war durch die Entwicklungen in China und später auch in Italien gewarnt. Trotzdem wurde so spät reagiert. Warum? Warum hat man für Reisende aus China, aus Italien, aus Österreich nicht rechtzeitig die Grenzen geschlossen? Warum – diese Frage richtet sich an Frau Dr. Eisenmann – wurde zugelassen, dass die Heimkehrer aus den Skigebieten ihre Kinder wieder zur Schule schickten?

(Vereinzelt Beifall)

(Dr. Rainer Balzer)

Sie hätten zwei Wochen früher in Quarantäne zu Hause verbringen müssen. Man hätte früher an die Eltern appellieren müssen. Die Eltern oder wenigstens die Kinder hätten sich, wenn sie Kontakt zu den Italien-Reisenden hatten, in Quarantäne begeben müssen. Das alles wurde nicht gemacht. Stattdessen wurde am 16. März die vollständige Schulschließung beschlossen – zwei Wochen zu spät.

Dasselbe gilt für die Tests. Um Infizierte zu erkennen, hätte man früher und umfangreicher testen müssen – besonders auch die Kinder. Das kann ja eigentlich nicht sein. Denn bei Kindern und Jugendlichen ist der Krankheitsverlauf in aller Regel weniger gravierend als bei Erwachsenen. Aber durch ihre vielfältigen Kontakte verbreiten sie das Virus natürlich besonders schnell weiter. Kinder müssen also auch getestet werden.

(Zuruf: Das Wissen haben Sie aber ganz schön für sich behalten in den letzten Monaten!)

– Nein, ich habe es in mehreren Vorträgen vorgetragen.

(Zuruf: Echt?)

Es ist aber auch eine große psychische Belastung für die Familien, wenn sie nicht wissen, ob das eigene Kind infiziert ist. Da ist den Familien in erster Linie Dank zu sagen. Sie haben in den letzten Wochen Großes geleistet. Sie haben die Kinderbetreuung sichergestellt, und sie haben nach bestem Wissen und Können die Kinder auch bei der Erfüllung ihrer durch die Schule gestellten Aufgaben betreut.

Nun gilt es aber, dem Bedürfnis der Eltern nach Sicherheit Rechnung zu tragen und die Kinder und Jugendlichen auf Infektionen zu testen. Dann können diese sicher wieder in die Schule gehen, und zwar zügig. Und wir können, Sie können die Fälle, die doch noch auftreten – Infektionen nämlich –, besser nachverfolgen.

Durch die unterschiedlichen Meinungen gerade auch in der Ärzteschaft zu Mundschutzmasken gibt es große Unsicherheit. Zunächst kam die Mitteilung, sie würden nichts nützen, sie seien kontraproduktiv; Masken würden zu einer trügerischen Sicherheit und damit zu Sorglosigkeit, was Hygiene- und Abstandsregelungen betreffe, verleiten. Inzwischen gibt es eine Pflicht, eine Mundschutzmaske zu tragen. Wie kann das eigentlich sein? Ganz einfach: Die Regierung – das gilt wieder für Bund und Land – hat die Vorsorge anscheinend vernachlässigt. Es waren nicht genug Vorräte da, obwohl Atemschutzmasken außerhalb der Pandemiezeiten Pfennigartikel sind.

(Abg. Anton Baron AfD: Herr Maas hat sie dann schön verschenkt!)

– Kommt noch. – Hat man vielleicht deshalb den Mundschutz zunächst als überflüssig deklariert, um Hamsterkäufen vorzubeugen? Erst waren sie nicht zu haben, und jetzt ist es Vorschrift, sie zu tragen. Eigentlich unglaublich.

Genauso wie die Bundes- und die Landesregierung bei den Schließungen der Schulen zu spät reagierten, sind sie nun bei der Wiederöffnung zu langsam, zu wenig kraftvoll in der Entscheidung. Das eine ist allerdings die Kehrseite der Medaille des anderen.

Wir, die Alternative für Deutschland, haben in Zusammenarbeit der bildungspolitischen Sprecher verschiedener Landtagsfraktionen Vorschläge zur Wiederöffnung von Schulen und Bildungseinrichtungen erarbeitet.

(Zuruf: Brauchen wir nicht mehr!)

Meine Damen und Herren, natürlich ist Gesundheit das wichtigste Gut der Menschen und deshalb besonders zu schützen. Im Vordergrund muss der Schutz besonders gefährdeter Personen stehen.

Maßnahmen, die dem Gesundheitsschutz dienen und dabei naturgemäß die Freiheit der Bewegung einschränken, müssen, wie jedes Regierungshandeln, evaluiert und immer wieder auf ihre Wirksamkeit geprüft werden, im Besonderen nach mehrwöchiger Umsetzung von Maßnahmen.

Wir erleben derzeit, dass in Krankenhäusern Betten frei bleiben für Coronapatienten und dass die Belegschaft, dass Ärzte und Krankenschwestern in Kurzarbeit gehen. Das ist ein Widerspruch in sich, zumal Routineoperationen zurückgestellt worden waren.

Tatsache nach sechs Wochen Erfahrung mit dem Coronavirus ist: Die Regierung hat zu spät gehandelt. Schutzmasken wurden zu Beginn der Krise noch ins Ausland verschenkt. Der Außenminister unseres Landes hat sich hier wieder einmal völlig falsch verhalten.

(Beifall)

Tatsache ist: Die große Krise mit Tausenden von Toten, die uns die Medien vorhergesagt haben, hat nicht stattgefunden

(Zurufe, u. a.: Ja, zum Glück!)

und wird wohl auch – zum Glück – nicht stattfinden.

(Zurufe – Unruhe)

– Das sage ich doch gerade: Sie wird zum Glück wohl nicht stattfinden.

(Zurufe)

Tatsache ist aber auch: Die Medien haben sich komplett zum Handlanger, zum Erklärer des Regierungshandelns machen lassen.

Tatsache ist: Die 100 000 Toten und die Überforderung des Gesundheitssystems sind nicht eingetreten. Dank der Beschäftigten ist unser Gesundheitssystem in einem stabilen, erfolgreichen und sicheren Zustand.

Was folgt daraus? Es ist also an der Zeit, dass sich die Landesregierung, die Politik auf das besinnt, was eigentlich wichtig ist und was sie zu tun hat, nämlich die Freiheit für uns Bürger zu gewährleisten

(Beifall)

und wirtschaftliches Handeln in den Betrieben zu ermöglichen. Das ist jetzt die primäre Aufgabe der Politik. Jetzt gilt es, den Weg zurück zu einer vernünftigen Haltung gerade auch in den Schulen und Hochschulen zügig zu gehen.

(Dr. Rainer Balzer)

Dort herrscht große Unklarheit bezüglich des weiteren Ablaufs des Unterrichts. Ich hoffe, dass nachher, nach Ihrer Rede, Frau Ministerin, etwas mehr Klarheit in dieser Sache besteht, denn was wir bisher gehört haben, ist nicht wirklich geeignet, um es heute Nachmittag den Schulen zu verkünden.

Tatsache ist auch: Aufgrund des digitalen Unterrichts und der Unklarheit in den Schulen nehmen junge Menschen mehr oder weniger fleißig an den digitalen Angeboten der Lehrkräfte teil. Motivierte Schüler rufen die Unterrichtsaufgaben ab, aber andere, weniger motivierte und interessierte, tun dies eben eher nicht. Gegen dieses Sich-nicht-Engagieren der Schüler hat der einzelne Lehrer nur geringe Möglichkeiten des Handelns.

Das hängt natürlich mit dem familiären und häuslichen Umfeld zusammen. Es gibt Eltern, die sich hier vorbildlich verhalten können. Es gibt andere Eltern, die das aus verschiedenen Gründen eben nicht können. Deshalb ist jetzt eine Rückkehr zum vollständigen geordneten Betrieb mehr als dringend erforderlich.

(Beifall)

Hilfreich ist in diesem Zusammenhang, dass gerade junge Leute dieses Covid-19-Virus am ehesten bewältigen können. Das Immunsystem gerade junger Menschen wird damit am leichtesten fertig.

Erschwerend für einen zügigen Start ist natürlich – das wurde schon angesprochen –, dass viele Lehrkräfte und auch Erzieherinnen zu den Risikogruppen gehören. Hier ist also Flexibilität des Ministeriums und der Schulleitungen erforderlich.

Das gilt natürlich auch für die Prüfungen. Es kann nicht sein, dass wir jetzt die Situation haben, dass alle Schüler – ob sie dafür reif sind oder nicht, ob sie die erforderlichen Leistungen gezeigt haben oder nicht – einfach in die nächste Klasse übernommen werden. Das kann nicht sein.

Es kann auch nicht sein, dass öffentlich erklärt wird, dass dieses Abitur oder diese Medizinprüfung keine „Hammerprüfung“ sei. Meine Damen und Herren, so etwas gibt es gar nicht. Es gibt ordentliche Prüfungen auf Basis des gehaltenen Unterrichts und auf Basis der gültigen Lehrpläne sowie des von den Schülern oder Studenten selbst Gelernten – Punkt.

Aufgrund der Wichtigkeit und des in der Bildung schon jetzt geschehenen Schadens ist ein zügiger Start des Unterrichts möglichst aller Klassen dringend erforderlich.

Diese Krise hat gezeigt: Gemeinsames Lernen ist wichtig. Homogene Klassen sind sinnvoll und richtig. Tatsächlich gilt die alte Weisheit: Auf den Lehrer kommt es an.

Das gilt sinngemäß auch für die Hochschulen. Dort sind die Hygiene- und Abstandsregeln naturgemäß leichter durchzusetzen und ist die Eigenmotivation der – natürlich älteren – Studenten auch durchaus höher.

Und natürlich: In bestimmten Fächern, technischen Fächern, in den Naturwissenschaften, lassen sich Onlineangebote leichter durchsetzen und leichter wahrnehmen. Trotzdem: Das Arbeiten in den Laboren, in den Werkstätten oder im Windkanal einer Uni gehört dazu. Das bedeutet, dass auch dort Präsenz

erforderlich ist. Das heißt: Zügig in den Normalzustand zurückkehren.

Bei den Erzieherinnen gibt es Befürchtungen bezüglich der Ansteckung durch die Kinder und von den Kindern. Hier muss man sicher genauer hinschauen, wie groß in den nächsten Wochen die Gruppen sein sollen. Aber eine Öffnung ist speziell bei den Waldkindergärten angezeigt. Diese Kinder sind stärker abgehärtet – durch den Aufenthalt im Freien –, und deshalb auch bitte hier zügig in die Normalität zurückkehren.

(Vereinzelt Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Balzer, bitte kommen Sie zum Schluss.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Komme ich. – Wie schon gesagt: Kinder und junge Erwachsene gehören zu den robustesten Gruppen der Gesellschaft und können die Ansteckung am ehesten abfedern. Zeit zum Lernen ist jetzt schon genug verloren gegangen.

Danke fürs Zuhören.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Als Nächster hat Herr Abg. Dr. Kern für die FDP/DVP das Wort.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Niemand bestreitet, dass die Kultusministerin derzeit eine Herkulesaufgabe zu erfüllen hat, und dass sie sich hier hineinkniet, steht außer Frage.

(Vereinzelt Beifall)

Das anerkennt die FDP/DVP-Fraktion auch ganz ausdrücklich.

(Beifall)

Allerdings scheint es bei allem Engagement, als bliebe beim Tagesgeschäft die konzeptionelle Arbeit auf der Strecke. Geschätzte Kollegin Boser, geschätzter Kollege Haser, das war schon eine ziemlich dünne Suppe, die Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall)

Ich hätte mir deutlich mehr Konkretes gewünscht: Wie soll es denn tatsächlich konkret weitergehen? Dabei wäre es gerade in der jetzigen Zeit der Umbrüche und Veränderungen wichtig, über den Tag hinaus zu planen, Verlässlichkeit zu geben und die Erfahrungen der Coronazeit für die strategische Weiterentwicklung unseres Bildungswesens zu nutzen.

Deshalb will ich in dieser Debatte den Blick ganz ausdrücklich nach vorn richten: Welche Lehren für die Bildung können bereits heute aus den bisherigen Erfahrungen gezogen werden? Beim Lernen sind weder die Mitlernenden noch der Lehrer ersetzbar. Welche fundamentale Rolle die soziale Dimension beim Lernen spielt, zeigt sich insbesondere dort, wo Eltern und Familien eben nicht in der Lage sind, einzuspringen und ihre Kinder beim Lernprozess zu unterstützen. Gerade diese Kinder und Jugendlichen sind auf die Rückmeldungen des Lehrers, auf eine Interaktion mit ihm, in besonderer

(Dr. Timm Kern)

Weise angewiesen. Der durch Corona ausgelöste Schub für die Digitalisierung der Bildung hat all diejenigen widerlegt, die glaubten, man könnte das Lernen irgendwann mehr oder weniger vollständig individualisieren und den Lehrer durch einen Lernbegleiter ersetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Zunächst möchte ich deshalb fünf Forderungen vorbringen, die aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion akut und zeitnah umgesetzt werden müssen.

Erstens: Wir brauchen einen Fahrplan für die vor uns liegenden Wochen und Monate. Lehrer, Eltern und Schüler brauchen jetzt Klarheit und Planungssicherheit und deshalb einen Fahrplan, wer wann wieder zur Schule geht, welche Angebote Pflicht und welche freiwillig bzw. zusätzlich sind, wie die Rahmenbedingungen für das weitere Lernen zu Hause sind, welche IT-Ausstattung mit Hard- und Software eingesetzt wird.

Zweitens: Wir brauchen Raum, wir brauchen Räume für Bildung. Erfolgreiches Lernen braucht eine förderliche Lernumgebung. Wir schlagen deshalb vor, in geeigneten derzeit noch geschlossenen Gebäuden zusätzliche Lernräume einzurichten, in denen Schülerinnen und Schüler unter Einhaltung des Abstandsgebots arbeiten können, insbesondere wenn sich die Rückkehr in die Schulen noch länger hinziehen sollte.

Wichtig sind hierbei aus unserer Sicht auch die beruflichen Schulen, von denen viele bereits jetzt ein Problem mit Raumkapazitäten haben. Wir fordern die Kultusministerin deshalb auf, auf die Kommunen zuzugehen und sie zu unterstützen, mit finanziellen Mitteln für das Aufsichtspersonal und die Hygieneausstattung, aber auch direkt mit Schutzmaterialien.

Drittens: Wir brauchen einen Plan zur Öffnung der Kinderbetreuung. Wir brauchen in der Tat einen Plan, wie der Besuch von Kitas, Kindergärten und bei den Tageseltern wieder Normalität wird, und zwar sowohl im Interesse der Eltern, die Beruf und Betreuung vereinbaren müssen, vor allem aber auch im Interesse der Kinder, die mitunter gänzlich auf den Kontakt zu anderen Kindern verzichten müssen, und dies bereits seit über sieben Wochen. Ein vielversprechender Vorschlag, wie Kinderbetreuung unter der Prämisse des Gesundheitsschutzes organisiert werden kann, ist z. B. der des Deutschen Kitaverbands.

Viertens: Wir brauchen ein Konzept für das Aufholen von Versäumtem. Neben zusätzlichen Angeboten in den Ferien wäre der vom Philologenverband vorgeschlagene Freischuss mit der Möglichkeit einer freiwilligen Wiederholung ohne Nachteile durchaus eine Überlegung wert. Eines steht fest: Alle Schülerinnen und Schüler nur ins kommende Schuljahr zu versetzen, ohne ihnen aber eine Perspektive für das Nachholen von Versäumtem zu geben, ist alles andere als ein echter Nachteilsausgleich.

(Beifall)

Fünftens: Wir brauchen dringend mehr Tempo bei der Digitalisierung der Schulen. Wir brauchen eine entschiedene politische Schwerpunktsetzung bei der Digitalisierung der Schulen. Wir brauchen eine Positivliste mit förderfähigen Systeme-

men und Lösungen, die Definition einer digitalen Mindestausstattung für die Schulen und ein Schul-IT-Beratungsangebot für Eltern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, über diese fünf Akutforderungen hinaus sieht die FDP/DVP-Fraktion fünf bildungspolitische Schlussfolgerungen für die Zukunft.

Erstens: Es kommt auf den Lehrer an. Wir müssen daher erhebliche Anstrengungen unternehmen, um die besten Köpfe als Lehrer zu gewinnen, sie aus- und fortzubilden und schließlich auch zu halten. Dafür bedarf es guter Arbeitsbedingungen und Perspektiven, vor allem aber pädagogischer Gestaltungsfreiheit.

Zweitens: Die Coronazeit hat gezeigt: Es ist im Grunde unverzichtbar, die Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Lehrern eng zu leben. Neben kurzen Wegen der Kontaktaufnahme bedarf es darüber hinaus fester Formen des Austauschs, beispielsweise in Form von verbindlichen Eltern-Lehrer-Gesprächen.

Drittens: Wir wollen möglichst viele Wahlfreiheiten im Bildungsangebot schaffen, um den unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden. Zwischen gebundenen und offenen Angeboten beim Ganztags wählen zu können gehört für uns ebenso dazu wie der Erhalt der Haupt- und der Realschulen, die Vielfalt der beruflichen Schulen, der sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren, die Stärkung der Realschulen und eine Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 sowie die Möglichkeit, eine Schule in freier Trägerschaft besuchen zu können. Wir von der FDP/DVP fordern insbesondere die Grünen auf, in dieser Situation in sich zu gehen und ihre Blockade gegen eine G-8/G-9-Wahlfreiheit aufzugeben, die neben der FDP/DVP auch von CDU und SPD mittlerweile befürwortet wird.

(Beifall)

Viertens: Die Digitalisierung der Schulen muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen werden: Bund, Länder und Gemeinden sind deshalb aufgefordert, einen Digitalpakt 2.0 zu vereinbaren und auch längerfristig die Finanzierung der digitalen Infrastruktur, die Ausstattung von Schulen, Lehrern und Schülern mit Hard- und Software und die Wartung und Aktualisierung der Systeme sicherzustellen. Ausreichende Lehreraus- und -fortbildungsangebote im Bereich der digitalen Bildung müssen vorhanden sein und die Kürzungen selbstverständlich wieder zurückgenommen werden. Das Fach Informatik mit den Inhalten weit über die Informationstechnik hinaus ist an allen weiterführenden Schulen mindestens als Wahlpflichtfach einzurichten. Gleichzeitig brauchen wir eine möglichst früh einsetzende Medienbildung.

(Beifall)

Schließlich gilt es – fünftens –, die Eigenverantwortung der Schulen zu stärken. Die einzelnen Schulen sind bereits jetzt die zentralen Einheiten der Innovations- und Veränderungsprozesse. Sie – gerade deren Schulleiter – müssen mehr Personalverantwortung erhalten und über ein verlässliches Budget sowie über inhaltliche Gestaltungsmöglichkeiten verfügen.

(Dr. Timm Kern)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit des Lernens zu Hause während der Coronakrise hat Veränderungspotenzial freigesetzt. Dieses Veränderungspotenzial gilt es nach unserer Überzeugung für die Entwicklung eines Bildungsangebots zu nutzen, das jedem jungen Menschen die Chance auf bestmögliche Entfaltung eröffnet. Mehr Freiheit bedeutet dabei stets auch mehr Verantwortung. Das gilt für den Einzelnen wie auch für den Staat, der den verbindlichen Rahmen für das Bildungswesen setzt.

Deshalb hat der Staat die besondere Verpflichtung, für die besten Bedingungen für die Bildung der jungen Menschen zu sorgen; auch daran erinnern uns die großen Herausforderungen während dieser schwierigen Zeit.

Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Anschließend hat das Wort für die Landesregierung Frau Ministerin Dr. Susanne Eisenmann.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir alle haben uns nicht vorstellen können, dass wir überhaupt eine solche Zeit erleben und solche Diskussionen führen müssen. Wir haben uns nicht vorstellen können, dass wir – seit nunmehr Mitte März – Kitas und Schulen würden schließen müssen. Wer das einmal in seiner Vorstellung präsent hatte – und zwar nicht als Szene eines drittklassigen Endzeitfilms – – In meiner Planung und in der Planung meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kultusministerium hat ein solches Szenario niemals eine Rolle gespielt. Deshalb ist das natürlich eine Situation, die für alle völlig neu ist und die auch nicht planbar war. Sicherlich kann man sich vieles wünschen, was man jetzt dringend brauchen könnte.

Zunächst einmal möchte ich all denen danken, die all dies mit einem Sprung ins eiskalte Wasser bewerkstelligen mussten: Lehrerinnen und Lehrer, Rektorinnen und Rektoren, Erzieherinnen und Erzieher, auch die Eltern – und übrigens auch die Kinder, die Schülerinnen und Schüler. Dies gilt aber auch für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und zwar auch diejenigen in der Kommunalverwaltung und vielen anderen Verwaltungen, die unglaublich viel arbeiten müssen. Das sind Arbeiten, die zeitaufwendig sind und Präsenz erfordern. Bei ihnen allen möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

Die Zeiten sind nicht einfach, aber dass wir all das gemeinsam bewerkstelligen – mit allen Höhen und Tiefen und auch bei allen Schwierigkeiten, die es zugegebenermaßen gibt –, das nötigt mir großen Respekt ab. Meinen herzlichen Dank an all die, die vorndran arbeiten, die präsent sind. Das alles ist keine Selbstverständlichkeit.

(Beifall)

Dass die Situation ungewöhnlich ist, wissen wir. Dass diese ungewöhnliche Situation aber nach wie vor anhält, das bitte ich Sie alle – vor allem Sie, die Sie politische Verantwortung tragen –, in der Kommunikation nicht unberücksichtigt zu lassen. Ich meine nun gar nicht die laufende Diskussion; wir spüren aber, glaube ich, alle, dass beispielsweise die E-Mails, die

uns erreichen, die SMS-Botschaften, die Gespräche „grund-aggressiver“ werden.

Ich verstehe das auch. Raimund Haser hat es nicht nur als Abgeordneter, sondern auch als Papa gesagt: „Jetzt reicht es irgendwann.“ Das hört man. Ich höre das auch im eigenen Umfeld. Auch Sie kennen sicherlich den Cartoon im Netz – auch wenn nicht alles wirklich witzig ist, was im Netz steht; dies fand ich aber doch lustig –: Eltern sagen auf einmal: „Und ich dachte immer, es liegt am Lehrer!“

(Vereinzelt Heiterkeit)

Dies merken Eltern sicherlich hin und wieder beim Umgang mit dem eigenen Kind – Eltern, die beim Schulpensum unterschiedlicher Klassenstufen helfen müssen, die Kinder betreuen müssen, während sie daheim doch im Homeoffice arbeiten sollen und zusätzlich noch andere Belastungen haben. Das ist eine große Herausforderung, und ich verstehe, dass nun eine gewisse Ungeduld einsetzt, eine gewisse Genervtheit. Das kann man überhaupt niemandem vorwerfen.

Ich würde mir allerdings manchmal eines wünschen: Wenn ich zum Teil sehe, dass meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wochenends und abends an Hotlines sitzen – in meinem Gehalt ist dies inbegriffen –, wirklich beschimpft werden, als ob sie etwas dafür könnten – das gilt auch für andere; ich weiß es nicht, aber im Sozialministerium, Manne Lucha, wird es nicht viel anders sein –, muss ich schon sagen: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein bisschen mehr Höflichkeit, ein bisschen Stil und ein bisschen mehr Klasse. Vor allem beim Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung wünsche ich mir das; die können genauso wenig dafür wie wir alle hier.

(Beifall)

Deshalb bitte ich, dass wir argumentieren und deutlich machen, dass wir uns wünschen – – Ich habe das die Tage gehört; deshalb zitiere ich es gern: „Das kann jetzt weg!“ – also das Corona. Ich räume offen ein: Das sehe ich übrigens genauso. Das kann wirklich weg. Ich halte es maximal für überflüssig.

Das Problem ist: Es ist aber nicht weg. Es geht auch nicht weg, indem wir nur sagen: „Es kann weg“, sondern es geht dann weg, wenn wir Bürgerinnen und Bürger dieses Landes eigenverantwortlich und diszipliniert dafür Sorge tragen, dass dieses Virus eingedämmt bleibt, weiter eingedämmt wird, dass wir die schützen, die gefährdet sind, die besonders gefährdet sind. Deshalb haben wir es auch selbst in der Hand. Aber es ist halt nicht weg.

Solange klar ist, dass wir uns an Abstandsregeln halten müssen, dass wir uns an Hygieneregeln halten müssen, wird kein Normalbetrieb, kein regulärer, vollständiger Betrieb in Schulen oder Kitas möglich sein. Es schließt einander aus. Deshalb: Solange es Abstandsregeln für ganz Deutschland oder auch für Baden-Württemberg gibt, werden wir mit gesonderten Konzepten reagieren müssen, auch wenn sich Eltern, Kinder, Schülerinnen und Schüler gern etwas anderes wünschen. Für diesen Wunsch habe ich Verständnis, aber die Realität lässt nun einmal noch nicht alles zu.

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

Um die Frage zu beantworten, wann es „normal“ – in Anführungszeichen – weitergeht: Dann, wenn wir uns an keine Abstandsregeln mehr halten müssen. Das kann man als Größenordnung sagen. Das befriedigt nicht den Wunsch dessen, was die Leute hören wollen, weil sie gern ein Datum hätten: 20. Mai, 31. Mai, 15. Juli. Auch das verstehe ich. Genau in dem Moment, in dem wir keine Abstandsregeln mehr einhalten müssen, können wir wieder stärker öffnen und können wir in einen Betrieb, wie wir ihn vor Corona kannten, zurückkehren. Wann das sein wird, weiß ich nicht. Ich glaube, es wird auch schwierig, denjenigen zu finden, der Ihnen dies verbindlich und zuverlässig sagen kann.

Aber ich halte es, wie es viele meiner Vorrednerinnen und Vorredner sagten, für richtig, dass wir eine Perspektive brauchen – übrigens für alle politischen Themenfelder –, dass wir sagen: Wenn Corona weiter eingedämmt bleibt, wenn es uns gemeinsam gelingt, dieses Virus im Griff zu halten, dann muss in den nächsten Schritten erstens, zweitens, drittens, viertens kommen.

(Zuruf)

Diese Perspektive ist politisch notwendig,

(Beifall – Zuruf: Sehr gut! – Weitere Zurufe)

diese Perspektive bieten wir auch. – Ganz ruhig. Ganz entspannt.

(Zuruf: Fangen wir mit Erstens an!)

– Ja, wir fangen mit Erstens an. – Erstens fängt es einmal damit an, dass Herr Stoch meinte, ich hätte überhaupt keine Konzepte in der Schublade. Das stimmt, ja.

(Zuruf)

Ich habe, Herr Stoch, wirklich alle Schubladen im Kultusministerium aufgemacht und hineingeschaut – ganz lange hineingeschaut.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall – Zurufe – Unruhe)

Das habe ich übrigens schon 2016 gemacht, als der Vorwurf kam, was mir alles an Konzepten fehlt.

(Zurufe, u. a. des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Ich hätte mich, liebe SPD, sehr gefreut,

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

dass fünf Jahre Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten dazu geführt hätten, dass es für irgendetwas auch nur irgendein Konzept gegeben hätte.

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall – Zurufe, u. a.: Oijoi-joi! – Ja, ja! – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Was die Perspektive angeht – – Getroffene Hunde bellen.

(Unruhe)

Herr Fulst-Blei, es ist immer leichter,

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

in der Opposition zu kritisieren, wenn man nicht selbst fünf Jahre – –

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie sind seit vier Jahren Kultusministerin! Was haben Sie denn gemacht? Sie haben „ella“ an die Wand gefahren! – Oh-Rufe – Weitere Zurufe)

– Herr Fulst-Blei – –

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie können doch jetzt nicht auf 2016 verweisen! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fulst-Blei, möchten Sie eine Zwischenfrage stellen? Dann würde ich fragen, ob wir das zulassen können.

(Zurufe)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Nein, Herr Fulst-Blei braucht keine Zwischenfrage zu stellen, Frau Präsidentin, ich kenne seine Frage.

(Unruhe)

Sie ist kontinuierlich die gleiche. Deshalb traue ich mir Frage und Antwort zu. Es geht darum: Wenn beispielsweise das Thema Digitalisierung angesprochen wurde – – Ich weiß nicht, was zwischen 2012 und 2016 daran gehindert hat, in Baden-Württemberg das schnelle Internet weiter auszubauen. Wir haben übrigens Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, die nicht erreichbar sind. Mir ist es jetzt nicht ganz klar, aber eines weiß ich sicher: Die SPD war mit in der Regierung. Deshalb ist es natürlich wichtig, zu sagen, was in den fünf Jahren passiert, wenn Sie auf die Themen zurückgreifen, an denen es jetzt fehlt. Das Thema ist nicht so ganz einfach zu beantworten.

(Zurufe)

Das Thema Perspektive – –

(Zurufe – Gegenruf: Die Ministerin redet!)

Ich kann auch der SPD gern – – Ja, selbstverständlich.

(Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Also möchten Sie jetzt doch ganz regulär eine Zwischenfrage stellen, oder können wir jetzt mit den Zwischenrufen aufhören?

(Zurufe)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Ich habe Zeit.

Beim Thema Perspektiven geht es darum: Ausgehend von der Grundlage, dass wir weiter Abstandsregeln haben, gehört es zur Ehrlichkeit, auch darauf hinzuweisen, dass – ich sagte es eben – Normalität auf dieser Basis noch lange nicht kommen kann, wenn wir maximal 50 % der Kinder in den Einrichtungen oder in den Schulen haben können.

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

Deshalb werden wir in Abstimmung mit den Kultusministern, und zwar egal, welcher Couleur – Die derzeitige Präsidentin der Kultusministerkonferenz ist Frau Kollegin Hubig von der SPD aus Rheinland-Pfalz, die den genau gleichen Weg gehen wie wir. In Rheinland-Pfalz ist die SPD vielleicht nicht ganz so aufgeregt wie hier. Aber klar ist, dass wir mit den Stufen nach der Schließung Mitte März begonnen haben. Wir haben die Notbetreuung von vornherein angeboten. Wir haben seit 27. April eine erweiterte Notbetreuung, die auch nachgefragt wird. Aber ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir noch vor den Pfingstferien, was das Thema KITAS angeht – Frau Boser, Sie haben auf die Öffnung der Spielplätze hingewiesen, was, glaube ich, ein wichtiges Signal ist –, von der erweiterten Notbetreuung in eine eingeschränkte Regelbetreuung kommen, allerdings immer analog so, wie es die Träger auch leisten können.

Wir haben im Bereich der Erzieherinnen und der Erzieher, der Lehrerinnen und der Lehrer – auch das gehört zur Wahrheit – viele, die in der Risikogruppe sind. Wir haben die Aufgabe, diese zu schützen, und das tun wir auch. Deshalb haben wir natürlich auch nicht alle, die momentan arbeiten können, in der Präsenz und in der direkten Betreuung, sondern sie arbeiten von zu Hause aus, was als Lehrerin, als Lehrer geht, aber im Erzieherbereich nicht in gleicher Weise. Auch darauf müssen wir Rücksicht nehmen. Wir können also nicht alle zeitgleich betreuen, zum einen ausgehend von Abstandsregeln und zum Zweiten ausgehend davon, dass wir gar nicht ausreichend Personal haben, da viele zur Risikogruppe gehören.

Aber wir wollen ab Mitte Mai zu einer eingeschränkten Regelbetreuung kommen mit der Zielsetzung, dass 50 % der Kinder in einem rollierenden System in der Einrichtung sein können, sofern die Träger – die kommunalen und die freien Träger – dies leisten können. Das ist kein Vorwurf, sondern das müssen wir eng abstimmen, weil, wie gesagt, über 40 % – so die Rückmeldung der Träger – der Erzieherinnen und Erzieher nicht zur Verfügung stehen, weil sie als Angehörige der Risikogruppe nicht arbeiten können. Deshalb passen wir das an. Aber ich glaube, das ist ein wichtiger Schritt, den wir als Nächstes tun werden.

Was die Schulen angeht, haben wir in Abstimmung mit der Kultusministerkonferenz – heute auch als Vorlage zur Ministerpräsidentenkonferenz – folgende Schritte festgelegt: Wir beginnen am 4. Mai – dies ist auch erfolgt – an allen weiterführenden Schulen mit denen, die Prüfungen haben oder im kommenden Jahr Prüfungen haben. Ich möchte mich ausdrücklich bei den Schulen bedanken, die es in guter und grundlegender Vorbereitung hinbekommen haben, dass dies auch gut funktioniert, dass man auch gemeinsam jetzt Präsenzunterricht hat, um denjenigen helfen zu können, die Prüfungen haben, und denen auch den direkten Kontakt zur Lehrerin, zum Lehrer zu ermöglichen.

Zeitgleich haben wir seit 4. Mai kleine Lerngruppen in allen Schularten – auch das haben wir mehrfach kommuniziert – für Schülerinnen und Schüler, die wir mit digitalem Lernen nicht erreichen, wo die Lehrer sagen: „Da müssen wir uns darum kümmern, dass der Bub oder das Mädels uns nicht ganz abhandenkommen.“ Das heißt, diejenigen, die sich schwertun mit diesem Lernen, bei denen wir Angst haben, dass sie uns abhandenkommen, sind auch seit 4. Mai in allen Schularten

in Lerngruppen an den Schulen, und die Lehrerinnen und Lehrer können hier auch Druck ausüben. Das ist kein freiwilliges Angebot, sondern es muss gemacht werden, wenn die Lehrerin oder der Lehrer den Eindruck haben, hier muss man Schülerinnen und Schülern helfen.

(Beifall)

Auch hier gilt –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Ministerin, Herr Abg. Dr. Fulst-Blei möchte jetzt eine Zwischenfrage stellen.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Seien Sie mir nicht böse, aber ich habe vorher lange genug zugehört. Jetzt möchte ich meine Ausführungen machen. Sie sind ja daran interessiert, wie es weitergeht.

(Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt ist es aber gut.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Ab 18. Mai werden wir die Viertklässlerinnen und Viertklässler wieder in die Schulen lassen. Das heißt, in der zweiten Stufe wollen wir ab dem 18. Mai so, wie mit der Kultusministerkonferenz auch abgestimmt – die Länder gehen diesen Weg ja gemeinsam –, zum einen die Abschlussklassen und zum anderen die Viertklässler wieder in die Schulen lassen.

Nach den Pfingstferien – das ist Mitte Juni – werden wir wie alle anderen Bundesländer auch – auch darüber haben sich die Kultusministerinnen und Kultusminister der Länder bereits seit Längerem verständigt; das ist ja auch bekannt – in einem rollierenden System jedem Schüler, jeder Schülerin jeder Schulart und jeder Jahrgangsstufe ermöglichen, wieder Präsenzunterricht zu haben.

Was heißt das? Auch hier gilt die Abstandsregel: maximal 50 % der Schülerinnen und Schüler, mehr geht nicht. Übrigens wird das unterstützt durch die Tatsache, dass ich – ich sagte es eben – aufgrund von Risikoanweisungen auch nicht mehr Lehrerinnen und Lehrer habe. Die Klassen sind kleiner, man muss auseinandersetzen. Dafür brauche ich mehr Lehrerinnen und Lehrer. Deshalb können aber eben nicht alle zeitgleich in der Schule sein. Deshalb wird das rollierende System heißen, dass beispielsweise die Klassen 5 und 6 in der einen Woche, die Klassen 7 und 8 in der anderen Woche Präsenzunterricht haben und wir in eine Mischung aus Präsenz- und Fernunterricht eintreten.

Das ist auch keine Alleinentscheidung Baden-Württembergs, sondern eine Entscheidung, die die Kultusminister gemeinsam lange diskutiert haben, auch unter Hinzuziehung von Fachleuten. Das ist ein Vorgehen, das in Deutschland abgestimmt ist. Das ist auch richtig. Es kommt immer die Kritik, es würde jeder machen, was er will. Das stimmt nicht. Wir machen es vielleicht zeitlich versetzt, weil die Länder unterschiedliche Ferien haben und auch die Schuljahre unterschiedlich lang sind. Baden-Württemberg hat jetzt späte Sommerferien, andere beginnen mit den Sommerferien schon deutlich früher. Aber das inhaltliche Vorgehen ist sehr wohl abgestimmt.

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

Deshalb beginnen wir nach den Pfingstferien – das sind dann sechs Wochen – damit, dass dann jeder Schüler, jede Schülerin innerhalb dieser sechs Wochen in der Größenordnung von zwei Wochen Präsenzunterricht hat und es dann eine Kombination von Präsenz- und Fernunterricht gibt, wo Erlerntes eingeübt werden kann, wo Schülerinnen und Schüler begleitet werden können und wo wir natürlich auch das Thema „Digitales Lernen“ intensivieren und verbessern können.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Ministerin, Frau Abg. Wölfle möchte eine Zwischenfrage stellen.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Nein, jetzt nicht, danke. – Deshalb werden wir auch die Frage, was die Gewichtung angeht – dazu haben wir uns ja schon geäußert – betrachten.

(Zuruf)

Es geht darum, dass wir uns auf Prüfungsinhalte – das ist jetzt der Fall – und danach auf die wirklichen inhaltlichen Schwerpunkte konzentrieren, in den Grundschulen beispielsweise Deutsch, Mathe und Sachkunde. Es geht nicht darum, Prüfungen schlechterdings nachzuholen. Es geht nicht darum, jedes Fach zu unterrichten, weil es auch kein Unterricht im normalen Sinn ist. Grundschülerinnen und Grundschüler werden in dieser Phase vielleicht zwei, drei Stunden in der Schule anwesend sein, mit unterschiedlichen Pausen, mit unterschiedlichem Unterrichtsbeginn.

Es geht nicht darum, irgendetwas anders zu machen als sonst, sondern es geht darum, darauf zu reagieren, dass wir durch Corona besondere Bedingungen haben, auf die wir Rücksicht nehmen müssen. Die schreiben Normalität und Realität nun mal so vor, wie wir sie momentan vorfinden.

Vor diesem Hintergrund werden wir diese Angebote machen, sowohl in der Kita – ich sprach von einer eingeschränkten Regelbetreuung – als auch rollierenden Unterricht – die Viertklässler bis zu den Pfingstferien ab 18. Mai und darüber hinaus nach den Pfingstferien über sechs Wochen alle Schülerinnen und Schüler in einem rollierenden System. Wir machen Vorschläge für die Schulen. Die Schulen können dies aber durchaus individualisiert umsetzen. Aber klar ist: Es wird eine Mischung von Präsenz- und Fernunterricht und digitalem Unterricht sein.

Wir werden natürlich auch im kommenden Schuljahr darauf Rücksicht nehmen, dass dieses Schulhalbjahr nicht dem entsprechen hat, was wir uns gewünscht hätten oder was natürlich grundsätzlich auch vorgesehen war.

In den Sommerferien werden wir ergänzend dazu – daran arbeiten wir momentan – ein Konzept vorlegen, wie Schülerinnen und Schüler in einer Form von freiwilliger – in Führungszeichen – „Nachhilfe“ dort, wo sie das Gefühl haben, sie müssen nachlernen, sie fühlen sich nicht sicher genug, ein Angebot haben werden, das wir selbstverständlich finanzieren. An diesem Konzept arbeiten wir, sodass wir auch denen helfen können, bei denen wir Sorge haben müssen, dass sie uns abhandengekommen sind und mit dieser Art des Lernens nicht weiterkommen.

Damit es fair zugeht, gibt es auch kein Sitzenbleiben. Damit es fair zugeht, wird es auch so sein, dass wir uns die Prüfun-

gen natürlich, wie alle Bundesländer, angeschaut haben, dass sich die Schülerinnen und Schüler darauf verlassen können: Wir reagieren auf diese schwierige Situation, wir nehmen auf ihre individuelle Situation durch vielfältige Entscheidungen Rücksicht. Wir gehen gemeinsam auf Bundesebene vor, treffen aber für Baden-Württemberg die Entscheidungen, die anstehen. Die habe ich Ihnen eben vorgestellt.

Das sind die nächsten Schritte für den Bereich der Schulen, für den Bereich der Lehrer, für den Bereich der Eltern. Ich würde mir wünschen, wir könnten den Hebel wieder von null auf hundert umlegen. Das geht aber leider nicht. Aber ich glaube, das ist ein angemessenes und kluges Vorgehen, das die Kinder und die jungen Menschen auch im Blick hat.

Vielen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, es liegen jetzt keine Wortmeldungen mehr vor. Wir haben Punkt 3 der Tagesordnung erledigt und gehen jetzt –

(Abg. Andreas Stoch SPD meldet sich.)

– Ja, bitte, Herr Abg. Stoch.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ich möchte vor dem Eintritt in die Mittagspause noch einen Geschäftsordnungsantrag stellen!)

Also dann haben wir jetzt Punkt 3 der Tagesordnung abgehandelt, und nun kommt etwas anderes. Gut.

Sie haben das Wort.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Wir haben letzte Woche, am Mittwoch, hier im Landtag über die aktuelle Situation angesichts der Coronakrise und in diesem Zusammenhang auch über die Rolle des Parlaments gesprochen. Wir können heute einer Einladung des Staatsministeriums entnehmen, dass für etwa 15 Uhr, nämlich nach Abschluss der Videokonferenz der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin, eine Pressekonferenz des Ministerpräsidenten geplant ist.

Ich würde nicht auf die Idee kommen, das hier anzusprechen, wenn diese Konferenz in Berlin stattfinden würde. Aber diese Konferenz findet nicht in Berlin statt, sondern ist eine Videokonferenz. Deswegen wird es so sein, dass der Ministerpräsident nachher wahrscheinlich vom Staatsministerium aus diese Verhandlungen führt.

Ich halte es angesichts unserer Diskussion in der vergangenen Woche und auch der Zusagen des Ministerpräsidenten, was die Bedeutung des Parlaments in dieser schwierigen Situation angeht, für äußerst angemessen, wenn wir heute Mittag nach Abschluss der Videokonferenz hier im Parlament, als Landtag von Baden-Württemberg die neuesten Entwicklungen präsentiert bekommen.

(Anhaltender Beifall)

Ich glaube, der Respekt vor dem Landtag, der Respekt vor dem Parlament gebietet es, dass wir diejenigen sind, die aus dem Mund des Ministerpräsidenten hören, was als Ergebnis

(Andreas Stoch)

der Verhandlungen der Ministerpräsidenten heute erarbeitet wird, und wir nicht über die Presse erfahren müssen, was für das Land Baden-Württemberg wichtig ist.

(Beifall)

Das Parlament ist der richtige Ort, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Deswegen stelle ich hiermit den Antrag, dass der Ministerpräsident heute hier im Parlament Rede und Antwort steht und eben nicht in einer Pressekonferenz. Der erste Ort, an dem dies vollzogen wird, ist der Landtag von Baden-Württemberg. Diesen Antrag stelle ich und bitte Sie um Unterstützung.

(Anhaltender Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Schwarz, Sie haben das Wort gewünscht; Herr Abg. Dr. Rülke dann auch.

(Zurufe)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Ministerpräsidenten ist es immer ein wichtiges Anliegen gewesen und ist es weiterhin ein wichtiges Anliegen –

(Zurufe, u. a.: „Gewesen“!)

– Halt, halt!

(Anhaltende Zurufe)

– Hören Sie einmal zu!

Dem Ministerpräsidenten ist es immer ein wichtiges Anliegen gewesen und ist es weiterhin ein wichtiges Anliegen, das Parlament jederzeit und immer wieder aus erster Hand zu informieren. Der Ministerpräsident hat daher letzte Woche angekündigt, das Parlament,

(Zurufe)

was weitere Rechtsverordnungen angeht, einzubeziehen.

(Zurufe)

Er hat angekündigt, dass er das Parlament in den weiteren Gang der Dinge einbeziehen wird. Der Ministerpräsident wird heute Nachmittag selbstverständlich die Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg hier im Haus unmittelbar informieren. Es ist doch völlig klar,

(Zurufe)

dass der Ministerpräsident die Abgeordneten des Landtags – die erste Gewalt – informieren wird. Das ist völlig klar.

Ich bitte darum,

(Zurufe – Unruhe)

dass wir da ein geeignetes Verfahren finden, um den Bericht des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung zu setzen.

(Unruhe)

– Ich sage es nochmals: Dem Ministerpräsidenten ist es ein wichtiges Anliegen, den Landtag unmittelbar zu informieren. Ich schlage vor, dass wir heute Nachmittag dafür ein Zeitfenster reservieren,

(Zurufe – Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

damit der Ministerpräsident hier die Abgeordneten informieren kann, und dass es danach eine Aussprache dazu gibt. Ich finde, es ist das richtige Vorgehen, die Diskussionen hier im Landtag zu führen. Deswegen schlage ich vor, das heute Nachmittag zu tun.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Wir fassen gleich die verschiedenen Anträge zusammen. – Noch ein Geschäftsordnungsantrag, Frau Abg. Razavi? Ich hatte jetzt noch zwei Wortmeldungen, Frau Abg. Razavi, von Herrn Abg. Dr. Rülke und Herrn Abg. Dr. Reinhart. Sollen wir diese vorziehen?

(Zurufe)

Herr Abg. Dr. Rülke, bitte.

(Zurufe – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Ich bitte um Aufmerksamkeit. – Herr Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Einen Satz des Kollegen Schwarz kann man unterstreichen: Dem Ministerpräsidenten ist es ein Anliegen **g e w e s e n**, den Landtag immer zu unterrichten.

(Beifall – Zurufe, u. a.: „Gewesen“!)

Denn offensichtlich ist das ja nicht mehr der Fall.

(Zuruf: Ja!)

Respekt, dass Sie jetzt mit einer gewissen Geistesgegenwart versucht haben, die Situation zu retten.

(Heiterkeit)

Wir haben aber zu Beginn der heutigen Plenardebatte – ich bitte, da das Protokoll zu prüfen – von der Landtagspräsidentin gesagt bekommen, der Ministerpräsident entschuldige sich für den gesamten Tag hier für diese Sitzung.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Genau! – So ist es!)

Herr Kollege Schwarz, vor diesem Hintergrund muss man sich schon die Frage stellen: Für wie dumm halten Sie eigentlich dieses Parlament?

(Beifall – Zurufe, u. a.: Genau!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Rülke, wir haben einen Antrag zur Geschäftsordnung und einen „halben“ zweiten von Herrn –

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir haben eine Diskussion zur Geschäftsordnung, Frau Präsidentin. Da sind wir gerade dabei.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gut. Dann fassen Sie sich bitte kurz. Für diese Fälle gilt eine Redezeit von einer Minute.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja.

(Zuruf: Wann kommt der Ministerpräsident? – Weitere Zurufe)

Im Übrigen, Herr Kollege Schwarz, brauchen wir keine Redezeit und kein Format für einen Auftritt des Ministerpräsidenten hier vorzusehen.

(Zurufe)

Der Ministerpräsident hat jederzeit die Gelegenheit, die Sitzung des Parlaments zu besuchen, und nach der Geschäftsordnung auch jederzeit die Möglichkeit, das Wort zu ergreifen.

(Beifall – Zurufe)

Wir hätten also gern gewusst, ob das so vorgesehen ist. Offensichtlich nicht.

Eine weitere Frage, die noch zu klären wäre, ist: Wenn der Ministerpräsident vorhat, das Parlament zu informieren, wie-so verkündet er dann über die Presse, heute Nachmittag eine Pressekonferenz einzuberufen?

Letzte Frage – jetzt haben wir 14 Uhr; die Pressekonferenz soll um 15 Uhr stattfinden –: Wann will er denn in der Zwischenzeit das Parlament informieren, meine Damen und Herren?

(Vereinzelt Beifall – Zurufe, u. a.: Ja!)

Es ist hier offensichtlich Ihr Ansinnen, das Parlament hinters Licht zu führen, meine Damen und Herren, und das geht in dieser Krise nicht.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Als Nächster hat Herr Abg. Professor Dr. Reinhart für die CDU das Wort.

(Zurufe – Unruhe)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf: Eine Minute, Herr Reinhart! – Weitere Zurufe)

Zu dem Geschäftsordnungsantrag möchte ich den ergänzenden Antrag stellen, dass wir die Regierung einschließlich des Ministerpräsidenten bitten, dass die Sitzung hier um 15 Uhr fortgesetzt wird und dass der Ministerpräsident hier seine Erklärung abgibt. Dann ist im Grunde genommen ein Win-win-Prinzip gefunden. Denn ich bin der Meinung, wir sollten hier alle die Hoheit des Hohen Hauses, des Parlaments, unterstreichen. Ich bin auch sicher, dass die Planungen ursprünglich anders waren.

(Lachen – Zurufe)

Ich bin davon ausgegangen, dass der Ministerpräsident möglicherweise in Berlin vor Ort ist. Aber die Regierung wird anwesend sein. Dazu gehört auch der Ministerpräsident als Regierungschef.

Wir haben immer betont, dass uns die Hoheit der ersten Gewalt wichtig ist, auch in solch einer Ausnahmezeit. Deshalb halte ich es für eine Selbstverständlichkeit, dass wir alle übereinstimmend den Antrag unterstützen, dass uns um 15 Uhr hier die Regierung einschließlich des Ministerpräsidenten informiert. Ich glaube, dann haben wir keinen Dissens in diesem Parlament.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abg. Razavi, halten Sie Ihre Wortmeldung aufrecht?

(Zuruf: Nein!)

Frau Staatsministerin Schopper, wollen wir Herrn Abg. Gögel vorziehen? Rein chronologisch waren die Wortmeldungen anders, aber es macht vielleicht Sinn, die Parlamentarier zuerst dranzunehmen.

(Zurufe)

Herr Abg. Gögel für die AfD-Fraktion, bitte.

(Zurufe – Unruhe)

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal bedaure ich sehr, dass nicht die AfD-Fraktion danach gefragt hat, wo der Ministerpräsident heute steckt. Das ist bedauerlich. Ich beglückwünsche den Kollegen Stoch zu diesem Antrag.

Auf der anderen Seite ist dann die Freude darüber auch schon wieder vorbei. Denn es ist, wie die Vorredner schon gesagt haben, ein Skandal, dass nicht einmal die Regierungsfractionen wissen, wo sich der Regierungschef heute aufhält.

(Zurufe)

Er hat sich eigentlich für den ganzen Tag hier aus dem Parlament abgemeldet. Das würden wir als Hintergehen des Parlaments bezeichnen.

(Beifall – Zurufe)

Denn wenn man sich in unmittelbarer Nähe befindet und innerhalb von fünf Minuten hier im Parlament sein kann, dann muss man sich nicht für den ganzen Tag aus dem Parlament abmelden.

Wir bedauern bzw. Sie müssten es eigentlich bedauern, dass Sie heute Morgen die Beschränkung der Redezeit für solche Gelegenheiten auf 60 Sekunden wunderbar abgenickt haben.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ja, und die ist jetzt vorbei.

Abg. Bernd Gögel AfD: Ich habe sie jetzt auch schon um fünf Sekunden überschritten.

(Zurufe)

(Bernd Gögel)

Aber von solchen Debatten würde das Parlament leben, es würde der Demokratie guttun.

(Beifall)

Denken Sie noch einmal darüber nach, ob die Entscheidung von heute Morgen die richtige war.

(Beifall – Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Staatsministerin Schopper hat sich zu Wort gemeldet.

(Zurufe, u. a.: Zur Geschäftsordnung! Das ist ja etwas ganz Neues!)

– In der Geschäftsordnung wird kein Unterschied gemacht, zu welchem Gegenstand.

(Zurufe, u. a.: Das ist trotzdem etwas Neues!)

– Das gibt es ab und zu einmal, dass es etwas Neues gibt.

(Zurufe, u. a.: Das ist eine klassische Parlamentsdiskussion!)

Frau Staatsministerin Schopper, bitte.

(Zurufe: Das gehört sich nicht! – Weitere Zurufe)

Staatsministerin Theresa Schopper: Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, liebe Frau Präsidentin! Ich wollte, dass die Legendens jetzt nicht noch weiter seltsame Blüten treiben. Der Ministerpräsident hat sich für den ganzen Tag entschuldigt, weil die MPK auf ab 11 Uhr angesetzt ist und man nicht weiß, wie lange sie dauert. Es ist eine Videokonferenz. Nur Ministerpräsident Söder und im Normalfall der Regierende Bürgermeister aus Hamburg Tschentscher als stellvertretender Vorsitzender der MPK sind vor Ort in Berlin. Die anderen sind per Videokonferenz dabei. Die MPK dauert zurzeit noch an. Es ist auch noch kein Ende absehbar.

Es ist so, dass wir eine Pressekonferenz angesetzt haben, aber es ist auch so, dass der Ministerpräsident hierher kommt und über die Ergebnisse berichtet. Ich hatte auch mit der Landtagspräsidentin Kontakt aufgenommen, um mit ihr zu besprechen – –

(Zuruf)

– Nein, das Gespräch hat noch nicht stattgefunden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie hatten es aber vor! – Zuruf: Ah! – Weitere Zurufe)

Es war deutlich vor dieser Debatte, dass ich darum gebeten habe. Daher kann ich Ihnen alle Aufregung nehmen.

(Zurufe)

Der Ministerpräsident wird Sie hier über die Ergebnisse der MPK informieren.

(Zuruf: Vor der Presse? – Weitere Zurufe)

– Vor der Pressekonferenz.

(Beifall – Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Schwarz, halten Sie Ihre Wortmeldung aufrecht? – Es ist noch erforderlich. Also, bitte.

(Zurufe, u. a.: Die Redezeit von einer Minute ist um! – Sie haben keine Redezeit mehr!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage jetzt, dass wir heute Nachmittag den Tagesordnungspunkt „Bericht des Ministerpräsidenten zu den Ergebnissen der Ministerpräsidentenkonferenz“ hier aufnehmen.

(Zurufe)

Das soll gegen 15 Uhr der Fall sein,

(Zurufe)

sodass der Landtag aus erster Hand informiert wird.

(Zurufe, u. a.: Peinlich!)

Diesen Geschäftsordnungsantrag stelle ich hiermit.

(Zurufe – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit! Ich will einmal versuchen, das Ganze zusammenzufassen. Mir liegen drei identische Anträge vor. Der erste ging von der SPD-Fraktion aus. Er wurde durch Herrn Abg. Dr. Reinhart für die CDU-Fraktion konkretisiert und von Herrn Abg. Schwarz für die Fraktion GRÜNE wiederholt.

(Lachen – Vereinzelt Beifall)

Ich muss Sie jetzt trotzdem noch bitten, darüber zu befinden, ob Sie dann so weit von der Tagesordnung abweichen wollen, dass Sie die Regierungsbefragung nach hinten schieben. Wir würden jetzt normalerweise in die reguläre Mittagspause eintreten – vorgesehen ist eine Stunde – und würden die Sitzung nach der Unterbrechung, wie das nach der Geschäftsordnung eigentlich vorgesehen ist, mit der Regierungsbefragung fortsetzen.

Angesichts der gewissen Unsicherheit, die bei den Zeiten doch besteht, schlage ich Ihnen vor, dass wir die Regierungsbefragung durchführen und anschließend den Herrn Ministerpräsidenten hierherbitten. Ich glaube, das ist realistisch, oder?

(Zurufe)

– Noch einmal, bitte. Frau Schopper, kann der Herr Ministerpräsident um 15:15 Uhr hier sein?

(Zurufe)

– Gut. Ich schlage Ihnen vor: Wir treten um 15:15 Uhr in die Regierungsbefragung ein und nehmen dann den Bericht des Ministerpräsidenten, den der Landtag hierhergebeten hat, als Punkt 5 in die Tagesordnung auf.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Unter der Voraussetzung, dass er nicht vorher eine Pressekonferenz gibt! Der Landtag ist der erste Ort! – Weitere Zurufe, u. a.: Wir können doch unterbrechen!)

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

– Gut. Wir unterbrechen dann die Regierungsbefragung, damit es die Möglichkeit gibt, dass der Herr Ministerpräsident das Parlament, den Landtag vor der Presse informiert.

Jetzt würde ich diesen Vorschlag zur Abstimmung stellen. – Müssen Sie noch einen Geschäftsordnungsantrag stellen, Herr Abg. Dr. Rülke? Ich bitte um Aufmerksamkeit.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wäre es nicht klüger, einfach zu beschließen, der Ministerpräsident erhält das Wort, wenn er kommt?

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das ist identisch mit dem, was ich Ihnen gerade vorgeschlagen habe.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein – sie dauert bis 15:15 Uhr – und gehen danach regulär vor, bis sich der Herr Ministerpräsident in der Lage sieht, zu kommen.

(Zurufe – Unruhe)

– Moment jetzt noch einmal!

(Zurufe)

– Was ist denn jetzt schon wieder los?

(Zuruf: Die Anträge muss man doch abstimmen!)

– Ja, ich bin doch gerade dabei.

(Zuruf)

– Wer schreit denn da herum?

(Zuruf: Hier, ich!)

– Dann gehen Sie doch einmal ans Redepult. Ich bin doch gerade dabei, über den Vorschlag abstimmen zu lassen. Wenn Sie jetzt noch einen Augenblick Ruhe bewahren, stelle ich die Frage: Wer stimmt dem so gemeinschaftlich erarbeiteten Vorschlag zu? –

(Heiterkeit – Abg. Andreas Stoch SPD: Unser Antrag, mit Verlaub!)

Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Niemand. Auch wenn es etwas unkonventionell war, wir haben es über die Bühne gebracht.

Mittagspause bis 15:15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 14:13 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 15:17 Uhr)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! Wir setzen unsere Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Als erstes Thema, gemeldet von der CDU-Fraktion, rufe ich auf:

Wir versorgen unser Land

Ich darf für die CDU-Fraktion Herrn Abg. von Eyb das Wort geben.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Frau Präsidentin! Im Zusammenhang mit den Diskussionen rund um das Agrarpaket der Bundesregierung sowie dem Volksbegehren Artenschutz in Baden-Württemberg wurde deutlich, dass die Landwirtschaft mit Blick auf die Themen Tier-, Natur- und Umweltschutz teilweise in ein schlechtes Licht gerückt wurde und dass Landwirtinnen und Landwirte sich und ihre Arbeit nicht mehr wertgeschätzt fühlten. Diesem negativen Eindruck gilt es entgegenzuwirken.

Die am 30. April 2020 gestartete Kampagne „Wir versorgen unser Land“ des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz wurde ins Leben gerufen, um gezielt jene Menschen hervorzuheben, die täglich für unsere vielfältigen Lebensmittel sorgen und damit einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten.

Gerade vor dem Hintergrund der Coronapandemie gewinnt dies noch zusätzlich an Bedeutung, da Fragen der Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln in den Vordergrund rücken.

Fragen: Durch welche Maßnahmen soll die Kampagne dazu beitragen, die Wertschätzung für die Bäuerinnen und Bauern in unserem Land zu erhöhen?

Welche Akteure sind an der Umsetzung der Kampagne beteiligt? Wie können sich diese im Einzelnen einbringen?

Werden alle Bereiche der Landwirtschaft, insbesondere auch konventionell wie ökologisch wirtschaftende Betriebe sowie die Ernährungswirtschaft insgesamt einbezogen?

Wie soll eine mögliche breite Streuung der Initiative erreicht werden? Für diesen Fall habe ich nachher noch eine Zusatzfrage.

Danke schön.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Herr Abg. von Eyb. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort – – Alles klar; wir machen nur langsam, weil das Redepult erst desinfiziert werden sollte.

(Zuruf – Das Redepult wird desinfiziert.)

Daran müssen wir uns noch gewöhnen. Alles gut. – Danach hat für die Landesregierung Herr Minister Hauk das Wort.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch welche Maßnahmen soll die Kampagne dazu beitragen, die Wertschätzung im Land zu erhöhen? So lautete die erste Frage, die Kollege von Eyb in der Regierungsbefragung gestellt hat. Er hat schon in seiner Einleitung zu Recht darauf hingewiesen, dass Corona eine Rolle spielt.

(Unruhe)

– Ich weiß nicht, gibt es – – Ja, ich spreche so wie immer. Ich vermute mal, die Regie wird das dann schon machen.

Also: Corona spielt natürlich eine Rolle, aber der Landtag hat bereits bei den Haushaltsberatungen für das Thema „Regionale Produktion“ und auch für das Thema „Marketing der re-

(Minister Peter Hauk)

gionalen Produktion“ ein Budget in den Haushalt eingestellt. Dieses sieht vor, dass wir nicht nur Imagekampagnen für regionale Produkte machen, sondern auch regionale Produkte darüber bewerben, dass wir die Menschen, die dahinterstehen, näher beleuchten. Das ist die Zielsetzung dieser Kampagne.

Wie schnell das Thema Ernährungssicherheit in den Mittelpunkt gerückt wird, haben wir während Corona erlebt. Deshalb ist es sicher jedem von uns klar, dass wir auch die regionale Landwirtschaft brauchen und dass sie nicht nur die Mittel für unser Leben produziert, sondern auch einen fundamentalen Beitrag zur Versorgungssicherheit leistet.

Mehr Verbraucher achten nun beim Einkauf verstärkt auf regionale Produkte. Viele kaufen wieder direkt auf den Höfen, bei den Bäckern, bei den Metzgern und in den Raiffeisenmärkten ein. Das ist gut, und das soll auch so bleiben. Ich sage mal: Corona hat deshalb auch den Blick der Verbraucher geschärft und auf die Themen „Regionale Produktion“ und „Kurze Wege“ gelenkt. Corona hat den Blick auch dafür geschärft, dass es regional Bäuerinnen und Bauern geben muss, die produzieren, dass die Produktion nicht auf der Bashingseite derer steht, die alles besser wissen und sagen: „Da sind Pestizide im Raum, da sind Brunnenvergifter im Raum, da sind Umweltverschmutzer im Raum“, und dass sich alles bei den Landwirten fokussiert. Es ist auch klar geworden, dass hier Menschen am Werk sind, die die Umwelt, die Landbewirtschaftung und unsere Landschaft erhalten. Ich glaube, es ist auch Sinn dieser Kampagne, diesen ganzheitlichen Ansatz der Lebensmittelproduktion in das Bewusstsein zu rücken.

(Beifall – Zuruf: Sehr gut!)

Auch vonseiten der landwirtschaftlichen Verbände war eine solche Kampagne gefordert. Deshalb setzen wir das nicht allein seitens des Ministeriums, sondern gemeinsam mit der Landwirtschaft um. Von verschiedenen Partnern wurden uns Betriebe vorgeschlagen, die in einem ersten Aufschlag im Mittelpunkt stehen, und zwar stellvertretend für alle 40 500 landwirtschaftlichen Betriebe im Land, seien es Biobetriebe oder konventionell wirtschaftende. Da haben wir keinen Unterschied gemacht. Gemeldet haben sich der Badische Landwirtschaftliche Hauptverband, der Landesbauernverband, „Landschaft Verbindung“, die Bodenseebauern und Maschinenringe, der Genossenschaftsverband Baden-Württemberg, die alle auch unterschiedlich vertreten sind und bei dieser Kampagne mitmachen.

Wir wollen die Kampagne auch nicht so machen, dass wir in den Städten nur Plakatwerbung machen, die dann vier Wochen steht. Wir wollen den Verbraucher vielmehr dort ansprechen, wo er einkauft. Deshalb machen unsere Partner mit. Die sind es, die sich mit engagieren. Ich freue mich, dass das eben nicht nur Produzenten und Hofläden sind, die Genossenschaften, also die Milch- oder Winzergenossenschaften genauso wie die ZGs, die Raiffeisenmärkte und dergleichen mehr, die dann auch alle die Kampagne mitbewerben und dafür Banner und Plakate ordern, die dann auch länger stehen als nur drei, vier, fünf Wochen, sondern über mehrere Monate hinweg. Vielmehr stehen auch die Menschen dafür, dass sie im eigenen Umfeld dafür letztendlich auch Marketing machen.

Alle Informationen sind auf unserer Seite „von-daheim.de“ anzusehen, die wir als Regionalkampagne, als Dach der Re-

gionalkampagne, gestaltet haben. Ab der nächsten Woche werden im ganzen Land die Plakate und Banner der Betriebe mit dem Titel „Wir versorgen unser Land“ aufgehängt.

Ich freue mich aber auch, dass sich das Ernährungsgewerbe beteiligt, nämlich das Ernährungshandwerk, die Bäcker und die Metzger, also die, die verarbeiten. Weil sie wichtige Mittler zwischen der Urproduktion im regionalen Sektor einerseits und dem Kunden andererseits sind, dürfen wir die verarbeitenden Betriebe, die Handwerker – stellvertretend Martin Grath –, einfach nicht vergessen.

(Vereinzelt Beifall)

Denn sie zählen zu dieser originären Regionalkette dazu, und es ist wichtig, dass diese Kette auch sichtbar wird und dass das regionale Handwerk dort einen deutlichen Schwerpunkt hat.

(Beifall)

Ein Schwerpunkt der Kampagne ist natürlich auch die App „VON DAHEIM BW“, die wir deutlich erweitert haben. Mittlerweile sind dort 1 000 Hofläden, 58 Eierläden, 1 016 Bäckereien, 553 Raiffeisenmärkte, 187 REGIONMATEN, 1 060 Metzger und 322 Gastronomen gelistet. Die Verbraucher haben also eine große Auswahl an Regionalität, bei der sie sich bedienen können. Wir alle hoffen, dass dieser Zuspruch für die Landwirtschaft und für die Ernährungswirtschaft auch nach der Krise anhält.

Ich hoffe auch, dass ich im Zuge noch weiterer zu erlassender Coronaverordnungen nicht noch einmal einem Beamten – nicht aus dem Landwirtschaftsministerium, aber aus einem anderen Ministerium – begegnen muss, der mit einem Raiffeisenmarkt nichts anzufangen weiß.

(Zurufe)

Als wir gefordert haben, in die Verordnung aufzunehmen, dass diese Märkte systemwichtig sind, weil sie nicht nur landwirtschaftliches Zubehör, sondern eben auch Nahrungsmittel verkaufen, war das offensichtlich – jedenfalls in den Amtsstuben – nicht überall bekannt. Ich habe dann empfohlen: Ein Ausflug aufs Land erweitert den Horizont.

Welche Akteure – hat Herr Kollege von Eyb gefragt – sind an der Umsetzung beteiligt? Wir sind von unterschiedlichen Seiten angesprochen worden. Ich habe die sechs Akteure, die mit dabei sind, genannt. Viele Landwirte – auch Hofladenbesitzer – kamen auf uns zu, haben die Idee gelobt und machen ebenfalls mit. Die Kampagne steht allen offen. Je mehr mitmachen, je mehr Gesichter hinter den wertvollen Produkten im Land sichtbar werden, umso besser.

Die Plakate sind so gestaltet, dass man die Gesichter auch austauschen kann. Wer sich selbst gern im Konterfei sehen möchte, kann das tun. Das ist überhaupt kein Problem. Ich lade auch jeden Abgeordneten ein, soweit er Versorger ist – der Kollege Grath könnte es auch machen, bei allem Respekt –, sein Konterfei zu nehmen. Das ist alles denkbar und machbar.

Das Wichtige ist, dass die Menschen einen regionalen Bezug haben und jemand dahintersteht, den man kennt. Ich denke an eine dieser Versicherungen, die es, glaube ich, nicht mehr gibt,

(Minister Peter Hauk)

mit dem Herrn Kaiser. Das ist mir aus der Kindheit noch in Erinnerung geblieben: Der Herr Kaiser war für mich immer so ein Inbegriff eines seriösen Menschen, dem man vertraut. Als Kind wusste ich ja nicht, dass er ein Werbemann ist. Aber da hatte man Zutrauen. Zu den Menschen, die hinter den Plakaten stehen, hat man auch Zutrauen, weil sie aus den Regionen stammen, weil man ihnen abnimmt, dass das, was sie tun, authentisch ist. Ich glaube, das ist ganz entscheidend.

Bei der Kampagne geht es auch nicht nur um Anbauarten, es geht nicht um bio oder konventionell; diese Diskussion führen wir dabei nicht. Wir zeigen dem Verbraucher, dass hinter jedem Produkt, egal, wie es angebaut oder produziert wird, hinter jedem Tierhalter ein Mensch und zum Glück meist eine Familie stehen, die ihre Arbeit mit Herzblut und Respekt vor der Natur und vor dem Verbraucher und vor allem für die Verbraucher machen. Es sind Biolandwirte genauso dabei wie konventionell wirtschaftende Landwirte. Ich glaube, wir sollten auch nicht ständig diese Diskussion führen. Eine solche Diskussion ist eher geeignet, zu spalten, als dass sie zusammenführt.

Die Streuung erfolgt durch die Landwirte selbst sowie durch die Verbände. In der kommenden Woche werden wir bislang im ganzen Land 1 400 Banner als Bestellung haben und daneben rund 6 000 Plakate – die nicht wir verteilt haben, sondern bei denen die Landwirte, Hofläden etc. angerufen oder per Mail darum gebeten haben, welche davon zu bekommen. Diese Materialien werden nun verteilt.

Hinzu kommen die Bäcker und die Metzger. Ich muss auch dem Ernährungsgewerbe ein großes Kompliment aussprechen, den Bäckern und Metzgern, die sich ebenfalls zahlreich daran beteiligen. Hierdurch gewinnt die Aktion natürlich noch mehr Breitenwirkung. Wir schaffen im Land eine breite Identifikation mit unseren Landwirten. Die Präsenz auf Instagram und auf Facebook kommt hinzu. Allein die aktuellen Zahlen auf unseren Accounts, die der Landwirte und der Verbände nicht mitgerechnet, zeigen das hohe Interesse.

Die neue Aktion baut auf der seit 2017 bestehenden Kampagne „Natürlich. VON DAHEIM“ auf, die bereits mit dem Biozeichen Baden-Württemberg, dem Qualitätszeichen Baden-Württemberg sowie den geschützten geografischen Angaben als zentrale Elemente der Kampagne gezielt auf unsere heimischen Produkte aufmerksam macht.

Ich will abschließend hinzufügen: Das Konterfei des Landwirtschaftsministers ist auf keinem der Plakate zu sehen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Oh-Rufe – Zuruf: Das ist aber schade! – Unruhe)

– Das finde ich auch schade.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber wir haben gesagt: Um erst gar keinen politischen Streit entstehen zu lassen – Es gibt ja auch aktuellere Diskussionen; dort sind teilweise Konterfeis zu sehen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Mit der Jagdflinte wäre das auch nicht gut!)

Damit wäre ich für den Augenblick fertig.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. Aber es gibt weitere Fragen. – Wir nehmen zu Protokoll, dass Sie nicht auf den Plakaten zu sehen sind.

Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Weber.

Abg. Jonas Weber SPD: Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben gesagt, wie wichtig die lokale Vermarktung ist und wie wichtig auch Produkte aus Baden-Württemberg sind. Wir sind uns, glaube ich, einig, dass wir stolz auf die Vielfalt und die gute Qualität der Produkte sein können.

Aber als Sozialdemokrat und auch als Verbraucher mache ich mir doch Gedanken über die Arbeitsbedingungen. Wenn ich die Milchbauern zum Milchpreis höre, ich die Fleischproduzenten dazu höre, was die Preise betrifft, und vor allem, wenn ich dann höre, welche einen fürchterlichen Ausbruch an Corona-Infektionen wir in einem fleischverarbeitenden Betrieb haben, wo die Arbeits- und Wohnbedingungen offensichtlich nicht wirklich großzügig sind, dann mache ich mir als Verbraucher sehr große Sorgen in Bezug auf die Arbeitsbedingungen.

Deswegen frage ich Sie: Was tut das Ministerium für gute Arbeitsbedingungen und faire Entlohnung von Produzenten in der Landwirtschaft?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Und das Essen schmeckt Ihnen trotzdem!)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Bei den landwirtschaftlichen Betrieben handelt es sich im Wesentlichen um selbstständige Unternehmer; das ist also nicht unbedingt die klassische Klientel der Sozialdemokratie. Aber als Volkspartei, die Sie mal waren – Herr Weber –, beschäftigen Sie sich natürlich auch mit den Selbstständigen und den Unternehmern.

Wenn es um die Arbeitsbedingungen geht, so müssen diese natürlich den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Das ist vollkommen klar. Punkt.

(Zuruf: Sie zeigen sich wie immer sehr souverän! – Weitere Zurufe)

Damit ist das Thema auch erledigt.

In anderen Branchen gilt, wenn es um Arbeitnehmer geht, die dort beschäftigt sind, das Gleiche. Die geltende Rechtslage ist der Rahmen, in dem sich das Ganze bewegen muss, und diese Rechtslage wird eingehalten.

Das war in dieser Branche auch in einem fleischverarbeitenden Betrieb in Baden-Württemberg der Fall, einem der größten, die es bundesweit gibt. Ich bin ja froh, dass wir noch einen solchen baden-württembergischen Unternehmer haben – es ist übrigens einer, der vorbildlich wirtschaftet. Auch dort kann natürlich das Coronavirus – wie auch jede Grippewelle – zuschlagen. Dieses Virus hat dort auch zugeschlagen. Sie haben es gelesen: 200 Infizierte in einem Betrieb; Gott sei Dank war keiner von ihnen ernsthaft erkrankt, die meisten haben überhaupt keine Symptome gezeigt. Aber es gab 200 positiv Getestete.

Diese Personen stehen unter Quarantäne, können aber weiterarbeiten, auch unter Quarantänebedingungen. Bei den Ernte-

(Minister Peter Hauk)

helfern machen wir das auch so; wenn diese nach Deutschland einreisen, stehen sie die ersten 14 Tage lang unter Quarantäne, arbeiten aber dennoch.

Soziale Kontakte können Sie nicht gänzlich untersagen, und wir können nicht hinter jeden Menschen einen Wächter stellen, der ihn in seiner Freizeit begleitet. Das gilt übrigens nicht nur für Südosteuropäer, die hier ihr Geld verdienen, sondern das gilt auch für jeden Deutschen, der in einer Firma arbeitet.

Präsidentin Muhterem Aras: Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Bürger.

Abg. Klaus Burger CDU: Frau Präsidentin, herzlichen Dank, dass ich eine Zusatzfrage stellen darf. – Herr Minister, zunächst einmal freue ich mich als Mitglied des AKs „Ländlicher Raum“ der CDU, dass unsere Kampagne, unsere Idee, unser Vorschlag so gut ankommt und so gut von der Regierung umgesetzt wird.

Ich selbst habe die App geladen. In der Tat erreicht mich darüber jeden Tag eine Nachricht, dass ein weiterer Betrieb dazukommt. Das läuft.

Die Kampagne hat verschiedene Zielrichtungen. Natürlich geht es zunächst einmal darum, das Image der Landwirtschaft in der Bevölkerung zu verbessern, aber auch darum, die Innen- und Eigenwirkung des Images der Landwirte zu verbessern, sowie darum, dass der Zugewinn an der regionalen Versorgung von guten Lebensmitteln in höchster Qualität dem Verbraucher zugutekommt.

Jetzt meine Frage: Wie schätzen Sie als Minister das Potenzial der Wertschöpfung für die Landwirtschaft, für das produzierende Gewerbe und das daran angeschlossene Gewerbe – z. B. Metzger, die nehme ich mit ins Boot – ein? Was wird da an Wertschöpfung möglich sein?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Das in Euro und Cent zu beziffern ist natürlich immer schwierig. Ich glaube, Henry Ford hat einmal gesagt: Ich weiß, dass jeder zweite Dollar für Marketing hinausgeworfenes Geld ist, aber leider weiß ich nicht, welcher.

Genau das ist das Problem beim Thema Marketing. Das weiß man nicht. Ich glaube, wir haben jetzt, in dieser Coronazeit – geplant war es eigentlich schon vorher –, einen Zeitpunkt erwischt, an dem die Sensorik der Bevölkerung für das Thema „Regionale Produkte“ eine höhere ist. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass auch etwas haften bleibt, dass man damit Menschen erreichen kann, die mehr Zeit beim Einkaufen, auch im Supermarkt haben und sich ganz gezielt einmal anschauen, wo produziert wird, wo Regionalität vertreten ist, dass man Menschen überzeugen kann, ein teureres regionales Produkt anstelle eines unter Umständen günstigeren nicht regionalen Produkts zu erwerben. Ich glaube, das ist das ganz Entscheidende.

(Zuruf)

Wenn wir von den Hoffläden hören – das hören wir –, dass der Zulauf hoch ist, der Zuspruch also gestiegen ist, wenn ich sehe, dass die App deutlich mehr Nutzer hat als vor der Kampagne, dann glaube ich, dass wir das Bedürfnis der Bevölkerung nach Regionalität, nach regionalen Produkten befriedi-

gen. Ich halte es für zwingend notwendig, dass wir das auch tun.

Wir können nicht nur ständig von Ernährung, von guter Ernährung, von gesunder Ernährung, von ökologischer Produktion, von tierschutzgerechter Produktion sprechen – all das machen wir –, aber das Ergebnis darf dann nicht mehr kosten als das aus Polen, aus der Ukraine oder aus Italien. Da muss man ganz klar sagen: Man muss die Wertigkeit gegenüberstellen. Wertigkeit bedingt höhere Kosten und bedingt auch höhere Kosten für den Endverbraucher.

(Vereinzelt Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Nun hat Herr Abg. Stein das Wort, um eine Frage zu stellen.

Abg. Udo Stein AfD: Frau Präsidentin, Herr Minister!

(Minister Peter Hauk schaut sich suchend um. – Abg. Udo Stein AfD steht an einem Mikrofon auf der Besuchertribüne.)

Oben.

(Minister Peter Hauk: Aha!)

– Ja, hier, hallo. – Sie haben gerade selbst gesagt, dass es aufgrund der Coronakrise zu Ausfällen in der Landwirtschaft kommt, weil durch geschlossene Restaurants die Nachfrage gesunken ist. Ich habe die Frage: Haben Sie einen Haushaltspuffer für die landwirtschaftlichen Betriebe, die das natürlich erst viel später merken, wenn sie ihre Produkte nicht mehr verkaufen können?

(Zuruf – Gegenruf: Die Erdbeere, ja!)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Nein. Ich habe nicht mehr Haushaltspuffer als das, was Sie, der Landtag, dem Einzelplan 08 eingeräumt haben. Genau das ist der Haushaltspuffer. Mehr gibt es nicht. Wir haben nicht mehr beschlossen; mir ist nicht mehr bekannt. Ich werde mich allerdings natürlich dafür einsetzen, weil es in der Tat manche Betriebe geben wird, die erst nachlaufend die Auswirkungen von Corona spüren. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir die Soforthilfen bis dorthin prolongieren können.

Aber die meisten Betriebe spüren das natürlich sofort. Derjenige, der Spargel anbaut, hat jetzt, wenn er das meiste an Gastronomen absetzt, Absatzverluste, die nicht mehr aufholbar sind. Das ist vollkommen klar. Das heißt, er wird Soforthilfe jetzt beantragen, und er wird sie auch jetzt erhalten. Wenn er einen großen Betrieb hat – wir haben auch große Spargelbaubetriebe –, dann wird er zur L-Bank oder zur Landwirtschaftlichen Rentenbank marschieren und wird Liquiditätsdarlehen erhalten, um seinen aktuellen Finanzbedarf befriedigen zu können.

Insofern ist natürlich klar: Das, was einerseits in den Haushalten mehr konsumiert wird, fehlt andererseits in der Gastronomie. Das ist auch nicht gänzlich gegeneinander aufwiegbare. Bei Spargel ist es augenfällig. Der meiste Spargel wird über die Gastronomie verkauft. Die fällt jetzt weg. Ich sage ganz offen: Ich bin auch deshalb so sehr dafür, dass wir jetzt

(Minister Peter Hauk)

noch im Mai die Gastronomie öffnen, weil es das Infektionsgeschehen erlaubt.

(Beifall)

Die Reproduktionszahlen sind niedrig, die Infektionszahlen sind niedrig. Deshalb bin ich froh darüber, dass wir einen klaren Plan haben, dass wir noch im Mai öffnen, dass wir zumindest zum Ausgang der Spargelsaison, die ja bekanntermaßen an Johanni endet, diesen Bereich noch mitnehmen und zumindest diesen Teil der landwirtschaftlichen Betriebe, die Spargelanbaubetriebe, noch etwas im gastronomischen Absatz mitnehmen können. Wir haben immer gesagt, Wirtschaft muss dann wieder gelockert werden, wenn die Infektionszahlen es erlauben. Die Infektionszahlen erlauben es. Jetzt muss man die Lockerung auch umsetzen.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Epple, Sie haben das Wort, um Ihre Frage zu stellen.

Abg. Konrad Epple CDU: Herr Minister, es wurde ja schon viel durch die vielen Fragen beantwortet. Ich könnte mich, falls Sie noch Konterfeis suchen, dafür antragen. Ich bin zwar kein Bauer, aber ich bin Metallbauer und würde mich engagieren in der Truppe, die die Sachen mit dem Kollegen Kenner zusammen verbraucht: „Kenner trinken Württemberger“.

Aber jetzt die Frage: Wie ist die bisherige Resonanz dieser Kampagne, welche weiteren Schritte sind geplant und über welchen Zeitraum verteilt? Gute Aktionen haben ja meist schon etwas in der Hinterhand oder in der Schublade.

Danke.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Peter Hauk: Die bisherige Resonanz ist gut. Wir haben sowohl bei Facebook wie bei Instagram gute Resonanz. Wir haben gute Zugriffszahlen bei der App. Aber noch wichtiger ist, dass die Beteiligten – die Hofläden, die Metzger, die Bäcker, Landwirte – Banner und Plakate geordert haben, sodass wir davon ausgehen können, dass – ich sage jetzt mal ganz grob als Hausnummer – im nächsten halben Jahr und damit auch über die Sommerzeit die Wirkung im Prinzip nachhaltig vorhanden ist und das nicht nur eine Eintagsfliege ist, die dann morgen schon wieder verschwunden ist. Es wird am Ende abgerechnet, aber nach der ersten Woche kann man sagen: Das läuft.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Dr. Schweickert.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Herr Minister, in diesem Zusammenhang möchte ich die Frage stellen, wie Sie die Delegierte Verordnung 592 der Kommission vom 30. April bewerten, die ja offiziell die Marktstörung im Bereich Obst, Gemüse, Wein festgestellt hat und jetzt im Rahmen der Krisenintervention Stützungsmaßnahmen vorschlägt. Welche Stützungsmaßnahmen werden da von Ihrer Seite unterstützt?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Peter Hauk: Wir betreiben in der Soforthilfe gerade Stützungsmaßnahmen. Aufkäufe machen bei Gemüse wenig Sinn. Das ist, glaube ich, nachvollziehbar. Aber Liquiditätsstützen und Liquiditätshilfen – darum geht es der Europäischen Kommission – sind sinnvoll, damit der Wettbewerb nicht verzerrt

wird. Es wurden Marktstörungen festgestellt. Damit sind auch Stützungsmöglichkeiten für betroffene Unternehmen möglich, und davon machen wir Gebrauch.

Präsidentin Muhterem Aras: Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Weber.

Abg. Jonas Weber SPD: Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben in Ihrer doch sehr knappen Antwort leider keine Zeit gefunden, sich intensiv zu den Erzeugerpreisen zu äußern. Das fand ich ein bisschen schade. Aber an einem Punkt muss ich doch widersprechen und auch nachfragen, ob Sie das wirklich ernst meinen.

Sie sagen, rechtlich sei das alles in Ordnung, was da in dem fleischverarbeitenden Betrieb los sei, und Sie hätten alles dafür getan. Ich frage Sie ganz konkret: Warum haben wir keine Regelung, wie sie in Niedersachsen vorhanden ist, was die Größe der Wohnungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betrifft? Sie können das alles ja in bundesweiten Medien nachlesen. Warum können wir offensichtlich nicht Schritt halten mit Regelungen anderer Bundesländer, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausreichend vor Infektionen zu schützen?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Peter Hauk: Da bin ich der falsche Adressat. Deshalb würde ich die Frage auch ungern beantworten, da die Gefahr, dass ich sie unvollständig oder gar unrichtig beantworte, groß wäre. Der richtige Adressat wären nämlich der Sozialminister oder die Wohnungsbauministerin. Die beiden sind für die Fragen des Wohnungsbaus und der Sozialstandards zuständig.

Ein fleischverarbeitender Betrieb ist ein Arbeitgeber wie jeder andere auch. Wenn er direkt Mitarbeiter beschäftigt, dann heißt das nicht, dass er auch für deren Wohnungsgestellung zuständig ist. Das machen manche. Wenn er dann aber gar, wie das häufig gerade im Schlachtgewerbe der Fall ist, Subunternehmer beschäftigt, die dann wiederum Arbeitnehmer beschäftigen, dann ist er für deren Unterbringung eben nicht selbst verantwortlich, sondern Dritte.

(Zuruf)

Das ist keine Verantwortungsverlagerung, das ist freie Marktwirtschaft, soziale Marktwirtschaft. Jeder muss sich an Regeln halten. Die Regeln sind vorgegeben. Meines Wissens, nach Auskunft der Behörden vor Ort, hat sich dieser Betrieb an die Regeln, an die Gesetze gehalten. Es gibt also keinen Grund, da noch mal weiter nachzubohren oder nach Unrichtigkeiten zu suchen. Wenn Sie Hinweise haben, dass sich ein Betrieb nicht an Regeln gehalten hat, dann bitte ich Sie, dies einfach weiterzugeben. Dem gehen wir selbstverständlich nach.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Ich habe zwar noch weitere Wortmeldungen, aber unsere halbe Stunde ist genau um, und wir haben noch weitere Themen. Deshalb lasse ich jetzt keine Fragen mehr zu diesem Thema zu. – Vielen Dank, Herr Minister Hauk.

Ich rufe das nächste Thema auf, während der Tisch hier desinfiziert wird, und zwar gemeldet von der Fraktion der FDP/DVP:

(Präsidentin Muhterem Aras)

Verantwortungsvolle Gastgeber und mündige Gäste als Garant der Wiedereröffnung von Hotels, der Gastronomie und des Tourismussektors

Ich darf das Wort Herrn Abg. Dr. Schweickert erteilen.

(Abg. Anton Baron AfD: Eigentlich war das Thema von uns, aber sie haben es kopiert! – Oh-Rufe – Weitere Zurufe)

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Wenn ich einmal anfrage, bei Ihnen zu kopieren, Herr Baron, dann gebe ich Ihnen einen aus.

(Abg. Anton Baron AfD: Die Partei der Wirtschaft!)

Der frühe Vogel fängt den Wurm. – Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Verantwortungsvolle Gastgeber und mündige Gäste als Garant der Wiedereröffnung von Hotels, der Gastronomie und des Tourismussektors“ ist hier das Thema dieser Regierungsbefragung. Denn die wirtschaftliche Situation von Gastronomen, von Hoteliers und von weiteren im Tourismussektor tätigen Personen sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist absolut alarmierend.

Vor drei Monaten von der Landesregierung noch als Leitökonomie gelobt, hat man jetzt ein bisschen den Eindruck, dass die Branche zumindest von manchen Teilen dieser Landesregierung eher als „Leidökonomie“ gesehen wird. Viele Betriebe wissen, dass mit der Soforthilfe seit März in absehbarer Zeit der Schlüssel für eine etwaige Wiedereröffnung gar nicht mehr in die Hand genommen werden muss, wenn jetzt keine Öffnungsperspektive da ist. Wenn Sie sehen, was in diesem Bereich an Einnahmen ausfällt, können Sie das selbst nachrechnen.

Und an der Gastronomie hängt viel. Hotels ohne Verköstigung funktionieren nicht. Tourismus ohne Verköstigung wird nicht funktionieren. Auch viele vorgelagerte Wirtschaftszweige – wir hatten es gerade vom Spargel, von Obst und Gemüse, aber Sie können auch mal die Hausbrauereien oder die Winzer in Ihrem Wahlkreis fragen, denen hiermit ein Absatzkanal verschlossen wird – haben ein Problem.

Es ist schon interessant: Mecklenburg-Vorpommern, ein Bundesland in Deutschland, öffnet Gastronomie und Hotellerie ab dem 9. Mai. Niedersachsen, auch ein Bundesland in Deutschland, öffnet Gastronomie und Hotellerie ab dem 11. Mai. Sachsen, auch ein Bundesland in Deutschland, öffnet Gastronomie und Hotellerie am 15. Mai. Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen – alles Bundesländer in Deutschland – öffnen Gastronomie und Hotellerie am 22. Mai. Bayern, ein Freistaat, öffnet Gastronomie und Hotellerie stufenweise ab dem 18. Mai.

Und was machen wir in Baden-Württemberg? Baden-Württemberg, ein Bundesland in Deutschland, öffnet, wenn man Herrn Schwarz nimmt, zu Pfingsten, vor Pfingsten; es kann dann auch alles sein, es kann morgen sein.

(Zurufe)

Da können wir dann die Spalterei der Worte betreiben. Herr Hauk spricht von Johanni, die Finanzministerin hat noch kei-

ne Öffnungsstrategie, der Fraktionsvorsitzende Reinhart sagt: „wie Niedersachsen“, also ab nächstem Montag, und die Frau Wirtschaftsministerin sagt: „zwischen dem 9. und dem 22. Mai“.

Meine Damen und Herren, wenn ich mir manchmal ansehe, wie der Klub der Umsichtigen – also Herr Söder und Herr Kretschmann – da agiert, dann muss ich sagen: Wir brauchen in Baden-Württemberg keinen Sonderweg. Die Infektionszahlen rechtfertigen es in keinster Weise, dass wir hier zu einer Gastronomie- oder Kneipenprohibition kommen.

Deswegen frage ich jetzt den zuständigen Minister: Wann genau – mit Datum – gedenkt die Landesregierung der Gastronomie wieder Öffnungen der Bewirtschaftung zu erlauben? Wie sehen die genauen Termine nach dem zusammen mit Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen vorgelegten Stufenplan aus? Verdient die ehemalige baden-württembergische Leitökonomie Tourismus nicht mehr als eine Landesregierung des Hinterherwackelns, die sich gemeinsam mit dem Saarland abstimmt? Und schließlich: Wie bewertet die Landesregierung die aktuelle Diskussion einer möglichen Öffnung der Gastronomie nur unter strikten Auflagen zur Wahrung des Abstandsgebots, und wie sieht es da bei den Einschränkungen z. B. beim Thema „Ausschank von alkoholischen Getränken“ aus?

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Wolf.

(Abg. Anton Baron AfD: Herr Minister, ich hoffe, Sie haben sich mit der Frau Wirtschaftsministerin abgestimmt!)

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Professor Schweickert, ich finde es völlig richtig und danke Ihnen, dass Sie die Entwicklung im Tourismus und in der Gastronomie angesichts der Pandemie zum Thema machen. Allerdings sind die von Ihnen gestellten Fragen angesichts dessen, was aktuell heute passiert, natürlich teilweise überholt. Aber das werfe ich Ihnen nicht vor, sondern ich bin froh darüber, dass wir in dieser Situation schon mehr wissen als noch vor einigen Tagen. Das ist gut so.

Sie haben darauf hingewiesen, dass wir in der Tourismuskonzeption noch davon gesprochen haben, dass der Tourismus eine Leitökonomie für Baden-Württemberg ist – auch angesichts der damit verbundenen Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in Baden-Württemberg und der damit verbundenen Wertschöpfungsketten. Daran hat sich nichts geändert.

Die Pandemie und deren Auswirkungen haben aber die Tourismusbranche bis ins Mark getroffen. Diese Branche ist gebeutelt wie möglicherweise keine andere. Damit will ich nicht verniedlichen, dass die Pandemie gerade viele in irgendeiner Weise trifft. Aber die Tourismusbranche ist in besonderer Weise hart und schwer gebeutelt.

Das liegt auch daran, dass etwas, was heute in der Tourismusbranche – etwa in der Gastronomie – nicht verkauft wird, eben nie mehr verkauft werden wird. Das unterscheidet die Gast-

(Minister Guido Wolf)

ronomie etwa vom Handel. Deswegen ist es auch eine Branche, um die wir uns jetzt in ganz besonderer Weise kümmern müssen.

Aus diesem Grund haben wir frühzeitig diesen Dreischritt aufgezeigt: Wir brauchen ein psychologisches Signal für die Gastronomie auch für die Zeit nach der Krise. Das ist mit dem Beschluss gelungen, die Mehrwertsteuer für die Gastronomie auf 7 % abzusenken. Das hilft nicht heute, und es hilft sowieso nicht, solange die Betriebe noch nicht wieder öffnen dürfen. Aber es ist ein psychologisches Signal, dass man dann, wenn es wieder losgeht, aus dieser Krise herauskommt und man von dem, was man dann verkaufen kann, auch mehr an Erlös in der Tasche behält.

Zweitens brauchen wir ein weiteres Hilfsprogramm. Die Wirtschaftsministerin hat das heute Morgen in der Aktuellen Debatte angesprochen. Wir haben das Programm gemeinsam konzipiert und auch mit der Gastrobranche diskutiert. Das muss jetzt kommen – ungeachtet der Frage, wie schnell diese Betriebe jetzt wieder an den Start gehen können.

Ein Hilfspaket im Umfang von etwa 330 Millionen €, das jedem Betrieb eine Grundförderung von 3 000 € und dann pro Mitarbeiter jeweils 2 000 € an weiteren Zuschüssen zuweist, kann helfen, die weitere Durststrecke zu überbrücken.

Denn eines ist klar: Wenn die Gastronomie wieder an den Start geht, wird sie es noch über längere Zeit schwer haben, die Erlöse zu erzielen, die sie braucht, um angesichts der Restriktionen, die sich aus der Coronakrise zwingend ergeben, dauerhaft überleben zu können.

Der dritte Schritt: Ja, wir haben in Baden-Württemberg frühzeitig diesen Dreistufenplan entwickelt – auch hier haben Wirtschaftsministerium und Tourismusministerium Hand in Hand gearbeitet. Dieser Plan kommt übrigens initial aus Baden-Württemberg und wurde dann mit Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen abgestimmt, um auch in einem größeren Verbund argumentieren zu können.

Das Hauptziel dieses politischen Vorgehens war, diese Branche überhaupt auf den Schirm der Politik zu bringen. Denn wenn eines die Branche frustriert hat, dann war es die Tatsache, dass weder die Kanzlerin noch die Ministerpräsidenten im Anschluss an die bisherigen Gespräche über diese Branche auch nur ein Wort verloren haben. Das hat sie bis ins Mark erschüttert.

(Beifall)

Deswegen war es zwingend notwendig, diese Thematik jetzt auch auf den politischen Schirm zu bringen. Das ist mit diesem Dreistufenplan gelungen, wenngleich ich einräumen will, dass es da in der weiteren Abfolge auch Verschiebungen innerhalb der einzelnen Stufen geben kann.

Wir in Baden-Württemberg haben uns davon leiten lassen, damit zu beginnen, die Veranstaltungen unter freiem Himmel an den Anfang zu stellen. Es sagen auch alle Experten, dass die Infektionsgefahr unter freiem Himmel weit geringer ist als in geschlossenen Räumen. Und dann haben wir aber sehr schnell die Gastronomie, die Hotellerie, die Ferienwohnungen, Urlaub auf dem Bauernhof, die Dauercamper. Das alles muss dann schnell kommen. Nach allem, was wir auf den heutigen

Tag vorbereitet haben und wovon ich ausgehe, wird es die Perspektive geben, dass die Gastronomie rechtzeitig auf Pfingsten – Der 25. Mai scheint mir als Tag so unrealistisch nicht zu sein.

Es war immer unser Ziel, im Bereich der Außenbewirtschaftung einen Probelauf vorschalten zu können. Die Gastronomen sagen mir: „Wir brauchen Zeit zur Vorbereitung. Wir wollen auch keinen Start, der nicht professionell ist.“ Die Gastronomen brauchen den Vorlauf, um die Betriebe für die erneute Öffnung entsprechend vorzubereiten.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang eine Anmerkung, die für die ganze Diskussion derzeit gilt: Ich glaube, der Staat muss verstärkt dazu übergehen, den Menschen auch wieder mehr Eigenverantwortung zu übertragen und ihnen mehr zuzutrauen.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Bravo!)

Ich vertraue den Gastronomen dieses Landes, dass sie in der Lage sind, die Betriebe so zu organisieren,

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

dass die Hygienevorschriften eingehalten werden.

(Abg. Anton Baron AfD: Richtig!)

Wenn es im Einzelfall nicht klappt, dann muss man ein Exempel statuieren und gegebenenfalls einen Betrieb auch wieder einstellen.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich habe mehrere Wortmeldungen. Zunächst hat Herr Abg. Pix das Wort.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Minister Wolf, wie beurteilen Sie die Stellungnahme der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten zu dem Thema, wonach bei einer vorsichtigen Öffnung auch entsprechend kontrolliert wird und dies mit dem vorhandenen Personalstab eigentlich kaum möglich ist?

Zum anderen war die Tourismusbranche in Baden-Württemberg bisher immer exportunabhängig und galt als relativ sicher. Ich erinnere an die große Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008. Da gab es im Tourismus kaum Rückgänge, wie es sie in den sonstigen Wirtschaftsbranchen gegeben hat. Dieses Mal ist der Tourismus aber leider sehr gebeutelt. Da stellt sich die Frage, ob die Hygienestandards entsprechend erbracht werden, damit wir die Coronakrise auf Dauer überwinden können. Wie beurteilen Sie dazu die Eckpunkte, die der DEHOGA vorgestellt hat? Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, das anzuschauen. Man braucht sehr viel Zeit, sich das zu Gemüte zu führen. Ich kenne keine Branche, die das so umfassend gemacht hat.

Auch in Gesprächen mit dem DEHOGA habe ich immer darauf hingewiesen, dass es auf sie selbst ankomme, dass die Politik, wenn sie entsprechende Vorsichtsmaßnahmen berücksichtigen, dann auch reagiert. Ich bin sehr froh, dass unser Ministerpräsident eigentlich bei jedem öffentlichen Auftritt be-

(Reinhold Pix)

sonders auf die Krise in der Tourismusbranche hingewiesen hat. Ich bin auch froh, dass wir da den langsamen Wiedereinstieg beginnen.

Abschließend habe ich noch die Frage – Auslandsreisen werden ja wahrscheinlich auf längere Zeit noch nicht möglich sein –: Wie sehen Sie die Kompensationsmöglichkeiten in der Tourismusbranche, sprich Gastronomie und Hotellerie, aufgrund einer verstärkten Inlandsnachfrage, die nach einer Öffnung dort stattfinden wird? Und: Wie bewertet man das dann unter Coronahygiene Gesichtspunkten?

Vielen Dank.

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Herr Kollege Pix, zum einen zu den von Ihnen angesprochenen Kontrollmechanismen: Da muss ich einfach einräumen, dass ich das Zutrauen habe, dass das funktioniert. Da muss man vielleicht im einen oder anderen Bereich auch personell etwas nachsteuern, wenn eine neue Aufgabe verstärkt auf uns zukommt. Aber Sie haben zu Recht auf die vom DEHOGA selbst formulierten Hygieneregeln verwiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, tun wir nicht so, als hätte der DEHOGA diese erst im Zuge der Coronakrise erfunden. Unsere Gastronomie hat mit Hygieneregeln und der Einhaltung von Hygieneregeln auch längst vor Corona

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Schon immer!)

gearbeitet. Das ist dort gang und gäbe.

Deshalb tut es mir auch für die Branche ein bisschen weh, wenn in der öffentlichen Diskussion immer wieder der Eindruck erweckt wird, wir könnten die Betriebe noch nicht öffnen, auch vor dem Hintergrund ausgiebiger Gelage, die dort stattfinden, und dem Umstand, dass das Social Distancing dann nicht mehr gewährleistet würde. Ich will Ihnen zustimmen, dass das, was der DEHOGA selbst an Kriterien vorgelegt hat – für deren Einhaltung in seinen Betrieben er auch bürgt –, die besten Voraussetzungen dafür sind, dass wir jetzt auch in der Gastronomie Lockerungen vornehmen können.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich dies auch kurz unter dem juristischen Aspekt beleuchten. Was wir derzeit tun, ist ein massiver Eingriff in Freiheitsrechte von Einzelnen, in die Berufsausübungsfreiheit und vieles andere mehr. Es sind massive Eingriffe. In dem Maß, in dem sich eine Stabilisierung der Infektionszahlen und ein Absinken der Reproduktionsrate auf dauerhaft deutlich unter 1 zeigt – das waren übrigens immer wieder die politisch vorgegebenen Ziele, die man erreichen muss; jetzt sind wir schon dauerhaft unterhalb dieser vorgegebenen Grenzwerte –, steigen auch die rechtlichen Hürden – es geht um die Verhältnismäßigkeit –,

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

derartige Eingriffe in Freiheitsrechte vorzunehmen.

(Abg. Anton Baron AfD: Richtig!)

Deshalb müssen wir hier auch aus juristischen Gründen entsprechend reagieren.

(Beifall)

Zu Ihrer dritten Frage, Kollege Pix: Ja, aus jeder Krise ergibt sich auch eine Chance. Ich glaube, das wollten Sie mit Ihrer Frage auch zum Thema machen. Wir wollen in diesem Jahr ganz gezielt „Urlaub im Ländle“ – jetzt auch in Zeiten der Krise, infolge der Krise – zum Motto machen. Wir wollen durch die Angebote innerhalb Baden-Württembergs die Menschen dazu animieren, auf Flugreisen in irgendwelche europäischen Nachbarländer zu verzichten und ihr Land zur Erholung, zur Freizeit zu nutzen und dann auch hier in Baden-Württemberg ihr Geld auszugeben. Ich glaube, darin steckt auch die Chance, sehr viel Solidarität der Bevölkerung mit den touristischen Betrieben in unserem Land zum Ausdruck zu bringen.

An dieser Stelle will ich Ihnen sagen: Ich erlebe es als sehr positiv, wie viele Menschen vor Ort die Take-away-Angebote ihrer Gastronomen nicht nur nutzen, um die Küche kalt zu lassen, sondern vor allem in Anspruch nehmen, um die örtliche Gastronomie zu unterstützen. Das ist ein schönes Zeichen der Solidarität.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Dr. Rapp.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Minister! Zunächst einmal danke schön für die bisherigen Ausführungen. Ich bin froh, dass Sie dargelegt haben, warum Tourismus, Gastronomie und Hotellerie überhaupt in der Situation sind, in der diese Branche momentan steckt.

Ich will aber auf der anderen Seite auch das aufgreifen, was Sie eben gesagt haben, und eine Frage damit verbinden. Das bezieht sich auf die Bedeutung, auch auf die Wertschätzung, die den Gastronomen entgegengebracht wird, und auf die Qualität, die der Tourismus in Baden-Württemberg in seiner Gänze darstellt.

Das führt mich dazu, den Blick in die Zukunft zu richten. Deswegen will ich zwei Bereiche anschneiden. Zum einen: Teilweise haben die Gastronomen Ängste, dass sie mit den reduzierten Öffnungsphasen nicht an jeder Stelle umgehen können oder dass das auch zu wenig ist. Gibt es da auch Konzepte seitens des Ministeriums? Ich denke an zeitlichen Versatz usw.

Ein zweiter Punkt: In der Öffentlichkeit wird in manchen Kreisen sehr oft die jetzt im Bund beschlossene Vereinheitlichung der Mehrwertsteuer im Bereich der Speisen kritisiert. Aber das gab es im Bereich der Übernachtungen und der Beherbergungen ja schon einmal. Da waren die Effekte sehr positiv. Insofern frage ich Sie, wie Sie das beurteilen.

Vielen Dank.

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Herr Kollege Dr. Rapp, zur ersten Frage: Ich glaube, es werden sehr individuelle, maßgeschneiderte Konzepte sein. Es geht auch ein bisschen um die vorhandenen Räumlichkeiten, die es dabei auszunutzen gilt. Ich halte übrigens auch nicht so sehr viel von der klaren Vorgabe, die ich jetzt aus Niedersachsen höre: Öffnung, aber nur maximal 50 % Gäste. Ich glaube, das ist der falsche Ansatz.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Ja, das ist Quatsch!)

(Minister Guido Wolf)

Wir müssen die Abstandsregeln vorgeben.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Und da muss jeder Betreiber individuell entlang seiner Räumlichkeiten entscheiden, wie viele Gäste er aufnehmen kann, um die Abstandsregeln einzuhalten.

Es macht übrigens einen Unterschied, ob fünf Familien kommen, da innerhalb der jeweiligen Kohorte ganz andere Abstandsregelungen gelten, oder ob zehn, zwölf, 14 Paare kommen, die sich in anderen Abständen niederlassen müssen. Insofern ist das, glaube ich, eine ganz individuelle Gestaltung, die wir den Gastwirten überlassen dürfen.

Übrigens, wofür ich auch plädiere: Ich höre, dass viele Kommunen Gaststätten mit Außenbewirtschaftungsflächen bereits zugesagt haben, diese Flächen maximal zu erweitern, ohne jetzt die Sondernutzungsgebühren entsprechend zu erhöhen. Das heißt, diese Gaststätten bekommen dann mehr Fläche im Freien, um dort auf größerer Fläche mehr Gäste bedienen und bewirten zu können.

Jetzt fällt mir in diesem Zusammenhang – bedienen und bewirten – gerade ein, dass mir der Kollege Dr. Schweickert noch die Frage gestellt hat, ob man in diesem Zusammenhang über ein Alkoholverbot diskutieren müsse.

(Zurufe, u. a.: Was?)

– Nein. Der Kollege Schweickert hat nicht in den Raum gestellt, ob es nicht sinnvoll wäre, ein Alkoholverbot auszusprechen, sondern er hat eine gelegentlich wahrnehmbare Stimme, ob es ein Weg sein könnte, keinen Alkohol auszuschenken, zum Thema gemacht. Auch da muss ich sagen: Eigenverantwortung ist gefragt.

(Beifall)

Ich traue den Wirtsleuten und den Gastronomiebetreibern wiederum zu, dass sie darauf achten, dass Exzesse verhindert werden.

Kollege Dr. Rapp, Sie haben noch eine zweite Frage gestellt – 7 % Mehrwertsteuer –: Den Königsweg gibt es nicht. Bei jeder Entscheidung, die man im Steuerrecht trifft, gibt es natürlich Befürworter und Gegner. Aber ich finde, wir sind jetzt in einer absoluten Ausnahmesituation. Wann, wenn nicht jetzt, sollten wir den Gastronomiebetrieben dieses Signal geben?

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

– Ja. Es wird auch nicht richtiger, indem Sie es immer wiederholen. Das ist schon klar. Es hat der Letzte kapiert, dass die Betriebe davon erst profitieren, wenn sie wieder öffnen.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau! So ist es!)

Aber dann haben sie eben von dem, was sie verkaufen, mehr in der Tasche. Und sie werden auf weitere Sicht weniger verkaufen können. Deswegen ist es wichtig, dass ihnen mehr in der eigenen Tasche verbleibt, und deswegen ist das das politisch richtige Signal. Es ist eine Maßnahme, die zunächst einmal für ein Jahr gilt. Aber ich bin mir relativ sicher, dass die Branche auch in einem Jahr noch nicht derart aus der Krise gekommen ist und man über eine Verlängerung wird reden müssen.

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Abg. Wölflé, Sie erhalten das Wort, um Ihre Frage zu stellen.

Abg. Sabine Wölflé SPD: Herr Minister Wolf, zunächst einmal bin ich Ihnen dankbar, dass Sie noch einmal klargestellt haben, dass gerade aus der Gastronomie sehr, sehr viele Vorschläge gekommen sind. Dort hat man sich wirklich Mühe gemacht; das kann ich nur bestätigen. Ich habe mit vielen Betrieben gesprochen und habe Kontakt mit dem DEHOGA, auf Landesseite und auch im Wahlkreis. Ein bisschen Eigenverantwortung haben Sie ihnen auch zugesprochen. Dafür erst einmal Dank.

Was mich interessieren würde: Sie haben in der letzten Woche im Ausschuss ein Hilfspaket im Umfang von 328 Millionen € angedeutet. Wenn ich die Pressemitteilung, die heute aus dem Wirtschaftsministerium kam, richtig interpretiere, steht die CDU-Fraktion hinter diesem Paket. Von den Grünen haben wir bisher noch nichts gehört – eher, dass man keine Branchenunterstützung möchte. Vielleicht können Sie das klarstellen.

Nachdem wir jetzt wissen, welche Lockerungen auf uns respektive auf die Branche zukommen, stellt sich die Frage: Greift das Paket dennoch? Denn viele Betriebe – Sie kennen die Studie des DEHOGA: 40 % der Betriebe – sind trotzdem gefährdet. Wird das in vollem Umfang kommen, um den Betrieben jetzt ein Stück weit wieder auf die Füße zu helfen?

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Ja, die Eigenverantwortung möchte ich einfach noch einmal unterstreichen. Übrigens reden wir nicht nur über die Eigenverantwortung der Gastronomiebetreiber, wir sprechen auch über Eigenverantwortung, was jeden einzelnen Gast angeht.

Wenn Sie einmal beobachten, wie wir alle miteinander umgehen, stellen Sie fest, dass sich in den letzten Wochen schon verdammt viel verändert hat. Ob wir das persönlich immer so gut finden, ist eine andere Frage, aber wir begegnen uns in einer ganz anderen Form, halten Distanz und haben uns auch bestimmte Höflichkeiten abgewöhnt. Ich hoffe, dass wir uns diese irgendwann wieder einmal angewöhnen dürfen. Ich will damit nur sagen: Das Thema Eigenverantwortung geht an alle.

Hilfspaket: Frau Kollegin Wölflé, Sie waren ja dabei, als ich es im Europaausschuss vorgestellt habe. Ich fand, dass ich bemerkenswert viel Zustimmung bekommen habe. Sie fragten nach den Grünen – für die kann ich nicht sprechen, aber im Europaausschuss hat es Frau Saebel für die Fraktion GRÜNE getan. Sie hat das Programm – ich hoffe, ich darf das so zitieren; sie hat das dort ja zum Ausdruck gebracht – sehr positiv gewürdigt und gutgeheißen. Vom Ministerpräsidenten selbst ist mir aus Verlautbarungen geläufig, dass er ganz speziell die Hotellerie und Gastronomie als eine Branche genannt hat, die es noch einmal in besonderer Weise zu unterstützen gilt.

Insofern habe ich keinen Zweifel, dass wir uns einig werden. Das Konzept ist ja stimmig. Auch unser Koalitionspartner – davon bin ich überzeugt – wird sich vernünftigen Vorschlägen nicht verschließen. Insofern werden wir uns da sicherlich finden.

(Beifall)

(Minister Guido Wolf)

Das Hilfsprogramm – das sage ich wirklich guten Willens, es gemeinsam hinzubekommen – soll natürlich jenen dienen, denen das Wasser jetzt wirklich bis zum Hals steht. Da fällt jetzt auch niemand heraus, wenn er am 15., am 18. oder am 25. Mai vielleicht wieder öffnen darf. Dann hat derjenige immer noch nicht das, was er braucht.

Wir wollen mit diesem zweigleisigen Verfahren also im Grunde eine Soforthilfe, um jetzt ein bisschen Luft schnappen zu können, und andererseits eine Lockerung, um die Betriebe wieder in die Lage zu versetzen, wirtschaftlich so unterwegs zu sein, dass sie auch Geld verdienen. Das eine schließt das andere nicht aus. Wir gehen davon aus, dass 80 % der Branche auf dieses Paket zugreifen werden.

(Zuruf)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment, ich habe noch mehrere Wortmeldungen. Das geht nach Fraktionsstärke. Die nächste Frage kommt jetzt von Frau Abg. Wolle.

Abg. Carola Wolle AfD: Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Dr. Schweickert, wir wollten in dieselbe Richtung Fragen zum Thema Gastronomie stellen. Das hat sich eben gedoppelt, aber das ist, sage ich einmal, nicht schlimm. Es ist gerade ein aktuelles Thema.

Herr Minister Wolf, ich gebe Ihnen recht: Die Menschen benehmen sich inzwischen so. Jeder hat zum Schluss kapiert, dass man Abstand halten muss. Der Umgang miteinander ist höflich.

(Zurufe – Unruhe)

– Natürlich gibt es immer Ausnahmen, aber die große Mehrheit hat es hoffentlich verstanden; sagen wir es einmal so.

Auch ich hatte die Frage nach den 328 Millionen €. Auch mich hätte interessiert, wie sich Ihr Koalitionspartner dazu stellt.

Die zweite Frage wäre gewesen: Schweden geht ja einen ganz anderen Weg. Insbesondere die Gastronomie hat man dort nicht geschlossen wie bei uns. Wie sehen Sie im Nachhinein die Entscheidung bezüglich Hotellerie und Gastronomie, dass wir dort sehr extrem, so sage ich mal, alles zugemacht haben? Sehen Sie das als richtig an? Wie stellen Sie sich das zukünftig vor? Welches weitere Vorgehen ist aus Ihrer Sicht sinnvoll?

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Ich will Ihre Frage aus einer anderen Motivation heraus beantworten. Wenn Sie sehen, wie wir gestartet sind, wie sich die Infektionszahlen auch bei uns explosionsartig entwickelt hatten, wenn Sie sehen, welche Bilder aus Norditalien wir damals zur Kenntnis nehmen mussten, dann können wir, glaube ich, heute schon auch dankbar sein und uns bewusst sein, dass Politik vielleicht nicht alles, aber vieles richtig gemacht hat, und in dieser Situation feststellen, dass uns solche Entwicklungen in Deutschland und in Baden-Württemberg erspart geblieben sind. Das ist erst einmal ein großer Erfolg.

(Beifall)

Ich hätte mir auch nicht vorstellen wollen – und ich will es mir übrigens auch in der Zukunft nicht vorstellen –, dass wir

in Baden-Württemberg und in Deutschland in eine Situation geraten, in der der behandelnde Arzt angesichts eines Mangels an Beatmungsgeräten entscheiden muss, bei welchem Patienten entlang der Altersstruktur das Gerät eingeschaltet bleibt und bei welchem es abgeschaltet wird. Das sind schlimme Entwicklungen, die wir aus anderen Ländern kennen. So etwas wollen wir in unserem Land verhindern. Deshalb hat die Politik umsichtig gehandelt, und deshalb war es gut, dass wir rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen ergriffen haben.

Aber in dem Maße, in dem es uns gelungen ist, stabile Infektionszahlen und eine niedrige Reproduktionsrate zu erzielen, in dem Maße sind wir – davon bin ich überzeugt – auch veranlasst, wieder Lockerungsmaßnahmen im jetzt breit diskutierten Stil vorzunehmen.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Jetzt habe ich noch zwei Wortmeldungen. In Anbetracht der kurzen Zeit kann ich nur noch eine gestatten, und zwar die von Herrn Abg. Keck. – Bitte.

(Minister Guido Wolf schaut sich suchend um. – Abg. Jürgen Keck FDP/DVP steht an einem Mikrofon auf der Besuchertribüne.)

Abg. Jürgen Keck FDP/DVP: Hier oben! Hallo! – Herzlichen Dank. Zahlreiche Ausführungen, die Sie schon getätigt haben, stellen ja, so sage ich einmal, dar, dass die Gastronomie und die Hotellerie zum Öffnen bereitstehen. Mir stellt sich die folgende Frage: Warum nicht die Gastronomie abkoppeln? Sie sagten, Sie hätten mit verschiedenen Gastronomen gesprochen und erfahren: Sie brauchen eine Vorbereitungszeit vielleicht bis Ende Mai.

Bei der Hotellerie ist es jedoch einfacher. Ich rede jetzt nicht von den großen Hotelketten, sondern von kleinen, familiengeführten Unternehmen, denen inzwischen finanziell die Puste ausgeht. Warum sollten sie nicht früher öffnen? Der Wellnessbereich ist gesperrt, es gibt kein Frühstücksbuffet; nichts wäre einfacher, als die Zimmer zu öffnen und die Menschen dort Gast sein zu lassen. Dann könnten die kleinen, familiengeführten Unternehmen Geld verdienen.

Warum also nicht Gastronomie und Hotellerie entkoppeln und die Hotellerie früher öffnen lassen?

Gerade eben kommt auch die Meldung: Man kann es den Leuten einfach nicht vermitteln, warum die Fußballbundesliga jetzt offensichtlich bereits Mitte Mai wieder mit dem Betrieb beginnen darf, die Hotellerie jedoch erst Ende Mai. Das ist verlorene Zeit. Da wäre eigentlich jeder Tag wichtig.

(Beifall)

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Also, mir haben viele Gastronomen und Hoteliers immer auch gesagt, dass man beide Branchen beieinander lassen soll, wie sie übrigens auch immer sagen, wir sollten nicht pauschal die Wellnesbereiche schließen, wenn wir die Hotels an sich öffnen. Ja, da wird es auf Sicht schon noch differenzierte Einschätzungen geben.

Herr Keck, wir sind uns doch einig: Das Ziel muss jetzt sein, Gastro und Hotellerie möglichst schnell wieder an den Start

(Minister Guido Wolf)

zu bringen. Wenn da die eine oder andere Branche eine Woche Vorsprung hat, kann man lange darüber diskutieren. Mein Ziel war und bleibt, rechtzeitig auf Pfingsten Gastronomie und Hotellerie zu öffnen, damit diese Branchen wieder eine wirkliche Perspektive und die Möglichkeit, Einnahmen zu erzielen, bekommen.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich habe weitere Wortmeldungen, aber das geht nicht mehr.

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] meldet sich.)

– Herr Abg. Dr. Gedeon, Moment! Erst müssen wir Tagesordnungspunkt 4 beenden. – Die anderen Themen kann ich nicht aufrufen, weil die für die Regierungsbefragung zur Verfügung stehende Stunde jetzt voll ausgeschöpft ist.

Punkt 4 der Tagesordnung ist damit beendet.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 6 aufrufe – – Herr Abg. Dr. Gedeon, Sie melden sich zur Geschäftsordnung?

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Ich wollte noch eine Frage stellen, aber das kann ich nicht.

Präsidentin Muhterem Aras: Nein.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Ich stelle jetzt den folgenden Geschäftsordnungsantrag: Der Landtag beschließt die Rücknahme sämtlicher Coronarestriktionen gegenüber dem Hotel- und Gaststättengewerbe mit sofortiger Wirkung.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Gedeon – –

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Begründung: Ich wollte den Herrn Minister fragen: Was spricht dagegen, dass wir das beschließen?

(Zurufe – Unruhe)

Es spricht nichts, aber auch gar nichts dagegen. Ein solcher Beschluss ist das einzig Sinnvolle, was wir hier machen können, meine Damen und Herren.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Gedeon, Ihr Wortbeitrag ist kein Geschäftsordnungsantrag.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Stattdessen wird hier ständig um den heißen Brei herumgeredet. Ein Termin wird nicht genannt. Nennen Sie wenigstens einen Termin. Ich beantrage jetzt die Abstimmung.

(Anhaltende Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Gedeon, Ihr Wortbeitrag war kein Geschäftsordnungsantrag.

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Natürlich war er das! – Gegenrufe: Nein! – Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Abstimmung!)

Es gibt keine Debatte darüber. Aber das war kein Geschäftsordnungsantrag.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 16/7462

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/8033

Berichterstatter: Abg. Rüdiger Klos

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Walker.

(Unruhe)

– Ich fände es schön, wenn wir jetzt wieder etwas ruhiger wären. Vielen Dank.

Abg. Thekla Walker GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jede Verschuldung verschiebt Lasten in die Zukunft und macht künftige Generationen von Wachstum abhängig, weil sie nur mit weiterem Wachstum den Schuldendienst ohne Wohlstandseinbußen werden leisten können. Schulden sind deshalb nicht per se falsch oder ungerecht, sie müssen aber in eine Politik eingebettet sein, die gleichzeitig die Chancen und die Gestaltungsspielräume zukünftiger Generationen im Blick hat und erweitert.

Deshalb tun heutige Haushaltsgesetzgeber gut daran, verantwortungsvoll und zurückhaltend mit Kreditaufnahmen umzugehen. Wir tun gut daran, wo immer möglich, Vorsorge für künftige Krisen, Risiken und Belastungen zu treffen. Von diesem Geist war die Finanzpolitik der letzten Jahre getragen, und sie ist es auch heute noch – trotz neuer Schulden in der Coronakrise. Unser Ziel und unser Leitbild bleibt eine nachhaltige Finanzpolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Auch der interfraktionelle Gesetzentwurf von Grünen, CDU, SPD und FDP/DVP zur Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung ist von diesem Grundgedanken der Verantwortung und des nachhaltigen Umgangs mit den Finanzen getragen. Dafür will ich den Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen, die den Gesetzentwurf eingebracht haben, nochmals sehr herzlich danken.

Die Coronapandemie führt uns allen vor Augen, wie schnell und wie tief greifend sich finanzpolitische Rahmenbedingungen ändern können, und sie zeigt uns, wie wichtig es ist, Risikoversorge zu betreiben, Haushaltspläne nicht auf Kante zu nähen, um flexibel reagieren zu können – wenn nötig, auch mit dem Instrument der Kreditaufnahme. Deshalb war es gut, dass wir die Ausnahmetatbestände und die Möglichkeiten, von den Bestimmungen der Schuldenbremse abzuweichen, im letzten Jahr schon in der Landeshaushaltsordnung verankert haben. Diese Ausnahmen haben in den letzten Wochen ihre ganz große erste Bewährungsprobe bestanden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

(Thekla Walker)

Zu diesem Gesetzentwurf liegt uns nun in der zweiten Lesung das Ergebnis der Anhörung vor. Diese Ergebnisse bestätigen den eingeschlagenen Weg. Ich bedanke mich an dieser Stelle bei den kommunalen Landesverbänden, beim Rechnungshof, beim ifo Institut und beim Bund der Steuerzahler für ihre Rückmeldungen und die sachverständige Auseinandersetzung mit unserem Entwurf.

Neben der großen Zustimmung zur vorgeschlagenen Verfassungsänderung gab es einige wenige Änderungsanregungen, die aber – da sind wir uns fraktionsübergreifend einig – zu keinen Änderungen am vorliegenden Gesetzentwurf führen müssen.

Meine Damen und Herren, in der ersten Lesung des interfraktionellen Gesetzentwurfs Anfang Februar haben wir noch unter gänzlich anderen Vorzeichen debattiert. Durch die Coronapandemie hat sich die Haushaltssituation von einem auf den anderen Tag radikal verändert.

Nach Jahren der Schuldentilgung waren wir auf einmal gezwungen, in einem hohen Umfang Kreditermächtigungen zu beschließen; vielleicht müssen weitere folgen.

Das zeigt aber: Die Schuldenbremse bewährt sich in der Krise. Sie ist keine Schönwetterveranstaltung, sondern ist auch für schweren Seegang gestrickt. Sie ist eben nicht die schwarze Null, sondern ein flexibles und wirtschaftspolitisch kluges Instrument. Dabei ist sie nicht etwa eine Anknüpfung an frühere Zeiten, in denen immer neue Schulden gemacht wurden und der Schuldenstand immer nur weiter und weiter aufwuchs. Nein, die Schuldenbremse zwingt uns heute dazu, Schulden auch wieder abzutragen. Im Aufschwung gibt es klare Schuldentilgungsverpflichtungen; Notfallkredite müssen nach einem gesetzlich definierten Tilgungsplan wieder abbezahlt werden.

Jetzt, in der Pandemiesituation, können wir froh sein, dass wir die Schuldenbremse in der Landeshaushaltsordnung verankert haben und neue Schulden machen können. Wir können andererseits aber auch froh sein, dass es dazu einen Tilgungsplan mit klaren Tilgungsverpflichtungen gibt.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung der Landesverfassung gehen wir also folgerichtig den nächsten Schritt und verleihen diesem wichtigen Instrument Verfassungsrang.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Wald.

Abg. Tobias Wald CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die vor zehn Jahren im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse ist eine wichtige Leitplanke für die Haushaltspolitik der Zukunft. Die Implementierung der grundgesetzlichen Schuldenbremse in der Landesverfassung ist ein Meilenstein in der Geschichte der baden-württembergischen Haushalts- und Finanzpolitik. Wir Parlamentarier haben bereits Geschichte geschrieben, bevor wir der Landesverfassung die Schuldenbremse ins Stammbuch schreiben konnten. Mitte März, in einer Sternstunde dieses Parlaments, konnten wir im Konsens der demokratischen Parteien das Ge-

setz zur Feststellung einer Naturkatastrophe, der Höhe der Ausnahmekomponente und zur Festlegung eines Tilgungsplans entlang der Haushaltsordnung verabschieden.

Die Legislative hat damit die Exekutive in die Lage versetzt, schnell zu entscheiden und Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie und deren Folgen auf den Weg zu bringen – ein wichtiger Schritt. Es war richtig und wichtig, dass wir im Zuge der Planaufstellung des letzten Doppelhaushalts die Grundlagen der Schuldenbremse schon einfachgesetzlich, im Landesrecht korrekt ausgestaltet haben. Dies hat sich nicht nur als richtungweisend erwiesen, sondern auch und vor allem als vorausschauend.

Es war ein exemplarischer Schulfall der Schuldenbremse, den wir nun wegen der Coronapandemie leider bereits erleben mussten; das hätten wir uns vor wenigen Monaten nicht vorstellen können.

Die wesentlichen Eckpunkte des Gesetzentwurfs zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg sind die Vorgabe zum Ausgleich des Landeshaushalts ohne neue Kredite, die Möglichkeit der Kreditaufnahme in besonderen Ausnahmesituationen – Naturkatastrophen und andere Notsituationen –, die Umsetzung einer Konjunkturkomponente nach dem sogenannten Produktionslückenverfahren und der Ausgleich des Kontrollkontos nach dem heutigen Regime.

Hinweisen möchte ich darauf, dass der Ausgleich des Kontrollkontos erfolgen wird.

An dieser Stelle möchte ich den Blick auch auf das Anhörungsverfahren zum Gesetzentwurf richten. Ich danke den Verbänden und Institutionen, die sich hierzu geäußert haben. Alle Verbände und Institutionen, die zum Gesetzentwurf Stellung genommen haben, begrüßen die Verankerung der Schuldenbremse in der baden-württembergischen Landesverfassung ausdrücklich. Das freut uns. Wir haben uns intensiv mit den Anregungen auseinandergesetzt.

Nach dem Verständnis der CDU-Landtagsfraktion gehören zu den Kommunen als Oberbegriff nicht nur die Städte und Gemeinden, sondern auch die Landkreise und die Zweckverbände. Für diese gilt die neue Schuldenbremse natürlich nicht. Aus Artikel 109 Absatz 3 des Grundgesetzes ergibt sich, dass die Schuldenbremse nur für Bund und Länder gilt. Der künftige Ausgleich des Landeshaushalts kann und darf nicht zu Lasten der kommunalen Haushalte gehen.

Gerade in Zeiten wie diesen müssen wir, das Land, unseren Kommunen auch weiterhin als starker Partner verlässlich zur Seite stehen, meine Damen und Herren. Wir müssen gerade in diesen außergewöhnlichen Zeiten kurz- und mittelfristig dafür Sorge tragen, dass die Leistungsfähigkeit unserer Kommunen auf weiterhin hohem Niveau bleibt.

Lassen Sie mich noch kurz den Fokus auf die Diskussion um die Schuldenbremse vor Corona richten. Der Staat hatte in den vergangenen Jahren sicherlich kein Einnahmeproblem. Deshalb war es ihm auch möglich, Mittel für Investitionen in einem hohen Maß zur Verfügung zu stellen. Das haben wir auch getan. Die Forderung nach einer Lockerung der Schuldenbremse für Investitionen wurde immer wieder mit dem faden-scheinigen Argument untermauert, dass der Staat so zusätzliche Mittel für Investitionen in die Hand nehmen könne.

(Tobias Wald)

Meine Damen und Herren, das, glaube ich, ist falsch. Ich bin der vollen Überzeugung, dass dies eben nicht zu mehr Investitionen führen würde; denn die vorhandenen Mittel würden weniger für investive Maßnahmen als vielmehr für Konsum und andere strukturelle Ausgaben verwendet.

Nach einer Untersuchung des ZEW in Mannheim in diesem Jahr sehen die Finanzmarktexperten nicht in der Schuldenbremse selbst das maßgebliche Hindernis für höhere Investitionen, sondern vor allem in der Bürokratie, in den Kapazitätsengpässen in der Wirtschaft, beispielsweise der Bauwirtschaft, und in den politischen Widerständen der jeweils Betroffenen.

Meine Damen und Herren, wir werden die Schuldenbremse nicht aufweichen. Wir stehen für eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik. Wir nehmen damit Rücksicht auf die nächsten Generationen. Das ist mir sehr wichtig.

Ich danke den Kolleginnen und Kollegen der Fraktion GRÜNE, der SPD- und der FDP/DVP-Fraktion für die guten und konstruktiven interfraktionellen Beratungen. Danken möchte ich unserer Finanzministerin Edith Sitzmann, unserer Finanzstaatssekretärin Gisela Splett sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzministerium. Sie haben den interfraktionellen Dialog sehr gut, fachlich fundiert moderiert und natürlich auch begleitet.

Danken möchte ich abschließend auch für die guten Beratungen im Finanzausschuss, auch Herrn Stickelberger als Vorsitzendem des Ausschusses.

Meine Damen und Herren, wir haben für unser Land eine sehr gute Lösung gefunden. Darauf können wir stolz sein, und dafür können wir dankbar sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, wir hatten heute Vormittag, vor der Mittagspause, vereinbart, einen weiteren Punkt als neuen Punkt 5 auf die Tagesordnung zu nehmen: Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten. Wie Sie sehen, ist Herr Ministerpräsident Kretschmann inzwischen anwesend.

Ich würde jetzt vorschlagen, dass wir Punkt 6 nachher in der entsprechenden Reihenfolge fortsetzen und jetzt die Regierungsinformation durch Herrn Ministerpräsident Kretschmann vornehmen.

Ich rufe jetzt den neuen **Punkt 5** auf:

Regierungsinformation – Bericht des Ministerpräsidenten zu den Ergebnissen der Ministerpräsidentenkonferenz und Aussprache

Heute Vormittag haben wir nicht über die Redezeiten gesprochen. Allerdings würde ich Ihnen aufgrund der Aktualität und der Wichtigkeit des Themas freie Redezeit vorschlagen – außer, Sie wollen eine Beschränkung.

Wenn sich jetzt kein Widerspruch erhebt, dann stelle ich –

(Zurufe, u. a. des Abg. Anton Baron AfD – Unruhe)

– Moment, Herr Abg. Baron.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Einfach nach Geschäftsordnung!)

Es geht nach der Geschäftsordnung. Es wurde heute Vormittag so besprochen. – Im Anschluss an die Regierungsinformation findet die Aussprache statt. Hierfür gilt nach § 83 a –

(Zurufe, u. a. des Abg. Anton Baron AfD)

– Herr Abg. Baron, warten Sie einmal. – Nach § 83 a Absatz 3 Satz 5 der Geschäftsordnung beginnt nach der Regierungsinformation des Ministerpräsidenten ein Redner, eine Rednerin der Oppositionsfraktionen. Dieses Mal wäre die FDP/DVP an der Reihe. Es gibt eine Reihenfolge, die von der Verwaltung festgehalten wird. Sie können sicher sein: Das ist auch korrekt.

Wenn ich jetzt keinen erheblichen Widerspruch sehe – den ich nicht feststelle –, dann verfahren wir so.

Ich erteile das Wort Herrn Ministerpräsident Kretschmann für die Regierungsinformation.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Sie über die Besprechung der Länderchefs mit der Kanzlerin informieren. Dabei muss ich vorausschicken, dass wir eine Reihe wichtiger Fragen leider nicht mehr behandelt haben. Der Grund dafür ist, dass einige Länder in den vergangenen Tagen vorgeprescht sind und sehr konkrete Lockerungspläne angekündigt oder sogar beschlossen haben.

(Zuruf)

Aus meiner Sicht wird diese Entwicklung die Akzeptanz der Maßnahmen erschweren. Deshalb habe ich im Vorfeld dieser Konferenz bewusst keine eigenen Pläne veröffentlicht, geschweige denn sind solche beschlossen worden, obwohl wir natürlich auch solche Pläne in der Schublade hatten.

(Zurufe, u. a.: Hört, hört!)

In der Folge haben sich Bund und Länder heute darauf verständigt, dass künftig einige Bereiche – das ist eine Folge dessen, was ich gerade gesagt habe – wie Gastronomie, Tourismus oder Kultur nun landesspezifisch und vor dem Hintergrund des jeweiligen lokalen Infektionsgeschehens geregelt werden. Wir haben aber auch vereinbart, dass wir weiter einen gemeinsamen Rahmen sicherstellen wollen, z. B. durch gemeinsame Hygiene- und Abstandskonzepte der jeweiligen Fachministerkonferenzen.

Folgende gemeinsame Beschlüsse haben die Kanzlerin und die Länderchefs heute gefasst:

Erstens: Wir waren uns einig, dass Abstandhalten weiter oberstes Gebot sein muss, wenn wir jetzt schrittweise weitere Öffnungen vornehmen. Der Mindestabstand von anderthalb Metern ist unsere schärfste Waffe im Kampf gegen die Pandemie.

(Beifall)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Deshalb werden wir ihn noch für lange Zeit brauchen. Das Gleiche gilt für die Pflicht, in bestimmten öffentlichen Bereichen zumindest eine Alltagsmaske zu tragen. Die Kontaktbeschränkungen haben wir im Grundsatz bis zum 5. Juni verlängert. Sie wissen, das ist ein starker Grundrechtseingriff.

(Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Ja, und der ist nicht mehr gerechtfertigt! – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Mit welcher Begründung?)

Deswegen haben wir uns angesichts der niedrigen Infektionszahlen auf eine Erleichterung verständigt. Bisher durfte man nur mit einer weiteren Person oder mit den Menschen, mit denen man zusammenlebt, auf die Straße gehen. Künftig darf man auch mit mehreren Personen eines weiteren Hausstands – also einer anderen Familie oder Wohngemeinschaft – hinausgehen.

Zweitens – das ist uns sehr wichtig – haben wir ein Konzept für den Umgang mit regionalen und lokalen Infektionshotspots beschlossen. Um die Zeitspanne zu überbrücken, bis ein Impfstoff vorliegt, brauchen wir eine möglichst große Kontrolle des Infektionsgeschehens. Das bedeutet erstens, dass die Zahl der Neuinfektionen möglichst niedrig sein muss, weil wir nur so die Nachverfolgung sicherstellen können. Daher gelten weiter die harten Einschränkungen, damit die Zahl weiter sinkt und dann niedrig bleibt. Das bedeutet zweitens, dass wir neue Infektionsherde schnell erkennen und eindämmen müssen. Dafür haben wir ein Konzept für eine lokale Eindämmung beschlossen.

Das Konzept sieht Folgendes vor: Wenn ein Landkreis innerhalb von sieben Tagen mehr als 50 Neuinfektionen auf 100 000 Einwohner zu verzeichnen hat, die nicht an einem klar begrenzten Ort wie etwa einem Altenheim oder einer Landeserstaufnahmeeinrichtung auftreten, müssen regional konsequente Beschränkungen eingeführt werden. Es geht also darum, regionale und lokale Brandherde umgehend durch schnelle, örtlich begrenzte Beschränkungen zu bekämpfen. Das ist wichtig, da ja alle Öffnungen das Risiko mit sich bringen, dass die Zahl der Infektionen wieder zunimmt. Wir haben in der Vergangenheit gesehen, dass gerade lokale Infektionsherde zu einem echten Problem werden können.

Das ist sozusagen der wichtigste Beschluss heute. Wir gehen weiter in den Öffnungen, haben aber bestimmte Grundstrukturen erhalten, die etwa Abstände und Kontakte betreffen, auch wenn es hierbei Erleichterungen gibt. Das heißt aber, dass dann, wenn lokale Brandherde auftreten, sozusagen lokale Lockdowns stattfinden. Das muss allen klar sein.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Dr. Baum zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein. – Drittens werden Bund und Länder bei den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam für die Nutzung der vom Bund geplanten Tracing-App werben. Bei der App setzen wir auf Datenschutz und Freiwilligkeit, aber vor allem auch auf das Verantwortungsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger. Es wird entscheidend sein, dass große Teile der Bevölkerung die App nutzen. Sie ist ein wichtiges Instrument, um die Infektionsketten nachvollziehen und unterbrechen zu können. Deshalb appelliere ich an den Bund, die App bald an den Start zu bringen. Wir haben hier schon viel Zeit verloren.

Viertens haben wir uns auf einen gemeinsamen Rahmen für weitere Öffnungsschritte geeinigt, nämlich bei den Schulen, bei der Kinderbetreuung, für den Sport.

Bei den Schulen haben wir beschlossen, den Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler schrittweise wieder aufzunehmen. Auch hier gelten natürlich die Abstands- und Hygieneregeln. Nur so kann es funktionieren. Ziel ist es, dass abhängig vom Infektionsgeschehen alle Schülerinnen und Schüler vor den Sommerferien tage- oder wochenweise die Schule wieder besuchen können.

In Baden-Württemberg gehen ja bereits seit dieser Woche die Jugendlichen wieder in die Schule, bei denen in diesem oder im nächsten Jahr die Abschlussprüfungen anstehen. In einem nächsten Schritt werden die Viertklässler voraussichtlich ab dem 18. Mai wieder starten. In einem weiteren Schritt sollen dann nach Pfingsten alle Schüler der anderen Klassenstufen in einem rollierenden System wieder an die Schulen kommen. Außerdem werden für die Schülerinnen und Schüler, die wir mit dem Fernlernen in den vergangenen Wochen nicht erreicht haben, Lerngruppen an den Schulen eingerichtet. In den Sommerferien wird es zudem freiwillige Lern- und Förderangebote geben.

Auch bei der Kinderbetreuung haben wir uns auf einen gemeinsamen Rahmen für eine stufenweise Öffnung verständigt. Ab dem 11. Mai wird in allen Ländern eine flexible und stufenweise Erweiterung der Notbetreuung eingeführt. Dabei soll sichergestellt werden, dass jedes Kind, das nach den Sommerferien in die Schule kommt, vorher noch einmal die Kita besuchen kann. Bei uns in Baden-Württemberg haben wir die Notbetreuung ja schon seit dem 27. April deutlich ausgeweitet.

Über eine weiter gehende Öffnung bei der Kinderbetreuung werden wir entscheiden, sobald Mitte Mai die Ergebnisse unserer Studie vorliegen. In dieser Studie lassen wir derzeit untersuchen, in welchem Maß Kinder ansteckend sind und wie häufig sie sich selbst anstecken.

Beim Sport haben die Kanzlerin und die Ministerpräsidenten beschlossen, kontaktlosen Outdoorsport unter freiem Himmel wieder zu erlauben. Damit ist Sport im Freien gemeint, bei dem man die Abstandsregeln unproblematisch einhalten kann, also z. B. Tennis, Leichtathletik oder Golf. Für Baden-Württemberg werden wir das bereits für die kommende Woche beschließen.

Fünftens halten Bund und Länder die Fortsetzung des Spielbetriebs der Ersten und Zweiten Fußballbundesliga ab der zweiten Maihälfte unter dem von der DFL erarbeiteten Schutzkonzept für vertretbar.

(Zuruf: Und der Amateursport?)

Mir ist bewusst, dass das sehr umstritten ist. Das wird sehr, sehr kontroverse Diskussionen auslösen.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Jetzt schon!)

Da gibt es harte Befürworter und genauso harte Gegner. Für mich war ausschließlich die Frage entscheidend, welche Auswirkungen die Fortsetzung des Spielbetriebs auf das Infektionsgeschehen hat. Die Risiken halte ich für epidemiologisch

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

vertretbar, wenn das Schutzkonzept strikt eingehalten wird. Die Voraussetzungen sind vor allem engmaschiges Testen – dabei dürfen die Tests nicht zulasten medizinisch notwendiger Tests aus anderen Bereichen gehen –, Einhaltung der Quarantäneregeln bei Infektionen. Hier darf es keinen Sicherheitsrabatt geben.

Ich will noch einmal sagen – das haben wir heute nicht angesprochen, das will ich Ihnen aber sagen –, dass ich mir ein ähnliches Vorgehen auch für andere Branchen und Berufe vorstellen kann, z. B. aus dem Kulturbereich. Auch da gibt es ja sozusagen Gruppen, die nicht kontaktlos arbeiten können. Ich denke beispielsweise an eine Ballettkompanie oder an ein Schauspielensemble. Auch sie könnten unter ähnlichen Voraussetzungen wie die Bundesligaspieler wieder trainieren und spielen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Exakte Überlegungen, die wir hier anstellen, sind heute auf der MPK nicht besprochen worden.

Sechstens sollen künftig überall in der Republik auch Geschäfte mit mehr als 800 m² Verkaufsfläche öffnen dürfen. Dafür sollen strenge Regeln gelten, um möglichst zu vermeiden, dass zu viele Menschen in den Geschäften sind oder sich Warteschlangen bilden. Das ist bei uns ja schon geregelt.

Siebtens wurde beschlossen, dass Bewohner von Pflegeheimen, Krankenhäusern oder Behinderteneinrichtungen regelmäßig Besuch durch eine ausgewählte Person erhalten können. Das ist wichtig, damit alte Menschen oder Menschen mit Behinderungen nicht vereinsamen. Gleichzeitig versuchen wir, das Infektionsrisiko dadurch zu minimieren, dass nur eine einzige Person zu Besuch kommen darf – das aber regelmäßig. Selbstverständlich müssen auch dabei strenge Hygienevorschriften eingehalten werden. Wir wissen, bei den angesprochenen Bewohnern handelt es sich um besonders vulnerable Gruppen.

Diese Vereinbarungen werden wir in Baden-Württemberg schnell umsetzen.

Meine Damen und Herren, wie ich bereits sagte, hat auch meine Regierung in den vergangenen Tagen und Wochen intensiv an einem Stufenplan gearbeitet, wie und wann wir Wirtschaft und Gesellschaft im Land weiter öffnen können. Wir sind damit nur nicht vor der heutigen Besprechung der Kanzlerin mit den Länderchefs hausieren gegangen – sehr bewusst und im Gegensatz zu anderen.

(Beifall)

Ich möchte Ihnen diese Stufenplanung kurz vorstellen. Der Plan folgt weiterhin dem Prinzip der Umsicht und Vorsicht – so, wie wir es auch mit Bayern abgestimmt haben. Unser oberstes Ziel ist und bleibt der Schutz der Gesundheit der Menschen in Baden-Württemberg. Dementsprechend bleibt auch weiterhin der Infektionsschutz der wichtigste, grundlegende Maßstab unseres Handelns. Eine zweite Infektionswelle wollen wir unbedingt vermeiden.

Wie ich Ihnen in den letzten Tagen und hier im Plenum schon gesagt habe, ist der Stufenplan in Form eines Ampelsystems ausgestaltet. Es folgt klaren, nachvollziehbaren Kriterien: ers-

tens dem Ansteckungsrisiko. Hier stellt sich die Frage, wie hoch die Infektionsgefahr ist, wenn man einen bestimmten Bereich wieder öffnet – z. B. Restaurants oder den Outdoor-sport.

Zweitens prüfen wir, ob es eine Möglichkeit gibt, ein wirksames Konzept zur Minimierung des Infektionsrisikos zu entwickeln, also, wie gesagt, Abstands- und Hygieneregeln sowie eine Maskenpflicht wie beim Einkaufen.

Drittens schätzen wir ab, ob eine solche Konzeption zur Risikominimierung wirksam durchgesetzt und auch deren Einhaltung kontrolliert werden kann. Dabei können wir umso schneller lockern und öffnen, je besser sich die Infektionszahlen entwickeln. Sollten sie sich allerdings wieder verschlechtern, müssten Lockerungen und Öffnungen auf später verschoben oder sogar befristet zurückgenommen werden.

Dieser Vorbehalt ist mir aus zwei Gründen besonders wichtig. Zum einen müssen wir eine zweite Welle und damit eine mögliche Überlastung des Gesundheitssystems unbedingt vermeiden. Zum anderen sollen auch keine falschen Erwartungen und Hoffnungen geweckt werden. Darum umfasst das System natürlich – wie bei einer Ampel gewohnt – drei Farben: grün, gelb und rot.

Alles, was dem grünen Bereich – das sind die Stufen 0 und 1 – zugeordnet ist, haben wir bereits geöffnet oder werden wir in einem nächsten Schritt am 11. Mai wieder öffnen. In die Stufe 0 gehören der Einzelhandel, Friseure, alle nicht körpernahen Dienstleistungen, Gottesdienste, Museen und Ausstellungshäuser, Zoos und botanische Gärten sowie der Schulunterricht für Schülerinnen und Schüler, bei denen in diesem oder im nächsten Jahr die Abschlussprüfungen anstehen. Auch die Notbetreuung für Klein- und Grundschulkindern haben wir deutlich erweitert.

Mit der Stufe 1 verfolgen wir dann ab dem 11. Mai weitere Öffnungen unter strengen Hygienevorgaben und Infektionsschutzmaßnahmen, die ebenfalls zum grünen Bereich gehören. Dazu zählen Outdoorsportanlagen für Kontaktsportarten wie z. B. Leichtathletik, Tennis oder Golf, ferner Musikschulen, Fahrschulen, körpernahe Dienstleistungen wie beispielsweise Massage-, Kosmetik- oder Nagelstudios.

Alles, was dem gelben Bereich der Stufe 2 zugeordnet ist, wird nach heutigem Stand des Infektionsgeschehens vor Pfingsten geöffnet werden. Dazu gehören die Rückkehr der Viertklässler in die Schule, die Öffnung der Außengastronomie und der Campingplätze sowie kontaktarme Ausflugsziele wie z. B. der Fahrrad- oder Bootsverleih.

Für das weitere Vorgehen habe ich meiner Landesregierung Folgendes vorgeschlagen: Danach sind mögliche weitere Öffnungen im gelben Bereich der Stufe 3 zugeordnet. Sollte die Infektionsrate weiter stabil bleiben, wären Öffnungen im Innenbereich von Speisegaststätten und bei den Schulen möglich.

Ab Pfingsten können dann in Stufe 4 weitere Einrichtungen aus den Bereichen Sport und Tourismus öffnen: Tanzschulen, Kletterhallen, Sporthallen, Besucherzentren, Freizeitparks. Natürlich sind dabei immer strenge Hygienevorgaben und Infektionsschutzmaßnahmen einzuhalten.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Allem, was dem roten Bereich zugeordnet ist, können wir nach heutigen Maßstäben aus epidemiologischer Sicht keine konkrete Öffnungsperspektive bieten.

(Zuruf)

Dazu gehören vor allem Großveranstaltungen wie Messen, Kongresse, Volksfeste und Sportveranstaltungen sowie Freizeit- und Kultureinrichtungen wie Theater, Kinos, Diskotheken und Musikfestivals. Für den Gastronomie- und Tourismusbereich gehören dazu der Innenbereich von Kneipen und Bars sowie Sauna- und Wellnessbetriebe. Für diese Bereiche müssen aufgrund ihrer Natur stringente Hygienekonzepte erarbeitet und geprüft werden. Diese liegen noch nicht vor. Daher können wir zum heutigen Stand nicht abschätzen, wann diese Bereiche wieder öffnen können. Wir müssen das auch erst mit den Ministerien schlussabstimmen.

Meine Damen und Herren, das sind die Bereiche. Klar ist natürlich, dass man jetzt an eine Oper sehr viel einfacher mit bestimmten Kriterien wird herangehen können als an das Cannstatter Volksfest, das sicher sehr weit in die Zukunft geschoben wird.

Im Kulturbereich geht es immer um drei Bereiche: Zuschauer, Beschäftigte und Spieler. Diese erfordern jeweils unterschiedliche Herangehensweisen. Das muss man sorgfältig prüfen und aufeinander abstimmen.

Das heißt, rot bleibt nicht rot – wenigstens bei vielen, die da aufgeführt sind. Vielmehr müssen sie erst mit Konzepten unterlegt werden. Dann können sie in den gelben Bereich rücken, und dann kann man dafür auch eine Ausstiegsperspektive formulieren.

So weit, meine Damen und Herren. Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Nun erteile ich das Wort für die FDP/DVP-Fraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst, Herr Ministerpräsident, namens meiner Fraktion herzlichen Dank für diese Information, auch wenn ich nicht verhehlen kann, dass das Verfahren am heutigen Tag schon etwas merkwürdig gewesen ist. Das kann Ihnen ja nicht entgangen sein. So hat der Landtag von Baden-Württemberg nun erfahren, dass Sie das Ziel hatten, nach dieser Konferenz die Presse zu informieren, wobei die Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg aber auf dem Stand waren: Der Ministerpräsident hat sich für den gesamten Plenartag entschuldigt. Ich hätte schon erwartet, Herr Ministerpräsident, dass Sie dazu ein paar Worte sagen und uns diesen Zusammenhang erklären. Oder war es so, dass Sie tatsächlich Ihre Pläne geändert haben, nachdem Sie einsehen mussten, dass es einfach nicht geht, dass der Ministerpräsident an einem Plenartag mit der Presse, aber nicht mit dem Parlament redet?

(Beifall)

Dann sprachen Sie wieder von Vorpreschen. Sie haben in den letzten Tagen häufiger zu verstehen gegeben, dass Ihnen bei-

spielsweise nicht gefällt, dass der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt zu einer Lockerung bei den Kontaktbeschränkungen kommt. Allerdings ist es offensichtlich so, dass es in Sachsen-Anhalt Tage ohne eine einzige Neuinfektion gibt. Das rechtfertigt Kontaktbeschränkungen einfach nicht mehr. Denn – ich darf eine Aussage des Kollegen Reinhart vom heutigen Vormittag zitieren und auch das, was ich in der letzten Woche selbst gesagt habe – der geistige Urheber ist ja Herr Papier, der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, der gesagt hat: Diejenigen, die Freiheitsrechte einschränken, sind in der Rechtfertigungspflicht, nicht diejenigen, die sie fordern.

(Beifall)

Deshalb ist es eben nicht gerechtfertigt, Kontaktsperren aufrechtzuerhalten, wenn es, wie im Land Sachsen-Anhalt, keine Neuinfektionen mehr gibt. Da wäre etwas mehr Verständnis nachvollziehbar.

Sie haben ja offensichtlich am heutigen Tag auch einem Konzept zugestimmt, das in diese Richtung geht. Sie haben vorhin gesagt, der eigentlich wichtigste Beschluss des heutigen Tages seien künftige Maßnahmen, die eher regional ausgerichtet sind. Wenn nämlich über sieben Tage hinweg in einer Region auf 100 000 Einwohner mehr als 50 Neuinfektionen feststellbar seien, dann müsse man darauf reagieren, um lokale Infektionsherde zu isolieren und die Ausbreitung zu verhindern. Das ist der heutige Beschluss.

Ich habe am heutigen Vormittag gesagt – das lief ja schon über den Ticker –: Das ist nachvollziehbar. Denn wir haben sowohl in Deutschland als auch insbesondere in Italien oder Frankreich festgestellt, dass aus Hotspots solche schwierigen Infektionslagen – genau das ist das Problem bei dieser Krankheit – entstehen können. Deshalb ist es auch nachvollziehbar, dass man sagt: „Wir tun uns schwer, in absehbarer Zeit beispielsweise Fußballspiele mit 80 000 oder 100 000 Zuschauern zuzulassen.“ Auch die regionale Komponente der Seuchenbekämpfung ist nachvollziehbar.

Dann muss man aber auch den Regierungschefs einzelner Bundesländer zugestehen, dass sie regional unterschiedliche Entscheidungen treffen, und darf nicht immer fordern, dass 16 Regierungschefs zur Befehlsausgabe durch die Kanzlerin gehen und anschließend die ganze Republik im Gleichschritt marschiert. Das ist der falsche Weg der Seuchenbekämpfung, meine Damen und Herren.

(Beifall – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Nun sagen Sie, die Kontaktbeschränkungen seien weiter notwendig – einen Abstand von 1,5 m halten, eine Alltagsmaske tragen. Und weiterhin wird Menschen in unserem Land vorgeschrieben, ob sie sich treffen dürfen oder nicht.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Wahnsinn!)

Dies bedeutet eine Einschränkung von Grundrechten auch in naher Zukunft.

Ich kann nur noch einmal daran erinnern, wie die Grundrechtseinschränkung immer begründet worden ist: Sie wurde mit einem exponentiellen Anstieg der Zahl der Infektionen begründet, mit der Gefahr einer Überlastung des Gesundheitswesens, die dazu führen könne, dass am Ende Schwerkranke nicht

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

mehr angemessen behandelt werden könnten und es zur Triage komme, dass also Ärzte entscheiden, wer noch behandelt wird und wen man sterben lässt. Das war die Rechtfertigung. Und wenn ich mir die aktuellen Zahlen anschau, muss ich sagen: Diese Einschränkung der Grundrechte ist eben nicht mehr gerechtfertigt. Eine Begründung, die nachvollziehbar ist, sind uns all diejenigen, die heute verhandelt haben, schuldig geblieben. Diese Maßnahmen, die Einschränkungen der Grundrechte sind nicht mehr nachvollziehbar.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Rülke, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Dr. Baum zu?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja. Ich gehe davon aus, sie ist kompetent.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Frage oder die Person?)

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr freundlich, Herr Rülke. – Wir sehen ja jetzt, dass wir bezüglich der Corona-Epidemie eigentlich die gleiche Einschätzung der Lage haben. Warum haben Sie dann heute Vormittag unserem Dringlichkeitsantrag bezüglich einer Neubewertung nicht zugestimmt?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie können sich wieder setzen. Ich habe die Frage verstanden.

(Heiterkeit)

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sie können mir auch gern so antworten.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Baum, Sie haben gerade behauptet, wir hätten die gleiche Einschätzung der Coronakrise. Ich zitiere noch einmal Ihren Fraktionsvorsitzenden, Herrn Gögel. Er hat am 19. März erklärt:

Wenn Sie die Pandemie eindämmen wollen, müssen Sie die Menschen zwangsweise separieren und deshalb auch eine Ausgangssperre verhängen.

Frau Baum, das ist das Gegenteil von dem, was die FDP vertritt. Es trifft eben nicht zu, dass wir dieselbe Meinung vertreten würden. Es ist nur so, dass Sie in einem Anflug von Demenz Ihre Auffassung geändert haben, weil Sie der Meinung sind, dies bringt Ihnen populistisch mehr. Das ist Ihre Politik von der AfD.

(Beifall – Zurufe, u. a. der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, es ist notwendig, eine andere, eine bessere Begründung zu liefern, als sie Ihnen am heutigen Tag gelungen ist. Und die Begründungen werden ja auch ständig gewechselt. Wie gesagt, zunächst war die Rede davon: „Wir müssen darauf achten, dass das Gesundheitswesen nicht überlastet wird.“ Dann wurde von einem Verdopplungszeitraum geredet – 14 Tage. Der Verdopplungszeitraum liegt inzwischen bei über 70 Tagen. Deshalb hat man sich davon verabschiedet.

Dann kam der Reproduktionsfaktor. Es wurde behauptet, dieser Faktor könne mit den bisherigen Maßnahmen gar nicht un-

ter 1 sinken. Und wenn er wieder auf 1,1 steigen würde, wäre das Gesundheitssystem spätestens im Oktober am Ende. Inzwischen liegt der Reproduktionsfaktor deutlich unter 1 – bei allen Unschärfen, die das Robert Koch-Institut da immer wieder einräumen muss.

Dann hieß es vom Robert Koch-Institut plötzlich, man möge den Reproduktionsfaktor nicht absolut setzen, sondern es gehe auch um die Gesamtzahl der Infizierten. Die ist mittlerweile deutlich gesunken.

Anschließend hat man vor einer zweiten Welle gewarnt, und jetzt geht es plötzlich um das lokale Geschehen.

Meine Damen und Herren, bei dieser Widersprüchlichkeit einer Seuchenbekämpfungspolitik, einer Widersprüchlichkeit der Regierungspolitik brauchen Sie sich nicht darüber zu wundern, dass die Akzeptanz dieser Politik in der Bevölkerung schwindet und Sie eine Entwicklung erleben, in der die Wut der Menschen steigt. Sie laufen mit dieser Politik Gefahr, die Bevölkerung zu verlieren. Sie müssen diese Maßnahmen besser erklären. Am heutigen Tag haben wir keine Erklärungen gehört.

(Beifall)

Richtig ist es, eine Tracing-App anzubieten. Es gefällt uns gut, wenn hier das Prinzip der Freiwilligkeit genannt wird und sie eben nicht verpflichtend zu nutzen ist – Pläne, wie sie Herr Spahn jetzt zurückziehen musste. Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, davon redeten: „Es wurde Zeit verloren“, hätten Sie vielleicht auch einmal den Mut haben können, an dieser Stelle die von Ihnen so verehrte Bundeskanzlerin zu kritisieren. Ich lese überall: Alles, was Sie machen, stimmen Sie mit der Bundeskanzlerin ab. Es geschieht nichts, was die Bundeskanzlerin nicht will. Aber die Bundeskanzlerin und ihre Regierung verantworten, dass wir diese App noch nicht haben, weil die Bundesregierung bis vor gut einer Woche einem zentralen Ansatz gefolgt ist und erst dann den Ansatz geändert hat. Das ist ein Versagen der Bundesregierung; das kann man an dieser Stelle einmal deutlich sagen.

(Beifall – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Sie sprachen davon, schrittweise die Schulen zu öffnen – nach Pfingsten, in einem rollierenden System – und anschließend die Kindertagesstätten mit einzubeziehen. Das klang, Herr Ministerpräsident, als stünde dieser Plan schon unumstößlich fest.

Sie haben dann in einem Nebensatz die Studie erwähnt, die Ihre Landesregierung in Auftrag gegeben hat. Ich glaube, diese Studie und deren Ergebnisse sind schon wichtig. Denn wenn es so ist, wie Professor Henneke aus Freiburg, Kinderinfektiologe am Universitätsklinikum, sagt – dass nämlich der Krankheitsverlauf, der Infektionsverlauf bei Kindern und Jugendlichen nicht nur im Schnitt deutlich milder ist als bei Älteren, sondern dass Kinder diese Infektion eben auch deutlich seltener weitergeben –, dann kann dieser Plan nicht so bleiben, sondern dann muss er sich verändern.

Es stellt sich also schon die Frage, inwieweit diese Ergebnisse noch geeignet sind, den Plan, den Sie am heutigen Tag für Kindertagesstätten und für Schulen vorgestellt haben, zu ver-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

ändern. Wenn es möglich ist, Herr Ministerpräsident, dass diese Studie den Plan verändert, dann kann man Ihnen und Ihrer Regierung nur raten, sich besser darauf vorzubereiten, als es im Moment der Fall gewesen ist.

Denn wir stellen fest: Baden-Württemberg ist nicht nur zusammen mit dem Saarland das letzte Bundesland, das wieder in den Schulunterricht eingestiegen ist, sondern unser Land war offensichtlich auch nicht hinreichend vorbereitet. Wenn Sie auf diese Studie reagieren wollen, dann können Sie mit den Vorbereitungen nicht erst anfangen, wenn die Studie vorliegt.

Deshalb wäre Ihnen anzuraten, sich flexibler auf das vorzubereiten, was da möglicherweise kommen könnte und was auch wünschenswert wäre, nämlich eine raschere und umfanglichere Öffnung der Schulen und Kindertagesstätten, als Sie das offensichtlich vorhaben – falls die Studie es hergibt.

Sie sprachen über den Sport. Ich darf Sie zitieren. Sport ist möglich: kontaktlos, outdoor, im Freien. Sie haben dann schon angedeutet, dass die Fußballbundesliga dazu im Grunde nicht passt. Outdoor ja, im Freien auch, aber kontaktlos dürften die Spiele in der Fußballbundesliga nicht verlaufen.

Nun kann man natürlich sagen: „Dort war der Druck besonders groß.“ Das stimmt. Wer die Nachrichtenlage verfolgen konnte, hat festgestellt: Niemand äußert sich so häufig zu der Notwendigkeit der Überwindung des Shutdowns wie Fußballbundesligisten. Ich habe auch nichts dagegen. Aber mit welchem Recht sagen wir eigentlich Gastronomen, dass sie ihr Gasthaus nach wie vor nicht öffnen dürfen, wenn gleichzeitig so viel Energie für die Fortsetzung von Geisterspielen in der Fußballbundesliga aufgebracht wird? Das ist schlicht nicht nachvollziehbar.

(Beifall)

Darüber hinaus sprachen Sie davon – zumindest mir ist nicht so ganz klar geworden, wie das gemeint ist –, dass Ballett und Schauspiel dann auch möglich sein müssten. Habe ich das richtig verstanden? Ballett wird also geprobt,

(Zuruf: Bloß Außenbereich!)

Schauspiel wird geprobt, aber es gibt dann keine Aufführungen?

(Unruhe)

Oder gibt es Aufführungen – mit einem entsprechenden Hygienekonzept?

Was bedeutet das für andere Veranstaltungen? Kann beispielsweise ein Musikverein, der mit einem solchen Konzept möglicherweise für eine Aufführung proben kann, dann auch damit rechnen, eine Aufführung machen zu dürfen? Kann er damit rechnen, dass Publikum kommen darf? Und, wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Also, Sie sprachen davon, Schauspiel und Ballett müssten einen ähnlichen Plan vorlegen wie die Fußballbundesliga. Heißt das, dass dann eine Balletttruppe auch 14 Tage in Quarantäne geht und jeden Tag getestet wird, und nach 14 Tagen kann sie auftreten? Das ist wahrscheinlich nicht sonderlich realis-

tisch. Da würden wir uns schon etwas mehr Aufklärung wünschen.

Gut ist, dass Sie sich jetzt endgültig von der 800-m²-Regelung verabschieden. Das haben wir Ihnen ja schon früher geraten.

Gut ist, dass es bei den Altenheimen zu Lockerungen kommt – natürlich unter entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen; das ist angesichts der vulnerablen Gruppen klar –, dass es die Möglichkeit gibt, dass solche Menschen dann wieder in Kontakt mit ihren Angehörigen treten.

Nicht so ganz klar geworden ist aber: Was haben Sie mit der Gastronomie vor? Ich habe irgendetwas von Außengastronomie gehört. Wann soll das losgehen? Ihre Wirtschaftsministerin hat gefordert: am Muttertag. Vom Muttertag habe ich bei Ihnen jedoch nichts gehört. Vor Pfingsten? Okay. Und nach Pfingsten dann Tanzschulen, Freizeitparks etc.

Ich habe ja ein gewisses Verständnis dafür, dass Sie mit Ihrer Regierung vielleicht ein paar Tage brauchen, um die entsprechenden Verordnungen auszuarbeiten. Was ist denn beispielsweise die konkrete Voraussetzung dafür, dass ein Freizeitpark öffnen darf? Welche Abstandsregelungen sind dann notwendig, welche Hygienebestimmungen sind dann einzuhalten? Wir würden uns wünschen, dass Sie das schon einmal deutlich machen.

Das muss dann aber auch für alle gelten. Es darf nicht so sein, dass nur der Fußballbundesliga Kontaktsport genehmigt wird und allen anderen nicht. Es darf auch nicht so sein, dass die Tests machen müssen und die anderen nicht. Wir brauchen vielmehr nachvollziehbare Kriterien, die auch wirklich für alle gelten und bei denen nicht Einzelnen, die besonders laut schreien, eine Extrawurst gebraten wird. Denn genau das ist der Grund dafür, dass in der Bevölkerung die Akzeptanz schwindet.

(Beifall)

Erstellen Sie also bitte möglichst bald klare Kriterien, und geben Sie diese Kriterien dann auch an die Betroffenen weiter, aber möglichst nicht sonntagabends um 23 Uhr und mit der Erwartung gegenüber den Kommunalen, das Ganze dann Montagmorgen um acht umzusetzen.

Also, es sind viele Fragen offengeblieben, Herr Ministerpräsident. Der Landtag von Baden-Württemberg und unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger erwarten da zu Recht noch eine ganze Menge Antworten.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, vielen Dank für die schnelle und ausführliche Information des Parlaments nach der Ministerpräsidentenkonferenz. Ich begrüße es ausdrücklich, dass die Abgeordneten aus erster Hand informiert werden.

(Lachen – Zurufe – Unruhe)

(Andreas Schwarz)

Ich finde das auch sehr notwendig, und ich begrüße es ausdrücklich, Herr Ministerpräsident, dass Ihre Landesregierung eine transparente Öffentlichkeitsarbeit praktiziert.

(Lachen – Zurufe – Unruhe)

Sie haben nach jeder Ministerpräsidentenkonferenz die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land informiert. Ich finde: Diese transparente Haltung heute gegenüber dem Parlament und grundsätzlich gegenüber der Öffentlichkeit ist wichtig, Herr Ministerpräsident.

(Beifall)

Ich möchte Ihre Haltung ganz klar bekräftigen und auch für meine Fraktion sagen, dass wir den Weg, den Sie heute mit der Kanzlerin sowie Ihren Kolleginnen und Kollegen besprochen haben, mitgehen. Es ist in meinen Augen ein Weg des Ausgleichs, ein Weg der Verantwortung sowohl für das Leben der Menschen in unserem Land als auch für das gesellschaftliche Leben und für die wirtschaftliche Kraft unseres Landes. Das ist bei der Landesregierung gut aufgehoben. Dieser Weg erhöht die Planbarkeit. Das ist vernünftig, das ist verlässlich, und das ist verantwortungsvoll, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Ich bin Ihnen dankbar, Herr Ministerpräsident, dass Sie sich in den letzten Tagen nicht am Wettbewerb der Marktschreier beteiligt haben. Ihren Ausführungen entnehme ich: Die Landesregierung wahrt hier Maß und Mitte mit einem Kurs der angemessenen Maßnahmen auf der Grundlage wissenschaftlich basierter Daten. Ich bin mir sicher: Mit diesem Kurs von Maß und Mitte, mit dem Wahren der Verhältnismäßigkeit, dass wir unsere Maßnahmen immer auf der Grundlage wissenschaftlich basierter Daten treffen, können wir auch gut die Krise überwinden.

(Beifall)

Ich möchte nochmals in Erinnerung rufen, auch Ihnen, Herr Kollege Rülke: Mit diesem Virus können wir nicht verhandeln.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Mir ist das am Beispiel der Sporttaucher aus Innsbruck sehr eindrücklich geworden. Es waren sechs Sporttaucher – nicht Amateurtäucher, sondern Sporttaucher –, die etwas jünger als ich waren, kerngesund. Sie hatten Corona, waren positiv getestet, waren infiziert. Nach einigen Wochen waren sie genesen. Nach wiederum fünf bis sechs Wochen gingen sie zu einem Sportmediziner. Der Sportmediziner musste eine deutliche Sauerstoffunterversorgung feststellen. Das ist für mich ein Warnsignal: eine deutliche Sauerstoffunterversorgung. Das heißt, obwohl das sportliche Leute waren, obwohl die mal ihren Tauchschein bekommen hatten, kam es an ihrer Lunge zu erheblichen Schädigungen, die durch die Genesung nicht behoben worden sind. Das sollte ein Warnsignal sein. Die haben ihren Tauchschein am Ende nicht mehr bekommen.

Deswegen, glaube ich, tun wir alle gut daran, weiter dafür zu sorgen, dass sich das Virus nicht verbreitet, die Verbreitung

einzudämmen und den Gesundheitsschutz nach vorn zu stellen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Wichtig ist uns, dass die Bundesländer hier vom Grundsatz her gemeinsam vorgehen und dass lokalen Gegebenheiten Rechnung getragen wird. Denn es zeigt sich ja: Die Entwicklung des Virus ist in den einzelnen Regionen, in den einzelnen Bundesländern jeweils eine andere. Deswegen finden wir, Herr Ministerpräsident, die regionale Differenzierung, die Sie besprochen haben, zielführend.

Herr Rülke, zu dieser regionalen Differenzierung gehört, dass wir feststellen müssen: Baden-Württemberg und Bayern sind große Ballungsräume für dieses Virus und verzeichnen die größte Zahl von Infektionen. Das heißt: Vergleiche mit Mecklenburg-Vorpommern oder mit Sachsen-Anhalt und Hinweise auf Öffnungen, die Mecklenburg-Vorpommern für Strände und Sachsen-Anhalt jetzt für die Gastronomie vornehmen können, gehen fehl. Da haben Sie Äpfel mit Birnen verglichen, Herr Kollege. Das passt nicht. Wir müssen die Situation in unserem Land berücksichtigen. Das sind wir den Bürgern unseres Landes schuldig.

(Beifall – Zuruf: Genau! – Weitere Zurufe)

Die Strategie für das Land Baden-Württemberg muss sein, so viel gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Aktivität wie möglich zu eröffnen und sich dabei so streng wie nötig an die Einschränkung der Kontakte zu halten. Ich glaube, mit diesem Vorgehen sind wir gut aufgestellt.

Wir begrüßen die Ampelsystematik, die Sie, Herr Ministerpräsident, präsentiert haben. Denn mit diesem Ampelmodell wird der jeweilige Bereich mit fachlicher Expertise bewertet. Es geht also nicht nur um regionale Differenzierung. Vielmehr verstehe ich die Ampelsystematik, die Sie präsentiert haben, so, dass jede Branche, jeder Sektor – Gastronomie, Verkehrsgewerbe, Veranstaltungen, Bildung, Kindertagesstätten – unterschiedlich bewertet werden.

Wir halten es für wichtig, dass diese Bewertung anhand von epidemiologischen Gesichtspunkten erfolgt. Hier werden dann klare Kriterien herangezogen – und das macht die Debatte wieder transparent. Dann sind wir nicht beim Marktschreier, bei demjenigen, der am lautesten schreit, sondern wir sind auf einem klaren, planbaren und nachvollziehbaren Weg. Und das ist wichtig, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Uns in der grünen Landtagsfraktion geht es um das ganze Land, nicht um eine Lobby, die am lautesten schreit. Mit dem Stufenplan bietet die Landesregierung – Herr Ministerpräsident – eine Perspektive auf der Basis konkreter wissenschaftlicher Kriterien. Herr Dr. Rülke, die Wissenschaft überprüft sich nämlich regelmäßig.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Die Wissenschaft wird durch regelmäßige Überprüfung, durch Diskurs, besser. Deswegen bin ich sehr froh, dass in Deutschland im Bund Angela Merkel und in Baden-Württemberg Win-

(Andreas Schwarz)

fried Kretschmann regieren – und eben nicht Christian Lindner oder Hans-Ulrich Rülke. Das sage ich Ihnen hier ganz offen.

(Beifall)

Die Ampelsystematik ist in unseren Augen ein entscheidender Schritt auf einem planvollen Weg zur Normalität. Dieser Stufenplan, diese Ampelsystematik schafft eine realistische und zeitlich abschätzbare Perspektive für alle Lebensbereiche. Wir können damit genau das, was wir heute Morgen unter Tagesordnungspunkt 2 diskutiert haben – der Gastronomie und den anderen Branchen eine Perspektive geben –, einlösen, weil diese Ampelsystematik transparent, übersichtlich und für alle nachvollziehbar ist.

(Beifall)

In der Praxis müssen die Stufen der schrittweisen Öffnung an der Entwicklung der Infektionszahlen und der Wirkung der ergriffenen Hygienekonzepte ausgerichtet werden. Dort, wo Lockerungen noch nicht möglich sind – Herr Ministerpräsident, Sie haben von roten Bereichen gesprochen –, bin ich klar dafür, dass wir, das Land, die Betroffenen unterstützen. Das haben wir heute Morgen deutlich gemacht.

Ich sage es an dieser Stelle noch einmal: Wir werden da niemanden im Stich lassen. Die Gastronomie lassen wir nicht im Stich, die Busunternehmen lassen wir nicht im Stich, und den Tourismus lassen wir nicht im Stich. Gerade diejenigen, die dem roten Bereich zugeordnet sind, werden in den nächsten Tagen und Wochen sehr stark unsere Unterstützung brauchen. Die bekommen sie von uns, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich möchte noch einmal einige Ihrer Punkte aufgreifen. Ich finde, wir, der Landtag, sollten geschlossen das Signal aussenden, dass Abstandhalten wichtig ist. Das hat nämlich nicht jeder hier verstanden. Selbst, wenn Sie es nicht verstehen und hier bewusst provozieren wollen, gibt das ein ganz schlechtes Bild gegenüber der Öffentlichkeit. Das ist das Signal Nummer 1, das wir aussenden sollten.

(Beifall)

Wenn Sie wollen, dass wir wieder zur Normalität übergehen können, wenn Sie wollen, dass die Maßnahmen beendet werden, dann müssen Sie Abstand halten. Dann ist jeder von uns gefordert.

Als Abgeordnete haben Sie eine Vorbildfunktion, und dieser sollten Sie hier auch gerecht werden, meine Damen und Herren von der AfD.

(Beifall)

Wir begrüßen es, Herr Ministerpräsident, dass Sie Lockerungen für Familien besprochen haben. Wir finden, es ist wichtig, dass eine Familie mit einer anderen Familie nach draußen gehen kann. Herr Minister Wolf und auch der Kollege Pix haben dargelegt, dass das Land Baden-Württemberg, was Tourismusdestinationen angeht, sehr viel zu bieten hat. Daher teilen wir diesen Ansatz, dass auch zwei Familien gemeinsam nach draußen gehen können. Wir finden das richtig.

Auch dass jede Schülerin und jeder Schüler noch vor den Sommerferien in die Schule geht, halten wir für das richtige Vorgehen, und dass Sie, Frau Ministerin, Lerngruppen für schwächere Schüler, die jetzt mit dem Homeschooling an Grenzen gekommen sind, anbieten, finden wir ebenfalls richtig. Bitte gehen Sie diesen Weg weiter. Er nützt den Menschen in unserem Land, er nützt unserer Bevölkerung.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Der Kollege Schweickert hat mich gefragt, wie wir zur Gastronomie stehen. Sie haben die Antwort bekommen: Diese Ampelsystematik ermöglicht es uns, vor den Pfingstferien die Außengastronomie und die Speisegastronomie zu öffnen. Da wird es vielleicht die eine oder andere Änderung geben; man wird möglicherweise mehr Abstand halten. Ich bin sehr dafür, Herr Schweickert, dass wir die Gastronomen dann gezielt unterstützen. Wenn sie entsprechende Investitionen tätigen müssen und dafür Unterstützung brauchen, haben sie unsere volle Unterstützung. Wir lassen sie bei dieser Krise nicht im Stich; das kann ich ganz klar sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Wir haben in meinen Augen ein gutes Gesamtkonzept erläutert bekommen.

Ich nehme wahr: Es ist ein atmendes System. Wenn die Infektionszahlen weiter niedrig bleiben, wenn die Infektionszahlen weiter sinken, dann können weitere Bereiche auf „Grün“ geschaltet werden. Wenn die Zahlen wieder steigen sollten, haben wir Anhaltspunkte dafür, in welchen Bereichen gegebenenfalls wieder Beschränkungen vorgenommen werden müssen. Dieses atmende System wird uns in den nächsten Wochen begleiten.

Insgesamt erhöht diese Ampelsystematik die Planbarkeit. Das ist vernünftig, das ist verlässlich, das ist verantwortungsvoll. Wir gehen diesen Weg mit, meine Damen und Herren.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben bereits heute Morgen vielfach darüber debattiert, dass die Corona-Infektionskurve inzwischen guten Grund zur Hoffnung gibt. Was uns der Ministerpräsident eben aus der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Kanzlerin geschildert hat, unterstreicht das. Dafür sind wir zunächst einmal dankbar; denn das ist eine Entwicklung, die wir alle uns gewünscht haben. Es wäre viel schlimmer, würden wir heute in die andere Richtung debattieren müssen. Die Reproduktionszahl ist konstant weit unter dem Wert 1. Damit haben wir eine stabile Lage. Gott sei Dank ist auch eine zweite Welle nicht in Sicht.

Ich habe heute Morgen schon einmal gesagt: Auch ein Antikörpertest wird jetzt in naher Zukunft vorhanden sein. Deshalb ist es gut und richtig, dass wir jetzt weitere Schritte der Öffnung gehen.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Es ist natürlich auch gut und richtig, Herr Ministerpräsident, dass Sie jetzt hier im Parlament über das Gespräch der Länderchefs mit der Kanzlerin berichten und nicht im Staatsministerium vor der Presse. Dies hat sich heute, denke ich, optimal ergeben, da wir heute tagen. Es gehört auch zum Selbstverständnis des Parlaments, dass wir nicht nur das mittragen, was die Regierung bekannt gibt, sondern dass wir Seit' an Seit' unterwegs sind; denn es sind besondere Zeiten, außergewöhnliche Zeiten, Zeiten, die uns allen derzeit Tag und Nacht viel abfordern – jedem Regierungsmitglied, aber auch den Abgeordneten. Denn im Grunde genommen sind wir alle seit acht Wochen in einem Ausnahmezustand.

Wir alle erhoffen uns Normalisierung und auch Normalität. Dazu gehört – ich denke, wir sind an diesem Punkt angekommen –, dass wir jetzt im üblichen Verfahren, auch mit Kabinettsvorlagen, das legitimieren, was uns die Regierung vorgibt und vorschlägt. Bund und Länder – so, wie Sie uns das jetzt dargestellt haben – nutzen damit die Freiräume, die das Infektionsgeschehen zulässt. Sie folgen damit aber auch – wir haben das hier auch oft besprochen, auch angemahnt – den verfassungsrechtlichen Notwendigkeiten. Ich will es noch einmal wiederholen: Nicht die Öffnung ist begründungspflichtig, sondern die Beschränkung. Das besagt unsere Verfassung, das ist unser Verständnis.

(Beifall)

Ich finde, es ist zu Recht dargelegt worden: Dort, wo der Infektionsschutz sicher ist, muss auch eine Öffnung möglich sein. Das ist unsere Leitlinie, und so müssen wir jetzt auch die von Ihnen vorgetragenen Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz umsetzen. Wir erwarten, dass diese Umsetzung zeitnah, transparent und natürlich auch in Zukunft unter Einbindung des Parlaments geschieht und auch geschehen kann. Ich glaube, das ist jetzt auch zeitlich machbar – auch regional.

(Vereinzelt Beifall)

Es wurde dargestellt: Wenn sich mehr als 50 Neuinfektionen auf 100 000 Einwohner in einer Woche ergeben, muss man vor Ort, regional, an diesem Hotspot wieder den Schritt zurückgehen. Ich finde, das ist ein kluger Weg.

Ich habe gesehen, dass diese Beschlüsse in vielen Teilen jetzt den Ländern Hoheiten übertragen. Sie haben dargelegt: Die Länder werden in eigener Verantwortung vor diesem Hintergrund einen ganzen Katalog selbst entscheiden und bestimmen: Theater, Oper, Konzerthaus, Kinos, Hochschulen, Kinderbetreuung, Volkshochschule, Musikschulen, Bars, Klubs, Diskotheken, Messen, Fahrschulen, Massagepraxen, Sportbetrieb, Fitnessstudios, Sport- und Freizeiteinrichtungen, kleinere öffentliche und private Veranstaltungen etc.

Warum zitiere ich das? Ich finde, auch wenn ich mich wiederhole – – Ich empfehle jedem auch die Lektüre des heutigen Kommentars in der FAZ von Jasper von Altenbockum. Ich zitiere:

Die Beschwerden über den „Flickenteppich“ werden wieder zunehmen. Aber sie waren selten so unbegründet wie jetzt. Die Länder nutzen bei der Coronabekämpfung zu Recht den Vorteil des Föderalismus, je nach Lage und Region den besten Weg aus der Krise zu finden.

Da kann ich nur sagen: Das ist richtig so.

(Beifall)

Wo, wenn nicht hier, und wann, wenn nicht jetzt, sind wir gefordert – und wer, wenn nicht wir? –, regional, vor Ort, direkt, unmittelbar genau mit den Vorschlägen der Regierung passgenaue Lösungen zu finden? Ich habe in den letzten Wochen und Monaten auch, wie ich finde, manche überhebliche Stimme aus der Partymeile Berlins vernommen, zu der ich schon sagen will: Es ist nicht Zentralismus angesagt, vielmehr können regionale Lösungen zielgerechter und passgenauer angegangen werden.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Reinhart, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Klos zu?

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Bitte sehr.

Abg. Rüdiger Klos AfD: Danke, Herr Professor Reinhart, für das Zulassen der Zwischenfrage. – Ich bin Ihrer Meinung: Es ist der Moment, Subsidiarität umzusetzen. Aber die Frage zielt jetzt auf die Tourismusindustrie. Der Minister für Tourismus hat gestern im Fernsehen klar gesagt, dass es ihm eigentlich zu langsam gehe. Wie ist die Position der CDU-Landtagsfraktion zur Öffnung der Tourismusbranche?

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Kollege Klos, ich kann Ihnen versichern: Zwischen die CDU-Fraktion und den Tourismusminister, auch die Wirtschaftsministerin, die Kultusministerin, den Innenminister und den Landwirtschaftsminister passt kein Blatt. Wir haben sozusagen eine gemeinsame Position.

(Beifall – Zuruf: Sehr gut! – Weitere Zurufe)

Insoweit können Sie ganz beruhigt sein.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Social Distancing! Da langt das Papier nicht! – Weitere Zurufe)

Ich kann Ihnen aber versichern: Ich bin überzeugt davon – das war auch in den Stellungnahmen des Kollegen heute zu hören –: Es gibt eine wichtige Branche, zu der der Vorschlag gekommen ist, dass dort eine wichtige Hilfe notwendig wird. Das haben sowohl die Minister, die ich gerade genannt habe, als auch die Finanzministerin heute Morgen zu Recht unterstrichen. Wir brauchen ein Programm für diese Branche, weil sie mit über 80 % natürlich besonders hart betroffen ist und es daher rasch gehen muss. Es ist gut, dass das Programm im Mai kommen wird – auch nach diesem Ampelsystem –, dass spätestens am 18. Mai eine Öffnung der Außenbereiche und am 25. Mai, also noch vor Pfingsten, auch eine Öffnung der Innenbereiche der Gastronomie möglich werden. Uns liegt das am Herzen. Es gibt den klaren Vorschlag: 3 000 € plus 2 000 € für jeden Mitarbeiter. Das ist ein konstruktiver, klarer Vorschlag. Wir wollen dieser Branche, aber auch dem ganzen Mittelstand in Baden-Württemberg helfen. Wir wollen sagen: Baden-Württemberg is not for sale. Wir wollen unsere Wirtschaft retten. Das ist unser Anliegen. Wir wollen auch Insolvenzen vermeiden.

(Beifall)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Deshalb kommen wir jetzt auch in der Umsteuerung vom Lockdown, vom Verbot wieder zur Ermöglichung und damit auch zu mehr Eigenverantwortung. Wir wahren die Vorsicht; das hat der Ministerpräsident angesprochen. Aber wir schaffen jetzt auch Perspektiven. Das ist wichtig. Wir müssen jetzt den Menschen auch Hoffnung machen. Ich glaube, das ist zu Recht unterstrichen worden.

Es ist vertretbar und gerade jetzt auch für unser Miteinander essenziell, dass die Kontaktbeschränkungen etwas gelockert werden, auch Öffnungen erfolgen und sich wieder mehr Personen begegnen können.

Die Kultusministerin hat heute Morgen auch für den Sport gesagt: Das ist wieder möglich. Das ist auch für viele Menschen wichtig. Ebenso wurde klar dargestellt, was uns im Fahrplan für die Schulen erwartet. Auch das ist damit ein richtiger Weg von Öffnung und Verantwortung, nachdem wir klar gehört haben: Spätestens nach Pfingsten findet zu 50 % Präsenzunterricht statt und wird die andere Hälfte daheim im Fernunterricht unterrichtet, und ebenso werden bei den Kitas jetzt die Betreuungen ausgeweitet und sichergestellt.

Ich glaube, es ist auch wichtig, dass uns die Landesregierung jetzt einen Stufenplan präsentiert hat. Damit können sich die Menschen vor allem auf das einstellen, was kommt. Wir haben damit eine risikosensible Roadmap auch für den Weg zurück ins Leben.

Ich finde – der Kollege Schwarz hat es heute Morgen auch dargestellt, als wir über die Wirtschaft gesprochen haben –, wir müssen immer sehen: Gesundheitsschutz ist uns das höchste und wichtigste Anliegen, aber gleichzeitig muss auch die Gesundheit der Wirtschaft weiterhin sichergestellt werden. Denn sie ist überhaupt erst die Basis für die Leistungsfähigkeit, auch für unser Gesundheitssystem. Auch darauf kommt es uns an, und die Arbeitsplätze sind uns auch wichtig, gerade in der Wirtschaft, wenn wir jetzt die Kurzarbeiterzahlen sehen.

(Beifall)

Deshalb glaube ich, wir haben jetzt auch durch das Programm für die Gastronomie, das angesprochen wurde, einen klaren Fahrplan. Aber darüber hinaus hat die Wirtschaftsministerin heute – wichtig! – ein weiteres Programm angekündigt, was das Beteiligungskapital angeht, dass wir größeren Firmen, bei denen das Eigenkapital nicht mehr ausreicht, sozusagen unter die Arme greifen, aber darüber hinaus auch dort, wo sozusagen die Luft ausgeht, wo eine Existenzgefährdung vorliegt, mit dem erwähnten Programm der Wirtschaftsministerin noch einmal über den Mai hinaus verlängern, erweitern. Das ist ein Sofortprogramm II, das die Wirtschaft jetzt braucht – sowohl die Selbstständigen als auch der Mittelstand – bis zu weiteren Initiativen, die der Bundeswirtschafts- und der Bundesfinanzminister angekündigt haben.

Wir werden notleidende Branchen und Betriebe – auch zusammen mit dem Bund – jetzt weiter stützen und stabilisieren müssen. Denn der Mittelstand ist sozusagen der Herzmuskel der Wirtschaft in unserem Land. Das haben die Verbände –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist der Joker!)

– Auch der Joker.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP und Abg. Andreas Stoch SPD: Im Standortpoker!)

– Sehr gut.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber ich will auch hier ergänzend erwähnen: Alle Verbände – ob BDI, BDA, auch BVMW – haben auf die Notwendigkeit hingewiesen, auch mit öffentlichen Brandbriefen, die hier im Mittelpunkt stehen.

Deshalb war der Wegfall der 800-m²-Regel im Handel wichtig. Den haben wir richtigerweise schon vollzogen. Es ist auch gut, dass es jetzt Lockerungen in weiterem Umfang gibt.

Ich will damit sagen, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Der Föderalismus ist leistungsfähig, die föderalen Checks and Balances funktionieren, ebenso der föderale Wettbewerb. Wir sind ein 16-Länder-Labor für gute Lösungen. Das macht uns stark und flexibel, und zwar gerade in der Krise.

Deshalb, Herr Ministerpräsident, vielen Dank für die Darstellung, auch für die Perspektive in die Zukunft. Ich glaube, wir sind weiter auf dem Weg der Normalisierung und damit auf dem Weg der Verantwortung, aber auch auf dem Weg der zunehmenden Freiheit. Das verbindet uns alle. Das ist wichtig, das gibt vor allem auch der Gesellschaft, der Wirtschaft, aber auch den Menschen im Land wieder Zuversicht und Hoffnung. Damit wird heute ein weiterer wichtiger Schritt eingeleitet. Da werden wir Sie unterstützen, auch die ganze Landesregierung.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst einmal, Herr Ministerpräsident, möchte ich mich im Namen meiner Fraktion dafür bedanken, dass Sie uns heute den Inhalt dessen, was in der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und der Kanzlerin besprochen und entschieden wurde, vorgetragen haben.

Ich sage aber an dieser Stelle auch noch einmal ganz deutlich: Heute Morgen, als die Parlamentssitzung begann, hieß es, Sie seien für den gesamten Parlamentstag entschuldigt. Als ich dann die Einladung des Staatsministeriums zu einer Pressekonferenz um 15 Uhr erhalten habe, habe ich versucht, mich an die Parlamentssitzung vom vergangenen Mittwoch hier an diesem Platz zu erinnern.

Hier, an dieser Stelle, wurde von mehreren Rednern – ich persönlich habe es auch getan – deutlich gemacht, dass in der aktuellen Coronakrise, in dieser Pandemie, das Heft des Handelns – gerade, wenn es um schnelle Notmaßnahmen geht – natürlich bei der Regierung, bei der Exekutive, liegt. Aber genauso habe ich betont, dass es in der aktuellen Situation, in der es jetzt um die Definition von Schritten hin zu einem Stück mehr Normalität geht, nicht nur aus rechtlichen, sondern vor allem auch aus politischen Gründen darum geht, dass dieses Parlament eng in diesen Prozess eingebunden ist.

(Andreas Stoch)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann ist es einfach nicht mit diesen Worten vom vergangenen Mittwoch – auch Ihren Worten – zu verbinden, wenn an einem Plenartag die Information nicht im Parlament stattfindet, sondern in einer Pressekonferenz.

(Beifall)

Deswegen – so glaube ich – ist es an der Zeit, dass den Worten aus der letzten Woche Rechnung getragen wird. Ich habe damals ein Mitglied der Regierungsfractionen zitiert, wir seien ja nicht so wichtig. Ich habe gesagt, wir sollten das nicht sagen, wir sollten es nicht einmal denken. Aber dass heute schon wieder nicht danach gehandelt wurde, das ist etwas, was nach dem letzten Mittwoch eigentlich nicht passieren darf.

Deswegen halte ich es für richtig und wichtig, dass wir uns auch an diesem Ort über die heute beschlossenen Maßnahmen unterhalten können. Herr Ministerpräsident, ich hätte von Ihnen auch dazu ein Wort der Erklärung erwartet.

Herr Schwarz, mit Verlaub, Sie haben sich vollständig der Lächerlichkeit preisgegeben. Denn Ihre Idee war das als Letztes.

(Beifall – Zuruf: Wie wahr!)

Jetzt kommen wir einmal zu dem, was heute passiert ist. Wenn ich mich an die Debatte vom letzten Mittwoch erinnere, auch an die Positionierung, die ich hier für die SPD-Fraktion vorgenommen habe, dann kann ich Ihnen sagen: Wir halten das Infektionsgeschehen und die Frage, ob wir dieses Coronavirus bereits im Griff haben, nach wie vor für eine äußerst fragile Angelegenheit. Deswegen halte ich es für notwendig, dass wir bei allen Diskussionen und bei der Definition der weiteren Schritte immer im Blick haben, dass uns nicht das passieren darf, was das Schlimmste wäre, nämlich dass wir uns das Infektionsgeschehen wieder aus den Händen gleiten lassen.

Aber uns allen muss klar gewesen sein – so war die Diskussion auch vor einer Woche –: Die ersten Öffnungsschritte, die am 20. April vollzogen wurden, konnten am Mittwoch letzter Woche in ihren Auswirkungen noch nicht abschließend beurteilt werden, weil wir alle wissen, dass wir die zwei Wochen brauchen, um zu sehen, welche Auswirkungen sich aus dem Infektionsgeschehen ableiten lassen.

Wir hatten über die Osterfeiertage das Gefühl, da fänden mehr Kontakte, auch mehr soziale Kontakte zwischen Menschen statt. Wir hatten dann die Öffnungen vom 20. April. Aber spätestens Anfang dieser Woche, seitdem wir die aktuellen Zahlen auf dem Tisch haben – nämlich keine weitere Erhöhung, kein Hochschnellen der Infektionszahlen, sondern ein Stagnieren auf niedrigem Niveau, sogar ein Rückgang –, war uns doch allen klar, dass an diesem Mittwoch auf dieser Runde der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten ein ganz erheblicher Erwartungsdruck lastet.

Dass viele in diesem Land die bisherigen Maßnahmen mitgetragen haben, war richtig. Aber wenn diejenigen, die diese Maßnahmen bisher mitgetragen haben, jetzt auch sagen, dass sich das erfüllt habe, was wir durch die Maßnahmen schaffen wollten, dann müssen wir jetzt doch in einem verantwortbaren Rahmen auch wieder eine Diskussion über die Öffnung bekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe das Gefühl, dass das andere vor dem Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg verstanden haben. Denn das, was in den letzten Tagen passiert ist, war – mit Verlaub – keine Öffnungsdiskussionsorgie, sondern eine Diskussion in den einzelnen Bundesländern – sehr oft auch konkret auf das jeweilige Infektionsgeschehen bezogen.

Wenn ich hier in diesem Hohen Haus häufig das Hohelied des Föderalismus und der regionalen Besonderheiten höre, dann kann ich denen, die eine weit weniger brisante Lage in ihren Ländern haben, keinen Vorwurf daraus machen. Vielmehr müssen diese dann auch die Möglichkeit haben, darüber zu entscheiden, wie der jeweilige Weg in diesen Bundesländern aussieht.

(Beifall)

Herr Schwarz, dann ist das kein Wettbewerb der Marktschreiber – mit Verlaub. Wenn ich dann höre, dass der Ministerpräsident von Bayern – Ich bin überhaupt nicht verdächtig, diesen Herrn in irgendeiner Weise zu verherrlichen.

(Zurufe)

Aber dieser Herr Söder aus der „Allianz der Vernünftigen“ – wenn ich das so zitieren darf – hatte offensichtlich das Näschen wieder im Wind und hat bereits gestern in seinem Kabinett einen Beschluss fassen lassen. Warum hat er das gemacht? Weil er ziemlich genau wusste, was heute auf dieser Ministerpräsidentenkonferenz passieren wird.

Jetzt kommt die zweite ganz spannende Frage. Wenn wir wussten, was in etwa heute beschlossen wird, sehe ich Länder wie Niedersachsen mit Stephan Weil oder Bayern mit Herrn Söder in einer weit besseren Position, was die Ausarbeitung der Verordnungen und die tatsächliche Umsetzung dieser Öffnungsschritte angeht. Ich möchte eines nicht, nämlich dass in Baden-Württemberg kommunale Vertreter, dass wir, der Landtag von Baden-Württemberg, wieder Freitagnacht oder Samstagfrüh die neuesten Verordnungen bekommen, die wir dann ab Montag umsetzen sollen. Wie soll denn so etwas funktionieren, meine sehr geehrten Damen und Herren?

(Beifall)

Ich glaube, dass, wenn wir das Bild einer Karikatur nehmen, wahrscheinlich das Bild einer Kutsche ganz passend wäre, wo am Anfang noch alle schön auf dem Planwagen saßen, vor sich hin gezockelt sind und überlegt haben: Was passiert jetzt mit dem Infektionsgeschehen? Ich habe das Gefühl, dass sich einige Ministerpräsidenten – jetzt kommen wir auch zu dem Thema „Akzeptanz in der Bevölkerung“ – von der Kutsche nach vorn auf die Pferde begeben haben und denen fleißig die Sporen geben, weil es ihnen zu langsam geht.

Herr Ministerpräsident, das Problem der Akzeptanz der Maßnahmen durch die Bürgerinnen und Bürger gerade in Baden-Württemberg ist, glaube ich, gar nicht so sehr die Frage, ob die 16 Bundesländer exakt das Gleiche tun. Ich halte das für relevant, weil ich Unterschiede auch erklären können muss. Zum Teil kann ich sie aber eben erklären.

Ich glaube, ganz problematisch wird die Frage der Akzeptanz aber dann, wenn es gar nicht um ein „Auseinanderfallen“ der

(Andreas Stoch)

16 Regierungspferde geht, sondern wenn es um ein „Auseinanderfallen“ zwischen den Regierungsmitgliedern hier in Baden-Württemberg geht, wobei die einen, die Grünen, heftigst die Fersen in den Boden pressen und versuchen, die Kutsche noch irgendwie zu halten, während die CDU vorn auf den Gäulen sitzt und den Pferden die Sporen gibt. Das passt aus Sicht vieler Menschen in diesem Land eben nicht zusammen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Dr. Wolfgang Reinhart
CDU: Jede Mannschaft hat Stürmer und Verteidiger!)

Ich weiß, dass Herr Justizminister Wolf ein begeisterter Reiter ist – als ein Beispiel. Er hat sich auch zu der Frage der Öffnung der Gastronomie geäußert. Das ist völlig legitim. Ich muss eben definieren, unter welchen Bedingungen ich eine Öffnung verantwortbar vornehmen kann. Ich muss sie dann auch angemessen umsetzen.

Deswegen glaube ich, das Hauptproblem der Landesregierung von Baden-Württemberg ist nicht der Blick auf die anderen Bundesländer – doch insoweit schon, als wir ständig rechtfertigen müssen, warum wir später dran sind als andere. Es ist aber vor allem auch der Streit innerhalb der Regierung und der offensichtliche Dissens zwischen den Regierungsfractionen. Da können Sie so viel weiße Salbe draufschmieren, wie Sie wollen. Sie werden in dieser Frage nicht zu einer gemeinsamen Position kommen.

Als weiteren Punkt möchte ich hier die Frage ansprechen, wie wir richtig handeln.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Wir, die Sozialdemokraten – auch andere haben das hier an dieser Stelle getan –, fordern einen Plan ein; wir fordern Planbarkeit, Nachvollziehbarkeit und vor allem Verlässlichkeit. Ich habe auch gesagt: Es reicht nicht, wenn man ständig die Floskel „Wir wollen auf Sicht fahren“ gebraucht. Das habe ich zu Beginn dieser Pandemie sehr gut verstanden, weil da noch viel zu vieles unbekannt war. Wir konnten die Verläufe des Infektionsgeschehens überhaupt nicht voraussehen. Da kann ich es nachvollziehen. Aber diese Floskel sollte jetzt ein für alle Mal eingepackt werden. „Auf Sicht fahren“ wird nämlich bei der Bevölkerung so verstanden, als ob wir im Nebel stochern würden.

Ich glaube, mit den zunehmenden Erkenntnissen, die auf der medizinischen Seite inzwischen vorliegen, auch aufgrund der inzwischen nach und nach eintreffenden Gutachten zu verschiedenen Fragen, wie das Virus weitergegeben wird, welche Arten von Kontakten besonders gefährlich sind, können wir mehr tun, als nur auf Sicht zu fahren. Gleichzeitig, sage ich, können wir keinen Plan erstellen, der für die nächsten drei, vier Monate minutiös vorgibt, was wir wann tun können. Aber wir müssen gleichzeitig den Menschen das Gefühl geben, dass wir eine Strategie, einen Plan für den Weg zurück in eine neue Normalität haben.

Das bedeutet eben mehr, Herr Ministerpräsident, als dass Ihre Kultusministerin hier erzählt, dass man irgendwann nach den Pfingstferien alle Schüler mal an die Schulen holen möchte. Wir hatten jetzt sieben Wochen Zeit, um gerade in diesem ganz wichtigen Bereich der Bildung klare Perspektiven zu er-

arbeiten – Perspektiven vor allem für Kinder, die uns im Moment im Rahmen des Bildungsprozesses verloren zu gehen drohen, Perspektiven für die Eltern, die fragen, wie sie denn noch ein paar Wochen oder gar Monate ihren Beruf – Homeoffice ist das Zauberwort – und die Betreuung der Kinder, die möglicherweise im Kita- oder im Grundschulalter sind, in den Griff bekommen sollen. Es reicht nicht, wenn wir denen von dieser Stelle aus sagen: Vielleicht – wir gucken mal – kann jeder bis zu den Sommerferien zumindest ein paar Tage in die Schule oder in die Kita gehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Eltern, die Schülerinnen und Schüler, die Menschen in diesem Land haben einen Plan verdient – und keine Ratlosigkeit bei der Regierung.

(Beifall)

Ja, es ist richtig, auch die Grundrechtseinschränkungen für ältere Menschen zu lockern, und zwar dann, wenn man dies verantwortlich tun kann, wenn man z. B. auch durch Tests dafür sorgen kann, dass man sehr schnell erkennt, ob es z. B. in einem Pflegeheim oder einem Krankenhaus wieder einen neuen Infektionsherd gibt. Aber dann braucht man auch eine klare Ansage der Landesregierung zu der Frage, ob Tests tatsächlich durchgeführt werden, und zwar auch bei Bewohnerinnen und Bewohnern, die noch keine Symptome aufweisen. Die Frage nach den Tests bei asymptomatischen Personen ist zentral, ebenso wie die Kostenübernahme, Herr Kollege Lucha.

Deswegen werden wir, glaube ich, auch in diesen Bereichen wichtige Schritte nach vorn machen müssen. Denn in der Frage der Auswirkungen dieser Einschränkungen müssen wir natürlich auch die psychischen Belastungen der Menschen insgesamt, aber vor allem auch der älteren Menschen in die Abwägung einbeziehen.

Herr Ministerpräsident, weil Sie darauf in der letzten Woche so intensiv herumgeritten sind: Bei der Diskussion über die Frage der Einschränkung von Grundrechten konnte man den Eindruck gewinnen, dass Sie davon ausgehen, es gäbe eine Hierarchie der Grundrechte. Ich sage das an dieser Stelle nur deshalb, weil ich glaube, dass es hier um eine ganz wichtige Basis unserer Diskussion geht. Die Juristen hier im Haus und die Verfassungsrechtler erst recht werden Ihnen sagen, dass es eine solche Hierarchie der Grundrechte nicht gibt. Vielmehr stehen die Grundrechte in einer Wechselbeziehung zueinander, nicht in einer von vornherein vorgegebenen Hierarchie. Deswegen müssen wir bei allen Entscheidungen, auch was ihre Auswirkungen auf die Grundrechte der Grundrechtsträger, der Menschen, angeht, ganz genau schauen, ob diese Abwägung im Sinne des Grundgesetzes verhältnismäßig stattfindet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn diese Ausgangsannahme schon falsch ist, habe ich die große Befürchtung, dass der Ministerpräsident aus der falschen Grundannahme auch die falschen Schlüsse zieht. Das darf bei so wichtigen Fragen wie der Beschränkung von Grundrechten von Menschen in diesem Land nicht sein.

(Beifall)

Ich möchte dann noch auf einen Bereich zu sprechen kommen, den Sie auch angesprochen haben: Ich glaube, beim Thema Fußball ist die Diskussion nicht so sehr von der Frage be-

(Andreas Stoch)

herrscht, ob eine Wiederaufnahme des Spielbetriebs unter Infektionsgesichtspunkten verantwortbar ist oder nicht. Ich möchte mich jetzt auch nicht auf die Frage versteifen, wie viele Tests nach dem DFL-Konzept verbraucht werden und ob diese nicht an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden könnten. Es gibt ja die Aussage, diese Tests wären verfügbar.

Aber, Herr Ministerpräsident, das Hauptproblem an dieser Debatte über das Thema Fußball ist: Was ist die Symbolik dieses Bereichs im Vergleich mit anderen Bereichen, in denen wir den Menschen Beschränkungen zumuten, gerade wenn es um Kinder, um Familien, um Bildung geht? Da können Sie noch so oft sagen, das eine habe mit dem anderen gar nichts zu tun. Die Akzeptanz der Beschränkungen, die derzeit gelten, hängt ganz stark davon ab, dass die Menschen diese Beschränkungen als in sich schlüssig und widerspruchsfrei betrachten. Und in dem Moment, in dem die Menschen beim Fußball eine Ausnahme sehen, die sie rational nicht erklären können, sinkt die Akzeptanz in vielen anderen Bereichen.

Deswegen, Herr Ministerpräsident, würde ich es heute als Fehler betrachten – Ich möchte mir nicht vorstellen – das Kalou-Video hat jeder von Ihnen gesehen –, was passiert, wenn in einer der Umkleidekabinen demnächst Coronafälle auftreten. Dann können Sie den ganzen Laden zusperrern, dann steht das ganze Projekt nämlich auf hölzernen Füßen. Ich glaube, es war ein Fehler, diese Entscheidung, diese Ausnahme für den Fußball zu treffen.

(Beifall)

Ich möchte abschließend noch etwas zum Thema Kommunikation sagen. Ich habe einleitend beklagt, dass der Landtag am heutigen Tag, wenn es nach der ursprünglichen Planung Ihres Staatsministeriums gegangen wäre, eben doch wieder nicht die erste Institution gewesen wäre, die von den Beschlüssen erfahren hätte. Ich glaube, ein Grundproblem Ihrer Regierung ist tatsächlich genau die Kommunikation, nämlich den Menschen in diesem Land verständlich zu machen, warum verschiedene Maßnahmen notwendig sind.

Ich glaube auch, dass die Menschen in diesem Land klug genug sind – das zeigen uns die Erfahrungen der vergangenen Wochen, fast schon zwei Monate –, dass sie in der Lage sind, verständlich zu reagieren und diese Einschränkungen hinzunehmen, wenn sie darin einen Sinn sehen. Aber in dem Moment, in dem sie den Sinn dieser Maßnahmen nicht mehr erkennen können, werden sich die Menschen auch nicht mehr mit der notwendigen Intensität an diese Regeln halten.

Deswegen kann ich nur an diese Landesregierung appellieren: Der Stufenplan, den Sie heute erwähnt haben, muss jetzt ganz konkret auch mit der Bevölkerung und vor allem mit diesem Parlament diskutiert werden. Und wir müssen gemeinsam einen Plan für einen Weg in diese neue Normalität mit diesem Virus definieren. Das kann nur geschehen, wenn die Landesregierung mit offenen Karten spielt und auch dieses Parlament – und zwar nicht nur die Regierungsfaktionen, sondern alle Fraktionen – an diesem Diskussionsprozess beteiligt. Machen Sie endlich diesen Anfang.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt hat die Fraktion der AfD das Wort. Herr Abg. Gögel, Sie sind gleich dran. Und dann hatte ich noch eine Wortmeldung von Herrn Abg. Dr. Gedeon.

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, in der letzten Woche habe ich Sie für Ihre Informationspolitik noch gelobt. Heute wollten Sie einen kleinen Ausreißer machen und uns die Informationen vielleicht doch erst über die Medien zuspielen.

Allerdings kann ich mich auch hier wieder korrigieren. Denn bereits um 16:42 Uhr hat uns Ihre Staatsministerin alle Daten und Fakten wieder original übersandt – somit etwas früher, als diese Debatte hier eigentlich geführt wurde. Heute Mittag konnten wir in den Medien online ja die Ergebnisse vernehmen – falls man überhaupt von Ergebnissen sprechen kann; ich nenne sie einmal „kleine Verständigungen“. Diese hat man auch schon heute Mittag den Medien entnehmen können – auch im Liveticker bis 14, 15 Uhr.

Wir und ich fragen uns allerdings: Was ist das für ein Gremium, das aus der Bundeskanzlerin sowie den 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten besteht, und welche Befugnis hat dieses Gremium? Ist es eine 16:1-Konferenz oder eine 1:16-Konferenz? Das ist eine ganz wichtige Frage. Wer bestimmt, wer gibt die Richtung vor?

Bei allen Ergebnissen, die Sie hier erwähnt haben: Was hat die eine Person dazu beigetragen, was hat sie zu Grenzöffnungen zu den Nachbarländern gesagt? Das war überhaupt kein Thema. Worauf warten wir da? Wie weit sind die Gespräche mit Macron, wie weit sind die Gespräche mit der Schweiz, mit Österreich, mit Holland, mit Belgien? Gibt es überhaupt Gespräche? Welche Daten werden genannt? Wann ist beabsichtigt, Menschen wieder innerhalb der EU –

(Zurufe – Unruhe)

EU-Bürger – frei reisen zu lassen? Das sind Fragen, die heute und in den letzten Tagen hier nicht diskutiert wurden.

Hat die Heinsberg-Studie bei Ihren Gesprächen heute oder in den vergangenen Tagen eine Rolle gespielt? Denn die Heinsberg-Studie gibt eine völlig neue Sicht auf die Datenerhebung der letzten Wochen. Wir wissen inzwischen – wenigstens aus dieser Studie –, dass die Dunkelziffer minimum hundertmal höher liegt als das, was wir bis heute durch Tests erfasst haben. Das ist aber keine schlechte Ziffer, diese Dunkelziffer, sondern sicherlich eine positive Zahl.

Hat man über Schweden gesprochen? Dort werden immer noch keine Särge mit Militärtransportern aus den Krankenhäusern gefahren. Nein, im Gegenteil, auch Schweden hat diesen R-Faktor unter 1,0 gebracht, ohne diese strikten Maßnahmen, ohne diese starken Einschränkungen der Grundrechte.

(Beifall)

Das sind Fragen, von denen ich erwarte, dass sie in einem solchen Gremium diskutiert werden. Und wenn sie diskutiert werden, dann gibt es eigentlich nur eine Konsequenz, meine Damen und Herren: die sofortige Aufhebung aller Maßnahmen, die beschlossen wurden,

(Beifall)

(Bernd Gögel)

unter Einhaltung der Abstandsregelung und – wenn Sie es so wollen und wenn das als Erinnerung für die Menschen wichtig ist – mit diesem „Mauldäschle“, wie wir Schwaben sagen,

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

das wir uns da um die Nase und über den Mund hängen können. Das ist ja, sage ich einmal, mehr der Hinweis: Wir wollen uns an die Abstandsregel halten.

Wir wollen uns aber keinesfalls an den Abstand gewöhnen. Wenn ich etwas von „neuer Ordnung“ oder „neuer Zukunft“ höre: Ich glaube nicht, dass es erstrebenswert ist, dass wir uns in Zukunft nicht mehr die Hand geben, dass wir uns in Zukunft nicht mehr umarmen, keine sozialen Kontakte mehr haben, sondern nur noch funktionierende Arbeitsroboter sein sollen. Das kann nicht die Zukunft sein, die wir uns hier vorstellen.

(Beifall)

Die AfD hat rechtzeitig Maßnahmen angemahnt. Am 18. März haben Sie dann tatsächlich Maßnahmen ergriffen. Wenn Sie das frühzeitig, spätestens im Januar, getan hätten – darauf muss man jede Woche wieder hinweisen –, wenn Sie wirklich die Schotten dicht gemacht hätten, die Flughäfen und die Grenzen geschlossen hätten,

(Unruhe – Zurufe)

wie sich das in einer sich anbahnenden Pandemie gehört,

(Zurufe – Vereinzelt Beifall)

dann hätten Sie sich einen Überblick über die tatsächlichen Zustände verschaffen können.

(Anhaltende Unruhe)

Sie hätten erst einmal eine Inventur machen können: Welche Bestände an medizinischem Material haben wir überhaupt?

(Zurufe)

Welche Möglichkeiten in Bezug auf medizinisches Personal haben wir? Wie weit gehen unsere Möglichkeiten? Wenn Sie rechtzeitig, wenn Sie vier Wochen früher dran gewesen wären, hätte man den Shutdown oder, wie so nett gesagt wird, den Lockdown nicht durchführen müssen. Das ist eine ganz klare Aussage, und wir haben rechtzeitig darauf hingewiesen.

Herr Rülke, dass sich in der Politik, vor allem bei einer so unklaren Gemengelage wie dieser Pandemie, innerhalb von sechs Wochen Positionen verändern können, wissen Sie und weiß Ihre Partei doch ganz genau.

(Lachen des Abg. Anton Baron AfD)

Ihr Parteivorsitzender hat in dieser Zeit doch mindestens vier Mal die Positionen gewechselt. Das gehört dazu.

(Beifall – Zurufe)

Da bin ich in guter Gesellschaft mit Herrn Söder. Auch er hat am 30. April in einer Pressekonferenz ganz klar von sich gegeben, dass selbstverständlich auch die Politik nicht bera-

tungsresistent sein darf und dass sie ihre Positionen verändern darf und muss. Das gehört einfach dazu.

(Vereinzelt Beifall)

Was nicht dazugehört, Herr Rülke – das sage ich Ihnen auch einmal –: Wenn eine Abgeordnete Sie um die Zulassung einer Zwischenfrage bittet und wenn Sie ihr höflich das Wort erteilen, dann können Sie die Abgeordnete doch auch höflich behandeln, statt sie wie ein Schulmädchen abzuqualifizieren

(Vereinzelt Beifall – Zurufe, u. a. der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

und auf den Platz zurückzuverweisen. Ich hätte das nicht angesprochen, wenn es nicht schon zum zweiten oder dritten Mal passiert wäre. Vielleicht fallen Sie zurück in Ihren ehemaligen Beruf. Da war das sicher so üblich, hier im Parlament ist es das aber nicht.

(Beifall – Unruhe)

Herr Ministerpräsident, zu den Maßnahmen, die vorgestellt wurden: Ich habe jetzt keine Perspektive für den Freizeitpark in Tripsdrill, für den Freizeitpark in Rust, für unsere gesamte Tourismusbranche in Baden-Württemberg gehört. Daten, Fakten, wann und wie? Die Ferienregionen – Baden-Württemberg hat einfach einen großen Markt im Tourismus- und Ferienbereich.

Zur Gastronomie haben Sie gesagt: Ja, wir fangen mal außen an, eventuell schon ab nächster Woche, und danach eventuell auch innen, wenn es gut geht. Das ist Stückwerk! Damit können die Leute nicht planen. Die Menschen müssen planen können, die Menschen wollen Antworten: Werden wir zu Pfingsten eine Chance haben, uns frei zu bewegen, einen Platz in einem Restaurant zum Mittagessen zu buchen und uns auch draußen zu bewegen? Können wir zu Ausflugszielen gelangen, und können wir dort auch ein Eis bekommen, ohne Angst haben zu müssen, 200 € Strafe zu zahlen?

(Beifall)

Das ist etwas, was die Menschen jetzt, in den nächsten Tagen – heute, morgen – von Ihnen wissen wollen.

(Unruhe)

Stichwort Impfstoff: Wenn ich das Wort Impfstoff höre, läuten alle Glocken.

(Zurufe)

Früher war ein Impfstoff etwas Positives. Inzwischen brechen um solche Produkte Wirtschaftskämpfe aus. Wir werden sehen, dass nicht nur ein Institut hier das Beste anbieten will, sondern dass es mit Sicherheit mehrere sind. Wir haben jetzt auch gesehen, dass in der EU Geld für die Impfstoffentwicklung gesammelt wurde, damit die Forschung noch einmal groß unterstützt wird, damit man möglichst Möglichkeiten findet, für die Welt, für 7,5 Milliarden Menschen einen Impfstoff zu entwickeln.

Die Frage ist natürlich: Was machen Sie in einem freien Land wie Deutschland mit den Menschen, die sich nicht impfen lassen wollen?

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das ist eine gute Frage!)

(Bernd Gögel)

Dürfen diese Menschen sich dann noch frei bewegen? Dürfen diese Menschen dann noch mit dem ÖPNV fahren? Dürfen Kinder, die nicht geimpft sind, in Schulklassen gehen?

(Zurufe)

Das gibt noch eine heiße Auseinandersetzung um diesen Immunitätspass. Denn ohne den – das sage ich heute schon voraus – kommen Sie wahrscheinlich gar nicht mehr über die französische oder Schweizer Grenze. Es wird also Diskussionen geben, wiederum Diskussionen um Freiheitsrechte und darüber, was man darf und was man nicht darf.

Ich bin gespannt. Man hat in der sich schon jetzt anbahnenden Diskussion in Berlin die Fühler bereits wieder ein bisschen eingezogen: „Das wollen wir doch nicht.“ Seien wir also sehr vorsichtig.

Die App kann etwas Gutes sein; natürlich. Wenn wir nicht alle die schlechten Erfahrungen mit der NSA und allen anderen Gesellschaften gemacht hätten, wären wir da sicher etwas offener.

(Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Merkels Handy sagt es!)

Es geht um das Stichwort Abhören, Bundeskanzlerin etc. Wenn man also diese ganzen negativen Dinge nicht schon mitbekommen hätte, würde man einer solchen Entwicklung positiver gegenüberstehen. Hier ist man sich aber Gott sei Dank schon von vornherein darüber im Klaren, dass das auf Freiwilligkeit basieren soll. So haben auch alle Zweifler genug Möglichkeiten, sich davon überzeugen zu lassen, dass die App in Bezug auf die personenbezogenen Daten tatsächlich sicher ist.

Zu Antikörpertests habe ich keinen Ton gehört. Diese Woche habe ich den Nachrichten entnommen, dass ein Schweizer Unternehmen 30 Millionen Tests nach Deutschland liefern kann, mit Sicherheit auch darüber hinaus. Ich glaube, das wäre eine bessere – vielleicht sogar die einzige – Möglichkeit, um großflächig festzustellen, wie hoch die Dunkelziffer der bereits infizierten und wieder genesenen Menschen und die Zahl der mit dem Virus noch nicht in Kontakt gekommenen Menschen ist. Das geht mit Sicherheit nur über so einen flächendeckenden Test. Allerdings ist mir auch noch nicht klar, wie groß die Laborkapazitäten dafür sein müssen; denn bei den Coronatests hängt es nicht mehr an den Stäbchen, sondern an den Kapazitäten der Labors.

Die schwächsten und notleidendsten Menschen in dieser Krise haben wir heute Nachmittag ein bisschen außen vor gelassen: die alleinerziehende Mutter, den alleinerziehenden Vater, der seit sieben Wochen zu Hause mit seinem Kind, seinen Kindern sitzt. Die einen, die eigentlich noch in die Kita gehen, versucht er zu bespaßen, die anderen versucht er mit dem Material zu unterrichten, das zur Verfügung steht. Das ist sehr schwierig.

Die Kinder dürfen seit dieser Woche ja wieder auf den Spielplatz, allerdings auch nur mit Abstandswahrung. Ich stelle mir die Schwierigkeiten dabei ungefähr so vor wie in der Schule, in der Grundschule oder auch in den weiterführenden Schulen, wo man heute in Teams lernt und nicht mehr frontal zum Lehrer, zur Tafel sitzt, sondern in Blocks, im Team, mit Akti-

on. Ich weiß nicht, wie das jetzt laufen soll und wie das in den nächsten Wochen und Monaten laufen soll. Sie können doch nicht ernsthaft die Schulen und die Kitas geschlossen halten, bis Sie einen Impfstoff entwickelt haben, von dem Sie heute bereits wissen, dass das vielleicht ein Jahr oder zwei Jahre dauert. Das kann nicht sein.

(Zurufe)

Bevor Sie Bundesligaspieler täglich mehrfach testen: Gehen Sie in die Kitas und in die Schulen, und testen Sie morgens die Kinder und am nächsten Morgen wieder.

(Beifall)

Nach vier Wochen haben Sie ein Ergebnis. Dann wissen Sie, dass die Kinder nicht infiziert sind.

(Zurufe, u. a. des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

– Herr Lede Abal, im Gegensatz zu Ihnen lese ich den ersten Teil der Zeitung und fange nicht sofort beim Sportteil an.

(Lachen – Vereinzelt Beifall)

Daher bin ich da ganz gut informiert.

(Zurufe)

Glauben Sie mir: Im Gegensatz zu den Unterstellungen von Herrn Rülke lese ich auch noch nicht die Todesanzeigen.

(Zurufe)

– Sie haben mir – – Ja, ja. Mit der Krankheit, die Sie mir und uns unterstellen, sind Sie da schon ganz nah dabei.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ja, lesen Sie die jetzt oder nicht?)

Diesen schwachen Menschen haben Sie keine Perspektive geboten.

Dann zu Pflege- und Altenheimen: Da haben Sie angedeutet oder beschlossen: Eine Kontaktperson darf da mit Abstands- und Hygieneregeln wieder Kontakt aufnehmen. Wissen Sie was? In diesem Bereich verstehe ich es und akzeptiere es. Da halte ich es auch für absolut notwendig, weil das genau der schwächste Teil der Gesellschaft ist; diese Menschen sind am stärksten betroffen, mit der höchsten Mortalitätsrate. Dort ist wirklich Vorsicht angebracht, und dort sind diese Maßnahmen auch sinnvoll.

Oper oder Volksfest? Das war ein super Vergleich. Selbstverständlich kann man eine Operaufführung durchführen. Mit den Regelungen, die Sie heute haben, können Sie viele Veranstaltungen durchführen. Doch eines wissen wir nicht: Wo fängt die Großveranstaltung an?

(Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Bei welcher Zahl sprechen wir von einer Großveranstaltung? Sprechen wir bei der Mitgliederversammlung einer Partei mit 50 Mitgliedern von einer Großveranstaltung? Für mich ist klar: Das Cannstatter Volksfest ist eine Großveranstaltung. Ein Bundesligaspiel im Neckarstadion, im Daimlerstadion ist eine Großveranstaltung. Wo ist die Zahl definiert? Ab wann

(Bernd Gögel)

lassen Sie – bis zu den und den Zahlen – Versammlungen wieder zu? Die Klärung muss sehr, sehr schnell passieren.

Wenn die Bundesliga – das ist Kampfsport – in 14 Tagen starten kann, müssen Sie auch die Vereine des Amateursports, unser Vereinsleben wieder eröffnen. Die kleinen Kinder wollen auch wieder Fußball spielen. Das muss möglich sein.

(Vereinzelt Beifall)

Die machen sich weniger Sorgen um die Zuschauer. Die kommen seltener, abgesehen von den Eltern und den Opas und Omas. Das kennen wir ja. Also, das muss zuerst möglich sein; vorher darf man doch auf gar keinen Fall den Profisport eröffnen.

(Vereinzelt Beifall)

Dass man die wirklich kommerziellste Art des Sports als Erstes laufen lässt und sich dem Verdacht aussetzt – – Vielleicht hat man das alles jetzt noch kurz verschieben müssen, damit die starten können. – Dem hätte ich mich nicht ausgesetzt, sondern ich hätte wirklich im Vereinsleben angefangen; denn da drückt es gewaltig. Die Vereine wissen nicht, wie sie sich über Wasser halten sollen.

Zur Situation in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein: Ja, was haben die gemacht? Die haben ihre Sommersaison gerettet. Sie haben ihre Gastronomie, ihren Tourismus gerettet, und sie werden an Pfingsten die Strände wieder öffnen.

(Zurufe, u. a.: Und wir?)

Die können sie jetzt natürlich aufmachen; denn jetzt haben sie die große Sogwirkung aus Deutschland heraus. Sie brauchen noch keine Internationalität. Setzen Sie jetzt etwas dagegen! Öffnen Sie das baden-württembergische Tourismusgewerbe, damit an Pfingsten nicht alles nach Norden strömt! Geben Sie den Baden-Württembergern auch eine Chance; geben Sie der Gastronomie, den Hotels eine Chance, und ermöglichen Sie, dass Menschen deren Angebote buchen können.

Die 800-m²-Regelung brauchen wir heute nicht mehr zu diskutieren. Ich glaube, Sie selbst haben im Innersten gewusst: Das wird nichts. Das wird schnell gekippt. Das ist dann auch nicht mehr groß diskutiert worden, und auch wir müssen dies heute nicht mehr auswalzen.

Ich möchte von Ihnen und Ihren 15 Kollegen sowie der Kanzlerin wissen: Was ist eine Großveranstaltung? Ohne diese Zahlen, ohne diese Daten können wir nicht weiterplanen. Geben Sie sich einen Ruck, und öffnen Sie tatsächlich das Gastronomie- und Hotelgewerbe! Öffnen Sie die Schulen! Öffnen Sie auch die Grundschulen, ebenso wie die Kindergärten!

(Zurufe)

Erzählen Sie nichts von „neuer Normalität“, sondern sagen Sie den Menschen bitte: Wir möchten so schnell wie möglich zurück zu unserer ursprünglichen Normalität.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun hat Herr Abg. Dr. Gedeon das Wort.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Schwarz, Sie tun so, als gäbe es riesige Unterschiede zwischen Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern. Natürlich gibt es gewisse Unterschiede, aber diese rechtfertigen nie und nimmer, dass in Mecklenburg-Vorpommern wie auch in Niedersachsen Gaststätten und Hotels aufgemacht werden, während sie in Baden-Württemberg geschlossen bleiben. Es ist ein Witz, wenn Sie den Unterschied derartig hochstilisieren.

Zweitens: Herr Kretschmann, Sie haben gesagt, Sie würden weiterhin Berichte geben. Ihr Resümee: keine konkrete Perspektive für zahlreiche Betriebe, für Saunen usw. – überhaupt keine Perspektive! Das ist Wahnsinn. Stellen Sie sich mal die Lage dieser Leute vor. Für andere haben Sie nur sehr vage Perspektiven gegeben. Das ist hinten und vorn nichts. Auch weiterhin versuchen die Verantwortlichen, die Suppe am Dampfen zu halten, um ihre Maßnahmen, ihre einschneidenden Maßnahmen in Bezug auf Grundrechte, in Bezug auf die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft aufrechtzuerhalten.

Herr Kretschmann, Sie haben gesagt, die Grundlage Ihres Handelns sei das Grundgesetz.

(Zuruf: Ja, klar!)

Es ist schon problematisch, wenn Sie als Politiker sagen – –

Entschuldigung; Sie haben gesagt, die Grundlage sei der Infektionsschutz. Das ist nämlich genau der Punkt: Die Grundlage für einen Politiker soll erst einmal das Grundgesetz sein und nicht der Infektionsschutz. Das ist der springende Punkt.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn man den Infektionsschutz zur Grundlage macht, dann muss man erst einmal sagen, was das ist. Dann sagen Sie: „die Wissenschaft“. Ich habe es vor einiger Zeit hier schon einmal gesagt: *D i e* Wissenschaft gibt es gar nicht, und *d e n* Infektionsschutz gibt es auch nicht. Es gibt immer mindestens zwei Meinungen; die einen sagen so, und die anderen sagen anders. Die Politik muss sich entscheiden.

Wer also definiert, was Infektionsschutz ist? Wenn Sie natürlich jetzt auf Herrn Drosten und Herrn Wieler verweisen, diese pseudowissenschaftlichen Kaffeesatzleser, die alle von Bill Gates mitbezahlt werden, dann – – Die sagen Ihnen irgendwelche Sachen.

(Zurufe – Unruhe)

– Ja, Moment! Lesen Sie das mal nach. Bill Gates, dieser pathologische Impfmaniac, der Tausende von Menschen auf dem Gewissen hat mit seiner Impfpolitik, hat 300 000 Dollar für die Charité gespendet, an der Herr Drosten bekanntlich arbeitet, und er hat 250 000 Dollar für das Robert Koch-Institut des Herrn Wieler gespendet. Ja, diese Leute sind doch nicht mehr unabhängig, wenn sie Spenden von Herrn Gates kassieren! Das sollten wir alles wissen, meine Damen und Herren. Wir sollten wissen: Die Politik muss entscheiden, was Infektionsschutz ist und wie wichtig dieser ist.

(Dr. Wolfgang Gedeon)

Herr Stoch hat sehr richtig gesagt: Es gibt keine Hierarchie der Grundrechte, sondern ein Wechselspiel der Grundrechte. An dem müssen wir uns orientieren. Wir können es nicht zulassen, dass aufgrund solch willkürlicher Definitionen von solchen Kaffeesatzlesern wie Herrn Drostens das Land weiterhin lahmgelegt wird, dass wir eine Coronadiktatur bekommen, dass aus unserer Demokratie Schritt für Schritt eine Diktatur gemacht wird. Meine Damen und Herren, das wollen wir nicht mitmachen.

(Zurufe – Unruhe)

Deswegen ist diese Konferenz eine sehr schlechte Konferenz gewesen. Ich kann nur sagen: Mein Vorschlag ist die sofortige Beendigung aller – –

(Zuruf)

Die sofortige Beendigung aller Coronamaßnahmen ist die einzig sinnvolle Lösung. Das würde einen gewaltigen Impuls, auch einen psychischen Impuls, an die ganze Bevölkerung und die Wirtschaft geben.

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Ministerpräsident, Sie haben noch einmal das Wort.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann geht an das noch nicht desinfizierte Redepult.)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Frau Präsidentin – –

(Zurufe: Halt!)

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen!

(Anhaltende Zurufe, u. a.: Halt! – Bitte auch die Seitenteile!)

– Oh.

(Das Redepult wird desinfiziert. – Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist in deinem Interesse! – Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Jetzt haben Sie aber schlechte Ideen aufgenommen, Herr Kretschmann! – Weitere Zurufe)

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Abg. Gedeon, Ihre wüsten Angriffe auf angesehene Wissenschaftler dieses Landes möchte ich einmal in aller Entschiedenheit zurückweisen.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bedaure, dass es mir und meinem Haus passiert ist, dass wir eine Pressekonferenz parallel zum Plenum angesetzt haben. Glauben Sie mir: Das war kein böser Wille. Wir sind Opfer der Routine geworden. Bei den häufigen Ministerpräsidentenkonferenzen war es immer automatisch so, dass man anschließend eine Pressekonferenz ansetzt. Aber ich habe das sofort korrigiert und bin hierhergekommen. Die Pressekonferenz wird jetzt wahrscheinlich ausfallen.

(Vereinzelt Beifall)

Mein Haus wird darauf achten, dass das nicht wieder geschieht.

(Beifall)

Wir müssen uns noch einmal klarmachen, worum es hier geht. Es geht um eine Pandemie. Diese Pandemie ist ein Prozess. Beendet ist eine solche Pandemie definitorisch dann, wenn in zwei bis drei Infektionszyklen keine Infektionen mehr auftreten. Dann erst ist eine Pandemie beendet. Solange das nicht der Fall ist,

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Das sind alles willkürliche Definitionen!)

kann man nicht mitten in der Pandemie sagen – auch wenn die Zahlen sinken –, sie sei quasi zu Ende.

Die Prävention,

(Zuruf: Ja!)

zu der man in solch einer Pandemie verpflichtet ist, gilt natürlich über die Dauer der Pandemie, weil sozusagen ein einziger Ansteckungsherd genügt – wenn er nicht schnell genug identifiziert und bekämpft wird –, um eine neue Welle auszulösen.

Deswegen, Herr Kollege Rülke, kann man, glaube ich, nicht so argumentieren, dass man zu jedem beliebigen Zeitpunkt, an dem die Zahlen so sind, sagt: Jetzt muss man auch in diesem Schritt parallel dazu die Einschränkungen aufheben. Man muss das schon auf Sicht machen, zumal die Zahlen, die man heute hat, die Ereignisse der Pandemie vor etwa zehn Tagen wiedergeben. Deswegen fährt man da gezwungenermaßen auf Sicht.

Ich denke, das Gebot der Prävention und der Vorsicht gebietet es einfach, so zu verfahren und nicht einfach quasi jeden Tag, wenn etwas heruntergegangen ist, etwas Neues zu öffnen. Vielmehr muss man immer schauen, dass das mit einer gewissen Taktung geschieht, damit man unter Umständen auch nachvollziehen kann, welche Öffnungsmaßnahme zu einem neuen Aufflackern der Pandemie geführt hat.

Allerdings sind wir davon jetzt schon ein erhebliches Stück entfernt, weil, wie gesagt, jetzt die Länder auch eigene Wege gehen. Das ist natürlich einerseits gerechtfertigt aufgrund ihrer regionalen Lage, andererseits schafft das aber auch das Problem, dass man dann die Pandemie – das ist ja eine weltweite Infektion, die vor keinerlei Grenzen haltmacht – nicht so kontrollieren und handeln kann. Das ist ein Problem, wenn jetzt jeder nur gerade auf das reagiert, was in seinem Sprengel geschieht.

Darum gibt es schon das Bedürfnis, dass man in wichtigen Fragen zusammenbleibt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Auch in der Regierung!)

Das ist bisher auch im Großen und Ganzen geschehen. Wie schon gesagt, Sachsen-Anhalt ist da einen eigenen Weg gegangen. Deswegen heißt es in dem Beschluss, dass das, was vorher schon beschlossen war, gilt. Damit hat man auf Sachsen-Anhalt Rücksicht genommen. Aber die anderen 15 Länder haben sich entschlossen, dabei zu bleiben, dass wir jetzt

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

nicht eine Zahl erhöhen, bei der man sich treffen kann; sie haben gesagt: „zwei Haushalte“, aber auch das wieder zeitlich begrenzt, damit man dann weitere Schritte gehen kann.

Das sind wichtige Grundstrukturen, die man auch, finde ich, relativ unabhängig von einem lokalen Geschehen beibehalten muss, weil, wie gesagt, diese Pandemie nicht vor irgendeiner Grenze haltmacht, sondern durch die hohe Mobilität der Bevölkerung jederzeit auch überspringen kann.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Abg. Reich-Gutjahr zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Bitte.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Herr Ministerpräsident, vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – Was mich schon lange beschäftigt, ist das Zahlenwerk, an dem wir uns hier entlanghangeln. Sie schicken uns ja freundlicherweise jeden Tag die neuesten Zahlen. Was aber nie erkennbar ist, ist: Wie viele Tests wurden denn durchgeführt?

Nun haben wir ja immer mehr Testmöglichkeiten. Anfangs hat man nur die getestet, die meinten, erkrankt zu sein. Dadurch hat man die Anzahl der Erkrankten herausgefunden; die anderen waren nicht krank. Jetzt haben wir immer mehr Testverfahren und machen also auch mehr Tests. Da wir wissen, dass es eine Dunkelziffer gab, die nie jemand erfasst hat, muss man ja die jetzt gefundenen Infizierten irgendwie ins Verhältnis setzen zu der Zahl der Tests.

Gibt es dazu im Kreis der Ministerpräsidenten irgendwelche Überlegungen? Denn wenn ich jetzt zehnmal so viele Menschen teste wie vorher und doppelt so viele Infizierte finde wie bisher, dann habe ich natürlich eine ganz andere Information. Aber ich kann sie nicht einordnen ohne die Basiszahl, die Anzahl der zugrunde liegenden Tests.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ihre Frage zeigt, dass das die Entscheidung noch komplizierter macht.

(Vereinzelt Heiterkeit)

In der Tat war es am Anfang natürlich so: Tests waren ein Mangelprodukt, weil nicht genügend Testkits da waren. Da hat man sowieso nur das testen können, was man unbedingt musste, etwa in Krankenhäusern und Altenheimen. Auf dieser Ebene waren die Testverfahren in etwa noch ähnlich. Jetzt, da die Testkapazitäten erhöht werden, wird natürlich auch nicht mehr ganz einheitlich getestet. Darum haben wir eben keine ganz klaren Vorgaben. Das gehört einfach zu den Umständen dazu, die man zu bewerten hat.

Es war, glaube ich, die Frage vom Kollegen Stoch: Wir testen hier in Altersheimen flächendeckend – das macht in diesem Ausmaß kein anderes Bundesland –, und zwar aus den Gründen, die Sie genannt haben. Denn das ist wichtig.

Natürlich bringt es, Frau Abgeordnete, sofort das Problem: Wenn man mehr testet, kann man auch mehr finden, und dann verändern sich die Zahlen. Das ist auch bei dem R-Faktor so. Es hängt alles davon ab. Deswegen sind das leider nicht alles so eindeutige Parameter, bei denen man sagen kann: „Wenn ..., dann ...“

Eine bessere Antwort kann ich Ihnen leider nicht geben. Ich nehme aber an, dass sich das in allen Ländern jetzt mit der Verfügbarkeit von mehr Testmaterial ändern wird.

Dazu kommt, dass wir hoffentlich in Bälde valide Antikörpertests haben werden. Dann können wir in Kombination mit dem Testen auf die Infektion selbst auch feststellen: Hatte die Person bereits die Infektion? Und hoffentlich können wir in Bälde auch feststellen, ob die Antikörper neutralisierend sind oder nicht. Davon sind wir allerdings noch ein Stück entfernt.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: So lange ist das Kaffeesatzleserei!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Ministerpräsident, würden Sie zulassen, dass die Frau Abgeordnete noch mal nachfragt?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Frau Kollegin, in der Studie, die wir jetzt machen lassen, um herauszufinden, was das Virus mit den Kindern macht, wird eben auch auf Antikörper getestet und nicht nur auf die Infektion selbst; wir versprechen uns daraus deshalb mehr Erkenntnisse. Aber das sind wissenschaftlich komplizierte Fragen, die ich Ihnen freihändig jetzt auch nicht beantworten kann.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Eine ergänzende Bitte vielleicht –

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Also, noch mal: Das zeigt aber –

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf)

Bitte schön.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Es wäre hilfreich, wenn dieses Datenmaterial vorliegt, dass man eben zu der Zahl der Infizierten auch die Zahl der durchgeführten Tests mit meldet, sodass man da einen Überblick bekommt, wie viele Leute eigentlich getestet werden. Denn ich habe dazu bisher nichts gefunden. Vielleicht könnte Herr Lucha –

(Minister Manfred Lucha: 2,3 Millionen wurden bisher in Deutschland getestet!)

– Ja. Also, ich meine sozusagen auch analog zu den gefundenen Infizierten.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Dann können wir diesen Punkt jetzt abschließen.

Herr Ministerpräsident, es gibt einen weiteren Wunsch nach einer Zwischenfrage, und zwar von Herrn Abg. Zimmermann. Lassen Sie die Frage zu? – Er läuft schon.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Bitte schön.

(Zurufe)

Abg. Karl Zimmermann CDU: Danke schön, Herr Ministerpräsident. – Ich habe eine Frage zu den Tests. Wenn ich jetzt nicht aus dem engsten Bekanntenkreis folgenden Umstand kennen würde, würde ich die Frage nach den Tests nicht stellen. Es sind tatsächlich – ich könnte Ihnen drei Fälle nennen – Familienmitglieder positiv getestet worden, waren sogar

(Karl Zimmermann)

krank, aber deren Familienangehörige sind bis heute nicht getestet worden. Das ist doch völlig unvorstellbar, dass der Sohn,

(Abg. Anton Baron AfD: Unglaublich!)

die Mama nicht getestet werden, der Papa aber positiv ist. Wie kann so etwas in Baden-Württemberg vorkommen?

(Zurufe)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Abgeordneter, Sie werden sicher verstehen, dass ich die Frage schlichtweg nicht beantworten kann.

(Unruhe – Zurufe: Schriftlich!)

Das müssen Sie dann schon sozusagen mit konkreten Angaben nachfragen, dann können wir dem vielleicht nachgehen und es auch beantworten.

(Anhaltende Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit!

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Kollege Rülke, das ist eine wichtige Frage. Solch eine Pandemie ist ein Prozess. Sie müssen sich auch entlang dieses Prozesses verhalten und können nicht einfach immer sozusagen beliebig nur aufgrund der Ergebnisse, die Sie jeweils gerade haben, entscheiden. Das haben wir berücksichtigt. Das heißt, das Vorsorge- und Vorsichtsprinzip ist auch leitend. Das schätzen wir halt auch nur ab. Die Gerichte schätzen es manchmal anders ab und korrigieren dann das, was wir gemacht haben.

Seien Sie einfach versichert, dass wir die Maßnahmen selbst immer gegen die Folgen und die Schäden, die sie verursachen, abwägen. Deswegen gehen wir jetzt nicht übervorsichtig da heran – davon kann nämlich gar keine Rede sein –; manche Entscheidungen finde ich im Gegenteil eher sehr mutig. Aber ich möchte noch einmal betonen: Es sind immer zeitlich begrenzte Maßnahmen; sie sind in der Regel sogar datiert. Insofern kann man nicht sagen, dass es jetzt sozusagen permanente Grundrechtseingriffe sind.

Ich will noch mal sagen: Wichtig ist bei der Entscheidung, ob man öffnet, aber auch, ob das Geschehen gut nachzuverfolgen ist oder nicht. Auch das ist ein Kriterium für die Öffnung. Das ist natürlich, wie gesagt, in einem Gasthaus etwas anders als auf der Delegiertenversammlung einer Partei. Wir haben hier auch über Großveranstaltungen gesprochen; das können Sie dem Beschluss entnehmen. Da hat sich erst einmal nichts geändert.

(Zuruf)

Es gab jetzt auch eine Diskussion, ob wir endlich dazu kommen, nach unten hin zu definieren, was eine Großveranstaltung ist. Darüber gab es allerdings keinen Konsens – wahrscheinlich ist ein solcher auch nicht herstellbar –, sodass jedes Land selbst entscheiden muss, wie das geschieht. Da wird man sich einerseits – so denke ich – eine Zahl überlegen, andererseits aber auch die Bedingungen.

Verstehen Sie? Bei einem Parteitag wissen Sie, wie viele Delegierte kommen. Sie können sagen, welchen Raum Sie brau-

chen, damit die alle unterkommen. Bei einem Feuerwehrfest wissen Sie halt erst einmal nicht, wer da kommt. Darum muss man wahrscheinlich auch das unterschiedlich behandeln, handeln.

Jetzt will ich noch etwas zur Bundesliga sagen. Natürlich ist uns bewusst gewesen, dass das hoch umstritten ist und wahrscheinlich sehr emotional und sehr heftig debattiert werden wird, dass das Kritik hervorrufen wird. Denn das ist mit vielen Gefühlen verbunden. Sie haben ja gesagt, das sei wahrscheinlich symbolisch ein Fehler, den wir da gemacht haben.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Das Schlechteste, was man tun konnte!)

Aber man muss einfach sehen: Wenn man sich in diesen Fragen von der Grundfrage wegbewegt: „Was bedeutet dieses Ereignis für die Infektiologie?“, und alle möglichen anderen Kriterien nimmt, dann ist man schnell sozusagen im Treibsand. Dabei ist klar, dass die politische Beurteilung einer Maßnahme natürlich etwas anderes ist als eine rein rationale Betrachtung einer Maßnahme. Dies führt laufend zu Gerechtigkeitsdebatten. Das ist mir natürlich voll bewusst und allen anderen auch.

Aber wir sind einfach nach dem Infektionsgeschehen verfahren und haben danach die Entscheidung gefällt – wohl wissend, dass es kontrovers diskutiert werden wird. Denn wenn man sich davon entfernt, dann gibt es nur noch Debatten: Warum der und ich nicht? Dann können Sie letztlich nicht mehr begründen, warum Sie eine Maßnahme machen. Letztlich müssen Sie als Messlatte aber immer das Infektionsgeschehen nehmen, und dann können Sie dem auch andere Dinge folgen lassen.

Deswegen ist die Entscheidung so gefällt worden. Ich würde Ihnen auch raten, dabei zu bleiben. Sonst bekommen wir Debatten wie: Da dürfen Millionäre auf dem Rasenplatz umherrennen, und die Kindertagesstätten sind nicht geöffnet.

(Zurufe, u. a.: Ja, das ist auch ein Skandal!)

Solche Debatten haben Sie dann. Dann haben Sie keinen Maßstab mehr, der sich an dem spiegelt, worum es hier geht, nämlich Infektionen so gut wie möglich zu verhindern, einzudämmen und niemandem dort Lasten aufzulegen, wo etwas durch andere Möglichkeiten lösbar ist.

Es ist klar: Wenn wir mehr über das Infektionsgeschehen bei kleinen Kindern wissen, dann können wir auch klarer entscheiden. Jetzt ist es so – das weiß jeder aus seiner Lebenswirklichkeit –: Aufgrund ihrer Spontaneität können Sie für Kinder in einem bestimmten Alter natürlich nicht einfach Abstands- und Hygieneregeln durchsetzen. Das funktioniert bei Kindern nicht. Also ist es ein anderer Maßstab. Der Maßstab ist: Was bedeuten Kinder für eine Epidemiologie, wenn sie da umherrennen, zueinander Kontakt aufnehmen? Sie sind nun mal kontaktfreudig. Tragen sie dann die Infektion weiter in ihre Familien und von dort eben auch in vulnerable Bereiche? Das ist der Maßstab. Es geht nicht darum, dass uns Fußballer wichtiger wären als Kinder – das ist natürlich überhaupt nicht der Fall –, sondern in dem einen Fall kann ich das Infektionsgeschehen eingrenzen, beurteilen, kann Maßnahmen verhängen.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Insofern kann man sagen: Das ist absolut beherrschbar. Das wäre es, wenn wir Kindertagesstätten öffnen würden, in diesem Maß aber erst einmal nicht. Darum muss man da mit anderen Regeln herangehen. Das will ich einfach noch einmal sagen und Ihnen diese Sichtweise auch anraten.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Klos zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Bitte schön.

Abg. Rüdiger Klos AfD: Herr Ministerpräsident, einmal unterstellt, dass all das, was Sie eben gesagt haben, zutrifft, dann wird Ihnen diese Studie doch bestenfalls eine einzige Aussage bringen, nämlich eine Wahrscheinlichkeit – mehr nicht. Sie werden keinesfalls eine valide Größe haben, mit der Sie dann nach außen gehen. Insofern: Was wird Ihnen das bringen?

(Zurufe)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Wenn wir etwas über Wahrscheinlichkeiten wissen, ist das schon sehr hilfreich. Wir können doch in der Krise sowieso nicht ganz klar operieren, weil wir zu wenig über dieses Virus wissen. Also spielen Wahrscheinlichkeiten bei der Beurteilung dessen, ob ich das Risiko einer Lockerung eingehe oder nicht, eine große Rolle. Das ist natürlich ein wichtiger Maßstab.

(Beifall)

Die ganze Epidemiologie beruht zum großen Teil auf Wahrscheinlichkeiten. Das gehört einfach dazu.

Zum Schluss noch zu der Frage: Was heißt das alles im föderalen Gefüge? Meine Damen und Herren, Sie wissen doch alle, dass es schon in ganz normalen Zeiten unglaubliche Debatten gibt, wenn irgendein Land etwas anders macht als ein anderes. Schon wenn Niedersachsen ein anderes Nichtraucherschutzgesetz macht als Baden-Württemberg, gibt es in Deutschland – leider – heftige Diskussionen, und es wird gefragt, wie denn so etwas sein kann.

Es wissen doch alle, dass die Bevölkerung in ihrer Haltung zum Föderalismus sehr gespalten ist. Was fast unmöglich ist, ist die Fusion von Ländern. Das verhindert jede Bevölkerung in der Volksabstimmung. Baden-Württemberg ist eine rühmliche Ausnahme, aber es hat auch zweier Volksabstimmungen bedurft, bis es das Land Baden-Württemberg gab.

Andererseits wünschen sich 80 % der Bevölkerung dasselbe Schulbuch für alle. Diese Debatten kennen Sie doch.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die halten wir aus!)

Dann ist doch klar, Herr Rülke: In einer Krise, in der Sie so schwerwiegende Eingriffe machen müssen, sind Sie darauf angewiesen, dass die Bevölkerung Ihre Maßnahmen auch akzeptiert. Wenn Sie in solch einer Situation fragen: „Warum machen es die, ihr aber nicht?“, dann unterminiert das, wie Sie wissen, die Akzeptanz von Maßnahmen.

Deswegen muss man in einer solch schweren Krise schon sehen: Wo bleibt man zusammen, und wo kann man aufgrund der Infektionslage eigene Wege gehen? Meine Haltung ist be-

kannt: Man sollte möglichst gut zusammenbleiben. Das ist bisher auch einigermaßen gelungen.

Das tun wir jetzt in den Maßstäben der lokalen Begrenzung, wo wir mit einem Zahlenfaktor operiert haben. Auch das war übrigens umstritten. Diese Regelung macht den Stadtstaaten Probleme, keine Frage. Trotzdem haben zum Schluss alle diese Maßnahmen akzeptiert, weil es wichtig ist, dass es erkennbar für alle Menschen in der Grundstruktur gegen die Pandemie einheitliche Maßnahmen gibt. Denn das Virus wirkt in Sachsen-Anhalt nicht anders als in Baden-Württemberg. Das muss man bei allen lokalen Unterschieden, die es beim Infektionsgeschehen gibt, berücksichtigen. – Da ist das Tor jetzt weit geöffnet.

Wozu das im Hinblick auf die Akzeptanz der Bevölkerung führt, das werden wir sehen. Da bin ich nach meinen Erfahrungen nicht allzu optimistisch. Deswegen müssen wir unsere Maßnahmen natürlich gut und richtig begründen.

Die Mahnungen nehme ich immer ernst. Wenn dann dabei als Erfolg herauskommt, dass wir in Zukunft Unterschiede etwas frischer akzeptieren – schließlich ist Differenz ja der Sinn der Freiheit; sonst brauchten wir sie gar nicht –, dann ist auch aus dieser Krise etwas gewonnen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? – Gut. Dann können wir diesen Tagesordnungspunkt, den wir eingeschoben haben – die Regierungsinformation –, abschließen.

(Zuruf)

– Gibt es noch Wortmeldungen? Alles klar?

(Zuruf)

Wir kommen zurück zu **Punkt 6** der Tagesordnung – Sie erinnern sich –:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 16/7462

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/8033

Berichterstatter: Abg. Rüdiger Klos

Wir fahren in der Rednerreihenfolge fort. Herr Kollege Hofelich für die SPD-Fraktion, Sie haben das Wort.

Abg. Peter Hofelich SPD: Werte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, wir erinnern uns alle. Es geht um ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg. Ich schließe an die Debattenbeiträge der Kollegin von den Grünen und des Kollegen von der CDU an und versuche, uns noch einmal ein bisschen ins Bild hineinzubringen.

(Peter Hofelich)

Die Schuldenbremse hat – ich knüpfe bei diesem Thema an die jetzige Debatte an – angesichts dessen, was wir in der letzten Plenarsitzung vor der Unterbrechung beschließen konnten, bewiesen, dass sie ihre Bewährungsprobe bestanden hat. Hierzu zählt auch der Weg, für Baden-Württemberg spezifische Regelungen zu finden, wie mit der Notsituation und einer Naturkatastrophe – die wir hier auch im Landtag mit einer entsprechenden Mehrheit festgestellt haben – umzugehen ist.

Wir haben das gute Gefühl, dass wir bei diesem Gesetz jetzt auf der Zielgeraden sind und gemeinsam sagen können: Es wird praktikabel sein, und es wird uns in besonderen Situationen helfen. Daher freue ich mich zunächst einmal, dass wir dieses Gesetz unter der Überschrift der Gemeinsamkeit bekommen haben, meine Damen und Herren.

Alle Gesetze sind natürlich immer auch Kinder ihrer Zeit. Damals, vor rund zehn Jahren, als sich der Bund zur Schuldenbremse entschlossen hat, war das Thema Generationengerechtigkeit wichtig – keine Schulden auf Kosten der kommenden Generationen. Richtig ist aber auch, dass wir heute in einer Situation sind, in der wir wissen, dass wir den aktiven Staat brauchen, dass wir einen Staat brauchen, der dafür sorgt, dass im Land die notwendigen Dinge angepackt werden.

Ich will mit Blick auf die Spanne der letzten zehn Jahre sagen: Ich glaube schon, dass wir mit der Gesetzesberatung Kurs gehalten haben. Denn auf der einen Seite wirtschaften wir, das Land, solide und erhalten uns gleichzeitig Flexibilität, auf der anderen Seite aber brauchen wir in diesem Land auch den aktiven und fördernden Staat. Beidem kann man mit diesem Gesetz gerecht werden. Ich glaube, als Sozialdemokraten können wir stolz darauf sein, ein Stück weit darauf hingewirkt zu haben, dass der eingeschlagene Weg richtig ist.

(Beifall)

Es war richtig, die vor zehn Jahren vom Bundesgesetzgeber getroffene Verfassungsänderung im Land nicht unverändert und unflexibel zu übernehmen. Das wäre untergesetzlich zwar vielleicht irgendwie gegangen; aber ich finde, die Staatlichkeit Baden-Württembergs wird durch eine eigene, landesspezifische Regelung unterstrichen. Es bedeutet auch eine höhere Verbindlichkeit, wenn es in der Verfassung steht. Wir haben übrigens auch die Kontrollrechte des Landtags gestärkt. Auch das war uns wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Es war richtig, die zu treffenden gesetzlichen Regelungen in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe unter Einbezug des Rechnungshofs zu entwickeln. Die einladende Finanzministerin mag ihr Angebot gelegentlich bereut haben.

(Zuruf)

– Überhaupt nicht, gut. – Aber es ist so: Wenn man für Verfassungsänderungen eine Zweidrittelmehrheit braucht, dann kann man nicht mit einer starken Hälfte im Parlament allein mit dem Kopf durch die Wand gehen. Deswegen haben wir diese Veränderungen durchsetzen können. Darüber freuen wir uns.

(Beifall)

Es war wichtig, eine konjunkturflexible Regelung zu wählen. Unser Land hat durch Industrie und Export zwei Treiber mit hoher Volatilität, bezogen auf die Haushalte. Auch wenn sich das bei den Einnahmen und Ausgaben im föderalen System glätten muss, ist es doch gut, dass wir das Bedürfnis nach eigenen Spielräumen haben, wie wir hier in Baden-Württemberg reagieren können, wie wir mit der Schuldenbremse in bestimmten konjunkturellen Situationen selbst umgehen können.

Es war nicht zuletzt auch richtig, dass wir uns öffentlich über die neu zu treffende Regelung unterhalten haben, dass wir teilweise parlamentarisch gestritten haben, aber auch mit den Gruppen außerhalb des Landtags in einem Dialog waren.

Ich sage ganz offen: Der Deutsche Gewerkschaftsbund vertritt eine Auffassung, die von dem abweicht, was hier auf dem Weg des Beschlusses ist. Trotzdem ist uns diese Debatte wichtig gewesen. Ich glaube, es ist auch wichtig, dass wir dazu stehen – ich habe das vorhin angesprochen –, und zwar unter der Prämisse, dass wir einen aktiven, aber auch einen solide wirtschaftenden Staat haben. Beides zusammen geht – natürlich immer dann, wenn richtig regiert wird. Und am besten wird richtig regiert, wenn wir dabei sind, meine Damen und Herren.

(Beifall – Zuruf: Ich habe den Scherz verstanden!)

– Ja, aber mit Blick auf die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland war es kein Scherz, sondern die Realität, Herr Kollege.

(Heiterkeit und Beifall)

Unsere Ziele haben wir erreicht. Es gibt ein Kontrollkonto, das geräumt wird. Für die Feststellung, dass eine Notsituation vorliegt, ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich, und wir haben symmetrische Maßnahmen, wenn es darum geht, dass wir konjunkturell Einfluss nehmen wollen.

Wir freuen uns, dass die Wissenschaft uns, die SPD, darin bestärkt hat und dass unsere Forderungen auch aufgenommen werden. Das hat die Anhörung ergeben. Darüber freuen wir uns, und wir können sagen, dass wir in der aktuellen Situation schon mit dem, was über die Landeshaushaltsordnung im Vorgriff beschlossen worden ist, auch handlungsfähig sein werden; Kollegin Walker hat darauf hingewiesen.

Ich denke also, dass wir sagen können: Es ist ein Gesamtwerk, zu dem wir stehen können, das einen guten Kompromiss darstellt. Wir haben damit – auch wenn wir die Regelungen für eine Ausnahmesituation jetzt aus einem sehr traurigen Anlass zum ersten Mal anwenden – bewiesen, dass wir für das Land Baden-Württemberg eine angemessene Gesetzgebung zuwege gebracht haben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Als Nächster hat Herr Abg. Dr. Podeswa für die AfD das Wort.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die grün-rote Regierung Kretschmann I und die andere grün-rote Regierung Kretschmann II

(Vereinzelt Heiterkeit)

(Dr. Rainer Podeswa)

haben die Schulden des Landes Baden-Württemberg selbst bei den höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten ausgeweitet. Vergleichen Sie dazu bei Interesse einfach auf der Seite des Finanzministeriums die Entwicklung der Kreditmarktschulden von Baden-Württemberg über die Jahre.

Die Vorgängerregierungen haben – Sie werden es vermutlich ahnen – auch in normalen Zeiten die Schulden des Landes Baden-Württemberg ausgeweitet. Und heute sind wir uns in einer Krisensituation alle einig, den Schuldenstand des Landes auszuweiten. Beste Zeiten, normale Zeiten, Krisenzeiten: Gründe fürs Schuldenmachen gibt es offensichtlich immer.

Die AfD erklärt die Einhaltung der Schuldenbremse zu einem ihrer obersten Gebote.

(Beifall)

Konsumausgaben dürfen nicht mehr durch zusätzliche Schulden getätigt werden. Ersparte Zinsen und zusätzliche Steuereinnahmen sind für die Tilgung von Altschulden einzusetzen.

Das ist ein wörtliches Zitat aus dem Landtagswahlprogramm der AfD Baden-Württemberg im Jahr 2016.

Wir bedanken uns vor diesem Hintergrund für den Gesetzentwurf der Schuldenparteien. Er entspricht vollumfänglich dem AfD-Programm.

Die AfD-Fraktion steht leider nicht auf dem Titel dieses Gesetzentwurfs – nicht, weil sie nicht hinter dem Gesetzentwurf stehen würde. Nein, die AfD-Fraktion hat für diesen Gesetzentwurf gekämpft, hat konstruktiv mitgearbeitet. Leider ist Konstruktivität in diesem Haus nicht erwünscht, wenn sie von der einzigen Oppositionspartei im Parlament kommt.

(Beifall)

Der Bürger weiß, was er davon zu halten hat. Der Bürger weiß auch, dass wir hier unermüdlich für seine Interessen kämpfen.

(Zuruf: So ist es!)

Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Dafür muss es auch Ausnahmen geben. Die Coronakrise ist eine dieser Ausnahmen. Naturkatastrophen sind eine Situation, in welcher der Staat handeln muss, handlungsfähig sein muss.

Die Schuldenbremse in der vorliegenden Fassung hat ihre Bewährungsprobe bestanden. Die AfD-Fraktion hat dies auch bewiesen, indem wir als erste Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg einen Antrag auf Errichtung eines Schutzschirms für die Wirtschaft, für Kleinunternehmen und für Soloselbstständige eingebracht haben,

(Beifall)

genau am 17. März dieses Jahres.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Staatsschulden sind eine Belastung für den Bürger und nur im absoluten Notfall staatspolitisch sinnvoll. Die Schuldenbremse und diesbezügliche Diskussionen sind Kinder der Eurokrise und der Überschuldung der Südländer, welche sich zwischen-

zeitlich auch auf weitere Länder ausgeweitet hat, insbesondere westlich von uns.

Passend dazu haben wir zwei Entwicklungen. Das Bundesverfassungsgericht hat den enormen Anleihenkauf der Europäischen Zentralbank in Höhe von bisher 2,6 Billionen € – wir sprechen hier nicht von Milliarden, wir sprechen vom Tausendfachen von Milliarden – zumindest in Teilen für verfassungswidrig erklärt.

(Beifall – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Die rund 1 Billion € Schulden – bei diesen Summen kommt es auf ein Milliardenchen mehr oder weniger ja nicht an –, welche Deutschland als größtem EZB-Anteilseigner im wahrsten Sinn des Wortes um den Hals gehängt wurden, wird diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aber nicht tilgen. Für die Tilgung dieser Schulden, die am Bundestag vorbei gemacht wurden, für die Ramschkäufe, die am Bundestag vorbei und ohne Prüfung rechtswidrig erfolgten, wird schlussendlich der deutsche Steuerzahler, auch der deutsche Rentner aufkommen müssen.

Im Rahmen der Coronakrise wollen die Südstaaten der EU dieses Problem nun durch Eurobonds, Coronabonds oder „Recovery Bonds“ umgehen. Wir, die AfD-Fraktion, wehren uns gegen alle drei Alternativen. Wir wollen keine Schuldenexzesse. Wir wollen keine illegalen Anleihenkäufe. Wir wollen vor allem keine Eurobonds, unter welchem Namen auch immer.

(Beifall)

Wir wollen Finanzdisziplin und Transparenz. Deshalb stimmen wir diesem Gesetzentwurf zu.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Brauer für die FDP/DVP.

Abg. Stephen Brauer FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Fast alle Abgeordneten werden voraussichtlich für die Schuldenbremse stimmen und somit dieser zukunftsweisenden Änderung unserer Landesverfassung durch eine breite Mehrheit Geltung verschaffen.

Die Ausnahmeregelungen, welche unsere finanzpolitische Flexibilität erhalten sollen, wurden bereits ausreichend thematisiert. Dass uns die erste Ausnahme in Form von Corona bereits vor dem Inkrafttreten der Verfassungsänderung überrascht hat, ist schlimm. Dass entsprechende Ausnahmen vom Verbot der Neuverschuldung existieren, spricht aber auch für den Weitblick der den Entwurf einbringenden Fraktionen.

Obwohl die Schuldenbremse dringend erforderlich ist, möchte ich einige kritische Anmerkungen machen, die sich auf die konkrete Umsetzung der Regeln beziehen und die auch als Leitfaden für die jeweils Regierenden verstanden werden können. Dabei beziehe ich mich auf die Stellungnahme des Münchner ifo Instituts, die im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf erfolgt ist.

Ohne die Schuldenbremse infrage stellen zu wollen, muss man konstatieren, dass der Teufel wie so häufig im Detail steckt.

(Stephen Brauer)

Würde man dies außer Acht lassen, dann würde die eigentliche Intention ausgehöhlt und von dieser sinnvollen Regelung nur eine wohlklingende Hülle übrig bleiben.

Laut den Absätzen 2 und 5 des Artikels 84 soll ein im Auf- und Abschwung symmetrisches Konjunkturbereinigungsverfahren eingerichtet werden. Dies meint im Grunde nichts anderes als eine Lightversion des von Keynes propagierten Deficit-Spending. Im Grunde handelt es sich auch bei der Schuldenbremse um antizyklische Fiskalpolitik. Allerdings setzt sie lediglich auf der Einnahmeseite an und beinhaltet keine systematische Ausgabensteigerung in der Rezession.

Grundlage für die Berechnung soll das sogenannte Produktionslückenverfahren sein. Hierbei wird die Abweichung des realen Bruttoinlandsprodukts vom Produktionspotenzial ermittelt. Diese Ermittlung erfolgt allerdings durch Schätzungen. Diese sind naturgemäß fehleranfällig und erlauben erheblichen Spielraum, zu viel Spielraum. Deshalb empfiehlt der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 2019/2020, sich mit dem neuesten Schätzverfahren auseinanderzusetzen und verschiedene Modelle bei der Konjunkturbereinigung anzuwenden.

Eine weitere wichtige Regelung, um der Aushöhlung der Schuldenbremse entgegenzuwirken, ist das sogenannte Kontrollkonto. Liegt die tatsächliche Nettokreditaufnahme in einem Jahr über der definierten Obergrenze zur zulässigen Neuverschuldung, bewirkt das Kontrollkonto, dass dies zu einer niedrigeren Kreditgrenze im Folgejahr führt. Man führt sozusagen seine finanzpolitischen Sünden mit. Allerdings nützt hier die Beichte im Gegensatz zur katholischen Kirche rein gar nichts. Die Sünden bekommt man nur los, indem man sich durch einen geringeren Verschuldungsspielraum in der Zukunft freikauf. Dies ist der finanzpolitische Ablasshandel der Schuldenbremse, wenn man so will.

Entscheidend dafür, ob man das Kontrollkonto belastet, ist natürlich die Festlegung dieser Obergrenze für die Neuverschuldung. Auch hier steckt der Teufel im Detail, und nur durch eine verantwortungsvolle, also nicht zu hohe Festlegung dieser Obergrenze kann das Kontrollkonto seine Wirksamkeit auch entfalten.

Wenn man fragt, ob eine Schuldenbremse wirkt, lohnt ein Blick in die Empirie. Acht deutsche Bundesländer haben die Schuldenbremse eingeführt, in sieben davon ist die Staatsschuldenquote gesunken. Der Ministerpräsident sprach hier davon, dass es immer Riesendiskussionen gibt, wenn andere Länder etwas anders machen. Es ist aber auch entscheidend, etwas besser zu machen als die anderen Länder, und es ist gut, dass wir hier nachziehen.

Blickt man über den Großen Teich und betrachtet die Bundesstaaten der USA, kann dort, wo Fiskalregeln eingeführt wurden, eine sinkende Staatsschuldenquote beobachtet werden. Ausnahmen bestätigen die Regel. Ausgerechnet in Colorado, dem Bundesstaat mit den strengsten Fiskalaufgaben, der sogenannten Taxpayer Bill of Rights, zeigte die Schuldenbremse gar keine Auswirkung.

Die Schuldenbremse ist also nur so gut wie der verantwortungsvolle Umgang mit ihr und die Nutzung der Spielräume. Spielräume gibt es bei der Beurteilung, ob eine Notlage oder

eine Naturkatastrophe überhaupt vorliegt, der realistischen Schätzung der Produktionslücke und der Festlegung eines niedrigen Schwellenwerts zur Bestimmung der Nettokreditaufnahme.

Die Schuldenbremse ist also kein Mittel zur automatischen Konsolidierung des Landeshaushalts. Sie entbindet uns nicht von der Verantwortung, Spielräume ungenutzt zu lassen – oder sie eben zu nutzen, wenn dies angezeigt ist. So wenig, wie man in der Coronakrise Virologen die alleinige Verantwortung für politische Entscheidungen überlassen kann, so wenig entbindet uns die Schuldenbremse von unserer finanzpolitischen Letztverantwortung für das Land.

Vielen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Ministerin Sitzmann hat als Nächste das Wort.

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es kommt ja nicht oft vor, dass hier im Landtag von Baden-Württemberg die Landesverfassung geändert wird. Allein schon die Tatsache, dass wir eine Zweite Beratung zur Änderung der Landesverfassung aufgrund der Ministerpräsidentenkonferenz unterbrochen haben, zeigt, in welch besonderer und herausfordernder Krisensituation wir uns derzeit befinden.

Alle Vorrednerinnen und Vorredner haben betont, dass es gut, richtig und wichtig ist, mit der vereinbarten Schuldenbremse auch in einer sehr schwierigen Zeit handlungsfähig zu sein. Es ist möglich, bei Naturkatastrophen oder in besonderen Not-situationen Schulden aufzunehmen, deren Höhe festzulegen und einen Tilgungsplan zu vereinbaren. Dies hat sich jetzt – leider viel zu früh – als sehr wichtig und sehr wirksam erwiesen.

Herr Kollege Hofelich, ich habe es nicht bereut, dass wir fünf Arbeitsgruppensitzungen hatten. Wir haben im Januar 2018 begonnen, und danach folgte ein politischer Einigungsprozess der Fraktionen. Wir haben damals in der Arbeitsgruppe ausgemacht, dass wir nicht nur über die Verfassungsänderung verhandeln, sondern uns fraktionübergreifend auch über die einfachgesetzlichen Regelungen einigen wollen und diese nicht mit einfacher Mehrheit hier im Landtag beschließen wollen. Das war ein guter Weg und ein richtiger Weg.

Deswegen waren wir im Dezember in der Lage, über die Änderung von § 18 LHO die Voraussetzungen für die Kreditaufnahme Mitte März zu schaffen. Wir waren uns damals schon einig und sind damit, wie sich nun zeigt, auch auf die heutige Änderung der Landesverfassung gut vorbereitet gewesen.

Es ist obsolet, jetzt noch mal darzustellen, was die einzelnen Änderungen konkret bedeuten. Das haben wir, wie gesagt, seit Anfang 2018 intensiv und konstruktiv diskutiert. Wir mussten sehr viel früher von der Möglichkeit der Kreditaufnahme Gebrauch machen, als wir uns das Mitte Dezember vorgestellt hatten. Es war aber sehr wichtig, dass wir in dieser schwierigen Situation die Möglichkeit hatten.

Jetzt kann man das natürlich über die Konjunkturkomponente, Herr Kollege Brauer, so oder so auslegen. Uns war es aber

(Ministerin Edith Sitzmann)

auch in den Beratungen von Anfang an wichtig, ein Verfahren zu wählen, das mit dem anderer Bundesländer vergleichbar ist, und dass wir im Stabilitätsrat – wo häufig meine Staatssekretärin, Frau Splett, vertreten ist – zu bundesweit vergleichbaren Ergebnissen kommen. Sonst haben wir immer einen riesigen Kommunikationsbedarf: Passen die Zahlen zusammen oder nicht? Das ist ein Wert, der ebenfalls wichtig ist. Natürlich gibt uns diese Konjunkturkomponente auch die Verpflichtung, bei guten Einnahmen Schulden zu tilgen, und ermöglicht uns, in einer schlechten Einnahmesituation Kredite aufzunehmen.

Aber selbstverständlich soll und muss auch in Zukunft der Haushaltsgesetzgeber darüber beraten, ob eine mögliche Kreditaufnahme zu einer tatsächlichen Kreditermächtigung und Kreditaufnahme führen soll oder nicht. Sie wissen: Wir hätten theoretisch schon beim Beschluss des Doppelhaushalts die Möglichkeit gehabt, Kredite aufzunehmen, rund 179 Millionen € in diesem Jahr und 250 Millionen € im kommenden Jahr. Aber Sie und wir haben entschieden, das nicht zu tun.

Das war in der damaligen konjunkturellen Situation sicherlich auch die einzig richtige Entscheidung, obwohl wir damals schon die eine oder andere Wolke am Konjunkturhimmel gesehen haben.

Ich bin sehr froh, dass die Fraktionen in einem längeren Prozess ein sehr gutes Ergebnis erzielt haben. Diese Änderung der Landesverfassung kann somit heute beschlossen werden.

Die Frage könnte auch noch sein: Warum muss es denn eigentlich in die Landesverfassung? Liest man im heutigen Artikel 84, ist es klar. Warum? Es passt nicht mehr zur im Grundgesetz verankerten Schuldenregel. Außerdem bietet es mehr Rechtssicherheit, mehr Klarheit und natürlich auch mehr Kontrollmöglichkeiten bis hin zur Möglichkeit der Klage.

Was ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich zurückweisen möchte, ist die Behauptung des Kollegen Podeswa, alle würden immer weiter Schulden machen. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass Baden-Württemberg bereits seit dem Jahr 2015 keinen Euro an neuen Schulden gemacht hat.

(Zuruf)

Im Gegenteil: Wir haben die guten Zeiten genutzt und haben nicht nur keine zusätzlichen Schulden gemacht, sondern auch im Umfang von 6 Milliarden € explizite und implizite Schulden getilgt.

Meine Damen und Herren, es ist ausdrücklich und zu Recht von allen betont worden, dass wir jetzt sehr schnell die Erfahrung machen, dass diese Verankerung der Schuldenbremse nicht nur in der Landeshaushaltsordnung, sondern auch in der Landesverfassung eine gute, wichtige und richtige Entscheidung ist. Ich bin sehr froh, wenn heute die Änderung der Landesverfassung beschlossen wird und damit ein langer, aber, wie ich finde, konstruktiver Prozess ein gutes Ende findet. Dafür danke ich Ihnen. Denn klar ist, dass mit der Verabschiedung dieses Gesetzes Erreichtes gesichert wird, dass schweren Krisen vorgebeugt wird und wir damit auch zur Stärkung von Baden-Württemberg beitragen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Das Desinfektionsmittel klebt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Finanzminister haben ja klebrige Hände! – Vereinzelt Heiterkeit – Weitere Zu- und Gegenrufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, will ich noch einmal erwähnen: Die für eine Verfassungsänderung notwendige Mehrheit nach Artikel 64 der Landesverfassung muss erst bei der Schlussabstimmung, also in der Dritten Beratung, gegeben sein. Da wird es dann auch eine namentliche Abstimmung geben. Heute, in der Zweiten Beratung, wird nur die einfache Mehrheit benötigt. Der heutige Beschluss wird dann die Grundlage für die Dritte Beratung sein.

Wir kommen also jetzt in der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/7462 zur **A b s t i m m u n g**. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 16/8033, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 16/7462 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dem Gesetzentwurf einstimmig zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 6 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz zur Änderung des Waldgesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 16/7696

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Drucksache 16/7988

Berichtersteller: Abg. Reinhold Pix

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich darauf verständigt, in der Zweiten Beratung auf die Aussprache zu verzichten.

Deswegen kommen wir jetzt gleich zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/7696. Der Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz empfiehlt Ihnen in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 16/7988, den Gesetzentwurf abzulehnen.

(Zurufe)

Sind Sie auch hier damit einverstanden, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle? – Das ist schön. Vielen Dank. Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 16/7696 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 7 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landeswohnraumförderungsgesetzes – Drucksache 16/7895 (Berichtigte Fassung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau – Drucksache 16/7997

Berichterstatter: Abg. Daniel Born

(Unruhe)

– Ich darf um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Hierzu steht auch noch eine Beratung an.

(Unruhe)

Hier hat das Präsidium für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Zuerst hat das Wort für die Fraktion GRÜNE Frau Kollegin Bay.

Abg. Susanne Bay GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Moment wird man als Politikerin ja gelegentlich gefragt: Macht ihr eigentlich auch noch etwas anderes als Corona? Deutliche Antwort: Ja – auch wenn man heute vielleicht wieder einen anderen Eindruck gewinnen konnte. Aber weitere wichtige Themen sind uns Grünen überhaupt nicht aus dem Blick geraten, beispielsweise die Versorgung der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger mit bezahlbarem Wohnraum und die Frage, was das Land im Rahmen seiner Zuständigkeit hierfür tun kann.

Wie weit oben das Thema auf der Agenda steht, zeigt die Tatsache, dass wir in unserer Sondersitzung am 19. März auch die erste Lesung des Änderungsgesetzes zum Wohnraumförderungsprogramm durchgeführt haben – wenn auch ohne Aussprache.

Wir haben bereits das nochmals verbesserte Förderprogramm an den Start gebracht, und auf der Grundlage des vorgelegten Änderungsentwurfs heute kann dies dann seine volle Wirkung entfalten.

Im Gesetz besonders wichtig ist uns Grünen u. a.: Werkwohnungen für Beschäftigte mit Wohnberechtigungsschein können zukünftig gefördert werden. Betriebe als Akteure im Wohnungsbau sind ein weiterer, leider ein wenig in Vergessenheit geratener Hebel, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Jetzt wird dies wiederbelebt.

Ein landesweit einheitliches EDV-Verfahren für eine Wohnungsbindungsdatei wird eingeführt, und das Erteilen einer Erlaubnis zum Aufheben einer Bindung wird an strengere Bedingungen geknüpft – alles mit dem Ziel, Wohnraum langfristig bezahlbar zu halten.

(Beifall)

Bei der mittelbaren Belegung – das bedeutet, wenn nicht die geförderte, sondern eine Ersatzwohnung – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Entschuldigung, ich darf Sie kurz unterbrechen und in Erinnerung rufen, dass im Plenarsaal und auch auf der Besuchertribüne nicht fotografiert wird.

(Zuruf)

Abg. Susanne Bay GRÜNE: Okay. – Also: Bei der mittelbaren Belegung – das bedeutet, wenn nicht die geförderte Wohnung, sondern eine Ersatzwohnung von Menschen mit Wohnberechtigungsschein bezogen wird – gab es in der Vergangenheit oft Stress hinsichtlich der Gleichwertigkeit dieser Wohnungen. Hier schafft das Gesetz Klarheit. Damit stellen wir eine gute Wohnqualität sicher.

Erfolgreich eingesetzt haben wir Grünen uns auch dafür, dass unter bestimmten Voraussetzungen

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Belegungsbindungen im Bestand auch bei bereits bewohnten Wohnungen erworben werden können. Eine vielfach geäußerte Anregung aus der Praxis wird so umgesetzt. An solchen Belegungsbindungen im Bestand gibt es immer wieder Kritik, weil kein neuer Wohnraum entsteht. Wir sehen das; aber so bleibt manch eine Bestandswohnung bezahlbar, bei der sonst die Mieten davongaloppiert wären.

(Beifall)

Ebenso haben wir eine Öffnungsklausel für Akteure z. B. aus dem karitativen Bereich erreicht. Diese haben oft eine spezielle Kapitallage und können bisher auf das Förderprogramm überhaupt nicht zugreifen. Wir Grünen finden es aber richtig, dass sie beim Thema Wohnraum auch gesellschaftliche Verantwortung übernehmen können; denn jeder weitere Akteur beim Bau von bezahlbaren Wohnungen ist wichtig.

Weiter war uns wichtig, dass das Gesetz an gelebte gesellschaftliche Wirklichkeiten angepasst wird. So spricht das Gesetz jetzt auch im Normzweck, sozusagen *expressis verbis*, nicht nur von Familien, sondern auch von Alleinerziehenden, und es spricht statt von Ehepartnerschaft von Lebenspartnerschaft. Manchen hier im Raum werden solche Dinge gehörig gegen den ideologischen Strich gehen; wir dagegen denken dadurch an alle, die in unserer Gesellschaft in einer Verantwortungsgemeinschaft füreinander eintreten und gemeinsam Wohnraum bewohnen.

(Beifall)

Das ist das richtige und wichtige Zeichen, das wir und auch die Landesregierung hier setzen.

Fazit – Sie ahnen es –: Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu;

(Vereinzelt Beifall – Zuruf)

denn er ist ein weiterer guter Schritt auf dem Weg zu mehr bezahlbarem Wohnraum in Baden-Württemberg. Deshalb ist der Gesetzentwurf auch in der Anhörung von den meisten sehr gelobt worden. Ich würde daher auch Ihnen raten: Stimmen Sie diesem Gesetz vollen Herzens zu.

(Beifall – Zuruf: Das haben Sie schön gesagt!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Lieber Herr Kollege Wald, Sie dürfen sich schon auf den Weg machen, um für die CDU zu sprechen.

Abg. Tobias Wald CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem die Landesregierung die Novelle des neuen Landeswohnraumförderungsgesetzes in den Landtag eingebracht hat, haben wir uns in einer Verbändeanhörung intensiv mit den Anregungen und Ideen auseinandergesetzt. Danach erfolgte eine, wie ich meine, gute Beratung im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, und heute beraten wir abschließend das neue Landeswohnraumförderungsgesetz.

Ich freue mich, wenn wir zukünftig noch stärker und zielgerichteter Wohnungsbau in Baden-Württemberg fördern können. Für uns, die CDU-Fraktion, ist klar: Gesetze und Verordnungen, die Wohnungsneubau und Objektsanierung verteuern, schaffen keine Anreize für Investitionen in Wohneigentum und sozialen Wohnungsbau. Mehr Wohnraum, weniger Bürokratie – das schafft Wohnungen und trägt zum sozialen Frieden in Baden-Württemberg bei.

Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum kann nur gedeckt werden, wenn die Politik nicht nur einzelne Bausteine setzt, sondern Wohnungsbau aus einem Guss präsentiert. Das ist das Fundament einer vernünftigen und sozialen Wohnungsbaupolitik. So wurde in dieser Legislaturperiode das Landeswohnraumförderungsprogramm bereits vereinfacht, stark flexibilisiert, und die Fördermittel wurden auf jährlich 250 Millionen € erhöht. In den Jahren 2016 bis 2021 steht in Baden-Württemberg somit eine Summe von 1 Milliarde € für den Wohnungsbau zur Verfügung.

Seit 2017 haben wir das Landeswohnraumförderungsgesetz ständig optimiert und flexibilisiert. Ich erinnere an den Wegfall der Gebietskulissen. Somit wurde sozialer Wohnungsbau auch im ländlichen Bereich gefördert, auch mit Entlastung der Ballungszentren, Vollzuschuss im Mietwohnungsbau, Erhöhung der Einkommensgrenzen usw.

Mit dieser Gesetzesnovelle bauen wir weiter Bürokratie ab und vereinfachen die Verwaltung des Förderprogramms wesentlich. Ferner führen wir eine landesweite elektronische Wohnungsbindungskartei ein. Mit dem neuen Landeswohnraumförderungsprogramm schaffen wir die Möglichkeit zur Förderung von Mitarbeiterwohnungen, und – das ist der CDU-Landtagsfraktion sehr wichtig gewesen – wir erhöhen die förderfähigen Gesamtkosten von 3 000 € pro Quadratmeter auf 3 500 € pro Quadratmeter. So können noch mehr Wohnungen in Baden-Württemberg in den Genuss von Landesmitteln kommen, außerdem tragen wir auch der Steigerung der Baukosten Rechnung.

Eines ist aber für uns auch klar: Das Landeswohnraumförderungsgesetz ist nur ein Baustein für mehr Wohnraum in Baden-Württemberg. Weitere Bausteine haben wir bereits angepackt, gemeinsam mit dem Koalitionspartner. Ich erinnere an die LBO-Novelle, die Förderung von Baulückenkatastern oder den neuen Bürgschaftsrahmen für Wohnungsbaugenossenschaften.

Ein weiterer Baustein ist der neue Grundstücksfonds, welcher sich derzeit auf der Zielgeraden befindet. Mit diesem Grundstücksfonds, meine Damen und Herren, erhalten finanzschwache Kommunen die Möglichkeit, aktiv Grundstücks politik für bezahlbaren und sozialen Wohnungsbau zu schaffen. Zudem ist eine konsequente kommunale Bodenpolitik ein wirksames

Mittel zur Bodenpreissteuerung und hat somit auch Baukostenreduzierungspotenzial.

Weitere Bausteine müssen allerdings folgen. Wir müssen unsere Kommunen unterstützen, Flächennutzungspläne zu überarbeiten, Bauland auszuweisen, Nachverdichtungen durchzuführen, und ich meine, wir müssen auch die Bauleitplanung weiter beschleunigen und optimieren.

All diese Themen müssen wir gemeinsam, meine Damen und Herren, in der Wohnraum-Allianz besprechen. Diese macht eine ganz tolle, eine klasse Arbeit. Herzlichen Dank an die Akteure der Wohnraum-Allianz. Ich glaube, es war richtig, dass wir die Akteure an einen Tisch gebracht haben. Sie ziehen in gewisser Weise meist an einem Strang, und es kommt etwas Gutes dabei heraus, nämlich auch dieses Landeswohnraumförderungsgesetz.

Die CDU-Fraktion dankt unserer Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut für die Einbringung der Gesetzesnovelle und für die gute Begleitung. Der Wohnraum-Allianz danken wir auch noch einmal für die konstruktive Mitarbeit.

Meine Damen und Herren, die CDU-Landtagsfraktion stimmt dem Gesetzentwurf zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut!)

– Danke, Herr Fraktionsvorsitzender.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Born, Sie haben jetzt für die SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Daniel Born SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Pandemie ist auch das Wohnen in eine sich weiter verschärfende Krise geraten. Es ist gut, dass SPD, CDU und CSU dafür gesorgt haben, dass Mieterinnen und Mieter nicht aufgrund von Mietschulden aus ihren Wohnungen fliegen können. Es ist gut, dass wir mit der Erhöhung des Kurzarbeitergelds dafür gesorgt haben, dass der finanzielle Druck in vielen Familien abgenommen hat. Wohnen ist ein Menschenrecht; bezahlbarer Wohnraum ist Daseinsvorsorge, und er ist existenziell für das Familienland Baden-Württemberg und für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

(Beifall)

Verantwortungsvolle Wohnungsbaupolitik braucht einen handlungsfähigen, aktiven Staat. Das war vor 150 Jahren so, das wird auch in 150 Jahren noch so sein, und das ist heute so.

Konkret wird diese Handlungsfähigkeit in den Bausteinen, die ja alle greifbar vor uns liegen und die man nutzen muss, um eine soziale, ökologische und inklusive Wohnraumversorgung sicherzustellen und weiterzuentwickeln.

Wir, die SPD, haben mit unserem Konzept für eine Wohnraumoffensive aufgezeigt, wie mit diesen Bausteinen qualitativ hochwertiges und bezahlbares Wohnen für alle geschaffen werden kann. Natürlich setzen wir darin auch auf eine finanziell gut ausgestattete Landeswohnraumförderung. Wir haben

(Daniel Born)

in unserer Regierungszeit die Landeswohnraumförderung wiederbelebt. Wir haben hier Haushaltsanträge gestellt, um mehr Mittel in die Landeswohnraumförderung einzustellen. Wir haben im Bund dafür gesorgt, dass es weiter Mittel für sozialen Wohnungsbau gibt. Und wir begrüßen ausdrücklich, dass es in diesem Haus keine Diskussionen mehr darüber gibt, ob man eine Landeswohnraumförderung braucht, sondern nur noch darüber, wie man sie ausgestalten kann.

Wenn wir über das Wie reden, dann ist Ihre Herangehensweise an eine Landeswohnraumförderung weiter eine, die nicht alle Chancen dieses Bausteins nutzt. Wir haben das im parlamentarischen Verfahren bereits in den konkreten Details aufgezeigt. Nur noch mal ein Beispiel:

Wenn Sie weiter innovative Wohnformen wie beispielsweise Miethäusersyndikate in der Landeswohnraumförderung ignorieren, dann verpassen Sie die Möglichkeit, Innovation mit in diesen Baustein zu nehmen. Wir können in Baden-Württemberg eine Wohnraumoffensive nur schaffen, wenn wir innovativ vorgehen.

(Beifall)

Um ein weiteres Beispiel zu nennen: Dadurch, dass Sie weiter nicht die Möglichkeit nutzen, eine 60-jährige Bindungsdauer für sozialen Wohnraum zu haben, verpassen Sie eine Chance, Wohnraum zu stabilisieren, der sozial gebunden sein muss.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Insgesamt gelingt es Ihnen nicht, die soziale Wohnraumförderung mit dem Schub zu versorgen, den es braucht. Obwohl wir wissen, dass wir dringend mehr sozial gebundene Wohnungen brauchen, erhöhen Sie zwar – richtigerweise – das Fördervolumen für die Einzelmaßnahme, aber in den Haushaltsberatungen haben Sie das Gesamtvolumen nicht entsprechend erhöht. Das bedeutet, Sie haben sehenden Auges dafür gestimmt, dass wir weniger sozial gebundenen Wohnraum schaffen werden, und das in einem Land, in dem bis 2025 500 000 weitere Wohnungen benötigt werden. Sie haben momentan die Bilanz, Frau Ministerin, dass jeden Tag 51 Wohnungen mehr in Baden-Württemberg fehlen. Und dann verabschiedet Ihre Regierungskoalition ein Gesetz, das von Anfang an in den Blick nimmt, weniger sozial gebundenen Wohnraum zu schaffen! Das ist falsch, und das ist ein fatales Signal.

(Beifall)

Weil es jetzt von der Rednerin und dem Redner der Regierungsfractionen gesagt wurde: Dann sollen Sie hier gefeiert werden für das Mitarbeitendenwohnen. Dafür sind wir ja auch; das ist ein Zukunftsmodell. Aber der Normenkontrollrat hat Ihnen ins Stammbuch geschrieben, dass Sie da mit maximal 40 Anträgen pro Jahr rechnen können. Für 40 Anträge wird hier ein derartiges Bohei gemacht! Das passt aber zu dem Bild, das die Ministerin abgeliefert hat. Die hat so viel Pressearbeit dazu gemacht – obwohl es am Schluss um 40 Anträge im Jahr geht. Frau Ministerin, das ist PR-Arbeit für Anfänger, das ist Ignoranz für Fortgeschrittene, aber es ist keine kompetente Wohnungsbaupolitik für Baden-Württemberg.

(Beifall)

Wohnungsbaupolitik geht nur in stringenter Linie. Eine finanziell stark ausgestattete Landeswohnraumförderung ist ein wichtiger Baustein, ebenso wie konsequente mietordnungsrechtliche Maßnahmen, die Förderung innovativer Modelle, eine Unterstützung der Kommunen, eine Unterstützung von Eigenerwerb und eine Landesentwicklungsgesellschaft. Grün-Schwarz fehlt die Kraft, diese Bausteine zusammen zu denken und umzusetzen. Wenn dann ein Kommunalfonds seit zwei Jahren angeblich auf der Zielgeraden ist, wissen wir, warum die Menschen wissen, dass sie sich bei dieser Landesregierung nicht darauf verlassen können, dass tatsächlich eine Wohnraumoffensive stattfindet.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das Wort hat jetzt Herr Abg. Baron für die AfD-Fraktion.

Abg. Anton Baron AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Herr Wald hat ja vorhin davon schwadroniert, wie toll die Gesetze optimiert worden sind. Herr Wald, so erfolgreich kann es nicht gewesen sein.

(Zuruf)

Denn die Zahl der Sozialwohnungen ist rapide gesunken. Ende 2014 waren es 63 000 Wohnungen, Ende 2018 nur noch 56 000. Sie kommen mit Ihrer Gesetzgebung einfach nicht hinterher.

Das soll allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich in dem Gesetzentwurf auch sinnvolle Punkte finden. Mitarbeiterwohnen in der Wohnraumförderung 2021 – Herr Born hat es gerade erwähnt –; das ist zwar nicht viel, erhält aber jetzt seinen rechtlichen Rahmen. Damit erhalten viele Betriebe doch gute Möglichkeiten, gegen den Arbeitskräftemangel, unter dem sie leiden, mit einem ganz neuen Anreiz vorzugehen. Wir geben dem eine Chance; wir beobachten es allerdings weiter.

Auch die Anrechnung von Unterhaltszahlungen ist sinnvoll. Wir sprechen hier auch für die Mittelschicht nicht selten von höheren vierstelligen Beträgen pro Jahr. Dies bedeutet massive finanzielle Einbußen, so regelmäßig diese Zahlungen auch sein mögen. Das hat eben auch Auswirkungen auf die Frage, ob Wohnraum leistbar ist oder eben nicht.

Unverständlich ist hier die Deckelung auf jährlich 3 000 € pro Kind und 6 000 € pro Scheidung und Trennung. Wenn ein Unterhaltspflichtiger wegen höherer Summen unter die Einkommensgrenze fällt, hat er plötzlich kein Recht mehr auf geförderten Wohnraum. Das ist einfach nur inkonsequent und gehört – wie in unserem Änderungsantrag auch ausgeführt – geändert.

(Beifall)

Die Änderungen zu den Aufhebungsbedingungen bei Sozialbindungen zur mittelbaren Belegung und zur Untervermietung begrüßen wir. Hier wird einiges klarer und unbürokratischer geregelt.

Beim Nachweis zur Wohnberechtigung in einer geförderten Wohnung sollte aber mittelfristig noch etwas nachgeschärft

(Anton Baron)

werden. Ich habe Ihnen, Frau Ministerin, ja auch schon mehrfach erklärt, warum das so sinnvoll wäre.

Verpflichtende Einkommensnachweise der Betroffenen sind eine Methode, die gangbar scheint. Über das zuständige Finanzamt wäre dies unbürokratisch möglich und könnte zur Wahrung der Datensicherheit direkt an die Kommune erfolgen. In nächster Zeit sollten wir daher einen solchen Mechanismus unbedingt rechtlich verankern.

Die Wohnungsbindungskartei ist bereits ein Schritt in die richtige Richtung, weil sie eine landesweite Vergleichbarkeit ermöglicht, wie wir sie bislang nicht hatten. Die Daten können auch einer weiteren Evaluation der Wohnraumförderung zu der Frage dienen, in welchen Bereichen und in welchen Regionen genug geleistet wird und wo es zu wenig ist.

Natürlich ist das Thema Kartei nicht frei von Kontroversen, weil gleichzeitig die Datensicherheit gewahrt werden muss. Die nun doch festgeschriebene Datenlöschung nach zehn Jahren begrüßen wir daher ausdrücklich und können deswegen der Kartei zustimmen. – Vielen Dank an den Datenschutzbeauftragten Stefan Brink für diesen wichtigen Impuls.

(Vereinzelt Beifall)

Das grundsätzliche Misstrauen gegenüber den Kommunen, das dem Gesetzentwurf teilweise zu entnehmen ist, lehnen wir hingegen ab. Die Kommunen haben in den letzten Jahren im Hinblick auf bezahlbares Wohnen mehr auf die Beine gestellt als die Landesregierung; das kann ich Ihnen als Gemeinderat und Kreisrat sagen. Dennoch sollen sie nun nicht nur sämtliche Daten übermitteln – was, wie gesagt, noch vertretbar ist –, sondern sie werden jetzt mit dem Aussetzen von Fördermaßnahmen sanktioniert, wenn es nicht so läuft, wie es die Landesregierung gern hätte. Wir sagen hierzu: Dieses Misstrauen ist fehl am Platz. Natürlich wird es nicht eine einzige solche Sanktion geben, und trotzdem zerschlagen Sie hier unnötig Porzellan, Frau Ministerin.

Wenn die CDU das zuständige Ministerium schon offiziell kontrolliert, möge die Ministerin doch einmal ihre Parteifreunde in den Rathäusern um Rat fragen, statt über Strafen für Kommunen nachzudenken. Dort ist man für gewöhnlich näher an der Realität als in Ihrer Fraktion, wo man sich politisch eher nach den Grünen richtet, als mit eigenen Ideen aufzufallen.

(Beifall)

Insgesamt lässt sich jedoch sagen, dass die positiven Ansätze überwiegen und das meiste in die richtige Richtung geht. In Zukunft bitte mehr davon – und vor allem bitte nicht mit solchen Verzögerungen. Die AfD-Fraktion wird daher dem Gesetzentwurf zustimmen.

Frau Bay kann ich nur noch mitgeben: Die Vorstellungen der Grünen stehen in krassem Gegensatz zu bezahlbarem Wohnraum.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall – Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Als Nächste hat Frau Abg. Reich-Gutjahr das Wort für die FDP/DVP-Fraktion.

(Unruhe)

– Hier im Saal werden ein paar wirklich aufwendige, lange Besprechungen geführt. Das kommt alles hier vorn an. Vielleicht kommen Sie irgendwann einmal zum Abschluss Ihrer Verhandlungen.

(Heiterkeit – Zurufe)

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Landeswohnraumförderungsgesetz regelt, wen und was das Land im Bereich des sozialen Wohnungsbaus fördern will, wie die Förderung aussieht, welche Bindungen entstehen, welche Einschränkungen der geförderte Wohnraum hat und welche Konsequenzen bei Verstößen drohen.

Wohnraum als solcher ist bei uns schon die ganze Legislatur über ein großes Thema. Wir haben früh erkannt, dass es hier im Land einen riesigen Bedarf gibt. Wie von Prognos dargelegt wurde, fehlen 520 000 Wohnungen.

(Zuruf)

Dafür hat dieser Landtag jährlich 250 Millionen € zur Verfügung gestellt, sowohl zur Eigentumbildung als auch zur Förderung von Wohnraum, wobei sozial gebundene Wohnungen mit eingebunden sein müssen, damit die Förderung möglich ist.

Deswegen geht es bei dieser ganzen Debatte natürlich stets auch um die Fragen: Wie viel sozial gebundenen Wohnraum brauchen wir eigentlich im Land? Ist er richtig vergeben? Ist er richtig erfasst? Was wissen wir dazu, und wie viel brauchen wir noch?

Die Zahlen, die uns vorgelegt worden sind, besagen, dass der soziale Wohnungsbestand, wenn man nichts unternimmt, auf 38 000 sinken würde. 2030 wären dann knapp 20 000 Sozialwohnungen weniger verfügbar als 2017. Wir haben deswegen wohl einen Bedarf in einer Größenordnung von 1 500 Sozialwohnungen, die im Jahr gebaut werden müssen und im Rahmen dieser Förderung entstehen sollen.

Feststellen können wir jetzt, dass in den letzten Jahren trotz aller Fördermittel nicht genug gebaut worden ist. Wir hinken noch immer hinterher, und zwar nicht nur im sozialen Wohnungsbau, sondern beim Wohnungsbau insgesamt.

(Beifall)

Dieses Gesetz soll nun einen Beitrag dazu leisten, dass es besser wird. Das Augenmerk gilt in erster Linie dem sozial gebundenen Wohnungsbau. Wenn man schaut, welche Neuerungen dieser Gesetzentwurf enthält, dann stellt man fest, dass zum einen das Land besser erfassen will, welche Belegungs- und Mietbindungen insgesamt überhaupt da sind. Dann ist die Idee entstanden, Mitarbeiterwohnungen zu fördern und die Möglichkeit zu schaffen, Belegungsrechte im Bestand zu erwerben und damit den Tatbestand der Förderfähigkeit zu erfüllen.

(Gabriele Reich-Gutjahr)

Dies soll laut Vorstellung der Landesregierung dem Ziel dienen, den sozialen Wohnungsbau zu stärken, den Bestand dauerhaft zu sichern sowie den effizienten Einsatz von Fördermitteln und einen sparsamen Umgang mit Haushaltsmitteln zu gewährleisten.

Wir glauben, dass mit diesen Maßnahmen diese Zielsetzung nicht erreicht wird. Warum? Die Zielgruppe und der Zweck der Förderung sind mittlerweile so breit formuliert, dass wir dahinter kein kohärentes politisches Ziel mehr erkennen können. Die Belegungsrechte im Bestand schaffen z. B. keine einzige neue Wohnung, sondern widmen nur Wohnraum in sozialen Wohnraum um. Richtig wäre es gewesen, angesichts der Knappheit des Gutes Sozialwohnungen die Zielgruppe eng zu fassen und sie nicht noch weiter auszudehnen.

Wir schließen uns hier der Kritik des Rechnungshofs an, dass die Auslegungsbreite nun so groß ist, dass kaum mehr jemand von einem Förderanspruch ausgenommen werden könne.

Somit bleibt als einzige Steuerungsmöglichkeit die Einkommenshöhe. Hier werden nun zwar Unterhaltszahlungen berücksichtigt; wir kritisieren aber, dass die Anregung des Rechnungshofs, auch Kindergeld, Elterngeld, BAföG und Arbeitslosengeld einzubeziehen, nicht aufgenommen wurde. Diese umfassendere Einkommensermittlung bei der Erteilung eines Wohnberechtigungsscheins hätte auch dazu beitragen können, dass weniger Sozialwohnungen nach wenigen Jahren schon fehlbelegt sind. Wir alle wissen: Die Fehlbelegung ist ein Thema, dem wir uns im Grunde genommen auch mit diesem Gesetz nicht gestellt haben. Man hätte sich mal Gedanken dazu machen müssen, welche Hebel man einer Kommune an die Hand gibt, damit sie an dieser Stelle handlungsfähiger wird, als es im Moment der Fall ist.

Die Wohnungsbindungskartei als Idee ist im Grundsatz richtig. Wir halten es für gut, dass wir diese Dinge künftig konsequent verfolgen können und abbilden, wie viele Wohnungen noch in der Sozialbindung sind. Hier hätte man einen Hebel gehabt, um auch solche Themen wie die Verhinderung von Fehlbelegungen mit einzubauen. Die Ausgestaltung der Wohnungsbindungskartei blieb allerdings noch sehr diffus. Sie soll nun bei den Kommunen stattfinden. Das Land will dazu 200 000 € beitragen. Man muss schauen, wie es sich am Ende tatsächlich darstellt. Der Weg ist richtig; die Frage bleibt aber offen, wie dies gelingen kann.

Wir hatten in der Ausschusssitzung mit Enthaltung votiert, um die Überlegungen des Rechnungshofs noch einmal in Ruhe zu bedenken, sind dann aber nach sorgfältiger Abwägung zu dem Ergebnis gekommen, dass wir das Gesetz in dieser Form nicht mittragen können.

Vielen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Gedeon, Sie haben nun noch das Wort.

(Zurufe)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich hier sagen, dass ich nicht mehr Mitglied der AfD bin und dass ich auch

keinerlei gerichtliche Schritte unternehmen werde, wieder in diese Partei hineinzukommen.

(Zurufe, u. a.: Das wäre auch sinnlos!)

Ich trage also auch keine Verantwortung mehr für das, was die AfD tut und sagt. Das gilt auch für den heutigen Beitrag von Herrn Baron, den ich hanebüchen finde,

(Lachen – Zurufe)

und zwar deswegen, weil die entscheidende Ursache für Wohnungsnot nicht genannt, sagen wir einfach mal – in Anführungszeichen – „übersehen“ wurde. Die entscheidende Ursache der Wohnungsnot ist und bleibt nun einmal die Masseneinwanderung von Migranten und Asyltouristen.

(Widerspruch – Lachen – Zurufe)

Die beste Lösung des Wohnungsbauproblems ist, möglichst viele Menschen, die nicht zu Recht hier sind, wieder nach Hause zu schicken. Das ist die eigentliche Ursache. Wenn man zwei Millionen Menschen hereinholt, fehlen natürlich zwei Millionen Wohnungen. Das ist ganz einfach. Aber diese einfache Wahrheit soll halt nicht propagiert werden.

(Zurufe – Unruhe)

Es wäre wirklich die Aufgabe, das den Leuten klarzumachen; das ist die Aufgabe der AfD.

(Zurufe, u. a.: Machen Sie doch mal ein Seminar mit denen!)

So viel zu dem Thema.

(Zurufe – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Wischen Sie bitte noch einmal schnell drüber; es lohnt sich fast nicht.

(Das Redepult wird desinfiziert.)

Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut hat das Wort.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Um noch mehr Wohnraum zu schaffen, novellieren wir jetzt das Landeswohnraumförderungsgesetz. Mit der Novelle des Landeswohnraumförderungsgesetzes werden wir in zwei Bereichen als wichtigen Bausteinen einer gesamtheitlichen Strategie ermöglichen, dass in Baden-Württemberg mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann. Dabei geht es zum einen darum, neuen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, und zum anderen im bereits vorhandenen Bestand bezahlbaren Wohnraum zu sichern. Der Gesetzentwurf geht also in beide Richtungen. Durch die Rechtsgrundlage für neue Förderlinien und weitere Flexibilisierungen wird die Schaffung von neuem sozialen Wohnraum gefördert.

Angemessener Wohnraum ist ein wichtiger Standortfaktor für unsere Wirtschaft, insbesondere auch bei der Gewinnung von Fachkräften. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für die Menschen in Baden-Württemberg ist auch eine ganz wich-

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

tige gesellschaftliche Aufgabe, der wir uns gemeinsam stellen müssen.

Gerade Beschäftigte mit niedrigem oder mittlerem Einkommen bekommen den angespannten Wohnungsmarkt zu spüren. Deshalb gehen wir jetzt mit unserer neuen Förderlinie zum Mitarbeiterwohnen neue Wege. Ich kann nur sagen: Mich leitet der Gedanke, alle Potenziale auszunutzen, die sich für uns ergeben. Deshalb ist Mitarbeiterwohnen ein neuer Weg, den wir jetzt gehen wollen, um über das hinaus, was im Moment schon möglich ist, zusätzliche Möglichkeiten zu schaffen.

Es geht also darum, beim sozialen Wohnungsbau Unternehmen mit ins Boot zu holen und sie dabei dann auch zu unterstützen. Denn im Zusammenhang mit der Gewinnung von Fachkräften stellt sich wirklich die Frage, ob sich die Menschen dann Wohnraum leisten können. Deshalb ist das auch für die Wirtschaft, für die Arbeitsplätze in unserem Land ein ganz wichtiger Bereich.

(Beifall)

Die zweite Richtung, in die wir mit der Novellierung gehen, ist die Ausrichtung einer Vielzahl neuer Regelungen auf die Sicherung des Gesamtbestands an vorhandenem sozialen Wohnraum. Beispielsweise wird jetzt unter bestimmten Voraussetzungen der Erwerb von Belegungsrechten im Bestand ermöglicht.

Besondere Bedeutung hat aber auch die Einführung der elektronischen Wohnungsbindungskartei nach landesweit einheitlichen Maßstäben. Das ist einerseits ein wichtiger Schritt zur Digitalisierung der Verwaltung, und es erleichtert andererseits den landesweiten Überblick über den jeweiligen Bestand an Sozialwohnungen sowie auch die politische Steuerung. Damit wird die Qualität der Daten gehoben sowie die Überwachung der Miet- und Belegungsbindungen erleichtert.

Damit lässt sich auch in Zukunft mit einem sogenannten digitalen Blick kurzfristig feststellen, wie hoch der Bestand an Sozialwohnungen ist, wie lange jeweils die Bindungsdauer ist und ob die Wohnungen an die richtigen Zielgruppen vermietet sind. Auch das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Ich möchte zur Novellierung des Landeswohnraumförderungsgesetzes noch darauf hinweisen, dass wir die vorhandenen Regelungen des Gesetzes auch insgesamt durchforstet und an vielen großen und auch kleinen Stellschrauben gedreht haben, um einen fachlich ausgewogenen, aber auch sachlich begründeten Gesetzentwurf vorlegen zu können.

Wir haben den Gesetzentwurf an geeigneten Stellen vereinfacht und entbürokratisiert. Das leitet mein Haus und mich auch bei unserer Arbeit: Wir achten bei allen Entscheidungen, die wir treffen, darauf, dass wir Vereinfachungen und Entbürokratisierung umsetzen, wo immer wir das können, und damit auch für die zuständigen Behörden die Anwendung des Gesetzes erleichtern.

Die Streichung nicht bewährter Regelungen wie beispielsweise die Einkommensfeststellung für Altfälle aus Förderungen nach früherem Bundesrecht oder auch die Schaffung einer Auffangregelung für die höchstzulässige Miete bei Fehlen ei-

ner kommunalen Satzungsregelung führen zu einem deutlichen Bürokratieabbau.

Gleichzeitig tragen wir mit der Neufassung der Regelungen zur Sicherung der Belegungsbindung, zur Präzisierung der mittelbaren Belegung und zur weiteren Klarstellung der Anwendung in der Praxis bei. Damit werden die Transparenz und die Akzeptanz des Gesetzes erhöht.

Ich denke, wir können zufrieden sein. Im Ergebnis trägt der Gesetzentwurf den Interessen der Zielgruppen der Landeswohnraumförderung sowie den Interessen der Wohnungswirtschaft angemessen Rechnung.

Die intensiven Vorarbeiten zum Gesetzentwurf – ich möchte mich hier recht herzlich für die konstruktive Erörterung innerhalb der Wohnraum-Allianz bedanken – haben sich gelohnt. Als eine von vielen Maßnahmen, die die Landesregierung für die Schaffung und den Erhalt bezahlbaren Wohnraums ergriffen hat, wird der vorliegende Gesetzentwurf dem Wohnraumförderungsprogramm nochmals einen zusätzlichen Schub in die richtige Richtung verleihen.

Ich bitte Sie daher auch im Namen der Landesregierung, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall – Zuruf: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegt mir keine Wortmeldung mehr vor.

Damit kommen wir in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/7895. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, Drucksache 16/7997. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe zuerst auf

Artikel 1

Änderung des Landeswohnraumförderungsgesetzes

mit den Nummern 1 bis 26 und schlage Ihnen vor, dass wir zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/8068, mit dem Änderungen bezüglich Nummer 10 Buchstabe d vorgeschlagen werden, abstimmen und anschließend Artikel 1 insgesamt zur Abstimmung stellen. Sind Sie damit einverstanden? – Sehr schön.

Wer dem Änderungsantrag – –

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, wir befinden uns in der Abstimmung eines wichtigen Gesetzes. – Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/8068, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 1 mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Ich rufe auf

Artikel 2

Aufhebung der Zweiten Verordnung der Landesregierung zur Feststellung von Einkommensgrenzen in der Wohnraumförderung nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz und dem Wohnraumförderungsgesetz

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 2 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung der Verordnung des Finanz- und Wirtschaftsministeriums über Zuständigkeiten nach dem Landeswohnraumförderungsgesetz

mit den Nummern 1 bis 4. Ich schlage Ihnen vor, über Artikel 3 insgesamt abzustimmen. – Damit sind Sie einverstanden. Wer stimmt Artikel 3 zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 3 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe jetzt auf

Artikel 4

Inkrafttreten

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 4 mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 6. Mai 2020 das folgende Gesetz beschlossen“:

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landeswohnraumförderungsgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke sehr. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Gesetz mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

(Unruhe)

Bitte bleiben Sie noch hier. Wir müssen noch einmal abstimmen, wenn auch ohne Aussprache.

(Anhaltende Unruhe)

– Das ist jetzt noch einmal wichtig.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu dem Volksantrag und der Stellungnahme der Landesregierung – Gemeinsam unsere Umwelt schützen in Baden-Württemberg; hier: Zulassung des Volksantrags – Drucksachen 16/7908, 16/8029

Berichterstatter: Abg. Dr. Bernd Grimmer

Hierzu wird jetzt keine Aussprache geführt. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft empfiehlt, den Volksantrag zuzulassen. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Drucksache 16/8029, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Beschlussempfehlung einstimmig zugestimmt.

Wir haben also auch Punkt 9 der Tagesordnung erledigt.

Ich kann die Sitzung schließen und freue mich, Sie morgen um 9:30 Uhr wiederzusehen. Ich wünsche einen schönen Abend.

Schluss: 19:55 Uhr

Wahlvorschlag

der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

Wahl der Vertreter/-innen des Landtags in den Beirat des Linden-Museums Stuttgart

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

GRÜNE

CDU

Vertreter/-in:

Kern, Manfred

Philippi

05.05.2020

Andreas Schwarz und Fraktion
Dr. Reinhart und Fraktion

Vorschlagsliste

der Fraktion GRÜNE

Wahl von Vertreterinnen und Vertretern in die Vertreterversammlung des Versorgungswerks der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

Vertreterinnen und Vertreter:

Bogner-Unden
Braun
Hentschel
Dr. Leidig

Stellvertreterinnen und Stellvertreter:

Bay
Häffner
Poreski
Schwarz, Andrea

10.03.2020

Andreas Schwarz und Fraktion

Vorschlagsliste

der Fraktion der CDU

Wahl von Vertreterinnen und Vertretern in die Vertreterversammlung des Versorgungswerks der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

Vertreterinnen und Vertreter:

Dörfinger
Dr. Schütte
Teufel

Stellvertreterinnen und Stellvertreter:

Burger
Köbler
Lorek

28.04.2020

Dr. Reinhart und Fraktion

Vorschlagsliste

der Fraktion der SPD

Wahl von Vertreterinnen und Vertretern in die Vertreterversammlung des Versorgungswerks der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

Vertreterinnen und Vertreter:

Gruber
Weber

Stellvertreterinnen und Stellvertreter:

Hofelich
Wölflé

11.03.2020

Stoch und Fraktion

Vorschlagsliste

der Fraktion der AfD

Wahl von Vertreterinnen und Vertretern in die Vertreterversammlung des Versorgungswerks der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

Vertreterinnen und Vertreter:

Dr. Balzer

Stellvertreterinnen und Stellvertreter:

Rottmann

10.03.2020

Gögel und Fraktion

Vorschlagsliste

der Fraktion der FDP/DVP

Wahl von Vertreterinnen und Vertretern in die Vertreterversammlung des Versorgungswerks der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

Vertreterinnen und Vertreter:

Dr. Kern

Stellvertreterinnen und Stellvertreter:

–

24.03.2020

Dr. Rülke und Fraktion